Zeitschrift: Verhandlungen des Grossen Rathes der Republik Bern

Herausgeber: Grosser Rat des Kantons Bern

Band: - (1838)

Rubrik: Ordentliche Sommersitzung : erste Hälfte, 1838

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Verhandlungen

Des

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Sommerstung. Erfte Salfte, 1838.

(Micht offiziell.)

Rreisschreiben an sammtliche Mitglieder des Großen Nathes.

Tit.

Nach Vorschrift des Art. 1 des Dekretes vom 7. Juli 1832 ist die Eröffnung der bevorstehenden ordentlichen Sommersession des Großen Rathes durch den HGhrn. Landammann festgesetzt worden auf Montag den 7. Mai nächstkünftig. Alle Mitglieder werden daher eingeladen, sich an diesem Tage des Morgens um 9 Uhr im Sitzungsfaale einzusinden.

Die zur Behandlung vorliegenden Gegenstände find folgende :

- A. Von Regierungsrath und Sechszehnern.
- 1) Vortrag über die Gültigkeit der Verhandlungen des Wahlsfollegiums von Interlaken vom 12. Sanuar 1838.
 - B. Vom Regierungsrathe.
- 2) Bortrag über ein Bermächtniß zu Gunsten der Stiftung Billieur-Faber zu Pruntrut.
- 3) Vortrag über bas Anfuchen ber beutschen Bewohner von Chaurdefonds um eine Beisteuer zu Ginrichtung eines beutschen Gottesbienstes.
- 4) Anzeige, betreffend das Strafnachlaßgesuch des Samuel Mon von Leuzigen.
 - C. Von Departementen.

Diplomatisches Departement.

- 5) Bortrag, betreffend ben Bericht ber bernischen Gefandtschaft über die ordentliche Tagfatzung von 1837.
- 6) Bortrag über die vom Obergerichte verlangte Erhöhung ber Befoldung bes Obergerichtsschreibers.
 - Justiz= und Polizeidepartement.

a. Justigfeftion.

- 7) Defretsentwurf, betreffend die Einsendung aller obergerichtlichen Strafurtheile in Eriminal = und Polizeisachen an den Regierungsrath.
- 8) Vorträge über Chehindernifdispensationsbegehren.

b. Polizeisettion.

9) Vorträge über mehrere Naturalifationsbegehren.

Finanzdepartement.

- 10) Vortrag über das Ansuchen des Burgerrathes von Bern um Bewilligung eines Zolles für die neu zu erbauende Brücke beim untern Thore in Bern.
- 11) Vortrag über bas Ansuchen ber Gemeinde Frutigen um ein Darleihen aus der Staatskassa.
- 12) Vortrag über einen Waldtheilungsvertrag mit der Gemeinde Grandval, Amtsbezirks Münster.

Militärdepartement.

- 13) Vortrag über das Ansuchen der Instruktoren der Militärkreife Nr. 1, 5 und 6 um Gehaltserhöhung.
- D. Von Spezialfommiffionen des Großen Rathes.

Gefengebungskommiffion.

- 14) Vortrag, betreffend die Bestimmung der Grundlagen des zu entwerfenden Erimingsprozefigesethuches.
- 15) Entwurf des Arreft = und Betreibungsgesetzes (zweiter besonberer Theil des Civilprozefigesches, I., II. und III. Titel).

In der ersten Sitzung wird nach der durch den Herrn Landammann festgesetzten Tagesordnung zur Berathung vorgeslegt werden: der Vortrag über den Tagsatzungsbericht und sodann der Vortrag über die Aarbrücke beim untern Thore in Vern.

Mit Hochachtung!

Bern, den 24. April 1838.

Aus Auftrag des hosen. Landammanns, Der Staatsfchreiber:

Sünerwadel.

Erfte Sigung.

Montag den 7. Mai 1838.

(Morgens um 9 Uhr.)

Prafident: herr Landammann 3. Schnell.

Nach dem Namensaufrufe eröffnet der herr Landammann die Sigung mit folgender Unvede:

Tit., Sie werden sich aus dem Traktandenzirkular überzeugt haben, daß es weder die Menge der Geschäfte, noch ihre Wichtigkeit und Bedeutung, noch endlich ihre Dringlichkeit ist, wodurch unsere heutige Bersammlung nothwendig geworden, sondern daß lediglich eine gesetzliche Bestimmung den Großen Rath auf diesen Tag, als den ersten Montag im Monat Mai, zusammenberuft. Diese gesetzliche Bestimmung macht es unmöglich, in einer Sommerstung alle diesenigen Geschäfte abzuttun, welche nothwendigers oder zufälligerweise auf diese Zeit fallen, und zwar deßhalb, weil diese gesetzliche Bestimmung die Bersammlung allzufrüh zusammenbietet, als daß ihr die Geschäfte vorgelegt werden könnten, welche seweilen auf die bevorsstehende Tagsatung Bezug haben. Darum werden wir einer

zweiten Sommersitzung auf feinen Fall entgehen konnen, und darum habe ich geglaubt, es sei vielleicht am besten, diejenigen Geschäfte vorwegzunehmen, welche uns ungefähr während dieser Boche zusammenbehalten werden, den Rest aber auf die Sigung zu versparen, welche durch die eidgenössischen Geschäfte später nothwendig wird, die an und für sich teine Woche ausfüllen würden. Ich foll nicht glauben, daß, wenn wir uns angelegen fein lassen, die Geschäfte mit derjenigen Kurze abzuthun, welche im Interesse der Versammlung und des Landes liegt, wir länger, als höchstens diese Woche über beisammenbleiben müffen. Aber follten auch nicht alle in dem Traktandenzirkular verzeich= neten Geschäfte in diese Woche hineingedrängt werden konnen, fo würde es immerhin zweckmäßig fein, den Ueberschuß auf die spätere Sigung zu versparen. Ich will indessen Ihrem Ent= scheide, Tit., nicht vorgreifen.

Mit fernerem Reden will ich Sie nicht langweisen, fon= dern das Beispiel geben von raschem Fortschreiten in Erledigung der Geschäfte; ich beschränke mich also lediglich darauf, Sie bier herzlich willkommen zu heißen, und will hiemit Thre dieß= maligen Verhandlungen formgemäß eröffnet haben.

Zwei jum ersten Male anwefende Mitglieder des Großen Rathes leiften den Gid.

Der herr Landammann zeigt hierauf an, daß eine große Zahl von Bittschriften und Vorstellungen einge= langt seien, welche er ungefäumt der Bittschriftenkommission vorlegen werde.

Folgende Entlassungsbegehren werden dem Regie-

rungsrathe zur Berichterstattung zugewiesen:

1) Des herrn Oberrichters Darelhofer als Mitglied des Obergerichtes.

Des herrn Ammann henzi als außerordentlichen Ersat= manns des Obergerichtes.

3) Des herrn Karl Stoof als Mitglied der Polizeifektion.

Zagedorbnung.

Vortrag des diplomatischen Departements, betreffend den Bericht der bernischen Gefandtschaft über die ordentliche Tagsatzung von 1837.

Der Vortrag berichtet fürglich, daß die Gefandtschaft sich in allen Theilen instruktionsgemäß verhalten habe, und schließt dabin, den Gefandtschaftsbericht unter Berdankung zu genehmigen.

Der herr Landammann bemerkt der Versammlung, daß die Gefandtschaft ihren Bericht bereits im November des vorigen Sahres eingereicht habe, so daß dieselbe jedenfalls an der Verspätung dieses Geschäftes keine Schuld trage. Uebris gens fei die Sache dießmal fo einfach, daß er geglaubt habe, sie als das erste zu behandelnde Geschäft vorlegen zu können, wenn gleich nicht alle Mitglieder im Falle gewesen feien, den Bericht vorher in der Kanzlei zu lesen.

Fellenberg. Auf so flüchtige und unüberlegte Weise einen Tagfatungsbericht als abgethan zu erklären, könnte nur von fehr verderblichen Folgen fein. Es ift nicht möglich, daß Iemand von und bereits davon Kenntniß genommen Weswegen hat der Regierungsrath und diesen Bericht nicht früher mitgetheilt? weswegen muß er gerade jett zur Eröffnung dieser Sigung dienen? Ueberhaupt ist es für jeden Vaterlandsfreund eine bedenkliche Erscheinung, daß der Große Rath abermals bloß mit unbedeutenden Gegenständen beschäftigt werden foll, mährend so dringend nothwendige Gesetze schon längst verlangt und versprochen worden find. Das immerwährende Ausbleiben eines Expropriationsgesetzes gereicht der Republik jum größten Schaden, benn allenthalben, wo Land abgetreten werden muß, feben wir Beispiele von außerordent= lich übertriebenen Forderungen, weil eben kein folches Gesetzt da ist, das doch in einem halben Tage entworfen werden könnte. Längst sind und andere Länder mit dem Beispiel vorangegangen. So verhält es sich mit dem Verantwortlichkeitsgesetze, mit dem Sekundarschulgesetze. Täglich finden in diefer lettern hinsicht Migbräuche statt, indem große Summen für Schulen weg-

gegeben werden, welche zwar Sekundarschulen heißen, aber nichts Anderes sind als vornehme Primarschulen. Ich muß förmlich dagegen protestiren, daß wir den Rapport über die legtjährigen Tagfahungsangelegenheiten fo flüchtig abthun follten, und daß der Große Rath zu einer Null gemacht werde, nach dem Beispiele der hannoverschen und anderer deutschen Stände.

hungifer. Mit nur wenigen Worten muß ich erflären, daß ich mich vollkommen der Ansicht des herrn Präopinanten anschließe, und zwar aus ganz einfachen Gründen. Ich bin zwar völlig mit dem herrn Landammann einverstanden, das die Geschäfte so schnell, als ihre Wichtigkeit irgend erlaubt, abgethan werden sollen. Es kann aber nicht im Willen der hohen Versammlung liegen, daß nach Form und Inhalt wichtige Geschäfte durch eine solche Schnelligkeit der Berathung Schaden leiden. Das wäre aber der Fall, wenn man heute diesen Gegenstand sofort erledigte. Uebrigens muß ich frei erklären, daß ich ziemlich befremdet bin durch den Vortrag des diplomatischen Departements, indem derselbe bloß auf Verdanfung der Gesandtschaftsverhandlungen anträgt. Der zwanzigste Artikel des S. 50 der Verfassung bezeichnet unter Anderm als vom Großen Rathe felbst und unübertragbar zu behandelnden Gegenstand: die Abnahme und Beurtheilung des Berichtes der Abgeordneten auf eine eidgenöffische Tagfatzung. Bei so bestimmten Vorschriften kann man wohl nicht in der vorgeschlagenen Weise zufahren. Man fagt freilich, mit Etwas musse man doch die Sitzung anfangen, und zwar vielleicht nach dem Sprichworte: das Wichtigste voran. Ich will nicht fragen, ob man diese Sache wegen ihrer Wichtigkeit oder aber wegen ihrer Unwichtigkeit zuerst nehmen will; hingegen gebe ich zu bedenken, ob die Wichtigkeit des vorliegenden Gegenstandes genug gekannt sein kann. Ueberhaupt ist es unter der Bürde und gegen die Pflicht des Großen Rathes, einen die eidgenössischen Ungelegenheiten betreffenden Gegenstand nur fo furzweg ad acta ju legen, befonders in der gegenwärtigen Beit, wo so manche Berhand-lungen zwischen Bern und der übrigen Eidgenoffenschaft obschweben. Tritt der Große Rath auf dem vorgeschlagenen Fuße ein, so überschreitet er dadurch geradezu eine verfassungsmäßige Vorschrift.

Ticharner, Schultheiß. Der herr Landammann hat als eines der wichtigsten Geschäfte diese Tagfahungsverhandlungen an die Spitze unserer dießmaligen Berathungen gestellt, indem auf jeden Fall mit Etwas angefangen werden mußte. Das Traftandenzirkular dann hat der herr Landammann bereits vor vierzehn Tagen an fammtliche Mitglieder ergehen laffen, und alfo lag es in der Fakultät eines Jeden von uns, diefen Bericht vorher zu lesen, indem derselbe seit acht oder vierzehn Tagen in der Kanzlei zur Einsicht vorgelegt war. Dieses mußte ich zur Rechtfertigung sowohl des Regierungsrathes als des Herrn Landammanns anbringen; die hohe Versammlung wird aber entscheiden, was sie für gut findet.

Roch, Regierungsrath. Man hat das Gefet von den unübertragbaren Gegenständen allegirt. Aber wie fann der Große Rath einen folchen Bericht beurtheilen? Entweder, indem wir denfelben hier feinem ganzen Inhalte nach ablefen laffen, oder, wenn er eine Zeit lang da gelegen hat, wo die Mitglieder des Großen Rathes dergleichen Sachen lefen follen. Das Gefet sage nun, daß die Gegenstände vor ihrer Behandlung durch den Großen Rath zwei Tage lang auf dem Kanzleitische gelegen haben müssen. Wo ist nun der Kanzleitisch? Ist es dieser Tisch hier, oder ist es der Tisch in der Ranzlei, wo alle Akten Ich glaube das letztere; denn wenn die Vorträge hier auf diesem Tische da zwei Tage lang gelegen haben mußten, so könnte man in der ersten Sitzung gar fein Geschäft vornehmen. Nun hat der heutige Gegenstand lange Zeit drüben auf dem Kanzleitisch gelegen, und viele Mitglieder haben ihn dort gelesen. Somit glaube ich nicht , daß wir gegen irgend ein Reglement verstoßen, wenn wir diese Angelegenheit heute erledigen. Uebrigens sind da mehrere Wünsche ausgesprochen worden, die auch ich theilen kann, die aber schneller gewünscht als gemacht find. Ein Gefet über die Berantwortlichfeit der Beamten ist schwierig; indessen wird in dieser Beziehung nach

einigen steden gebliebenen Versuchen bald Etwas vorgelegt werden können. Ein Expropriationsgesch haben wir, wie dieses schon mehrmals gezeigt worden ist, bereits, und wenn allzugröße Schahungen gemacht werden, so liegt die Schuld lediglich an den Schähern. Es hat sich freilich der Mißbrauch einzgeschlichen, daß, wenn die Regierung Etwas arbeiten lassen will, Zedermann dann glaubt, das sei jetzt ein Signal, um sich auf Unsosten des Staates zu bereichern. Diesem Uebelstande wird kein Expropriationsgesch abhelsen können, indem unter jeden Umständen Schahungen statt sinden müßen. Wenn übrigens diese hohe Versammlung Lust hat, lange hier zu sitzen, so bietet ihr denn doch das Traktandenzirkular ein weites Feld der, wie denn namentlich die Verathung des Vetreibungsprozesses unsere Zeit ordentlich ausfüllen dürste. Der Vorwurf ist also völlig ungegründet, daß keine wichtigen Materien vorzgelegt worden seien.

Rafthofer, Regierungsrath. Es ift jett wohl nicht um eine genaue Definition des Kanzleitisches zu thun, wohl aber darum, ob es im eidgenössischen Interesse und der Würde der Bersammlung angemessen sei, daß der Gesandtschaftsbericht nur fo furze Zeit zur Kenntniß der Mitglieder gefommen ift. Freilich lag derfelbe auf dem Kanzleitische, aber kann man denn jedem Mitgliede zumuthen, daß es eigens dafür hätte nach Bern kommen sollen, um den Napport zu lesen? Die eidge= nössischen Verhältnisse sind freilich ganz einfach, b. h. einfach anarchisch. Zeder Kanton thut, was er will, und der allgemeine Bundesverband ist so locker, daß man ihn fast nicht mehr erblickt. Wenn schon an der vorigen Tagsahung uur unbedeutende Verhandlungen vorgekommen find, so fragt es fich eben: warum wurden nicht wichtigere vorgenommen? Es ist sehr wichtig, daß unsere oberste Landesbehörde sich mit den eidgenössischen Angelegenheiten mehr als bisher befasse. Man scheint freilich vor der Sand die Hoffnung auf einen verbeffer= ten Bund aufgeben ju muffen, aber wir follen boch unfererfeits Alles thun, damit diefer Zustand der Dinge nicht immer schlim= mer werde. Wir find nun gar nicht im Stande, über die lettjährigen Tagfatungsverhandlungen zu urtheilen; daher wünsche ich, daß dieser Bericht jest nicht behandelt werde, sondern daß der Große Rath einige Mitglieder bezeichne, um denselben ju erdauern und in der nachsten Sitzung Bericht zu erstatten.

von Graffenried. Ich stimme einfach dazu, daß man heute eintrete, weil die Sache bereits untersucht worden ist. Wenn Ihr diplomatisches Departement kein Zutrauen verdienen würde, dann könnte man allerdings sagen, die Sache sei nicht untersucht. Die Gesandtschaft hatte ihren Bericht eingereicht, und der Regierungsrath legt ihn nun heute, wiewohl etwas spät, vor, nachdem das diplomatische Departement untersucht hat, ob die Gesandtschaft ihre Instruktionen befolgt habe oder nicht. Es ist heute bloß um diese Frage zu thun, und keineswegs um eine neu zu ertheilende Instruktion, so daß mir die gemachten Vorwürse durchaus unbegründet scheinen. Der Herr Landammann mußte doch mit einem Geschäfte den Ansang machen, und wenn er irgend ein anderes wichtiges Geschäft vorangestellt hätte, so würde man den nämlichen Einwurf haben machen können, nämlich, man habe noch nicht Zeit gehabt, sich damit bekannt zu machen. Sedermann hat auf der Kanzlei diese Sachen lesen können, und mir ist dort mit der größten Vereitzwilligkeit Alles vorgelegt worden, was ich haben wollte. Ich stionsgemäße Verhalten der Gesandtschaft ausspreche.

Belrichard. Ungeachtet des Vertrauens, das mir das diplomatische Departement und der Regierungsrath einslößen, könnte ich den Vericht der Tagsatungsgesandtschaft nicht heute schon genehmigen. Ich verlange, daß die Verathung verschoben werde, damit die Mitglieder des Leberberges Kenntniß von dem, ohnedieß nicht in's Französische übersetzen, Bericht nehmen können. Sollte man, gegen meine Ansicht, den Vericht heute gutheißen wollen, so könnte ich eine Aeußerung des Vernergesandten, der das Wort führte, als es sich in der Tagsatung um die Revision der Geldstala handelte, nicht mit Stillschweigen übergehen. Der Herr Gefandte hat nämlich gesagt: der Lebersberg habe durch die Vereinigung mit Vern versoren und habe

sich unter der französischen Verwaltung besser befunden. Ich protestiere feierlich gegen diese Aeußerung.

von Tillier, Altlandammann. Ich gebe gerne zu, daß es bedauerlich ift, daß man Berichte über unsere eidgenöffischen Verhältnisse so furz und mit so geringer Aufmerksamkeit behandeln kann, aber damit, daß wir dieses Bedauern äußern, ist das Faktum doch da. Die frühern Tagsakungsberichte konnten aus zweierlei Gründen im Schoose der oberften Landesbehörde einen wichtigen Eindruck haben, nämlich entweder war der Inhalt an und für sich selbst sehr wichtig, wie dieß in unruhigen Beiten natürlich der Fall war, oder aber die Gefandtschaftsbe= richte erschienen darum wichtig, weil früher die Verhandlungen ber Tagfahung völlig unbefannt blieben. Aus diefem Grunde mußten damals die Großen Rathe mehr Zeit auf die Pruffung folder Berichte verwenden. Heutzutage ist das anders. Seder von und weiß gegenwärtig que den öffentlichen Blättern, mas an der Tagfatung verhandelt worden ift, fo daß nun eine Berichterstattung der Gesandtschaft beinahe jur Förmlichkeit gewor= den ift. Ich glaube, man könne heute gar wohl eintreten, und es ware ein bloper Zeitverluft, nach dieser heutigen langen Bor-berathung später eine zweite Verhandlung über einen Gegenstand zu haben, der doch eigentlich nicht mehr von so großem In= tereffe sein kann. Wenn gleich die Schilderung des herrn Regierungsraths Rafthofer hinsichtlich der eidgenössischen Verhältnisse an sich richtig ist, so ist es dann bei der Instruktionsertheilung der Fall, hievon zu reden. Der Bericht scheint übrigens ziemlich unschuldig, so daß ich unbedenklich zum Eintreten stimme.

Kisling, Amtsschreiber. Es wäre eine traurige und unwürdige Erscheinung in den Verhandlungen des Großen Rathes, wenn eine schweizerische Angelegenheit mit solcher Leichze sertigkeit behandelt würde. Der Große Rath muß doch vorher ein solches Geschäft kennen und wissen, was die Gesandten vershandelt haben. Darum möchte ich antragen, daß dieser Vericht abgelesen werde, wenn er gleich ein wenig diekleibig ist.

Schnell, Regierungsrath. Die gegenwärtige Diskussion zeigt, in welcher großen Ruhe wir leben müssen, indem man sich über die einfache Frage streiten kann, ob man einen Rapport über allbekannte Gegenstände auf den Kanzleitisch legen soll, während die Säublumen blühen, um ihn dann wieder hervorzunehmen, wenn diese in "Büßeli" übergehen. Das diplomatische Departement hat sich überzeugt, daß die Gesandeten in allen Beziehungen ihren Instruktionen nachgelebt haben. Die Geschäfte waren weder erstaunlich wichtig noch gesährlich. Wenn nun Sedermann aus den Zeitungen weiß, daß erstlich nichts wichtiges verhandelt worden ist, und daß zweitens unsere Gesandten ihre Psticht gethan haben, und daß zweitens unsere Gesandten ihre Psticht gethan haben, und daß zweitens von einer durch Sie, Tit, aufgestellten Behörde untersucht und richtig befunden worden ist; so kann es doch nicht Ihre Meinung sein, daß nun eine lange Diskussion über das Eintreten oder Nichteintreten, über Niedersehung einer Kommission u. s. w. u. s. w. nöthig sei. Ohnehin wird Zedermann wünsschen, nicht allzulange hier bleiben zu müssen.

Abstimmung.

Der herr Landammann eröffnet nun die Umfrage über den Inhalt des Berichtes und das Benehmen der herren Gesandten felbst.

Kifling verlangt, daß über seinen Antrag auf Ablesung des Gesandtschaftsberichtes ebenfalls abgestimmt werde.

herr Landammann. Ich habe geglaubt, Sie spaffen nur; der Bericht enthält neunzig ziemlich eng geschriebene Folioseiten.

Rifling. Ich meine nur wenigstens die Sauptsachen.

Fellenberg. herr Belrichard hat vorhin geäußert, daß die Gesandten gesagt haben, das Bisthum wäre besser mit Frankreich vereinigt geblieben. Ein anderer Punkt betrifft ferner - 4

eine entstandene Art von Entzweiung zwischen unsern Herren Gefandten und demienigen von Luzern wegen des österreichischen Gefandten, was in den Zeitungen starte Sensation gemacht hat. Ich hätte gewünscht, daß unsere Herren Gesandten über diese beiden Fälle Auskunft gäben, indem ich zweisle, daß der Große Rath unbedingt folchem beipslichte.

Kasthofer, Regierungsvath. Sch stimme zwar nicht dazu, daß der Bericht abgelesen werde, aber ich muß doch wünschen, daß die Herren Gesandten uns das Essentielle des Berichtes mündlich vortragen, und daß sie zweitens in allgemeinen Umrissen über den Zustand der Eidgenossenschaft Auskunft geben. Es ist nicht die größte Harmonie zwischen den einzelnen Kantonen. Das würde also die hohe Versammlung interessiren. Wir wissen ferner, daß Vern selbst mit einigen Kantonen nicht ganz auf gutem Fuße steht, und so wäre eine Veruhigung von Seite der Herren Gesandten wünschenswerth.

Hunziker. Ich muß doch ganz einfach darauf aufmerkfam machen, daß der Antrag des Herrn Kißling nicht so ganz spaßhaft ist. Er ist die nothwendige Folge dieser Verhandlung und ein Beweis, daß man auf dem Irrwege ist. Sollen wir jest etwa die Verhandlungen der Tagsatungsgesandten nach den Zeitungsberichten genehmigen und gutheißen? Sosen das nicht der Fall, und es nach Artisel 20 des §. 50 der Verfassung um Abnahme und Beurtheilung des Gesandtschaftsberichtes zu thum ist, so wird wohl der Inhalt davon zuerst bekannt sein müßen, und da ist das Ablesen, so wie man jest einmal diese Verhandelung eingeleitet hat, zwar langweilig, aber nothwendig, wenn man wenigstens logisch versahren will; so ungern ich es also thue, so muß ich doch verlangen, daß der Vericht abgelesen werde, und zwar ganz.

Abstimmung.

1)	Für die	Ablesur	ig.				•	17	Stimmen.
	Dageger								ehrheit.
2)	Von den				über	einzeln	e Pun		
	Musi	unft zu	begel	yven				88	Stimmen.
	Dageger							30	**

Die während obiger Verhandlung abgetretenen Gesandten an der letztjährigen Tagsatzung, nämlich Herr Regierungsrath Neuhaus und Herr Lehenskommissär Stettler, werden hereingerufen und durch den Herrn Landammann von dem gesasten Veschlusse in Kenntniß geseht.

Neuhaus, Regierungsrath. Die Geschäfte der Tagsfatung sind meinem Geiste nicht mehr gegenwärtig. Die Gescandtschaft hat ihren Bericht übergeben, derselbe ist von dem diplomatischen Deepartemente sorgfältig untersucht und vom Regierungsrathe genehmigt worden; ich konnte daher glauben, daß man, bei der großräthlichen Berathung des von zwei Gutsachten begleiteten Berichts den gewöhnlichen Gang befolgen werde. Da Anträge gemacht worden sind, um Aufschlüsse über gewisse Punkte, über welche dieselben ein Näheres zu wissen begeheren, schriftlich zu bezeichnen; ich werde sodann den Tagsazungsbericht wieder lesen und in der Sitzung von morgen oder übermorgen die Aufschlüsse geben, es müste denn mein ehemaliger Rollege, herr Stettler, welcher anwesend ist, im Stande sein, die verlangte Aufstärung zu ertheilen.

Stettler. Um die Sache nicht länger aufzuschieben, glaube ich in der That, einige Auskunft geben zu können, und wünsche also, daß man mir die Punkte vorlege.

· Fellenberg. Herr Belrichard hatte zuerst angeführt, daß einer der Herren Gesandten geäußert habe, das Bisthum würde vereinigt mit Frankreich besser bestehen als in der Bereinigung mit Bern. Ich lege diesem Ausdrucke kein Gewicht bei, so sern er als dahingefallen anzusehen ist; aber ich lege ihm Gewicht bei, wenn ihn der Große Rath in seiner den Gesandten zu ertheilenden Billigung mit einschlöße. Es liegt offenbar in unserem Gemüthe, daß der Leberberg sich besser in der Vereinigung mit Vern besinde; also dürsen wir nicht eine das Gegentheil behauptende Aleußerung eines Gesandten aner-

kennen. Der andere Punkt betrifft das Benehmen unserer Gesandtschaft beim Herrn Schultheißen Amrhyn wegen des österreichischen Gesandten. Ich möchte darüber Auskunft, um zu einem Urtheile zu gelangen. Denn wir sollen unsere Bershältnisse zum Auslande wohl in Obacht nehmen. Der dritte, von Herrn Regierungsrath Kasthoser vorgedrachte, Wunsch ist der, daß die Herren Gesandten die Güte haben möchten, die hohe Versammlung zu benachrichtigen, wie sie denn eigentlich den surchtbaren Justand der Eidgenossenschuft wahrgenommen haben, und wie wir, so viel an uns, demselben abhelsen können. Ein großer Theil des Großen Rathes ist mit den daherigen Wahrnehmungen der Herren Gesandten undekannt, und daher ist es von großer Wichtigkeit, daß wir durch die heutige Diskussion erkennen können, was zu thun sei, um mit unsern Eidgenossen in bessere Verbältnisse zu kommen u. s. w. Die Herren Gesandten, welche im Verennpunkte dieser eidgenössischen Anachie waren, haben in dieser Veziehung Manches wahrnehmungen Manches liegen, was uns von großer Wichtigkeit sein mag.

Meuhaus, Regierungsrath. Da ich nun weiß, um was es sich handelt, so will ich antworten. Auf den ersten Punkt hahe ich folgendes zu erwiedern: Als man, bei Anlas der Berathung über die Geldstala, die Kontribution des bernischen Leberberges erhöhen wollte, so machte ich die Bemerkung, daß dieser Theil des Kantons, in kommerzieller und industrieller Beziehung, fich nicht in einer eben fo glücklichen Lage, wie andere Kantone, die man in die gleiche Kategorie stellen wollte, befinde, und daß, in Bezug auf den Handel und die Industrie, der Leberberg sich unter der frangösischen Regierung materiell in günstigern Umständen befunden habe. Diese Ansicht theile ich noch heute; ich war aber weit entsernt, zu behaupten, daß der Leberberg durch seine Vereinigung mit Vern verloren habe. — Was den zweiten Punkt anbetrifft, so glaube ich nicht, daß die Gesandtschaft über Gegenstände, die ihren Instruktionen mehr oder weniger fremd, und die unvorgesehen waren, Rechnung abzulegen habe. Man hat von dem Befuche gesprochen, den die Gefandtschaft dem ersten Gefandten des hohen Standes Luzern abstattete, und zwar in der Art, als ob diefes Ereigniß einige Kälte unter den Gesandten der beiden Kantone her-vorgebracht hätte. Wenn irgend Semand Besorgnis haben sollte, so könnte ich ihn ganz beruhigen. Zwei Tage nach jenem. Besuche hat die Luzerner-Gesandtschaft einem Mittageisen beigewohnt, das die Berner-Gesandten gaben, und bei welchem die größte Vertraulichkeit herrschte; auch hat während der drei Monate der Dauer der Tagfatzung die Gefandtschaft von Bern mit derjenigen von Luzern im besten Einverständnis gestanden. - Der britte Punkt endlich kann im nächsten Monat behandelt werden, wenn es um die Ertheilung der neuen Inftruktionen zu thun fein wird. Die Gefandten bes Standes Bern auf der letten Tagfatzung werden dann im Falle fein, die Aufschlüsse zu geben, welche über die zwischen mehrern Kantonen bestehenden Berhaltnisse verlangt werden follten.

Abstimmung.

v. Tenner, Reg. Rath, verlangt, als Präsident des Finanzdepartements, das Wort. Sch soll die Ehre haben, Tit., Ihnen hier die Rechnung von den fämmtlichen Kassaverhandlungen des Finanzdepartements vom Sahre 1837 vorzulegen. Bekanntlich liegt die Standesrechnung von 1835 bereits hier, ist aber noch nicht passirt; diesenige von 1836 ist noch nicht gemacht, weil mehrere dazu gehörige Rechnungen noch nicht eingeliesert worden sind, ungeachtet vielsacher Ermahnungen von Seite des Regierungsrathes. Aus diesen beiden Gründen sind nun in der Rechnung von 1837 einstweilen ausgelassen die Rechnungsrestanzund der Vermögensetat, so daß sie also bloß die Kassaverhandlungen des Jahres 1837 enthält, auch noch nicht als Rechnung, sondern als bloße Rechnungsübersicht anzusehen ist, dis die angedeuteten Vervollständigungen angebracht sein werden.

11

Es ist also nicht darum zu thun, diese Rechnung von 1837 zu prüsen und zu passiren, sondern bloß darum, Kenntniß zu geben von der Rechnungsführung des vorigen Jahres, und zu zeigen, daß diese neu eingeführte Rechnungsführung wirklich die erwarteten Resultate giebt, indem von nun an ieweilen in der Sommerstzung die Rechnung des vorigen Jahres wird vorgelegt werden können. Im Jahre 1837 hat, ohne die Rechnungsrestanz von 1836, betragen:

 Tas Gefammteinnehmen
 9. 2,494,021 Rp. 14.

 Das Gefammtausgeben
 2,401,927 = 24.

 Das Mehreinnehmen
 92,093 Rp. 90.

Vortrag des Finanzdepartements nebst Dekretsentwurf über das Unsuchen des Burgerraths von Bern um Bewilsligung eines Zolles für die neu zu erbauende Brücke bei'm untern Thore zu Bern.

Der Vortrag enthält unter Anderm Folgendes:

Der Burgerrath der Stadt Vern reichte am 27. Dezember vorigen Sahres dem Großen Rathe eine Vorstellung ein, worin die Nothwendigkeit geschildert wird, im Interesse des Verkehrs und zum öffentlichen Nuhen überhaupt die steilen Zugänge zu dem östlichen Theil der Hauptstadt zu verbessern, und zu diesem Ende eine steinerne Brücke über die Aare zu erbauen. Zu Vegründung der Rechtsertigung der dazu nach dem Vorschlag der Herren Ingenieurs Donégani und Jacquiné und nach Auszweis beiliegenden Planes angenommenen Richtung, wird das Vesinden des rühmlichst bekannten Herrn Oberingenieurs Nezuelli in folgenden Worten angeführt:

"Die von den Herren Donégani und Jacquiné vorgeschlagene Richtung weicht den vorhandenen Schwierigkeiten mehr als alle andern Richtungen aus. Sie bewerkstelligt den Uebergang in einem kast rechten Winkel mit der Stromare des Flusses, benust von vorne herein einen bis in den Flus vorgreisenden sesten Felsen zur leichten Gründung des rechtseitigen Brückenwiederlagers; sie begünstigt vom rechten User die Korrektion der Hauptstraßen von Jürich und Thun, ohne die bestebenden Verhältnisse derselben und der Verghalde von ihrem Vereinigungspunkt aufwärts wesenklich zu stören, entwindet dem Auge die unvermeidliche Gegensteigung in der Gerechtigkeitssasse, läst die Verhältnisse des Staldens unberührt, nimmt am wenigsten Gebäude in Anspruch, und kann vor allen andern Richtungen gänzlich ausgebauet werden, ohne dem täglichen Verfehr ein einziges Hinderniss in den Weg zu legen. Sie amalgamirt völlig an ihren etwas gebogenen Ansahrten die Unregelmäßigkeiten der Gegend an beiden Usern der Aare, ohne dem Charakter der Großartigkeit im geringsten Abbruch zu thun."

Die Rosten dieser Brücke werden auf Fr. 900,000 berech= net; die Aufbringung berselben soll vermittelst Aktienzeichnung nach Mitgabe beiliegenden Statuts geschehen, dessen hauptbeftimmungen dahin geben:

1) Der Ertrag bes zu bewilligenden Brückengeldes foll zu Berzinfung und Erstattung der Kosten bes Unternehmens verswendet werden.

Nach vollständiger Erstattung der auf dasselbe verwendeten Kapitalsumme sammt Zinsen soll der Zollbezug aushören und alsdann die Brücke gegen Uebernahme des künftigen Unterhalts dem Staat ohne ferneres Entgeld von der Gesellschaft abgestreten werden.

- 2) Der Betrag einer Aftie ift höchstens Fr. 1000, ihre Jahl 900.
 - 3) Die Burgergemeinde der Stadt Bern verpflichtet fich : a. 200 Stück Aktien zu nehmen ;
 - b. falls die 900,000 Fr. zum Bau nicht hinreichen, und eine neue Emission von Aktien nothwendig würde, noch eine fernere Summe von Fr. 100,000 auf Ankauf derselben zu verwenden;
 - c. für ihre Aftien blos dann einen Zins zu fordern, wenn die übrigen Aftien mit einem Zins von 4 p. % jährlich ausgewiesen sein werden.

4) Der Bau wird erst angefangen wenn für 500 Aktien

unterzeichnet ist, u. s. w. Der Zarif des Brückengelbes, so wie er von der Stadtbehörde vorgelegt worden, ist folgender:

welche per Stück bezahlen Für Handwägelein, Schubkarren und dergleichen wird nichts bezahlt.

mmer, Ziegen, Schweine u. f. w., vom Stück 1 Rappen. Frei vom Brückengeld find:

33

Militärs im Dienste, ihr Gepäck, Artillerie und Kriegs= fuhrwerke, Feuersprißen, hülfleistende Mannschaft bei einem Brand, Löschgeräthschaften sammt deren Bespannung, Land= jäger und Polizeidiener.

Auf diese Darstellung gestütt, werden nun in dem erwähnten Memorial des Burgerraths von Bern folgende Ansuchen an den Großen Rath gestellt:

1) Die Erbauung einer Brücke auf obigem Fuß zu bewilligen und bas baberige Statut ber Aftiengefellschaft zu genehmigen.

2) Die Erhebung eines Brückengeldes zu handen der Aftionars nach vorstehendem Tavif zu gestatten, auf so lange, als bis der Aufwand für den Brückenbau und den Unterhalt derselben in Kapital und Binsen vollständig zurückezahlt sein wird, im Fernern diese Erlaubniß zu Erhebung eines Brückengeldes bei der nächsten Tagsatzung auswirken zu lassen.

3) Die nach Satung 379 dem Großen Rathe zustehende Befugniß an die Gesellschaft zu delegiren, daß dieselbe auf die Häuser und Gärten Nr. 197, 198, 200, 202, 203, 204 und 205 im weißen Quartier, sodann im schwarzen Quartier auf dem Schopf und Garten Nr. 10, Nr. 9 b., Hof und Schopf von Nr. 9 a., den sogeheißenen Flurihof, sodann die Häuser und Gärten Nr. 122, 123 und 124; jenseits der Aare endlich auf den am Ufer stehenden Thurm und einen Theil des zum Klösterliwirthshaus gehörenden Gartens ihre Anwendung sinden können.

4) Und endlich den Willen auszusprechen, die dem Staate gehörenden Häuser und Gärten Nr. 199 und 201 nebst dem hinter der Nydeckkirche gelegenen Pfrundgarten der Gesellschaft abzutreten, sei es unentgeldlich oder zu einem billigen Preis u. s. w.

I. Zechnischer Theil.

Prüfung des vorhandenen Projekts und Untersuchung der Frage, ob nicht auf anderm Wege derselbe Zweck erreicht wers den könne.

In Bezug auf die Konstruktion und Solidität der projektieren Brücke hat das Baudepartement, (dessen Bericht im Berichte des Finanzdepartements vollständig enthalten ist), gegen den Plan durchaus nichts einzuwenden, sondern muß finden, daß die gewählte Bauart des Brückenbogens en plein eintre die zweckmäßigste sei und die beste Garantie der Dauerhaftigkeit darbiete u. s. w.

Die Lage und Richtung der Brücke ansehend, wüßte das Baudepartement in Betracht der Gründe, welche bei diesem Bau von der Stadtbehörde, die sich an die Spise dieses Unternehmens gestellt hat, ins Auge gefaßt worden und in den daherigen Akten weitläusig entwickelt sind, ebenfalls nichts daran auszusehen, indem durch diesen Bau die Verbindung zwischen Land und Stadt mit den Interessen dieser letztern schön vereinigt, und auch die Lage derselben gehörig berücksichtigt worden ist u. s. w.

Es blieb ihm nun noch fibrig zu untersuchen, ob nicht durch Beibehaltung der gegenwärtigen Brücke die beiden Stalden so korrigirt werden könnten, daß die neue Brücke vermieden und das Gefäll auf 3-4~% reduzirt würde u. f. w.

Soll die bestehende Unterthorbrücke beibehalten, feine neue erbaut, und gleichwohl beide Stalben forrigirt werden, so kann

11

bieses nicht anders geschehen, als daß die Richtung der Straßen in und außer der Stadt verlassen und für die Vertheilung des Gefälls eine längere Linie gewonnen werde u. f. w.

Abgesehen davon, daß durch eine solche Konstruktion ein wichtiger Theil der Stadt umgangen und gegen die Regel die Hauptstraße, anstatt durch die Stadt geführt zu werden, hinter derselben angelegt würde, zeigt das Baudepartement überdieß die fast absolute Unmöglichkeit und Unzweckmäßigkeit eines solachen Planes, besonders auf Seite der Stadt.

Bei folchen triftigen Gründen muß daher das Baudepartement die angeregte Frage verneinend beantworten und finden, daß es durchaus unzweckmäßig und fast unausführbar wäre, die Steigung der beiden Stalden ohne einen neuen Brückenbau durch bloße Straßenkorrektion unter das gegenwärtige Gefäll zu reduziren, und daß ihm kein anderes Mittel übrig zu sein scheint, als den Brückenprojekt der Aktiengesellschaft zu genehmigen u. s. w.

II. Finanzieller Theil.

Das Finanzdepartement schickt hier die Bemerkung voraus, daß bas Gelingen des vorliegenden Unternehmens von dem Umstande abhange, welche Richtung dem in die neue Lykstraße ausmündenden Straßenzug gegeben werde u. f. w.

Die Anfähe des Brückengeldes kann das Departement im Allgemeinen nicht zu hoch angeschlagen finden, obschon sich die= felben in ihrer Anwendung fumuliren, und wenn dieß schon bei bem eint oder andern gefunden werden follte, so ist nicht zu vergessen, daß es Sedermann frei steht und bleibt, dasselbe zu bezahlen oder nicht, da die jetige Brücke mit ihren Zugängen unverandert und ohne Störung beibehalten wird, und dem Publikum also die Wahl gelassen bleibt, die obere neue Brücke gegen eine mäßige Gebühr oder die untere bisherige frei und ohne Entgeld ju benutzen. Bloß hinsichtlich der Posten muß das Departement eine Bestimmung dahin verlangen, daß sie porerft auf ber neuen Brucke nicht angehalten werben, und Die Pferde, nicht aber die Passagiers, zollpflichtig gemacht werden, was auf dem Fuß zu bewerktelligen wäre, daß die Aktiengesells schaft sich mit der Postregie für ein jährliches Abonnement abfinde, wodurch für jedes Postpferd der gleiche Ansah, wie im Tarif, nämlich 1/2 Baten per Stück, bezahlt würde, jedoch eine mehrere Bespannung als vier Pferde davon befreit fein foll. Es scheint nämlich billig, daß die Posten, für welche bei bergleichen Unternehmen gewöhnlich einige Berücksichtigung ein= autreten pflegt, Etwas, wenn auch nicht die volle Gebühr, gablen; da unftreitig die Postunternehmer, wenn sie die neue Brucke befahren und also die beiden Stalden mit einem eviden= ten Gewinn an Zeit und Pferden vermeiden können, ermäßig= tere Forderungen als jetzt für ihre Akkorde mit der Postregie ftellen werden und follen. Die im Tavif ausgesetzten Befreiun-gen bom Brüdengeld find die gleichen, wie fie auch bei andern neuen Brückenkonzessionen ausbedungen wurden; nur follte ftatt des beschränkenden Ausdrucks "Landjäger und Polizeidiener" der allgemeinere "Polizeibeamten und Polizeidiener" gewählt werden. Endlich dürfte es, um der Sache bei der Tagfahung leichtern Eingang ju berschaffen, nicht unzweckmäßig fein, wenn alle eidgenöffischen oder jum Dienst der Eidgenoffenschaft be= stimmten Gegenstände jollfrei gelaffen würden. Da die neue Brücke einen neuen Eingang jur Stadt bilden wird, fo findet bas Departement, die Brückengesellschaft soll die erforderlichen Gebäude für die nöthige Militar =, Boll = und Polizeibewachung dieses neuen Thors unentgeldlich einräumen, da denn dem Staat immer noch die Rosten des Personals auffallen wurden.

Was nun, Tit., das von der Gefellschaft in Anspruch genommene Erpropriationsrecht ansieht, so steht das Departement in der Ueberzeugung, daß jeder andere Entschädigungsmodus an unzähligen Schwierigkeiten scheitern würde, nicht an, sie dafür zu empfehlen u. s. w. Bloß, was die dem Staat an dem Frienisberg-Haus noch zustehenden Rechte betrifft, können dieselben allerdings der Gesellschaft abgetreten werden, jedoch sollte diese Abtretung, so wie diezenigen des sibrigen von der Gesellschaft gewünschten Staatseigenthums siberbaupt nach unserer Ansicht zu beidseitigem Vortheil nicht auf dem vorgeschlagenen Fuß geschehen. Das Departement

möchte Ihnen, Tit., vielmehr diese Cession zu Gunsten des Brückendaues auf dem Fuß empfehlen, daß dieselbe vermittelst eines mit der Stadt zu tressenden Tausches gegen das letzterer zuständige und bisher von Herrn Werkmeister Stürler bewohnte Gebäude nehst Jugehörde unten an der großen Schanze bewerkstelligt werde, da diese letztere Bestzung zu Straßen, Talus und Terrassenarbeiten in Anspruch genommen werden muß, wenn man an Platz der abgetragenen Schanzen ein neues Stadtquartier erbauen lassen will.

Tit. In Zusammenfassung alles Angebrachten ift das Finanzdepartement einmüthig, die verschiedenen Ansuchen des Burgerraths von Bern mit den angebrachten Modifikationen

ju empfehlen. Es hat demnach die Ehre
1) Wohldenfelben den Entwurf eines Dekrets darüber ju

Sanden des Großen Rathes vorzulegen, gleichzeitig aber 2) anzutragen, daß, sobald der Große Rath diesen Bau genehmigt haben wird, ein Kreisschreiben an den Vorort und die Stände von Ihnen, Tit., erlassen werde, um sie zu bitten, ihre Gesandtschaften auf die nächste Tagsahung mit günstigen Instruktionen zu Vewilligung eines Brückengeldes nach dem mit den kleinen Modiskationen des Departements versehenen Tarif der Aktiengesellschaft auszurüften u. s. w. u. s. w.

Bern, den 13. Merg 1838.

von Jenner, Regierungsrath, durchgeht den Vortrag, indem er beifügt, daß er fest überzeugt sei, daß diese Unternehmung der Aftiengesellschaft feinen weitern pekuniaren Bortheil bringen werde, als allerhöchstens, wenn es gut gehe, die Rückzahlung des Kapitals und einen Jins von vier Procent. Im Uebrigen, wenn irgend im Großen Rath die Intention vorherrschen follte, früher oder später irgend eine andere Brücke behufs der Berbindung mit der Luf-Strafe ju bauen, fo wurde er perfonlich der Erfte fein, um die von der Aftiengefellschaft nachgesuchte Bewilligung zu verweigern. Denn es könne unmöglich in den Absichten der Regierung liegen, einer Aktiengesellschaft zu gestatten, eine Million auf ein folches Werk zu verwenden, wenn die Regierung dann gleichzeitig im Sinne hatte, ein anderes Werf ju bauen, was diefem großen Eintrag thun müßte. Hinsichtlich des Zolltarifs für die Posten bemerkt der Herr Rapporteur, daß in der Eidgenoffenschaft ein Kontordat bestehe, wonach alle Posten überall zollfrei seien. Bei diesem gang auf Unkosten von Privaten unternommenen Brudenbau aber, wo die alte Strafe und Brude immerfort in ihrem bisherigen Stande verbleibe, habe es jedoch dem Regierungsrath und dem Finanzdepartement nicht schicklich geschienen, daß die Regierung, Die nichts ju diesen Roften beitrage, dann nur den Bortheil davon habe. Man schlage daher vor, bloß für die Pferde einen Boll zu gestatten, Kutschen und Pafsagiers u. f. w. hingegen frei zu lassen. Auch die Kinder seien im Tavife als zollfrei vorgeschlagen, allein, es frage sich: was ift ein Kind? Die Fußgänger muffen einen Zoll bezahlen, obgleich die Tagfatung eigentlich den Grundsatz ausgesprochen habe, keine Fußgängerzölle mehr zu wollen. Allein gerade von Diefem Bolle hange Die gange Unternehmung ab, und bie Tagfatung sei schon zweimal von diesem Grundsatze abgewichen.

Tscharner, Schultbeiß. Eine neue Brücke bei'm untern Thore ist, man mag darüber Ansichten haben, welche man will, immerbin wünschenswerth; aber es fragt sich, was für eine Brücke? Ich für meinen Theil bin weit davon entsernt, Gegener sein zu wollen von dem Projekte, daß vermittelst einer Aktiengesellschaft eine solche Brücke zu Stande konnme, und daß dadurch der Idee des seligen Herrn Schultheißen von Lerber Realität gegeben werde. Auch sehe ich mit großer Freude, daß sich das Publikum für dieße Unternehmung lebhaft interessirt. Aber eben darum, weil dieß eine große und wichtige Arbeit ist, möchte ich, daß die Sache mit der größten Umsächt behandelt werde. Da gestehe ich aufrichtig, daß ich es bedaure, daß heute, in einer nicht sehr zahlreichen Sizung, über dies Frage ein Entscheid genommen werden will, der auf Jahrhunderte hinaus den großen Straßenzug bestimmen wird, welcher sich zu Folge der über die Lyßstraße u. s. w. gesaßten Beschlüsse durch die Stadt Bern ziehen soll, — ehe und bevor die Richtung der

Berbindung mit der Lyfistraße erkannt ist, und bevor man weiß, in welchem Verhältniffe diefe Brücke ju der neuen Strafenrichtung stehen wird. Je nachdem der Große Rath später über den Strafenzug nach der Lyfftrage einen Beschlug fassen wird, wird diese Brude mehrere ober mindere Wichtigkeit befommen. Wenn Rurge, Ebene und Wohlfeilheit bei der neuen Berbindung mit der neuen Lyfftrage berücksichtigt werden follen, und wenn dann der Große Rath z. B. die Richtung durch die Enge vorzieht, so wird ganz sicher die Brücke bei muntern Thore nicht mehr die große Bedeutung haben und so viel Zoll ein= tragen, als es geschehen würde, wenn alle Hauptstraßen sich bei'm untern Thore vereinigten. Wenn Sie also heute den Brückenbau genehmigen und dann nachher eine andere Richtung für die Verbindung mit der Lyfftrage annehmen, so haben Sie alsdann ein Unternehmen begunftigt, das feine Urheber in großen Verluft bringen muß. Man fagt freilich, das gehe die Regierung nichts an. Aber wenn man von der Regierung einen Zoll fordert, so ist es ungefähr das Nämliche, wie wenn die Regierung, welche ja nur aus dem Gelde der Staatsbürger baut, felbst bauen wurde, denn die Staatsburger muffen diefen 3011, d. h. die Kosten der Brücke, bezahlen. Die Regierung muß also untersuchen: ist das Werk zweckmäßig, nühlich? Eine Brücke ist dort per se nütlich und wünschenswerth, aber so lange der Rapport des Baudepartements über die nach der Lyßstraße einzuschlagende Richtung nicht da ift, möchte ich den Entscheid suspendiren. Der Große Rath hat gebundene Sande, wenn er diefen Brückenbau genehmigt, man mag dagegen fagen, was man will. Wenn der Große Rath einmal bewilligt hat, daß ein folches Werk um ein oder ein und eine halbe Million aufgeführt werde in der Voraussetzung, daß die Hauptstraße da hindurch gehen werde; so wird der Große Rath, wenn man ihm später eine andere Richtung vorlegt, sagen: wir haben jest da eine schöne neue Brücke, warum wollen wir eine andere Straffenrichtung nehmen? Gegen diesen Grund würde alsdann wenig zu sagen sein. Ist also einmal die Brücke gesbaut, so ist an eine andere Richtung der Straffenverbindung mit der Lykstraße gar nicht zu denken. Nun aber über etwas zu entscheiden, das noch nicht vorliegt, und dessen Folgen sich auf Jahrhunderte erstrecken, ist weder der Weisheit noch der Umsicht des Großen Rathes würdig. Um nicht Zeit zu verlieren, kann man ja von der Tagfatung immerhin die Bollbewilligung eventuell beischen, denn dieser Punkt wird mahrscheinlich im Laufe dieses Jahres noch nicht entschieden werden, sondern die meiften Stände werden ihn ad referendum nehmen. Man barf nicht vergeffen, daß die Brücken die Folge der Straffen, und nicht die Straffen die Folge der Brücken find. Darum möchte ich nicht dazu beitragen, über die Brucke ju erkennen, bevor über die Straßenrichtung erkennt ist, und möchte also heute lediglich dem Baudepartemente den Auftrag geben, bis zur fünftigen Sommersitzung den Vortrag über die verschiedenen Strafen= linien ju Berbindung mit der Lyfftrage ju bringen.

Koch, Regierungsrath. Mit der Frage des Eintretens ist es so, daß wenn Sie heute nicht eintreten, dann aus der ganzen Brücke nichts wird. Es sind gegenwärtig Leute da, die willig sind, Opfer zu bringen, denn es handelt sich für diese Leute in sinanzieller Hinsicht um eine schlimme Spekulation, welche zwar allerdings der hießigen Einwohnerschaft von großem Nutzen sein kann, der Einwohnerschaft, sage ich, denn die Burgerschaft von Bern ist im Verdältnisse zur Einwohnerschaft bald nichts mehr. Wenn nun Privaten zu einem solchen gemeinnützigen Zwecke eine Million unter unsichern Aussichten vorschießen wollen, so wäre es doch wahrhaftig unzwecknäßig, durch Hindernisse und Henmungen aller Art diese Leute maaßleidig zu machen. Man sagt freilich, dis im Juni könne das Baudepartement die Frage über die Verbindung mit der Lyßstraße zum Entscheide bringen. Za, Sit., aber nicht mit der gehörigen Umsicht. Zust eben, weil man sich bisher sehr oft durch die Ungeduld hinreissen ließ, ist Manches geschehen, was besser nicht oder anders geschehen wäre. Der rayon von Bern nach Zollitosen ist noch nicht entschieden, und es sind darüber mehrere Unssichten. Diezenigen Unssichten, welche bis jest zur Kenntniß des Großen Rathes gelangt sind, erschöpfen noch gar nicht Alles, und es sind von sehr geschickten Leuten seither ganz neue entbeckt

worden. Bis im Juni möchte es nun nicht wohl möglich fein, diese neu zur Sprache gebrachten Linien vollständig ausmessen und devisiren zu lassen. Uebrigens glaube ich nicht, das wir deshalb den heutigen Entscheid verschieben müssen. Semand begehrt die Erlaubniß, auf seine eigene Kosten eine Brücke zu bauen. Nun sagt man ihm hiere: ihr könntet euch dabei die Finger verbrennen, wir wollen es euch daher lieber nicht erstauben. Te Tit, so ist der Staat dech nicht der Kannen. lauben. Ja, Tit., so ist der Staat doch nicht der Vormund der Aktiengesellschaft, und diese wird aus Leuten bestehen, welche wohl werden berechnen können, was gut und zweckmäßig und gemeinnüßig ist. Man sagt, man könne von der Tagsfatzung immerhin eventuell den Zoll heischen. Allein die Regierung muß doch dieses thun, und sie kann es doch nicht wohl thun, bevor sie selbst den Zoll bewilligt hat. Auf jeden Fall würde die Tagsatzung nie einen folchen Zoll bewilligen, bevor die Regierung ihn bewilligte. Also muß auf jeden Fall die Regierung von Bern ihre Bewilligung vorher aussprechen. Wenn nun heute der Antrag des Regierungsraths angenommen wird, so kann die Sache vor die nachste Tagfatung gelangen; wenn wir aber warten bis im Juni, so ist bas nicht mehr möglich. Gewiß wird die Gesellschaft den Bau nicht beginnen, bevor die Tagfatzung ihr den Zoll bewilligt hat. Bis dahin wird dann der Antrag des Baudepartements über die Berbindung mit der Lyfftraße vorgelegt werden können. Sollte dann der Große Rath beschließen, dieser Berbindung eine andere Richtung zu geben, als durch das untere Thor, so wird die Gefellschaft dann desiberiren, ob sie unter diesen Umständen ihre Brücke bauen wolle oder nicht. Man hat gesagt, der Große Rath würde sich durch sein heutiges Eintreten die Hände binden. Ich glaube nicht. Gefett z. B. es würde in der Enge ebenfalls eine Brücke auf Subscription gebaut werden wollen, so würde der Große Rath hiezu seine Einwilligung eben so gut geben, als er sie heute für die Brücke bei'm untern Thore geben wird. Somit muß die Aftiengesellschaft diese chance immer laufen. Ein Anderes ist es freilich, ob, wenn einmal die Brücke bei'm untern Thore steht, es dann noch zweckmäßig sein würde, eine andere zu bauen. Allein eine muß immer die erste sein. Ich kann also keinen hinlänglichen Grund sehen, weßhalb wir heute nicht eintreten wollten. Uebrigens haben wir Alle schon seit Sahren über diese Sachen mehr oder weniger nachgedacht, so daß jeder von und feine ungefähre Unsicht haben wird. Was vorerft eine Brücke bei'm untern Graben betrifft, fo würde der Staat diefelbe bezahlen muffen. Es fragt fich nun: will der Staat dann wenigstens zwei Millionen für eine Brücke bezahlen, oder will er erlauben, daß man ihm bei'm untern Thore eine Brücke gratis baue. Eine Brücke im Bremgarten würde wiederum auf Koften des Staates gebaut werden müssen, und wenn dieser das thun will, so steht es thm später immer noch frei. Mir ist keine Zeit in der Geschicke bekannt, wo eine solche Rührigkeit im Bauwesen überall gewesen wäre, wie seit dem Anfange des gegenwärtigen Jahrshunderts. Wasser und Feuer müssen zu Hülfe, um mit immer ungeheurerer Schnelligkeit Lander und Bolker mit einander zu verbinden. Darum haben solche Bauten auch ein weit größeres Interesse erhalten als früher; und fast überall sind dieselben durch Aktionars gemacht worden. Namentlich in England find dergleichen riesenhafte Unternehmungen meines Wiffens nicht von der Regierung sondern durch Privataktien gemacht worden. Aehnlich in Frankreich. Was untersuchen dabei die Regierun= gen? Die, ob die Aftiengefellschaft babei gewinnen werde oder nicht, sondern bloß: ist die Unternehmung gemeinschädlich oder nüglich. Go scheint mir das auch unsere Stellung zu fein, und wir haben heute bloß zu untersuchen, ob der projektirte Brückenbau nütlich oder schädlich sei.

Rnechtenhofer, Oberstlieutenant. Ich kann nicht begreisfen, wie eine Staatsbehörde sich entgegenstellen könnte, wo Affionärs sich anerbieten, ein so wohlthätiges und gemeinnützliches Werk auszuführen. Ich müßte mit voller Ueberzeugung zum Eintreten stimmen.

Fellenberg. Die Besorgnis des Herrn Schultheißen Tscharner begründet sich darauf, daß er voraussest, die Aktionärs würden, wenn man die Brücke erkennte, daraus den Schluß ziehen, daß man nachher keine andere Verbindung mi

der Lyfftraße annehmen werde. Bisher waren zwei Straken-züge von Zollikofen bis hieher bezeichnet gewesen, von denen freilich beide nunmehr unpraktisch erschienen sind, so daß man fich feither auf einen dritten vereinigte. Sett ift aber noch ein vierter Vorschlag vorhanden, der noch viel gerader und kürzer erscheint. Darum ist es von Wichtigkeit, daß wir der Aktiengesellschaft da keine Täuschung bereiten. Ich wenigstens halte es für gewiß, daß man fruher oder später auf der Seite von Reichenbach einen Strafenzug in den obern Theil der Stadt führen wird. Es fragt sich: wird dadurch eine Brücke bei'm untern Thore weniger rathfam? Die Berechnung über die Benutzung der Untern = Thorbrücke hat gezeigt, daß diese Un= ternehmung große Vortheile abwerfen wurde, und das war ju einer Zeit, wo die bisherige Aarbergerstraße immerfort befahren wurde. Es könnte sich also nur um den Durchpaß von Zürich her, der von nun an über die Lyfftraße geben wird, handeln. Alles dieses wird aber die Aktiengesellschaft sehr leicht berechnen tönnen. Es ware von Wichtigfeit, den Geist der Industrie nicht länger hinzuhalten, der unser'm Publikum fo wohl thate. Es wäre von Wichtigkeit, uns in jeder möglichen Richtung aus einem Zustande zu erheben, der nicht ein wohlthätiger ist. Auch in Absicht auf die Tagsatzung wäre es zu wünschen, daß man nicht länger zurückhielte. Sch glaube zwar nicht, daß die Tagsatzung die Aktiengesellschaft irgendwie hindern kann, denn der alte Weg, das alte Thor und die alte Brücke bleiben ja immerfort für Zedermann offen. Es ift in Absicht auf diese Brücke zu beachten, daß bei den verschiedenen Strafenbauten ber Durchpaß von dieser Seite her jedenfalls um Vieles vermehrt werden wird, so daß die Aftiengesellschaft ihre Rechnung durchaus dabei finden muß, wenigstens wird da von keinem Geldopfer die Rede sein, befonders wenn der Staat das Seinige ebenfalls dazu leistet. Ich stimme daher zum Eintreten, mit der Erklärung jedoch, daß der Große Rath dadurch keineswegs gebundene Sande befomme, fondern ganglich frei bleiben wolle.

Kernen von Münsingen. Ich glaubte, es würde in diefer Beziehung ein Mehreres vorgelegt werden. Bei Anlaß der Lyßstraße ist von mehreren Straßenzügen und Brücken geredet worden. Nun bringt man uns anstatt eines Vortrages darüber den Vorschlag einer Zollbewilligung für eine neue Brücke bei'm untern Thore. Ich bin durchaus der Meinung, daß, wenn wir heute diesen Zoll erkennen, wir dann Alles erkannt haben. Ich kann mir nicht denken, daß, wenn einnal diese Brücke gebaut ist, später eine zweite werde gebaut werden. Darum wäre es sehr wünschenswerth gewesen, daß das Baudepartement mit den vollständigen Anträgen und Berechnungen über eine Verbindungslinie mit der Lyßstraße hieher gefommen wäre. Ich könnte nicht dazu stimmen, in diesen Gegenstand einzutreten, devor jene Anträge und Verechnungen uns vorgelegt sind. Ich müßte mich demnach der Ansicht des Herrn Schultheißen Tscharner anschließen, wiewohl die vorgeschlagene Richtung der Vrücke mir natürlich ganz die rechte wäre.

Manuel. Ich glaube, im vorliegenden Falle sei aufgesschoben auch aufgehoben. Ich hätte zwar seiner Zeit weit größern Werth darauf gesegt, wenn die Stadt Vern im Jahre 1831, anstatt alle Zugdrücken gegen das Land aufzuziehen, eine moralische Brücke über die Aur geschlagen haben würde, die Brücke nämlich der Vereinigung, des Zutrauens, der Versachtung alles engberzigen Kastengeistes. Jest bietet uns die Stadt eine steinerne Brücke. Diese ist auch schön. Das Versdienst davon gedührt einem Manne, dersen gemeinnüßigem Sinne wohl jeder redsiche Schweizer Gerechtigkeit widerfahren läst; einem Manne, der jest im Grabe liegt, und der ein Jahr lang diese Versammlung präsidirt hat; einem Manne, der für sein Vaterland viel zu früh dahingegangen, und welchem es seine Mitbürger lange nicht haben verzeihen können, das er ihnen ein so schönes Beispiel von größerer Regsamkeit und lebendiger Theilnahme für die allgemeine Wohlfahrt gegeben hat. Es ist ihm gegangen, wie dem Columbus mit seinem Ei. Was er erfand, haben jest Andere weiter ausgebildet und besnutt. Was für Rücksichten sollen uns nun dier leiten? Vor Allem aus der Grundsat, das Regierungen die von Privaten ausgehende Industrie weder begünstigen noch hemmen, sondern sich dagegen gleichsam neutral verhalten sollen. Gerade in denen

Ländern, wo die Industrie am wenigsten von Oben berab influenzirt wird, blüht sie am herrlichsten auf. So namentlich in England. Die Wahrheit dieses Prinzips kann nicht verfannt werden, und darum bleibt im vorliegenden Falle ber Regierung nichts übrig, als dieses von Privaten ausgeben follende Werk einfach ju genehmigen. Noch andere Gründe muffen und hierfür bestimmen. Die Einwürfe bagegen beschrän= ten sich nämlich hauptsächlich auf zwei. Man fagt erstens, es fei dabei nur ein partielles Intereffe im Spiele; und zweitens, der Staat werde im allgemeinen Interesse eine Brücke bei'm Rornhause bauen. Der erste Einwurf ist etwas sonderbar, daß nämlich nur das Emmenthal, das Obersand und das Obers aargau ein Intereffe dabei haben. Das Wortlein nur mare bei andern Strafenkorrektionen weit beffer anzuwenden, fo 3. B. bei der Bieler-Seeftrage u. a. m. Fur das Emmenthal und Oberland ift bisher gerade noch nicht viel geschehen. Die bescheidenen Leute fommen in der Welt meistens nicht weit. Das Sprichwort: wer unverschamt ift, lebt besto baß, — ist gang aus dem Leben gegriffen. - Wenn nun das Emmenthal eine solche Unternehmung fordert, so ist es allerdings sonder= bar, ihm dieses zu verweigern, weil es ia nur für das Emmenthal und das Oberland fei. Auf den zweiten Einwurf antworte ich mit dem Spruche: le mieux est l'ennemi du bien, und das erinnert mich an die bekannte Milchträgerin von Lafontaine. Ich möchte nicht ein nahe stehendes, aber sicheres, Projekt aufopfern für ein weiter liegendes, unsicheres. Wenn ein vernünftiges, national-ökonomisches Prinzip für die Sache streitet, wenn das Interesse eines bedeutenden Landestheiles diese Brücke verlangt, und wenn es thöricht ift, etwas Gewisses einem Un= gewissen zu opfern, so glaube ich, der Große Rath solle der Brücke die Genehmigung nicht versagen. Gönnen Sie doch der Stadt Bern den Ruhm, an der Spike eines Unternehmens zu stehen, welches dem Lande zum Segen gedeihen wird. Kömmt die Brucke zu Stande, fo wird es einmal heißen : Stadt und Land waren einst in einer Fehde, aber mitten darin haben fie fich gemeinschaftlich zu einem solchen Unternehmen vereinigt. Ich ftimme jum Gintreten.

Rüpfer, Handelsmann. Die Einwürfe des Herrn Schultheißen Tscharner scheinen nicht so wichtig; denn es wird für die Aktionärs immer noch Zeit sein, allenfalls zurückzutreten, wenn der Große Rath in der nächsten Wintersitzung eine andere Straße erkennen sollte. Es ist der bevorstehenden Tagfatzung wegen nöthig, daß jeht nichts verfäumt werde. Es geht ja nicht aus dem Staatsseckel. Ich möchte heute eintreten.

Abstimmung.

Durch das Handmehr wird beschlossen, das Defret artifelsweise zu behandeln.

- "§. 1. Es wird der benannten Aftiengesellschaft erlaubt, eine steinerne Brücke über die Aare in dem untern Theile der Stadt Vern, nach der von den Herren Ingenieurs Donegani und Sacquine vorgeschlagenen Richtung, nach Ausweis des vorgelegten Planes, zu erbauen."
- Die Berathung dieses &. wird vom herrn Landammann auf's Ende ber Diskussion bes gangen Defrets verschoben.
- "§. 2. Da laut dem vorgelegten Plane dieser Brückenbau die Niederreißung oder Beschlagnahme verschiedener Gebäulichsteiten nothwendig macht, so wird, einerseits um den Eigensthümern derselben eine vollständige Entschädigung dasür zu sichern, andererseits, um der Gesellschaft die Acquisition möglich zu machen, die dem Großen Nathe, nach Satung 379, zusteshende Besugniß an die Aktiengesellschaft dahin delegirt, daß dieselbe auf die Häuser und Gärten Nr. 197, 198, 200, 202, 203, 204 und 205 im weißen Quartier, sodann im schwarzen Quartier, auf den Schopf und Garten Nr. 10, Nr. 9 b, hof und Schopf Nr. 9 a, den sogeheißenen Fluribos; die Häuser und Gärten Nr. 122, 123, 124 ienseits der Aare, auf den am Ufer stehenden Thurme, den einen Theil des zum Klösters

leinwirthshaus gehörenden Gartens, fo wie bann endlich auf bas haus Dr. 201 im weißen Quartier, mit der nachstehenden Modififation ihre Unwendung finden fann. "

Auf den Untrag der herren Regierungsräthe Dr. Schnei= der und Roch wird dieser &. mit Mehrheit gegen eine Stimme dahin abgeandert, daß der Gesellschaft das Erpropriationsrecht überhaupt für dasjenige Grundeigenthum ertheilt werde, welches für Erbauung der Brücke nöthig fei.

"§. 3. Der Regierungsrath wird ermächtigt, die dem Staate gehovenden Saus und Garten Dr. 199, nebft dem binter der Nideckkirche gelegenen Pfrundgarten, so wie alle dem Staate auf das sogenannte Frienisberghaus Nr. 201, laut Kausbeile vom 18. Januar 1811 und Nachtrag vom 4. Juni 1812 juste= henden Rechte der Aftiengefellschaft gegen das bisher von Herrn Werkmeister Stürler bewohnte Haus Dir. Quartier, fammet dazugehörenden oder in dessen Umgebung liegenden Garten und Erdreich tauschweise, je nach dem Werthe des beidseitigen Eigenthums, abzutreten."

Roch, Regierungsrath, trägt nun in Folge dieses Besschlusses auf Streichung dieses S. an.

Schnell, Regierungsrath, will ben & beibehalten, weil man sich auf diese Weise mit der Burgergemeinde, welche in der Aktiengesellschaft die Mehrheit bilde, desto leichter abfinden fonne. Die Burgergemeinde fei eben nicht immer fehr bereit, der Regierung mit Zuvorkommenheit zu begegnen.

von Senner, Regierungsrath. Eben darum bin ich vor-hin einzig gegen die Abanderung des §. 2 aufgestanden, denn jett kann die Stadt den Tausch refüsiren; vorher konnte sie es

Ticharner, Regierungerath, kann es nicht billigen, daß man hier durch Einmischung fremdartiger Gegenstände dem feit fo langer Zeit erwarteten Werke hindernisse in den Weg lege. Wenn man jett der Aktiengesellschaft das Erpropriationsrecht auch über die beiden dem Staate zugehörigen, übrigens nicht fehr werthvollen Gebäude einräume, so könne ja der Staat dieses nämliche Expropriationsgesetz in Absicht auf die Gebäulichkeiten hinter dem jetzigen Kaufhause anwenden. Ueberhaupt stehe es dem Größern und Stärkern wohl an, zugleich auch der Witzigere zu sein und alle Mittel anzuwenden, um ein gemeinnütziges Werk zu befördern. Der Redner stimmt wie Herr Regierungsrath Roch.

May. Die Stadt und die Aktiengesellschaft sind nicht mit einander zu verwechseln, und nicht dieser, sondern jener gehörren die Gebäulichkeiten bei der Schanze, also müßte sich die Aktiengesellschaft zuerst in den Besit dieser einzutauschenden Gebäulichkeiten setzen können, wobei nicht zu vergeffen sei, daß die Stadt keineswegs die Mehrheit der Aktien, sondern nur 200, übernehme. Die §§. 2 und 3 feien durch den Schluß der Borftellung des Burgerrathes veranlaßt worden, wo nämlich derfelbe die Abtretung jener Staatsgebäulichkeiten um billigen Preis oder unentgeldlich begehre, und worin der Wunsch liege, daß indireft von Seite der Regierung jum Unternehmen möchte mitgewirft werden. Wolle ber Staat nicht darauf eintreten, fo trete derfelbe in das Verhältniß eines jeden andern hauseigenthümers. Wolle aber der Große Rath irgendwie rücksichtlich Diefer Saufer in eine Begunftigung eintreten, fo konne er bem Regierungsrath einen daherigen Auftrag geben. Wenn es sich einmal darum handle, wie das neue Stadtgartier eingerichtet werden folle; so werde in Betreff der Liegenschaft hinter dem Raufhause von Seite der Stadt mit größter Bereitwilligkeit ju einer Konvention hand geboten werden.

Fellenberg. Nachdem der Staat die hauptstraßen übernommen hat, fordert die Konfequenz, daß er nun auch zu dieser Brücke, welche ja einen wesentlichen Bestandtheil von jenen bilden wird, etwas beitrage. Je weniger Rosten zweitens diese Unternehmung der Aftiengesellschaft verurfachen wird, desto balder werden unfre Mitburger die Brucke zollfrei benuten tonnen. In diesen beiden Beziehungen mochte ich daher antragen, daß der Staat die beiden Gebäulichkeiten jum Beliufe des Brückenbaues unentgeldlich abtrete.

Dr. Schneider, Regierungsrath. Wenn ich nicht aus Erfahrung mußte, daß die Stadt oft gegen ihr eigenes Interesse etwas nur darum nicht thut, um der Regierung nicht zu Gefallen zu leben; fo fonnte ich ebenfalls zu den gefallenen Unträgen stimmen. Go aber muß ich die Beibehaltung des S. wünschen, indem der Staat eben so gut im Einzelnen Ausnahmen machen als im Allgemeinen etwas bewilligen fann.

Abstimmung.

Für !	den	S.,	wie	er	ift			79	Stimmen.
Dage	gen	•						33	>9

, S. 4. Unter bestimmtem Vorbehalt der Genehmigung der Zagfatung wird der Gefellschaft die Erhebung eines Bruckengeldes nach folgendem Zarif gestattet:

1 Kreuze	chend,						einer itend o		
_	laden,					werk	Fuhr	Vom	
2 "		Wei	und	Büter =	der		m Sti Ausn		
4 "	einaes	Vrt					lche pe		
2 "		ücŧ	m S	vel, vo	n Kup	der in	annt oi	(D)	
							wieh a mmer,		
1 "			•		٠,		m Stí		

Kür die Posten, welche die Brücke passiren, sind von jedem Pferde der Bespannung 2 Kreuzer zu bezahlen; die Postwagen hingegen und die dazu gehörigen Passagiers, Kondukteurs haben kein Brückengeld zu entrichten. Auch sollen die Postwagen auf der Brücke nicht angehalten werden.

Frei vom Brückengeld find:

Militärs im Dienst und ihr Gepack, Artillerie und Kriegs= fuhren, Feuersprigen, hülfleistende Mannschaft bei einem Brand oder fonstigen großen Unglücksfällen, Löschgeräthschaften sammt deren Bespannung, Polizeibeamte und Polizeidiener, alle der Eidgenoffenschaft angehörigen und zu ihrem Dienst gehörigen Effekten, und endlich auch die Rinder."

Isenschmid sieht keinen Grund warum die Kinder nichts bezahlen follten. Welche sind Kinder? (Der Redner zeigt, daß dieses schwer zu sagen sei.) Hierdurch würde die Brücke der Tummelplatz der Kinder, diese letztern würden der Obsorge der Eltern entzogen werden, weil, wenn z. B. ein Bater sein auf der Brücke befindliches Kind holen wollte, er dafür zuerst den Zoll bezahlen müßte. Ferner wären denn sowobl wegen der Fuhrwerke, als wegen unvorsichtigem hinaukklettern der Kinder auf die Geländer Unglücksfälle nicht zu vermeiden. Freisich sei es etwas stoßend, wenn eine Mutter für ihren kleinen Säugling ebenfalls Zoll bezahlen musse; aber Ausnahmen feien gar zu schwierig, darum fei es beffer, die Kinder hier zu streichen.

Langel, Regierungsstatthalter. Ich verlange, daß die Armenfuhren von der Entrichtung des Jolles ausgenommen merben.

Man bemerkt hinsichtlich der Posten: Es ware erfreulich, wenn bei bergleichen Anlägen eher das Departement des Innern als das Finanzdepartement rapportiren würde, indem dieses lettere mehr die Finanzen als die übrigen Rücksichten des all-gemeinen Wohls im Auge hat. Man fagt zu Gunften der hier verlangten Ausnahme in Betreff der Poften, daß diese vermöge eines Konfordates eigentlich überall ganz zollfrei seien. Ich kenne kein solches allgemeines Konkordat; die Posten sind nicht eidgenössisch, sondern der Kanton übt fein Postregal allerbings nach befondern Verträgen mit andern Kantonen aus. Wenn nun gleich z. B. nach den Postverträgen mit Waadt die Posten auf beidseitigem Gebiete keinen Zoll bezahlen, so ist das noch kein allgemeines Konkordat. Man darf hier ja nicht aus dem Auge lassen, daß die Brücke durchaus unabhängig von der bisherigen Strafe und Brude, und daß es Sedermann durchaus freigestellt ift, ob er die neue Brude befahren will Wenn alfo im erftern Falle Sedermann Boll oder nicht.

bezahlen muß, warum will bann die Regierung eine Ausnahme für die Posten, welche ja über die alte Brücke fahren können? Bas ift die Poft? Etwa eine Anstalt, die dem Staate Opfer auferlegt? Reineswegs, fondern sie ift, Dank der vorzüglichen Finangverwaltung, eine fehr ergiebige Spefulation für ben Staat. Nun wollte man alfo auf Untosten einer Aftiengesell- schaft bewertstelligen, daß das Finanzdepartement die Satisfaktion habe, einen noch größern jahrlichen Poftenertrag verrechnen ju können? Denn, Tit., sobald die Posten über die neue Brucke fahren können, so wird das zuverläßig zur Folge haben, daß die Postadministration vortheilhaftere Bertrage mit den Uebernehmern der Postkurfe abschließen kann. Gine Ausnahme für die Posten mare also um so weniger zu rechtfertigen, als der Herr Prafident des Finanzdepartements selbst gesagt hat, daß die Uftiengesellschaft sich glücklich schähen könne, wenn sie je 4 % herausbringe, und daß die Spekulation überhaupt für sie eine schlechte sei. Ich möchte also, daß diese Ausnahme für die Posten wegbliebe, oder daß man nur sage, für die Posten werde dann eine solche Uebereinkunft geschlossen werden, daß fie auf der Brücke nicht angehalten werden dürfen. Alles andere ift Sache der freien Konvention zwischen dem Staate und der Aftiengesellschaft.

Fellenberg unterstützt dieses durchaus. Die Konsequenz des Großen Rathes ist start damit verssochten. Sinerseits hat der Staat alle Hauptstraßen übernommen, er soll also auch hier auf billige Weise beitragen. Andrerseits je bälder die Kosen der Brücke durch den Jollertrag gedeckt sind, desto eher wird unser Volk die Brücke zollsrei genießen können. Also soll der Staat leisten, was die allgemeine Gerechtigkeit fordert. Der Redner trägt sodann darauf an, daß der für kleines Vieh im Tarif angesetzte Rappen per Stück auf einen Kreuzer gesetzt werde.

Tscharner, Regierungsrath, sieht nicht ein, warum die Armenfuhren zollfrei fein follten, indem diefelben entweder auf Rechnung ber Gemeinden oder bes Staates gemacht werden, und indem gemeiniglich diejenigen Armen, welche zu Fuße geben muffen, die armern feien. Ueberhaupt herrsche da eine Ber-wirrung der Begriffe. Wenn die Brude von der Regierung gebaut würde, dann fonnte diefelbe Ausnahmen gestatten, welche ihrem bisherigen Bestande verbleiben, fo ift fein Grund vorhanden, um von der Regierung aus die Stellung der Parteien zu mißtennen und der Aktiengefellschaft belästigende Sachen aufzulegen. Auch die Post kann unten durch fahren, wobei fowohl das landwirthschaftliche Publikum, das dann desto mehr Rosse der Post verkaufen kann, als auch die Schmiede, Wag-ner u. f. w. u. s. w. ihren Nutzen finden werden. Darum ner u. f. w. u. f. w. ihren Mugen finden werden. habe ich schon im Regierungsrathe gegen die Ausnahme zu Gunsten der Posten geredet. Wenn auch das Finanzdepartement behauptet, dieser Joll würde den Staat zu viel kosten, so behaupte ich das Gegentheil. Das Finanzdepartement würde auf allen Postkursen jum untern Thor hinaus weit mehr gewinnen, als der Boll je fosten wurde. Die Thun-Post braucht nur der beiden Stalden wegen allemal ein Pferd mehr. Wenn bas Finanzbepartement fagt, die Posten seien überall zollfrei, so müßte bas erst in neugster Zeit geschehen sein, benn wir haben defhalb fehr unangenehme Sachen mit Freiburg gehabt. Die Regierung foll nicht auf einer Unstalt lukriren wollen, ju welcher fie nichts beiträgt, und beren instituirter Erbe fie ia ift. Reine Rlaffe, weder die Post, noch die Rinder, noch die Bettler, follen alfo ba ein Borrecht genießen.

Obrecht. In meiner Gegend reisen gar viele Kapuziner. Diese bürfen fein Geld haben, und da wohl auch hier folche burchpassiren werden, so möchte ich diesen Orden ebenfalls von dem Bolle ausnehmen.

Parrat. Ich kann mich nicht enthalten, zu bemerken, daß jedesmal, wenn sich eine Gelegenheit zeigt, dem Katholizismus hier oder dort Nasenstüber zukommen zu lassen, Herr Obrecht dieselbe nicht vorbeigehen läßt und zu diesem Behuf aus der Tasche seinen Kalender zieht, auf dem ein ganzes Verzeichniß derselben bereit sieht.

von Senner, Regierungsrath. Die gegen eine Ausnahme der Posten angeführten Argumente haben mich alle nicht ädifigirt. Dag wegen ber neuen Brücke die Postvertrage wohlfeiler werden würden, will mir nicht einleuchten. Alle Jahre kosten und unfere fammtlichen Postverträge immer mehr, weniger nie. Hinauf zu geben mit den Preisen ift immer gar leicht, aber das Heruntergehen ist schwer, besonders für die Regierung geht Niemand herunter. Man fagt, es existive kein verbindliches Konfordat in biefer Beziehung. Allerdings fein Tagsatungsbeschluß, der für jeden Stand verpflichtend wäre, wohl aber ein zwischen mehrern Ständen geschloffenes Konkordat. In dieser Beziehung würden wir, sofern es nur um die Thun-Post zu thun wäre, freie Hand haben; aber hinsichtlich der Posten nach Zürich, Solothurn, Basel, Luzern u. s. w. mussen wir uns an die Verträge halten. Wenigstens würden die genannten Stände für Diefen Brückenzoll nicht contribuiren wollen, sondern und die daberigen Rosten einzig überlassen. Ift denn unser Vorschlag so gar etwas Erschreckliches? hat etwa die Regierung keine Kosten mit dieser Brücke? und das neue Thor? und die Polizeis oder Militärbewachung u. f. w. u. f. w.? Man sagt, das fei ein Privatunternehmen, also durfe man teine Ausnahmen machen. So belegt dann in diesem Falle das Militär und die Kanonen auch mit Joll! Wenn Ihr aber das nicht wollt, warum wollt Ihr dann für die Posten keine Ausnahme gestatten, während es doch ein immer mehr aner-kannter Grundsatz ift, daß die Posten frei sein folsen? Aus den angebrachten Gründen muß ich darauf dringen, daß es hinsichtlich der Posten bei'm §. bleibe.

Belvickard. Ich kann der Berechnung des Herrn Präsidenten des Finanzdepartements nicht beistimmen. Ein Konkordat ist nichts anders als eine zwischen Regierungen getroffene Uebereinkunft. Das angerusene Konkordat ist auf Partikulare, die ein Unternehmen beginnen, nicht anwendbar. Im jetzigen Falle kann man nicht einwenden, daß man den Leuten den Brückenzoll aufdringen wolle; es wird ein Ieder die Freiheit haben, die alte Brücke, die stehen bleibt, ohne Kosen zu passeren, oder, vermittelst des Jolles, die neuerbaute zu wählen. — Man trägt darauf an, den Joll der Genehmigung der Tagsahung zu unterwerfen. Allerdings ist dieses einem Artikel des Bundesvertrages gemäß; allein dieser Artikel ist nicht immer beachtet worden, und in dieser Hinsicht eristirt ein günstiges Antezedent dei uns. Alls es sich darum handelte, die Zölle der Brücken von Hunziken, Belp und Jaberg zu genehmigen, ist die Sanktion der Tagsahung nicht vorbehalten worden, weil, so hieß es damals, dieselbe nicht nothwendig sei. Da die neu zu erbauende Brücke in demselben Falle ist, so verlange ich, daß die Redaktion des ersten Sahes des Artikels im gleichen Sinne modikzirt werde.

Lehmann, Arzt, wünscht, daß Kranke, welche in den Infelspital transportirt werden, ebenfalls vom Jolle befreit werden.

von Graffenried. Wenn es ein allgemeiner Grundsat ift, daß die Posten zollsrei seien, warum muß dann jeder Passagier in Freiburg einen halben Batsen bezahlen? Wenn übrigens dieser Zoll eine allzugroße Beschwerde für die Postverwaltung sein würde, so wird dieselbe wohl berechnen können, ob die Post über die alte oder die neue Brücke vortheilhafter sahre. Mit dem Militär ist es nicht dasselbe. Das trägt nicht viel ein, wohl aber viel aus. Der Redner schließt sich an Herrn Regierungsrath Fscharner an.

Kohli berichtigt eine Aleußerung des Herrn Regierungsraths Tscharner, indem er nämlich zeigt, daß die Transportkosten für Arme dem Staate von den Gemeinden immer vergütet werden müßten. Da dieses gerade die ärmsten Gemeinden am meisten tresse, so wünscht er, daß die Armenfuhren vom Zolle befreit werden.

Fetscherin, Regierungsrath, unterstützt sowohl den Antrag des Herrn Dr. Lehmann als auch die Befreiung der Kinder vom Zolle, obgleich ein Herr Präopinant gegen diese letztere gar schweres Geschütz aufgeführt habe. Jedermann sehe wohl, was Kinder seien.

(Schluß folgt.)

Verhandlungen

Des

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Wintersitzung. Zweite Balfte, 1838.

(Micht offiziell.)

Dritte Sigung.

Mittwoch ben 9. Mai 1838. (Morgens um 9 Uhr.)

Präsident: herr Landammann 3. Schnell.

Nach dem Namensaufrufe und nach Genehmigung des Protofolls zeigt der herr Landammann der Bersammlung an, daß seit Erlassung des Traktandenzirkulars folgende Geschäfte eingelangt seien, die vielleicht noch während der gegenwärtigen Sitzung, wahrscheinlicher aber in der folgenden zur Behandlung kommen werden:

- 1) Vortrag des Regierungsrathes über einstweilige Nichtbesfetzung der Hochbauinspettorstelle;
- 2) Bortrag des Regierungsrathes über Herabsehung des Primiz von Guggisberg;
- 3) Bortrag des Finanzdepartements, Instruktion über Chr-fchangebuhrbezug;
- 4) Vortrag des Finanzdepartements, Farnlialpbesiher Eigen-
- thumsansprache auf den Hochstaldenwald;
 5) Bortrag des Militärdepartements, Beförderungsvorschläge
- für Artillerieoffiziere;
 6) Bortrag des Baudepartements, Brückenbauten über die
- Emme;
 7) Bortrag des Finanzdepartements, Gesetzesentwurf über die
- Verbrauchssteuer für Getränke; 8) Vortrag der Polizeifektion über Umwandlung der Strafe
- ber Soldaten Rohrer und Heggi.
- 9) Sahresbericht des Obergerichtes für 1837.

Tagesordnung.

Antrag ber Gesetgebungskommission, betreffend bie Bestimmung ber Grundlagen bes zu entwerfenden Rriminalprozeggesethbuches.

Der gedruckte Aintrag legt dem Großen Rathe folgende

Fragen jur Entscheidung vor:

1. foll als Maßtab für den Beweis in Straffachen g'anz allein die innerste Ueberzeugung des Richters gelten, oder foll der Richter auch an äußere Merkmale als Kennzeichen der Wahrheit durch das Gesetz gewiesen werden?

II. follen ftandige Gerichte beibehalten oder Gefchwor=

nengerichte eingeführt werden?

von Tillier, Alt-Landammann, als Präfident und Rapporteur der Gefetzebungskommission. Der Gegenstand, Tit., womit wir uns heute zu beschäftigen haben, ist gewiß einer der wichtigsten, welche für unsere innere Verwaltung zur Sprache kommen könnten. Das Vedürsniß einer neuen Ordnung der Dinge im rechtlichen Versahren wird wohl allgemein gefühlt.

Schon feit dem Unfange bes achtzehnten Sahrhunderts findet man mehrere Versuche einer daherigen Verbesserung. Gegen das Ende des Sahrhunderts war eine förmliche Kriminal-gesetzgebungskommission niedergesetzt worden, infolge eines im Schooße der damaligen Regierung gefallenen Unzuges auf Abschaffung der Folter, welche sehr verwerfliche Untersuchungs= art damals allenthalben gebräuchlich war und zuerst in Toskana abgeschafft worden ist. Allein dieser erste Versuch war in unzuhige Zeiten gefallen, wo eine Art von Aengstlichkeit bereits in den Gemüthern eingetreten war, so daß man sich scheute, auch nur im Einzelnen etwas zu ändern. Unser damaliges Rriminalverfahren war jum Theil ein uraltes, hergenommen aus febr alten Gewohnheiten und Satzungen, und wo man früher nebenbei als geltendes Recht die fogenannte Carolina hatte, d. h. das vom Freiherrn von Schwarzenberg unter der Regierung Kaiser Karls V. verfaßte Kriminalgesethuch. Später murde dasfelbe noch gebraucht für alle diejenigen Falle, welche in der Gerichtfatzung nicht erwähnt waren. So kam man dis zur Mediation, wo gleich Anfangs eine neue Organisfation eingeführt wurde, die in ihrem wefentlichen Inhalte begriffen ift in der Instruktion an die Oberamtmanner vom 5. August 1803. Man verwies dabei zugleich auf zwei unter der alten Regierung in den Sahren 1791 und 1797 erlassene Gutachten, welche subsidiarisch den Untersuchungsrichtern, d. h. den Oberamtleuten, als Norm dienen follten. Auch damals hatte sich von Anfang an das Gefühl gezeigt, daß es munschenswerth fein mochte, bei ruhigern Zeiten ein Kriminalgesethuch und eine Kriminalprozefform einzuführen, wie es den Zeiten angemessen ware. Mehrere Kommissionen wurden hiefür nach und nach niedergesetzt, aber die Zeit übereilte beide Regierungen, die mediationsmäßige sowohl als die letzt abgetretene, indem unter dieser letztern namentlich durch die Resorm des Eivilsgesetzbuches alle Zeit ausgefüllt worden ist. Unter der gegenwärtigen Regierung fab man fich gleich Anfangs burch bie versfassungsmäßige Trennung der Gewalten genöthigt, eine neue Orgas nisation einzuführen. Diese neue Ordnung ist enthalten in der Instruktion für die Regierungsstatthalter und Gerichte vom Dezember 1831. Auf dieser Grundlage befinden wir und jetzt. Die Vergleichung dieser verschiedenen Verordnungen mit den Kriminalprozekformen der meisten übrigen Länder zeigt, daß diefelben ziemlich kurz und oberflächlich und bloß ein Provisorium sind. Auch ist nicht zu läugnen, daß im Anfange der gegenwärtigen Ordnung der Dinge, als man die neue Organisation des Gerichtswesens berieth, die meisten Personen, welche sich damit beschäftigen, sich in der Administration noch sehr furge Beit geübt hatten. Daber find damals mehrere Ginrichtungen getroffen worden, welche fich feither nicht ganz bewährt haben. Der in die Verfassung aufgenommene Staatsanwald war in feiner Beziehung jum ganzen übrigen Theile des Gerichts= wefens. Durch Trennung der Untersuchung in eine Vorunterfuchung und eine Spezialinquifition durch zwei verschiedene Untersuchungsrichter trat mehr als eine Schwierigkeit ein. Bum

Theil hatte man es bei den damaligen Berathungen vorausge= fagt, aber ohne daß es Unflang gefunden hatte. Go find wir nun auf den gegenwärtigen Augenblick gekommen, und bei der Diederfetung der neuen Gesetgebungskommission ift daber fowohl die Entwerfung des letten Theiles der Eivilgesetzgebung als auch die Entwerfung eines neuen Strafgesetzbuches und Kriminalprozesses zu ihren wesentlichen Aufgaben gezählt worden. Der Auftrag des Großen Rathes lautete aber vor Allem aus auf Vollendung des Eivilgefethuches. Die Gesetgebungskom-mission hat sich dann später gegen die Amsicht ihres Prafidiums entschlossen, das Strafgesethbuch früher auszuarbeiten als den Rriminalprozeß, welcher lettere mir wichtiger geschienen hatte. Die Kommission verhehlt sich nicht, daß man mahrscheinlich eine durchaus verfehlte Arbeit machen und viel Zeit dabei ver= lieren wurde, wenn man an die Bearbeitung eines folchen Rriminalprozesbuches gienge, bevor der Große Rath die wesent= lichsten Grundlagen davon bestimmt hatte. Die Ansichten darüber find getheilt, und da hier noch niemals eine Berhandlung darüber Statt gefunden, fo hatte die Kommiffion nicht wiffen können, was die Mehrheit diefer Versammlung über die Art und Weise ber einzuführenden Kriminalprozefform für Unfichten haben mag, und fo hatte man leicht einen Entwurf bringen können, der dann hier verworfen worden ware. Um dieses zu vermeiden, hielt die Rommission für zweckmäßig, Ihnen, Dit., einige hauptgrundfäße vorzulegen, nach deren Festkellung es bann möglich fein wird, einen Entwurf zu bearbeiten. Diefer Entscheid wird nämlich auch bedeutenden Ginflug haben auf Die Wahl des Redaftors, denn je nachdem Sie dem deutschen oder aber dem frangofischen Berfahren huldigen, muß diese Bahl fo

oder anders vorgenommen werden.

Erwarten Sie von mir feine fehr weitläufige oder wiffenschaftliche Erörterung, wie eine folche vor einer Berfammlung von Rechtsgelehrten am Platz ware. Die vorgelegten Fragen find friminalrechtlich so wichtig, daß allerdings in der Erörte= rung darüber man gange Stunden und Tage verlieren fonnte. Das wäre weder zweckmäßig noch schicklich. Bon diefer namlichen Ansicht ift auch die Kommission ausgegangen. Der Ver= fasser dieses Antrages, der Adjunkt des Staatsanwalds, Herr Dr. Kunhardt, würde denselben weit gelehrter und umfassender haben bearbeiten können, wenn es darum zu thun gewesen ware, die Untrage der Kommission vor einem wissenschaftlichen Publifum zu rechtfertigen, aber er hatte gerade von der Rommiffion den Auftrag erhalten, die Sache auf eine turge und gemeinfastiche Weise zu erörtern, damit die Mitglieder dieser Behörde und das Publikum desto leichter zu einem Urtheile gelangen können. Das liegt nun auch mir ob, nämlich die Hauptfragen furz zu entwickeln und wissenschaftliche Ausdrücke möglichst gemeinfasslich zu überseben. Wie bekannt theilt sich überhaupt das Kriminaluntersuchungsverfahren in zwei ber= fchiedene Hauptarten, nämlich in den fogenannten Anklageprozeß und in das Untersuchungsverfahren. Beide gehen aus der Natur derjenigen Berhaltnisse hervor, in welchen sie ihren Ursprung genommen haben. Das Anklageversahren war wohl das frühste und natürlichste in solchen Staaten, wo man sich über ben Staatszweck noch feinen flaren Begriff machte; mahrend das Untersuchungsverfahren als das natürlichste erscheint in Staaten, in welchen man sich über den Staatszweck mehr bereinigt hat, und wo eine feindselige Stellung der Untersuchenden gegen die Angeklagten nicht beforgt wird, fondern wo der Richter bloß das öffentliche Interesse im Auge hat. Was hat jede Art von kriminalgerichtlichem Verfahren jum Gegenstande? Diefer Gegenstand fann nur fein - Ausmittelung der Wahrheit über ein Delikt, dessen mahrscheinliches Vorhandensein irgendwie zur Sprache kömmt. Nun hat man fich vielfach über ben Grad ber Wahrheit gestritten. Man muß da von dem Grundfate ausgehen, daß untrügliche Wahrheit nur in einem höhern Wefen sein kann, das mit besondern Mitteln in die innere Gesinnung des Menschen blieft, und daß bei Menschen nur derjenige Grad der Wahrscheinlichkeit in Alnschlag zu bringen ift, der sich mit menschlichen Mitteln erwerben läßt. Wie bereits gesagt, der Anklageprozes war weit ber ältere, als das Untersuchungsverfahren. Allein nach und nach fah man, wie einseitig ein solcher Prozeß sein muß, und fah, daß da, wo der Anklageprozeß ausschließlich vorwaltet,

wie in England, eine Menge Delikte unbestraft bleiben, weil gar häufig Riemand fich mit der Mühe, zuweilen auch mit der Gefahr des Unklagens beladen mag. Rach den gegenwärtigen Begriffen fann daber wohl nicht mehr von dem eigentlichen Untlageprozesse bei uns die Rede fein, fondern das Unterfuchungs. verfahren wird hier immerfort obwalten, weil einzig hierdurch die öffentliche Sicherheit und die Rechte der Staatsburger gesichert sein können. Allein auch bei diesem Verfahren laffen sich noch immerhin wesentliche Verschiedenheiten in der Anwendung denken. Es fragt fich nämlich: wenn man bei der Ausmittelung eines Delikts die Wahrscheinlichkeit auf einen fo hohen Grad bringen will, als es nach menschlicher Einsicht möglich ift, an was für Merkmale wollen wir sie knüpfen? Das ift eine Hauptfrage, von welcher alle andern abhangen, nämlich die Frage über die fogenannten objektiven oder aber subjektiven Merkmale. Objektive Merkmale — äußere, meist zufällige, die in die Augen fallen; innere Merkmale, — die lediglich aus der Ueberzeugung desjenigen geschöpft sind, welcher endlich über die Thatsachen urtheilen soll. Wer viel mit Kriminalsachen umgegangen ift, wird wenigstens bedeutende Zweifel in die Richtigfeit vieler objeftiven Merkmale feten. Unfere bisberige Kriminalprozefform hatte lediglich objektive Merkmale, nämlich entweder das Geständniß des Angeklagten in Uebereinstimmung mit dem anerkannten Thatbestande, oder aber das Beisein von zwei gultigen Zeugen, oder eine Urkunde. Was die Urkunden betrifft, so ist leicht einzusehen, das wer stehlen will, dieses nicht auf Stempelpapier bescheinigt. Die einzigen hier vorkommen den Urkunden sind etwa falsche Verhandlungen. Mit den Zeugen ist es das Rämliche. Wer Mord oder Diebstahl begehen will, ruft nicht unparteiische Zeugen herbei. Alfo ist auch dieß ein höchst feltener Fall. Go bleibt nur noch das Geständniß. Das scheint an fich ein untrugliches Merfmal. Wenn Jemand, von feinem Gewissen gedrungen, ein Vergeben eingesteht, so follte man meinen, das sei immer richtig. Es sind mir aber mehrere Meinen, das sei immer richtig. Es sind mit aver mehrere Källe bekannt, wo Personen freiwillig und ohne Imang etwas eingestanden haben, das nicht wahr war, weil dieselben entweber Nebenabsichten dabei hatten, oder ihrem Leben ein Ende machen oder sonst zu sonderbaren Iweechen gelangen wollten. Aber wenn dieses Merkmal auch untrüglich wäre, so ist es meistentheils sehr schwer zu erhalten. Unter der lehtadsgetreten Negierung hatte man eine Art Mittelweg zwischen der Torten und einem gant kreien Norschwen. Man gieng nömlich Tortur und einem gang freien Berfahren. Man gieng nämlich vom Grundfat aus, ein Inquifit fei dem Richter Wahrheit schuldig, und also, wenn es erwiesen war, daß einer dem Rich-ter eine Unwahrheit gesagt oder sich in Widersprüchen ver-wickelt hatte, war die Besugniß gegeben, eine körperliche Züchtigung eintreten zu lassen. Das hielt den Inquisiten in einer ganz verschiedenen Linie, indem das Läugnen so gar viel schwieriger war. Dieses Mittel ist immerhin doch selten angewendet worden, und die höhern Behörden, namentlich die damalige Rriminalkommission, hat die Anwendung desfelben jedes Mal getadelt, wo sie es irgend tadeln konnte, und mehr als ein Untersuchungsverfahren ift aufgehoben worden, wenn es sich ergab, daß körperliche Züchtigungen auf eine Weise angewendet worden waren, die nicht stricte dem Gesethesbuchstaben entsprach. Mit den heutigen Begriffen fteht nun das nicht mehr im Ginflange, und ift daher in der neuern Zeit gänzlich abgeschafft worden; aber feither hort man allgemeine Rlagen, daß es jest außerordentlich schwierig geworden fei, Geständniffe von Seite der Inquisiten zu erhalten, denn es mußte doch einer gar gutmuthig fein, wenn er ungezwungen ausfagen follte, was ibm schwere Strafe bringt. Wird ein Geständniß dennoch erhalten, so geschieht dieß meistens durch eine Täuschung, die sich die Untersuchungsrichter zu allen Zeiten etwa erlaubt haben, indem man einfach den Inquisiten z. B. fagt, ein freies Geständniß verbessere ihnen ihr Schickfal. Eine folche Täufchung ift nun freilich durchaus unrecht, aber ihre Anwendung zeigt, wie gewiß fehlerhaft und unzuläßig unser gegenwärtiger Kriminal= prozeß ist. Je mehr die Menschen sich geistig entwickeln, besto weniger wird das Geständniß als ausschließliches Merkmal ge= braucht werden können. Wenn nun also die äußern oder objettiven Merkmale als unzureichend wegfallen, fo kommt man natürlich auf die subjektiven Merkmale, welche in den Gefetgebungen alter und neuer Zeit immerhin mehr oder weniger

vorgeherrscht haben. In England, wo über die Schuld eines Angeklagten durch die Jury, die aber einstimmig sein muß, entschieden wird, gilt das Urtheil von zwölf unbefangenen Männern als gerichtliche Wahrheit. In Frankreich, wo die Jury bloß mit 3/3 der Stimmen die Schuld aussprechen kann, ift es ausdrudliches Gefet, daß die Gefchwornen fich hiebei an feinerlei äußerliches Merkmal zu halten haben, fondern daß fie lediglich ihrer Ueberzeugung folgen follen. Wenn man nun die frangösische Prozesform in ihrer Anwendung verfolgt, wozu man 3. B. in den Zeitungen Gelegenheit bat; fo fann man sich nicht verhehlen, daß da etwas nicht gang beruhigendes ift. Es ist nämlich bei'm Urtheile von Personen, welche an Krimi-nalverhältnisse nicht gewohnt sind, und welche auch die sonderbaren Erscheinungen nicht kennen, die sich mitunter darftellen, ziemlich natürlich, daß sie weit eher dem Scheine folgen, als bingegen eigentliche Richter, und wir feben daher bisweilen Berurtheilungen und Freisprechungen erfolgen, von denen fich nachher zeigt, daß sie nicht richtig waren. Ich erinnere an die berüchtigte Untersuchung gegen den Handelsmann Font in Köln, welcher eines Mordes wegen angeklagt und zum Tode verur= theilt, jedoch nachher von dem Könige von Preußen begnadigt wurde, und wo jest eine Weibsperson auf dem Todbette fich als Mörderin angegeben hat. Da nun die Erfahrung gezeigt hat, daß auch dieses Berfahren, wo nämlich bloß subjektive Merkmale gelten, nicht immerhin untrüglich ist, so hat dieß die Kommission bewogen, zu versuchen, ob nicht ein gemischtes Berfahren das rathlichste ware, d. h. ob nicht zwar objektive Merkmale angenommen werden konnten, wo aber der subjektiven Ueberzeugung bes Richters dasjenige Gewicht eingeräumt würde, das doch endlich den Ausschlag geben muß. Auch in ältern Zeiten war die Ueberzeugung des Richters immerhin bedeutend im Spiele. Täuschen wir uns nicht; wenn auch dem Richter hiedurch ein gewiffer Spielraum jugestanden wird, fo durfte, wenn man die verschiedenen Vorzüge und Nachtheile davon wohl überlegt, es fich doch zeigen, daß als gegenseitige Kontrolle eine folche Mischung von objektiven und subjektiven Merkmalen bas allerräthlichste sein möchte. Wenn nun Sie, Tit., sich für ein folches gemischtes ober aber für ein rein subjektives Berfahren entscheiden follten, fo murde in beiden Fallen die Frage der Einführung der Jury zur Sprache kommen. Wenn Sie aber rein objektive Beweise anerkennen wollen, wie dieß gegenwärtig bei und und noch in einigen deutschen Staaten der Fall ift, würde die Jury nicht nur ganz unzweckmäßig, sondern völlig undenkbar fein. hingegen im erstern Falle kann es sich fragen: was ift rathlicher, eine Entscheidung durch Geschworne oder aber durch ständige Gerichte? Wenn man im Allgemeinen hierüber zu urtheilen hätte, ohne die Verhältnisse unseres Landes ju berücksichtigen, so würde man vielleicht finden, daß in vielen Fällen Geschworne eine munschbare Institution seien, weil sie gegenüber den Richtern als einer Art von Beamten dem Volke eine größere Garantie ju geben scheinen, indem die Geschwornen aus dem Kreife der Staatsbürger bloß für ein befonderes Beschäft heraustreten, um gleich nachber wieder in die Reihen berfelben zurückzukehren, fo daß also die Geschwornen allerdings folche Richter find, welche am ersten mit der Maffe des Bolfes übereinstimmen. Es war ziemlich natürlich, daß man in Frankreich, gegenüber dem frühern Berfahren, auf die Jury verfallen ift. Wer diefes frühere Verfahren fennt, muß fich nicht verwundern, daß der Wunsch nach einem ganz entgegengesetzten Berfahren eintreten mußte, benn dort war man damals im Reiminalverfahren weit mehr zurück als in Deutschland und England. Es herrichte ungeheure Willführlichfeit und Barbarei in Unwendung der verwerflichsten Untersuchungsmittel, und alles wurde heimlich betrieben. Einzelne, befonders auffallende Fälle haben ebenfalls zu diesem Wunsche mitgewirkt. Auch ift die damalige Kriminalverwaltung auf eine grelle Weise in's Licht gesetzt worden durch den bekannten Dupatis, besonders in den mémoires d'un honnête homme, qui depuis qu'il connait les lois de son pays, craint d'ètre un jour pendu. Go verfiel man in das entgegengesetzte Extrem, bis endlich die Zeit und veränderte Begriffe das llebermaß wiederum forrigirt haben. Bei uns, glaube ich, find die Berhältnisse wesentlich anders, als zur Zeit, wo man die Geschwornengerichte in Frankreich eingeführt hat. Unsere Verfassung, eine volksthümliche und auf freisinnige Grundfaße gegrün-

dete, hat die administrativen und richterlichen Befugniffe gefondert; die höchsten richterlichen Behörden werden von den Stellvertretern des Bolfes gewählt, und von den Amtsgerichten kann man fast behaupten, daß sie eine Jury seien, indem sie unmittelbar von den Wahlversammlungen gewählt werden. Hier ift also der öffentlichen Meinung ein hinlängliches Genüge geschehen. Unsere Gerichte leiden wohl mehr am Mangel der Rechtskenntniß als an ihrer volksthümlichen Erwählung. Wenn Sie, Dit., die Jury einführen, so muß bann wiederum als Gegengewicht ein förmliches öffentliches Berfahren eingeführt werden, weil sonft die Jury in aufgeregten Zeiten noch weniger Garantie darbote als ein ständiges Gericht; das öffentliche Berfahren ift davon nicht zu trennen. Auf der andern Seite muß man aber hiebei auch die Roften in Unschlag bringen, nämlich für benjenigen, der das Unglück hat, in Untersuchung gezogen zu werden. Für diesen wird ein folches Berfahren weit mehr Rosten herbei= führen, als wenn die Untersuchung von einem gewandten, eigentlichen Richter geführt wird. Ich erinnere hiebei nur an die Menge von Zeugen, welche bei diesem Verfahren selbst bei den unbedeutendsten Fällen aufgerufen werden können. Auch wird die Untersuchung von einem gewandten Richter häufig in fürzerer Zeit beendigt werden fonnen. Wohlfeilheit und Rurge bes Berfahrens find aber gewiß auch fehr zu berücksichtigen. Das, Tit., scheinen mir die verschiedenen Rücksichten zu fein, welche bei den heute zu entscheidenden Fragen vorzüglich zu beachten fein mögen. Ich will nicht in Spezialitäten eintveten und erwarten, was Hochdieselben über den Antrag der Bitt-schriftenkommission entscheiden werden. Ich ersuche meine ver= ehrten anwesenden Rollegen der Gesetzgebungskommission, diefen meinen Bericht noch zu erganzen.

Koch, Regierungsrath. Als Mitglied der Gesetzgebungsstommission sei es mir lediglich erlaubt, auf diesenigen Punkte ausmerksam zu machen, um welche sich die heutige Diskussion nach meinem Dafürhalten hauptsächlich drehen sollte, und deren Entscheidung die Kommission vor Allem aus wünscht. Es sind deren zwei, und wenn wir uns nicht an diesen zwei Fragen halten, so kommen wir nothwendig in Berwirrung und zu keinem Resultate. Der eine Punkt ist der: welche Beweistheorie will man annehmen? Der andere Punkt ist: will man die Jury oder kändige Gerichte? Ze nachdem man sich sür eine Beweistheorie entscheidet, ist die Jury entweder ausgeschlossen oder aber möglich. Ich muß nun inskändig und ehrerbierig bitten, daß man sich auf diese zwei Fragen beschränke. Meine speziellen Unsichten werde ich als Mitglied des Großen Rathes später aussprechen.

Der herr Land ammann unterftutt diefe Unficht bringend.

Marti, Oberrichter. Es fällt mir auf, Tit., daß man erst heute mit dieser Anfrage wegen der Beweistheorie hieher kömmt. Diesem nach zu schließen, geht es noch lange, bis wir den Entwurf selbst bekommen. Auf der andern Seite kömmt aber die Behandlung dieser Frage zu früh, indem der gedruckte Antrag erst vorgestern ausgetheilt worden ist, so daß gewiß viele Mitglieder noch nicht denselben werden haben prüsen können. Deßbalb, und da die Frage äußerst wichtig ist, so sollte man die Behandlung derselben um ein paar Tage oder auch bis zur künstigen Sizung aufschieben, denn sie läßt sich nicht aus dem Stegreif behandeln.

Der herr Landammann eröffnet hierauf die Umfrage über bas Eintreten oder Nichteintreten.

Stettler. Man könnte eintreten, wenn man sich bloß auf einen der beiden Punkte beschränken wollte. Ich glaube, das sei durchaus nothwendig, indem es höchst gewagt sein würde, heute schon über die Theorie des Beweisversahrens einzutreten. Eintreten kann man ja freilich über die Frage, ob man Geschwornengerichte einführen wolle oder nicht. Beide Fragen sind durchaus von einander unabhängig, denn man kann von einem Geschwornengerichte abstrahiren, ohne desswegen für die kändigen Gerichte von einem Beweisversahren zu abstrahiren, das bloß die subjektive Ueberzeugung ausstellen würde. Es sei mir erlaubt, meine Ansicht hierüber vorläusig zu äußern. Vor Allem aus muß ich bedauern, daß die Gesetzebungskommission

vorgezogen hat, zuerst das Strafgesetz zu entwerfen, und daß fie erst jest die Grundlagen für einen Kriminalprozeß bringt. Viel weniger flagt man über das Kriminalgesethuch, als über ben Kriminalprozeß. Ferner muß ich mein Befremben äußern über einen auf Seite 6 des Antrages ftehenden Ausbruck, indem es heißt, daß es um desto schwieriger werde, ein freies Geständniß von den Angeklagten zu erhalten, "je mehr die Bersschmitztheit der Menschen zunehme." Sch kann nicht glauben, daß dieses das Resultat der Forschungen in der Geschichte der Menschheit überhaupt und der vaterländischen Geschichte insbe= fondere sei. Ich wenigstens protestire feierlich dagegen, daß das Bernervolk in seiner Verschmittheit immer zunehme, viel-mehr glaube ich, das Menschengeschlecht und das Bernervolk nehme stets im Bessern zu. - Wenn man sich über die aufzustellende Beweistheorie verständigen will, so muß man vor Allem aus die Ueberzeugung haben, daß eine solche immerhin unvollständig fein werde, weil es jedem Richter unmöglich ift, in das Herz des Angeklagten zu schauen. Es ist ein Einziger über uns, der Herzen und Nieven prüft. Bloß annähernd kann man also etwas Vollkändiges liefern. Die Frage über die Geschwornengerichte, welche ich nun zuerst abordiren will, gehört zu denen, welche namentlich in der letten Zeit fast allenthalben bas größte Interesse erweckt haben. So wurde sie ganz neulich zu Genf vier Tage lang diskutirt. Auch in Deutschland hat sie fehr großes Interesse erweckt, in England schon feit langem, in Frankreich seit der frühern Revolution. Welches sind die Vorzüge der Geschwornengerichte? Die Gesetzgebungskommission stellt in ihrem Antrage vorerst auf, daß behauptet werde, die Geschwornengerichte geben an sich die einzig genügende Garantie von einem guten Urtheile. Sch behaupte, daß man felbst in England nicht wegen der Garantie hinfichtlich der Juftig an der Jury hängt; man kennt dort ihre daherigen Mängel fehr gut. Vielmehr hängt man in England, und namentlich auch in Frankreich an der Jury aus politischen Rücksichten. Es fragt fich nun: find diese politischen Rücksichten in unserm Vaterlande auch von foldem Gewichte? Warum hängt man in England aus politischen Nücksichten an der Jury? Man betrachtet sie dort als einen Theil der Bolkssouveranetät. Warum? Weil dort alle Richter vom König erwählt werden. Die Jury näm= lich urtheilt nur über Schuldig oder Nichtschuldig, und der Richter, welcher die Strafe auszusprechen hat, nuß sich nach dem Ausspruche der Jury richten. Darum fagt das Volk: wir geben unfre gange Erifteng in die Bande des Konigs, wenn wir von der Jury lassen; der König aber foll durch seine Richter bloß auf die Bestrafung derer Einfluß haben, welche von der Jury als schuldig anerkannt worden sind. Das, Tit., haben wir bei uns nicht. Unfere Nichter werden, besonders die erst-instanzlichen, vom Volke selbst gewählt und stehen also in keiner Dependenz von obenherab. Also hat man bei unsern richterslichen Institutionen nicht sowohl auf politische Rücksichten zu sehen, als vielmehr zu fragen: welche Institutionen geben uns die beste Garantie, daß der Schuldige bestraft und der Unschuldige losgesprochen werde? Run glaube ich, daß die Jury diefe Garantie nicht so gut geben kann, wie skändige Gerichte. Die Geschwornengerichte haben auf fein Geständniß, feine Zeugenausfagen u. f. w. u. f. w. zu feben, fondern was zwölf Manner aus dem Bolfe, die fur jeden einzelnen Straffall wechseln, nach ihrer Ueberzeugung glauben, das gilt als einziger Beweis. Allso hat man da in juridischer Rücksicht weniger Garantie, als bei einem ständigen Gerichte, wo sich jeder Richter Rechenschaft geben muß, warum er den Angeklagten für schuldig ober unschuldig halte. Wo hängt man besonders an den Geschwornen= gerichten? Da, wo sie seit langem eingeführt sind, weil bas Volk sie ba als einen Theil seiner politischen Selbstständigkeit betrachtet. Allein in feinem Lande ift die Jury in den neuesten Beiten erst eingeführt worden. In Frankreich waren die Geschwornengerichte mit der ganzen Revolution wefentlich ver= schmolzen; in den preußischen und baierschen Rheinprovinzen find sie von der frangösischen Herrschaft her geblieben. In Deutschland wurden sie vielfältig und gründlich deliberirt und bennoch niegends eingeführt. Es ware nun febr bedenklich, diese Gerichte bei uns, wo sie nicht eristiven, einzuführen. In frühern Zeiten hatten wir sie, nämlich in unsern alten Land-gerichten, welche ebenfalls keine Strafe, sondern nur das

Schuldig oder Nichtschuldig auszusprechen hatten. Warum ift man davon abgegangen? Eben weil man gefunden hat, daß diese Gerichte nicht hinreichende Garantie darbieten. So fam man bei und auf ständige Gerichte und auf ein vorgeschriebenes Beweisverfahren. Wir würden also jetzt bei uns in juridischer Rücksicht in einen Rückschritt gerathen, wenn wir diese Ge-schwornengerichte wiederum einführen wollten. Das wäre noch aus andern Rücksichten sehr bedenklich. In unserm Volke ist das politische Leben noch nicht genug erwacht, so daß diese Institution Theilnahme finden könnte, und man würde Mühe haben, die Leute jeden Augenblick hiefür zusammenzubringen. Zweitens ist man hier zu nahe beifammen, alfo waren die Ge-fchwornen auch mehr abhängig, als in Frankreich und England, wo dieselben aus ganzen Departementen, die unsern Kanton an Größe übertreffen, zufammenkommen. Borzüge find aller-dings bei diesem Berfahren auch nicht zu verkennen. Ein großer Vorzug nach meiner Unsicht ist namentlich der, daß die Prozesse durch die Jury in fürzerer Zeit abgethan werden, als durch ständige Gerichte. Ein Kriminalprozes ist in England in drei Monaten fertig; denn alle drei Monate machen die Geschwornen in ihrem Bezirke den Kehr, die Gefangenen werden vorgeführt, die Verhandlungen gehen vor sich, und der Spruch erfolgt. In dieser Beziehung weiche ich also in meiner Unsicht vom Herrn Präsidenten der Gesetzgebungskommission ab. Ein anderer Borjug der Geschwornengerichte ift die größere Deffentlichkeit der Berhandlung. Da ift Alles öffentlich, nicht bloß, wie bei uns, die Vertheidigung, fondern auch die Vor = und die Hauptuntersuchung. Nichts destoweniger aber möchte ich von dieser Institution abstrahiren, denn unser Volk ist noch nicht dazu herangewachsen, und in juridischer hinsicht wäre tein Gewinn da für eine unbedingt gute Justizverwaltung. Eine gang andere Frage ift aber die, ob man schon jest sich über bas Beweisberfahren für ständige Gerichte aussprechen will. Bei den Geschwornengerichten ist fein anderes Verfahren möglich, als dasjenige nach der subjektiven Ueberzeugung. Es wäre aber fehr gewagt, schon jest über das Beweisverfahren der ständigen Gerichte zu prajudiziren. Ein subjektives Berfahren läßt sich da vielleicht rechtfertigen, indem ein ständiger Gerichtshof die nöthige Uebung und Gewohnheit hat, mit aller Muße die Aften u. f. w. studiren und so seine Ueberzeugung bilden und begründen kann. Der Vortrag der Kommission ist über diesen Punkt sehr unvollskändig. Hinsichtlich der Geschwornengerichte hat Jedermann seine Ueberzeugung aus Zeitschriften u. f. w. bilden können, aber allzu unvorbereitet ift man noch, um über das Beweisverfahren bei ständigen Gerichten fogleich zu entscheiden. Möglicher Weife hat man in einzelnen Landern ständige Gerichte mit einem bloß subjektiven Verfahren. Da follte man die dort gemachten Erfahrungen zuerst sammeln und uns hier vorlegen. Darum scheint es mir, daß der Große Rath sich heute darauf beschränken sollte, zu erkennen, man wolle von den Geschwornengerichten abstrahiren, hingegen der Geschgebungstommission auftragen, die Frage über das Beweisverfahren bei ständigen Gerichten näher zu prüfen. Wenn ich nicht irre, so stellt das neue eidgenössische Militärstrafgesetzbuch zwar ständige Gerichte, aber mit bloß subjektiver Beweistheorie Allso läßt sich über diese Sache noch nachdenken.

Indem ich nun den Antrag stelle, daß man sich heute auf obige Frage beschränke, muß ich noch einige Worte über den Schluß des Gutachkens der Kommission fallen lassen. Sie sagt nämlich, sie glaube außer den beiden Hauptfragen keine weitern Fragen aufstellen zu müssen, indem namentlich das Prinzip der Dessentlichkeit gerichtlicher Verhandlungen in den §§. 79 und 87 der Verfassung aufgestellt, indem ferner die Möglichkeit, eigene erstinstanzliche Kriminalgerichte einzusetzen, im §. 80 der Verfassung gegeben, — und indem endlich durch den §. 76 der Staatsanwald als integrirender Bestandtheil der Gerichtsverfassung anerkannt sei. Allein, Tit., es liegt Manches in der Verfassung, das nicht im Leben ist. Was für eine Dessentlichkeit haben wir denn? daß man vor beiden Instanzen die Vertheidigung anhören kann. Das ist aber keine Dessentlichkeit im Kriminalversahren, sondern das ist bloß ein Name. Was den Staatsanwald betrisst, so hat der Regierungsrath bereits den Auftrag, Vorschläge darüber zu bringen und nicht zu warten, bis die ganze Gesetzgebung in Leben getreten ist. Ohnehin ist

die bisherige Instruktion des Staatsanwaldes zu Ende gelaufen. Es ist also vom Regierungsrath zu erwarten, daß er dem Aufetrage des Großen Rathes Folge leiste.

Der herr Landammann bemerft, daß es fich gegenwärtig blog um die Frage bes Sintretens handle.

Fellenberg. Wenn wir und in Diefer Verfammlung umfehen, fo tann es uns nicht entgeben, bag nur ein geringer Sheil der Mitglieder anwesend find, und daß der größere Sheil noch keine Kenntniß hat vom Antrage der Kommission. Wie follen wir nun die Verantwortlichkeit auf uns nehmen, schon jest in so wichtige Fragen einzutreten? Wir sind es unsern abwesenden Herren Kollegen schuldig, daß auch sie ihre Stimme abgeben können. Im Zirkulare war freilich angesagt, daß wir über diesen Gegenstand Berathung zu pflegen haben werden; allein es war nicht angezeigt, daß dieselbe Berathung auf solchem Fuße statthaben werde. Wenn wir bedenken, wie tief diefe Fragen in das Leben des Ginzelnen und des gefammten Bürgerthums des Staates eingreifen, so dürfen wir wahrlich nicht unternehmen, heute schon Probleme zu lösen, an denen die Gesetzgebungskommission schon so lange vergebens laborirt hat. Denn die von ihr erhaltene Auskunft ist wahrlich nicht von einer folchen Beschaffenheit, daß sie und Beruhigung ge= währen könnte. Lieber mogen gehn Schuldige der Strafe ent= gehen, als daß ein einziger Unschuldiger davon betroffen würde. Dag wir auf die Unparteilichkeit und Unbefangenheit der Richter fest gablen durfen, ist daher hochst wichtig, und wir kon-nen da nicht auf Borschläge eingehen, die sehr bedenklich wären bei dem gegenwärtigen Zustande des Volkes. Wahrscheinlich wird es sich bei näherer Betrachtung finden, daß ein ständiger Richter immer geneigter ift, Schuld zu finden, wo feine ift, als hingegen an die Unschuld ju glauben, wo feine Schuld ift. Nicht Rechtsgelehrfamkeit, sondern einfacher, biederer und un= befangener Sinn des Volkes ist es, was hier entscheiden soll. Man fagt, das Volk sei nicht gebildet! Es soll es aber wer= den und zwar auch auf dem Wege der Geschwornengerichte, nicht bloß durch Schule und Hochschule, sondern durch sein ganzes Leben und durch die Theilnahme jedes Einzelnen an feinem Schickfale. Sch möchte daher die Geschwornengerichte jur Beit stark vertheidigen helfen wider die Acuberungen, welche sich herr Stettler dagegen erlaubt hat. Ich muß also dringend bitten, daß man Zeit gewähre - uns felbst und den abwesenden Herren Kollegen, um unsere Ueberzeugung und unser Gewissen zur Reife zu bringen. Ich trage auf Verschie-bung des Gegenstandes bis zum Juni an, und daß dann bis babin die Antrage an alle Mitglieder verbreitet, und daß diefe auf die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Gegenstandes und eines jahlreichen Besuches der Versammlung aufmerksam gemacht werden.

von Graffenried. Ich will einfach bei der Frage des Eintretens stehen bleiben. Wer nicht ehehafte Gründe hat, hat die Pflicht, hier zu erscheinen. Sind auch jest einige Bänke leer, so werden in der Junisitzung dann andere Bänke bafür leer sein. Eine solche Rücksicht sind wir daher den Albewesenden nicht schuldig, und das Traktandenzirkular ist an Alle ergangen. Eine Trennung der Fragen nach dem Antrage des Herrn Stettler könnte ich nicht thunlich sinden. Darum schließe ich zum Eintreten und zwar über beide Fragen.

Romang, Regierungsstatthalter. Wer nur diesen Antrag da gelesen hat, kann in wenig Tagen darüber einig sein, was er will; wer aber über diese Gegenstände ein Mehreres gelesen und nachgedacht hat, wird sich hingegen die Schwierigsteiten der Ausführung nach beiden Systemen nicht verhehlen. Ich wünsche daher, daß man und Projekte nach beiden Systemen, nach dem gemischten und dem bloß einfachen Versahren bringe. Die Kommission selbst scheint namentlich über das gemischte Versahren auch noch nicht ganz einig zu sein.

Straub. Man hat gesagt, man komme mit diesen Fragen zum Theil zu früh. Ich bilde mir ein, diese Vorfragen sein nicht neu. Wer irgend je mit Kriminaluntersuchungen zu thun gehabt, wird wohl an sich selbst wissen, was zu wünschen ist, und es werden auch Männer hier sein, welche diese Theorien hinlänglich erläutern können. Diese werden uns auch

fagen, was fur das Land das beffere ift. Daß man nur theilweise in die Sache eintrete, wie Berr Stettler meint, dazu fonnte ich auch nicht stimmen. Bon ber ersten Frage hangt es ab, ob man eine Jury bekommen fann oder nicht. Will man nur das bisherige Beweisverfahren, fo ift feine Jury möglich; aber wenn man den Indicienbeweis will, so wird es sich fragen: will man ständige oder Geschwornengerichte. Ein herr Präopinant hat gefunden, man habe da im gedruckten Untrage gegen das Berner-Bolf ju viel gefagt. Ich meine aber, wenn man ein Kriminalgesethuch macht, so macht man es nicht für die Braven, sondern für die Schlechten. Nun will ich Jedermann fragen, ob die Verschmittheit der Angeklagten und Schuldigen in den letten Zeiten nicht fehr viel überhand genom= men habe. Sch behaupte ja, und ich kann das aus Erfahrung fagen; barum fieht es barin. Sch ftimme dafür, bag man heute eintrete, indem die Materie durch Zeitschriften und allgemeine Renntniß hinlänglich bekannt ift.

Jaggi, Oberrichter. Es ift fehr zu bedauern, daß der Antrag nicht früher gekommen ist, indem die Gesetzgebungskom-mission schon längst besteht; auch bin ich überzeugt, daß es viel besser gewesen wäre, wenn man mit diesem Theile angefangen hätte, anstatt mit dem Strafgesethuche. — Vor dem Jahre 1831 gab es noch physische Zwangsmittel, um Geständnisse zu erzwingen. Diese sind seither weggefallen. Augenblicklich hätte man nun die Beweistheorien andern sollen, indem wir alsdann den Standal nicht erlebt haben wurden, daß gutmuthige Leute, die jum ersten Male in Untersuchung kommen, durch ihr Gewissen gedrungen, Geständnisse ablegen, wodurch sie in's Zuchthaus oder Schellenwerk gebracht werden, während dagegen der verschmitte Verbrecher durch beharrliches Läugnen der Strafe entgehen kann. Darum hat sich seither das Obergericht genöthigt gefehen, ju einiger Abhülfe bem fogenannten Berdachtsgefehe eine größere Ausdehnung ju geben. Wenn man nun die Sache wieder hinausschiebt, so werden wir noch längere Zeit zu keineni beffern Zustande gelangen. Darum möchte ich beute eintreten. aber nur über die Frage wegen der Geschwornengerichte. Ich für mich glaube, daß der Große Nath die Geschwornengerichte nicht wollen wird. Herr Stettler hat fehr gründlich bemerkt, daß dieses Institut für unsere Berhältnisse gar nicht passen würde. Selbst der Canton Waadt, wo die Einführung der Jury noch am ehesten zu erwarten gewesen ware, hat sie verworfen. Wenn also der Große Rath sich in diesem Sinne ausspricht, so wird die Kommission dann bei ihren weitern Arbeiten wiffen, daß sie von allem hierauf Bezüglichen abstrahiren soll. Alles Uebrige wäre bann Gegenstand einer spätern Serathung.

von Tillier, Altlandammann. Man hat fich beflagt, nicht zu rechter Zeit von diesem Antrage Kenntniß erhalten zu haben. Die betreffenden Herren erinnern sich nur nicht recht. Am Schlusse der letten Wintersitzung ist dieser Antrag vom herrn Landammann angezeigt worden, und seither ist er fast ganz in einer der gelesensten Zeitungen enthalten gewesen, so daß also bloß diesenigen Personen, welche weniger Antheil davan nehmen, ihn nicht gelesen haben. hingegen ist die Austheilung des Antrages an die Mitglieder dieser hohen Versammlung absichtlich nicht früher erfolgt, weil die Erfahrung zeigt, daß, wenn man folche Gegenstände den Mitgliedern allzufrüh zuschieckt, sie dann gewöhnlich zu Hause vergessen werden. Warum der Untrag nicht weitläufiger abgefaßt ist, habe ich bereits im Eingangsrapporte gesagt, und auch hier kann man annehmen, daß biefenigen Personen, welche sich für diese Gegenstände interesfiven , fich schon vorher aus andern Schriften aller Art damit vertraut gemacht haben werden. Durch eine Berschiebung der Sache würde nichts gewonnen, denn man würde sich in der Zwischenzeit schwerlich gar viel damit abgeben. Was die geringe Anzahl der Anwesenden betrifft, so ist darauf bereits gedient worden. Man sieht daraus gerade, daß Sedermann so ziemlich über den heutigen Entscheid gefaßt ist, und daß selbst viele Mitglieder des Regierungsrathes darüber ganz ruhig sind, indem sie ihre Gegenwart für überfluffig zu halten scheinen. Der Antrag, nur theilweise einzutreten, war mir gang unerwartet. Das fame mir ungefähr so vor, wie wenn es sich darum handeln würde, ein neues Korps entweder Kavallerie oder aber Infanterie zu errichten, und wenn man dann zuerst die Frage diskutiren wollte, ob, im Falle man der Kavallerie den Vorzug vor der Infanterie gäbe, Erlenbacher= oder andere Pferde vorzüglicher seien. Es kann mit diesem Antrage wohl nicht Ernst gewesen sein.

Herr Landammann, um feine Meinung gefragt, glaubt, man könne füglich heute eintreten.

Abstimmung.

Stettler. Man hat vorhin geglaubt, daß es mir mit meinem Untrage , nur theilweife einzutreten, nicht Ernft fei. 3ch verwahre mich hiegegen, denn dies ware von meiner Seite ein Mangel an Achtung bor diefer hohen Behorde, den ich mir nie ju Schulden tommen laffen werde. 3ch bin noch immer der nämlichen Unficht, und ich will Ihnen ein Beispiel nennen, wo diese Trennung ebenfalls beliebt wurde. Mämlich bei der letten Berathung der Tagfatzung über das Militärftraf= gofetbuch fragte man auch zuerst: will man das englische Berfahren einführen? und erft nachdem diefes verneint worden, nahm man für die bloß ständigen Gerichte die subjeftive Be= weistheorie an, fo daß hiedurch diefe Gerichte beinahe zur Jury geworden find. Die Sache ift mir fo wichtig, daß fie durch= and einer nahern Prüfung unterworfen werden follte. Bei Geschwornen ist eine andere Beweisart als die subjettive nicht möglich, aber für ftandige Gerichte lagt es fich fragen, ob ba die objettive oder die subjettive oder eine gemischte vorzugiehen jei. Nun ware es wefentlich zu wiffen, was für Erfahrungen hierüber in andern Ländern gefammelt worden sind. In Genf ist letzthin die Jury verworfen worden, aber über die Beweistheorie hat man nichts präjudizirt. Ebenfo in Waadt. Sch möchte also meinen Antrag wiederholen, daß man der Gesetz-gebungskommission auftrage, die Frage über das Beweisberfabren naber zu prufen und einen neuen Entwurf darüber zu bringen. hinsichtlich der Geschwornengerichte habe ich mich bereits vorher ausgesprochen.

Inhser. Es ist allerdings ein halsbrechendes Wageftück, wenn gemeine Leute sich in solche Fragen mischen wollen, und es läßt sich davon erwarten, daß das Resultat nicht ergiedig sein wird. Bisher hatten wir die deutsche Beweistheorie nach dem objektiven Beweise. Als man sah, daß diese Beweisart nicht mehr zulänglich ist, warf man die Frage auf: will man einen subjektiven Beweis, d. h. den Beweis der Ueberzeugung des Tribunals, welcher in viesen Sachen gewiß Borzüge hat. Ich kömnte aber der Jury wegen des Mangels an Garantie nicht den Borzug geben, dem besonders in politischen Fällen wird da immer das Borurtheil der Schuld vorhanden seinzsondern ich bekenne mich zum Grundsaße des obiektiven Beweisses, aber insofern, daß zu diesem dann noch eine Beimischung des subjektiven komme, denn bekanntlich reicht die objektive Theorie erkannt werde, daß man aber durchblicken lasse, es könne die subjektive damit vermischt werden.

von Graffenried. Es können füglich über diefe beiden Kragen verschiedene Ansichten walten. Was die Frage über die Theorie des Beweisversahrens ist, so müßte ich der Ansicht des Herrn Zahler beipflichten. Sedermann, der Gelegenheit dazu batte, wird die Mängel unserer bisherigen Theorie genug gefühlt haben. Die Abhülfe ist freisich schwer, und ich din mit Herrn Kellenberg darin einverstanden, das es besser ist, das einige Schuldige dem Gesehe entgehen, als das ein Unschuldigere durch das Geseh erreicht werde, was leicht geschehen konnen dem Nichter ein alzu ausgedehntes Beweisversahren zugestanden würde. Aber das man deswegen ein Beweisversahren beinbehalte, weil das entgegengeseizte Ertrem gesährlich wäre, dem könnte ich nicht beistimmen. Den Einsichten und der Meisbeit der Gesetzgebungskommission wird man nicht vorzugerisen brauchen. Sch glaube, man wird allgemein geneigt sein, ein gemischtes Versahren dem gegenwärtigen vorzuziehen, das einiger Indiciendeweis in Zutunft gestattet sein wird.

Es ift heute überfluffig, in Specialitäten einzufreten, denn es handelt fich jest blog um einen Grundfat. Erft wenn bann der Gesetzesentwurf selbst vorliegt, kann man genauer eintreten. Die Frage über Geschwornen = oder ständige Gerichte ift höchst wichtig, aber untrennbar von der ersten Frage. Die Frage, ob wir Geschwornengerichte wollen, hängt vom Bedürfnisse ab. Id weiß gar wohl, daß in einigen Ländern die Geschwornen-gerichte von sehr wohlthätigen Folgen sind, aber die Berhältniffe find dort gang berschieden und haben nichts mit denjenigen unserer Staatsbürger gemein. Darum will ich bei unsern Leuten stehen bleiben und fragen: wünschen diese die Geschwornengerichte? erfordert sie das allgemeine Wohl? Ich glaube nein. Auch in einigen Cantonen, wie Waadt, ift die Frage über die Jury mit großer Mehrheit verneinend entschieden worben. Freilich hat man im Canton Waadt einen Ausweg ergrif= fen, der nicht gang zu verwerfen wäre, und unsere Eigenliebe hätte fich gar nicht zu schamen, wenn wir das Gute, was in andern Cantonen vorhanden ift, auch annehmen wurden. Sm Canton Waadt darf nämlich ein Angeklagter nicht länger als 21 Sage in Gewahrsam und unter der Anklage bleiben. So weit sind wir noch nicht. Zu Genf ist ebenfalls viel geredet worden für und gegen die Jury. Auch dort hat man gefunden, daß in fleinen Republiken, wo man einander so nahe wohne, bas Institut nicht wünschbar fei. Ich mußte es gar febr bezweifeln, daß die Geschwornen unabhängiger seien als ständige Gerichte; ich glaube vielmehr das Gegentheil, und in dieser Beziehung können wir unsern Gerichten gar wohl das Zutrauen schenken. Meine Herren Kollegen haben sicher hierüber ihre Meinungen bereits gefaßt, und auch ich habe die Ueberzeugung, daß die Jury des Landes Beste nicht fördern würde. Alfo werden wir davon abstrahiren und bei den ständigen Gerichten verbleiben. Alles Weitere ift der Gesetzgebungskommission zu-trauensvoll zu überlassen. Sch stimme zur Vermischung des Beweisverfahrens und ju Berwerfung der Gefchwornengerichte.

Manuel. Es foll also vielleicht heute das Schickfal des ganzen Kriminalprozesses entschieden werden. Ich will den Pferden nicht in die Zügel greifen, sondern froh sein, wenn ich nicht davon überritten werde. Was die von der Gesetgebungskommission gegen die Jury gemachten Einwürse betrifft, so finde ich dieselben zwar ganz ungegründet. Sie fagt, die Jury gebe keine gehörige Garantie. Ich finde — gerade die größte. Der geistwolle Möser sagt: bei der Jury richten zwölf Totaleindrücke über die That, während bei ständigen Gerichten Zuristen bloß über die Ukten urtheilen. Ich sehe, daß oft gelehrte Zuristen vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen und fich in Subtilitäten verlieren. Ich finde, Gefchwornengerichte feien auch nichts weniger als gefährlich in politischer Beziehung. Ich sehe viel größere politische Dependenz bei den deutschen Rechtskollegien als bei der Jury. Das französische Revolutionstribunal und Fouquier-Tinville machen da nur eine Ausnahme, nicht die Regel. Dieses in Bezug auf die Jury im Allgemeinen. Hinge vie Beget. Der bei uns nicht nöthig. Unsere Amtsgerichte sind bereits eine Art Jury. Unsere Amtsrichter haben
gar oft einzig dasjenige körnige Rechtsgefühl, das man gar oft bei den gelehrten Juristen nicht antrifft, und sie stehen auch dem Volke weit näher als diese. Aber bei der jetigen Beweistheorie find ihnen die Sande gebunden. Alfo ift es für unfer Land genug, wenn man entweder die gegenwärtige Beweistheorie ganz abschafft oder doch erweitert durch einen einfachen und nicht deutschen Indizienbeweis. Das hat man schon vor ein paar Jahren gefühlt, und einige dreißig Mitglieder des Großen Rathes, meistens Amtsrichter, Regierungsstatthalter u. s. w. haben schon vor mehrern Jahren einen Anzug in diefem Sinne gestellt. Derfelbe war fehr gut motivirt; man hat ihn aber hintertrieben, mahrscheinlich, weil die Gesetzgebungskommission nichts davon will und eingenommen ift für den deutschen Beweis. Ich will mich nur furz fassen. Ein wahrer Kriminalprozeß foll auf das Bolf zurückwirten; das Bolf muß dafür interessirt, also auch beigezogen werden, also muß Deffentlichkeit fein, und zwar ganze, und also muß irgend ein Unklageverfahren stattfinden, und also muß das Staatsanwaldsamt total revidirt, und also muß nothwendig die Frage entschieden werden, ob und was für Kriminalgerichte aufgestellt werden follen. 3ch kann daher nicht begreifen, wie die Kommission am Ende ihres Vortrages sagt, es solle für jetzt weder über die Dessentlichkeit, noch über die Kriminalgerichte, noch über das Staatsanwaldssamt eingetreten werden. Ich kann mir nicht denken, wie man einen Kriminalprozeß entwersen kann, ohne daß zuerst diskutirt wird: soll eine Anklage oder ein Untersuchungsversahren stattskaden? wie ist das Staatsanwaldsamt beschaffen? sollen Kriminalgerichte sein oder nicht? soll jedem Gerichte ein Anwald beigeordnet werden? soll Dessentlichkeit herrschen oder nicht u. s. w. u. s. w.? Ich kann mir nicht denken, wie die Kommission einen Entwurf je bringen kann, wenn wir heute nur über die ausgeworfenen zwei Haupstragen entschieden. Daher trage ich darauf an, daß die Kommission dahin instruirt werde, uns einen Kriminalprozeß zu bringen, entweder mit moralischer Ueberzeugung des Richters, oder aber mit dem Indizienbeweis, und mit Ausstellung des Staatsanwaldes und mit Ausstellung von Kriminalgerichten u. s. w.

Roch, Regierungerath. Go wie eine gute Militärverfaffung die äußere Sicherheit gewährleisten soll, so gewährleistet eine gute Strafprozeksorm die innere Sicherheit, und da die innere Sicherheit wohl viel häusiger angegriffen wird als die äußere, so ist daher eine gute Strafprozefform noch viel wich= tiger als eine gute Militärverfassung. Ein verehrtes Mitglied findet, die Geschgebungskommission habe eine ganze verkehrte Logit und habe diejenigen Fragen, die hatten entschieden werden sollen, nicht vorgelegt, dagegen aber andere. Ich weiß nicht, wer die bessere Logik hat, ob die Kommission oder aber das verehrliche Mitglied, aber ich glaube, die Kommission habe den Strang am rechten Orte angegriffen. Das Hauptprinzip ist die Frage: welche Beweisart will man? Entdeckung der Wahrheit ist der Zweck des ganzen Kriminalverfahrens. Welches find nun die besten Mittel, die Wahrheit zu entdecken? Das ift eben das Problem, und die Lösung dieser Aufgabe hängt von den Merkmalen ab, nach welchen der Richter die Wahr= beit auffinden und erkennen foll. Gest Ihr jest diese Mertmale kunftlich, fo mußt Ihr einen fehr gewandten und funftgerechten Richter aufstellen; felzt Ihr sie aber einfach, so kann auch ein einfacher Richter genügen. In vielen Ländern hat man zuerst gefragt: wer soll Nichter sein? und hat dann nachber den Prozeggang den Fähigfeiten des Richters angepagt. Co 1. B. in England. Die Ginsetzung der Jury war in England eine politische Nothwendigkeit und das einzige Schukmittel gegen den ungeheuern Druck und Mißbrauch der königlichen Gewalt in gegebenen Perioden. Da mußte man irgend eine Form einführen, welche diesen Richtern angemessen wäre. So ift es auch hier. Darum haben wir die Frage über die Theorie des Beweises vorausgesett, weil, wenn man allenfalls an die Jury gedacht hätte, und dann zum Boraus das objektive Berfahren erkannt würde, dann dadurch die Aufstellung der Jury unmöglich geworden ware. Ständige Gerichte können nach dem subjektiven Berfahren urtheilen, aber eine Jury kann nie nach dem objektiven urtheilen. Man hat geglaubt, die Kommission hänge dem alten Systeme, dem sogenannten deutschen, an. Darin hat man sich gewaltig geirrt. Der Beweiß davon liegt schon in der Redaktion der ersten Hauptfrage, indem es heißt: "foll u. f. w. gang allein die innerfte Ueberzeugung u. f. w. gelten?" Sienge die Kommission wirklich dem alten Sufteme an, so würde die Frage so lauten: "foll u. s. w. auch die innerste Ueberzeugung u. s. w. gelten?" Es ist heute keines- wegs um eine ausgearbeitete Theorie zu thun, denn diese kann man erst entwickeln, wenn man das Grundprinzip hat. Wenn Sie als Grundsat annehmen sollten, daß nur das obsektive Versahren eingeführt werde; so muß man eine ganz andere Theorie ausstühren, und das schlägt dann in die Arithmetik ein, indem man da muß Brüche rechnen können. Wird bloß das subjektive Verfahren angenommen, so braucht das Geseth gar nichts über das Veweisverfahren zu sagen. Nehmen Sie aber ein gemischtes Beweisversahren an, wie ich es für das Rathsfamste halte, so muß wiederum eine ganz andere Ausarbeitung statt haben. Auf den heutigen Sag handelt es sich also gar nicht um die Ruancen, d. h. über einzelne untergeordnete Fragen, fondern biefe find dann Sache ber weitern Entwicke-lung. Ich glaube, Tit., Ihnen die Idee ber Gefetgebungs=

fommiffion gang einfach vorlegen ju tonnen. Es gibt für bas Beweisverfahren in Kriminalfachen zwei hauptsyfteine, um die Wahrheit aufzusuchen. Das eine System fagt: der menschliche Geist ist schwach, die Leidenschaften wirkent auf ihn ein, ver-blenden den Verstand, erregen die Einbildungskraft u. f. w., also muß man ihnen so wenig Spielraum lassen als möglich, und muß die Regeln, wonach er die Wahrheit auszumitteln hat, gleichsam mathematisch bestimmen. Also mußt du deine eigene Ueberzeugung gefangen nehmen und urtheilen nach denen und denen Regeln. Wenn zwei Zeugen, bei welchen feine außerlichen Grunde der Berwerflichkeit borhanden, ausfagen und beschwören, daß der und der einen Menschen getödtet habe; so mußt du ihn verdammen, selbst wenn du nachher den Getödteten hattest herumlaufen sehen. Ja, der Richter mußte nach diefer Theorie verurtheilen, felbst wenn die beiden Zeugen nach feiner Ueberzeugung ganz unglaubwürdige Männer, der Beschuldigte dagegen von gang unverwerflichem Charafter ware. Diese Theorie hat aber zugleich gefunden, es gebe Fälle, wo die verlangten außern Merkmale, wie ein vollkommenes Gingeständniß oder die Ausfage zweier unverwerflicher Zeugen u. f. w., nicht vollständig vorhanden feien, wohl aber Bruche ftücke davon. Was will man nun aus diefen Bruchstücken machen? Diefe Theorie fagt: bas außergerichtliche Eingeständniß macht einen halben Beweis, die Ausfage eines Mitschul-digen macht 1/4 Beweis u. f. w.; man hat also die verschiedenen Beweismittel gewissermaßen nach Zahlen gewürdigt. Menn es nun um das Urtheil zu thun ist, so heißt es: da ein halber Be-weis, und hier ½ Beweis, und dort wieder ¼ Beweis, mochen einen ganzen Beweis; also muß der Richter das Urtheil fällen. Dieses Verfahren ist in Kriminalsachen von den unge= heuersten Folgen. Ein berühmtes Beispiel in dieser hinsicht ist der Prozest gegen Sean Calas. Es fanden sich in diesem Prozesse eine Menge an und für sich unbedeutender Indizien; bas Gericht wischte alles dieses unbedeutende Zeug zusammen, woraus sich nach der Theorie ein ganzer Beweis ergab, so daß Ealas verurtheilt wurde. Als man sich nun überzeugt hatte, daß diese, freilich auf die Mangelhaftigkeit der menschlichen Einsichten gebaute, Theorie zu den größten Absurditäten führe; so sprang man auf das andere Ertrem über und fagte: man muß den menschlichen Geist frei lassen, und der Richter soll bloß nach feiner Ueberzeugung urtheilen. Wenn nun nach dieser Theorie zehn Zeugen eine Ausfage gegen Semanden beschwören, der Richter aber dem Angeklagten mehr glaubt als jenen, so kann er ihn bennoch freisprechen. Solche Fälle können möglicher Weise bei der Jury vorkommen; aber es lassen sich auch ständige Gerichte denken, welche nur nach ihrer unbedingten individuellen Ansicht urtheilen. Wer nun von vorn herein unentschieden war, ob er die Jury oder ständige Gerichte für besser halte, der mußte vorher untersuchen, welcher Beweistheorie er den Vorzug geben wolle. Denn wenn man sich z. B. für die objektive entschieden haben würde, so ware die Jury von felbst weggefallen. Wie gewöhnlich, so liegt nun auch in dieser Sache das Wahre und Aechte in der Mitte und in einer zweckmäßigen Mischung von Objektivem und Sub-jektivem. Das ist auch die Ansicht der gegenwärtigen neuern deutschen Schule. Die neuern deutschen Prozeßgesetze gehen von der Idee aus: der Gesetzgeber giebt äußere Merkmale der Wahrheit an , ohne deren Dasein der Richter nie verurtheilen darf; aber wenn der Richter durch diese äußern Merkmale nicht überzeugt ift, so ift er nicht verpflichtet, zu verdammen. Das ift jest die neueste Lebre über diese Materie. In allen Erimi= nalprozessen ift aber noch eine große Schwierigkeit, nämlich die Schwierigkeit von den Beweisen und Gegenbeweisen, indem man den Vertheidigungsbeweis immerhin auch zulassen muß. Mun haben im Anklagebeweis zwei Zeugen beschworen, daß der Ungeschuldigte wirklich der Thäter fei; im Vertheidigungsbeweis schwören dagegen wiederum zwei Zeugen, er sei unschuldig. Mach der erstern Theorie nun, nämlich vom objektiven Verfah-ven, geräth da der Nichter in eine grausame Verlegenheit, viel weniger aber bei dem subjektiven Beweise. Wenn es nun in folden Sachen nicht gut fcheint, ben menfchlichen Beift gang in Fesseln zu schlagen, so ist es auf der andern Seite doch auch nicht rathsam, ihn ganz sich selbst zu überlassen. Hingegen wenn man dem Richter außere Merkmale, als Kontrolle seiner

eigenen Ueberzeugung, angiebt, so scheint bas eine Theorie, welche dem Richter zusagen und die höchst mögliche Garantie für die Angeschuldigten geben soll. Man stellt nämlich das äußere Merkmal im Gesetze auf, aber man verpflichtet den Richter nicht dazu, daß er gegen seine individuelle Ueberzeugung diefe Merkmale als genügend annehmen muffe. Wer aber den Gang des bloß subjektiven Verfahrens mehr oder weniger fennt, der muß sich überzeugen, daß diese Theorie un= geheuer gefährlich ift. Der eine Angeklagte ift ein verstockter Mensch, und mit der größten Unbefangenheit hört er die graussamsten Anklagen gegen sich vorbringen, ohne daß er seine Miene andert. Der Richter läßt sich dadurch täuschen, spricht ihn frei, und doch war derfelbe schuldig. Ein Anderer dagegen hat ein schwaches Nervensystem, er erblaßt und zittert daher bei den erhobenen Anklagen, und der Richter, der an solche Erscheinungen nicht gewohnt ist, sagt: Aha, der ist schuldig. So, Tit., kann auf eine bloße Miene oder Gebärde hin der Unschuldigste zum Tode verurtheilt werden, wenn der Nichter bloß seiner Ueberzeugung folgen kann. Diese Gefahr auf der einen und die Schwierigkeiten auf der andern Seite haben daher auf das dritte, gemischte Sustem geführt, welches gegenwärtig bas System der größten und erfahrensten deutschen Rechts= gelehrten ift. Es ist auch das System Ihrer Gesetzgebungs-fommission. Ich für meine Person wünsche, das der Gesetzgeber dem Nichter äußere Merkmale angeben möge, aber daß der Richter nur dann verdammen dürfe, wenn seine innere Ueberzeugung damit übereinstimmt. Das, Tit., ist die ganze Sauptfrage, worüber Sie gegenwärtig zu entscheiden haben. Die Frage über die Jury ist noch viel einsacher. Ihre politis sche Nothwendigkeit eristirt bei uns nicht, während die Jury in andern Ländern das kräftigste Gegengewicht gegen die königliche Gewalt ist. Dort ist sie also ein Vortheil, weil die damit vereinigten Nachtheile auf jeden Fall geringer sind, als der mögliche Misbrauch der königlichen Gewalt. Wenn man den politischen Gesichtspunkt aufstellen will, so will ich in einer und war kleinen Republik immerhin lieber ständige Richter, als eine Repräsentation aus der Masse des Volkes. Bin ich ein freier Mann, so habe ich das Recht, dieser oder jener politischen Ansicht zu fein. Wird nun eine der meinigen entgegengesetzte Ansicht herrschend, so wird durch die Jury die meinige unterstückt, denn die Mitglieder der Jury bringen natürlich ihre politischen Leidenschaften und Vorurtheile mit in die Versamm= lung, mahrend ftandige Richter diefem Treiben und Unwefen weit eber fremd bleiben und viel leidenschaftlofer ju Gerichte siten werden. Der politische Gesichtspunkt ist also bei und gegen die Jury. Nun aber ift die Ausmittelung der Wahrheit keine leichte Aufgabe. Trrthum ist das Loos des Sterblichen, und wie ungeheuer hat man sich nicht Sahrtausende lang über Sachen geirrt, die jest jedes Kind weiß. Es braucht also zu Ausmittelung der Wahrheit in Kriminalsachen eine Seelenstimmung, wie nur die Gewohnheit an folche Untersuchungen und Erscheinungen sie giebt. Wenn Ihr nun eine so schwere Aufgabe Semandem übertragen wollt, wollt Ihr sie solchen Leu-ten anvertrauen, die Ihr von ungefähr auf dem Felde oder der Landstraße antrefft? oder wollt Ihr sie lieber solchen Leuten anvertrauen, die baraus ihre Lebensbestimmung gemacht haben, und die ihre Ehre darauf feten, dem Butrauen ihrer Mitbur= ger zu entsprechen, und die, wenn sie sich Nachläßigkeiten zu Schulden kommen lassen, irgend Jemandem dafür verantwort- lich sind? Ein Gericht, dessen Mitglieder man kennt, und welches durch die allgemeine Volksstimme beurtheilt werden kann, scheint mir doch mehr Garantie darzubieten, als eine Institution, wie die Jury ist, wo man die Leute bloß für einzelne Fälle herbeiruft. Da verlieren sich diese Leute nachher wieder im Volke, man vergist ihre Namen, und so haben sie bei weitem nicht die Ausmunterung und den Antrieb wie ein ständiger Richter. Es fragt sich: wollt Ihr Leben, Ehre und Gut Euerer Mitbürger in die Sande von geschickten und ausgebildeten Männern legen, oder wollt Ihr das dem Zufalle anheimstellen? Denn, Tit., die Mitglieder der Jury werden nicht gewählt, sondern das Loos bezeichnet sie. Das ist nun freilich eine ganz andere Darstellung der Jury, als wie man sie in vielen Schriften findet. Diese Darstellung ist aber nach meiner Ueberzeugung die einzig mahre. Für unfer Land würde

ich also nie zu der Jury stimmen, aber ich habe die Ueberzeugung, daß dieselbe für konstitutionelle Monarchien nothwendig, aber ein nothwendiges Uebel ist. Wer möchte in verwickelten Fällen ungebildete Nichter haben mögen? Und die nöthige Bildung für das Institut der Jury hat unser Volk noch nicht. Ich will nicht fagen, ob das Bolt besser oder schlechter geworden sei. Man liest in Berordnungen schon früherer Jahrhunderte, was maßen die immer zunehmende Geschwindigkeit, d. h. Arg-lift, des Volkes dieß und das nothwendig mache. Bester sind wir aber auch nicht als unsere Altvordern; sie hatten die einen Fehler, wir haben andere u. f. w. Unfere Landleute find auf gester, wir haben andere u. j. w. Unjere Lanvieute sind auf jeden Fall nicht gesübte Männer, und wir dürfen nicht vergeffen, daß die Jury dann für die Beweisleistung das oberste Gericht ist, indem ihr Ausspruch dem Richter durchaus als Beweis gilt. Man hat freilich gefagt, die Jury bilde das Volkund sei eine Schule für das Volk. Ich dagegen sage, wenn das Volk einmal ausgebildet ift, so können unsere Nachkommen die Jury meinetwegen einführen, aber ich für meine Person will nicht Etwas einführen, wo ich dann vielleicht mit meinem eigenen Körper den Lehrplat machen mußte. Das ware gerade fo, wie wenn man einem zumuthen wollte, sich bei einem die Chirurgie Studirenden ein Bein abnehmen zu lassen, damit derselbe sich in seiner Runft ausbilden könne. Wir sind wahr-haftig noch nicht auf dem Punkte, wo wir die Jury einführen tonnen. Die zwei Fragen reduziren fich also barauf: Wollen Sie richterliche Willtur, denn diese ist allerwenigstens die Stiefschwester der freien Ueberzeugung des Richters? oder wollen Sie nebst dieser freien Ueberzeugung noch äußere Formen aufstellen? Das Gefühl eines Jeden von uns wird sich für das Letztere aussprechen. Ich mußte also sehr wünschen, daß Sie, Tit., diese Fragen so entscheiden, wie die Gesetzgebungs-kommission sie hier vorschlägt, nämlich ständige Gerichte mit einem gemischten Beweisverfahren.

Jaggi, Oberrichter. Die Gefchwornengerichte find feine Erfindungen von uns, denn sie existiven anderswo, jum Theil schon seit langer Zeit. Was für eine Beweistheorie gift da? nur die Ueberzeugung. Somit ist da das Motiviren bloß ein innerlicher Alft. Wenn Sie sich nun für den Indicienbeweis entscheiben, so fann die innere Ueberzeugung des Richters chenfalls in Thätigkeit treten, und so wird hier immer noch eine innere Handlung des Richters den Ausschlag geben. Ich könnte mehrere Beispiele anführen, um zu zeigen, wie sehr unser gegenwärtiges Beweisverfahren der Erweiterung oder Abande-rung bedarf. (Der Redner erzählt hier, wie ein Beutelschnei-der einem Pferdehandler den Geldbeutel aus dem Sacke gezogen, wie nachher Semand gesehen habe, daß der Taschendieb den Beutel fallen ließ, und wie dennoch derselbe, da er die That beständig läugnete, bloß nach dem Verdachtsgeselze habe beurtheilt werden können, indem Niemand den Augenblick wahrgenommen gehabt habe, wo der Dieb den Beutel dem Pferdehändler aus der Sasche zog. Der Nämliche sei dann später im Kanton Zürich wegen eines unter ganz ähnlichen Umständen begangenen Vergebens als hinreichend überwiesen angesehen und jur Buchthausstrafe verurtheilt worden.) Das Bedürfnig, daß ber Ueberzeugung des Richters ihr Recht eingeräumt werde, ift unbestreitbar, und wenn der Richter nun verpflichtet wird, sein tirtheil durch äußere Merkmale zu belegen, so wird wohl höchst felten Jemand unschuldig verurtheilt werden. Bu mehrerer Sicherheit könnte man bestimmen, daß auf keinen Fall ein Todesurtheil auf bloße Indicien hin solle gefällt werden können. Uebrigens habe ich immer geschen, daß in Zweifelsfällen ber Richter immer geneigter ist, freizusprechen, als zu verurtheisen, und das ist auch seine Pflicht. (Der Redner erzählt hier noch einen Fall, wo Einer, der aus Anlag einer öffentlichen Steigerung einen Sack mit Wolle gestohlen hatte, nicht habe verurtheilt werden können, weil kein vollskändiger Beweis geleistet werden konnte, obgleich eine Menge Indicien die Schuld unzweiselhaft darstellten.) Solche Uebelstände., Sit., sind schreiend. Ich will nun die Geschwornengerichte zwar nicht anfechten, aber den Antrag unterstützen, daß der Richter nicht allein seine Ueberzeugung gelten laffen tonne, fondern daß er auch an äußere Merkmale gebunden sein folle.

Dr. Schneiber, Regierungsrath. Ich habe mich noch nicht rein überzeugen können, wozu ich stimmen soll. Ich möchte daher wenigstens einiges anregen, was hier noch nicht angeregt worden ist. Ich habe hier Vieles anbringen gehört, sowohl gegen die Jury, als gegen die bisherige Beweisart. Man schlägt nun ein Mittelding vor, und von diesem verspricht war sich alle mästichen Northale. Ihrer verhinden wir dabund man sich alle möglichen Vortheile. Aber verbinden wir dadurch bloß die Vortheile beider Verfahren und nicht vielleicht auch die Nachtheile? Man hat angebracht, daß namentlich für volitische Vergeben ständige Gerichte vorzuziehen seien. kann bas zugeben, wenn sich biefe bloß an obiektive Thatsachen halten follen. Aber wenn die ständigen Gerichte ebenfalls nach ihrer innern Ueberzeugung urtheilen können, in diesem Falle müßte ich doch die Jury vorziehen. Man hat dagegen vorzüg= nicht ein von die Infer Volk noch nicht dazu gebildet sei. Ich angeführt, daß unser Volk noch nicht dazu gebildet sei. Ich glaube, das Vernervolk sei so gebildet, als diesenigen Völker, welche die Jury haben. Bei uns ist kein Dorf, wo nicht wenigstens eine Schule wäre, in Frankreich gab es noch vor kurzer Zeit über 11,000 Kirchzemeinden, die keine Schulen hatten. Wenn nun in einem folchen Lande die Jury besteht, so muß sie doch etwas für sich haben. Es braucht auch nicht so viele Kenntnisse, um über diejenigen Gegenstände zu urtheilen, die der Jury vorgelegt werden. Ob eine Thatsache gesche= ben sei oder nicht, das muß der gesunde Menschenverstand bald entschieden haben; und ob der Angeschuldigte der Thäter sei oder nicht, wird ebenfalls jeder zu beurtheilen wissen, der beim gesunden Verstande ist. Man sagt, die Jury sei nur sür Königreiche, wo die Regierungsgewalt eines starken Gegengewichts von Seite des Volkes bedürfe. Allein, Sit., diese Regierungsgewalt kann auch in Republiken stark und gefährlich werden. Auch in Nordamerika ist die Jury fast in alle Verfassungen aufgenommen als eine Gavantie der Volksfreiheit, und man würde sich dort dieselbe um keinen Preis nehmen lassen. Indessen will ich zugeben, daß die Jury vielleicht in gewöhn-lichen Kriminalfällen nicht ganz zweckmäßig sein würde; allein es gibt gewisse Klassen von Bergeben, für welche ich die Jury allen ftandigen Gerichten vorziehen mußte. Es gibt nämlich Bergehen, welche mit der öffentlichen Meinung gewissermaßen im Zusammenhang stehen, und da foll denn der Gerichtshof ebenfalls mit der öffentlichen Meinung im Zusammenhang stehen. Es gibt Vergehen, deren Vestrafung heute dem ganzen Volke als eine Ungerechtigkeit erscheinen würde, während vielleicht in ein paar Jahren das Volk ganz anders darüber urtheilen könnte. Das find die politischen Vergeben. Es gibt überdieß noch an= dere Bergehen, die mehr geiftiger als materieller Natur find, vie Vergehen gegen die Meligion, die öffentliche Sittlichkeit u. s. w. Darum möchte ich fragen, ob nicht alle diese Klassen von Vergehen zweckmäßiger von einer Jury beurtheilt würden. Man sagt freilich, daß dadurch die Gleichmäßigseit der Urtheile gestört würde. Indessen ist diese Art von Vergehen so in sich abgegrenzt, daß es mir scheint, das Institut der Jury sollte gar wohl neben dem Institute der ständigen Gerichte bestehen können. Man hat gesagt, man lese die Jury auf den Straßen und Matten zusammen. Das ist mir neu. Es werden hiefür ein gewisses Alter und gewisse andere Eigenschaften verlangt, die Bürger, welche diese Eigenschaften besitzen, werden in Berzeichnisse gebracht, und so entscheidet dann jedes Mal das Loos unter ihnen. Man braucht sich hierbei auch nicht auf die Amtsbezirke zu beschränken, sondern man kann größere Bezirke zusammen-nehmen. Auf solche Weise würde über dergleichen Vergehen mehr im Geiste des Volkes und der Verfassung geurtheilt werden. Ich stelle daher den Antrag, es seien als Maßstab für den Beweis in Strafsachen auch äußere Merkmale als Kennzeichen der Wahrheit durch das Gesetz anzuweisen, und die ständigen Gerichte beizubehalten, — ausgenommen für hoch= verraths=, Preß= und Achtungsvergehen und für Vergehen gegen Religion und Sitten, für welche in den Bezirken die Schwurgerichte aufzustellen seien.

Romang, Regierungsstatthalter. Sch glaube, der gemischte Grundsah sei der beste, wünsche aber, daß dann auch irgendwo in dem neuen Entwurse ausdrücklich gesagt werde, daß ein auf-richtiges und offenes Geständniß ein Milberungsgrund sein könne und solle. Was die Jury betrifft, so eristirt bei uns wenigstens der Wunsch darnach nirgends, ja von Hunderten weiß kaum

Einer, was das ist. Wenn man über die Sustiz klagen hört, so klagt man, daß sie zu milde sei. Das, Tit., ist die Volksestimmung. Ich will mich kurz kassen, und mich für ein gemischetes Verfahren und ständige Gerichte erklären.

Straub. Man hat vorgeschlagen, eine Jury für politische und für Achtungsvergehen u. f. w. aufzustellen. Zu einer solchen müßte man doch Leute nehmen, welche Aftivbürger find. Dever find nun gar viele. Wenn es also jest an einem Orte eine Zusammenrottung gibt, wo Beamte beseidigt werden, und zwar eben von diesen Aktivbürgern, welche dann nachher über Schuld oder Unschuld in der Jury absprechen sollen; so könnte dieß eine sonderbare Gerichtsverhandlung geben. Ich möchte keine besondere Jury für diese Vergehen, und ich bin überhaupt nicht für eine Vermehrung der Gerichte. Unsere Amtsrichter, die vom Volke gewählt werden, geben uns hinlängliche Garantie, und ich höre nirgend, daß man die Jury wünscht. Allgemein aber wird über unsere Gerichtsbarkeit geklagt, es gehe mit den Untersuchungen allzulange. Sedermann weiß, daß es bei den jehigen Vorschriften nicht mehr möglich ift, die feinern, schlimmern Verbrecher zum Geständnisse zu bringen oder hinlänglich von ihrer Schuld zu überführen. So lange nicht auch der Indicienbeweis zugelassen wird, werden die schlimmsten Berbrecher frei aus der Untersuchung gehen. (Der Redner erzählt hier, wie er als Gerichtspräsident einen, früher schon im Zuchthaufe enthalten gewesenen, Dieb, der ein Bette gestohlen hatte, nicht habe zum Geständnisse bringen kön= nen, obgleich sieben Zeugen gegen denselben ausgesagt hatten, worunter sogar eine Weibsperson, mit welcher jener Dieb die darauf folgende Nacht in einer Tenne auf dem gestohlenen Bette geschlafen. Derselbe babe im Berhor sogar geaußert, er müßte wohl ein schlechter Schelm sein, wenn er nicht im Zuchthause gelernt hätte, wie man es machen müßte, um der Strafe zu entgehen; so habe auch wirklich das Gericht nichts mit ihm machen können.) Also wenn ich in einem Haus in Gegenwart des Hausherrn Geld gestohlen habe, so brauche ich nachher, wenn dieser mich verklagt, nur zu sagen: es ist nicht wahr, es ist Alles gelogen. Dann werde ich freigesprochen. In ältern Zeiten durfte man folchen Angeklagten so etwa Einige zukommen lassen; aber jett muß man gar subtil mit ihnen umgehen; man muß mit einem Verbrecher gegenwärtig umge= hen, wie wenn man einem Spatzen Salz auf den Stiel streuen will. Läßt er es geschehen, so hat man ihn, aber es sind nicht alle da daheim. Ob man nun aber ständige oder Geschwornen= gerichte wolle, darüber bin ich völlig einig. Unsere ständigen Gerichte sind aus dem Volke genommen, und obschon unsere Gerichtspräsidenten und Amtsrichter vielleicht nicht alle rechtsfundige Manner sind, so geben sie doch so viel Garantie, als diejenigen gaben, welche zu der Jury genommen werden muffen. Damit, daß man ausspricht, die und die That sei allerdings begangen worden, ist noch nichts gemacht. Aber ob der Angeschausen werden, ist noch nichts gemacht. Aver do ver ungeschuldigte die That begangen habe, das ist oft eine sehr schwierige Untersuchung. Ein früherer Herr Opinant hat der Kommission vorgeworfen, sie wolle bloß das alte System und nur den materiellen Beweis. Ich glaube, die Kommission will gerade das, was der von diesem Gerrn Opinanten angeführte Anzug gewollt hat, nämlich, daß der Richter nicht einzig aus seiner Ueberzeugung urtheile, sondern daß er äußere Merkmale auch berücksichtige. Ich wünschte sehr, daß einmal die Kriminalge-richte eingeführt würden, welche die Verfassung aufstellt. Dann wären die Amtsgerichte perfette Gerichte, um über Schuld und Unschuld zu urtheilen. Ein Uebelstand, der mich bei unserm gegenwärtigen Verfahren stößt, ist der Gerichtspräsident, welcher zuerst die Untersuchung führt und dann mit zu Gerichte sitzt. Demjenigen, was Herr Romang vorgebracht, wird die Kommission gewiß Rechnung tragen, aber das gehört dann in deigentliche Gesetz. Sch schließe dahin, daß man die erste Frage der Kommission bejahend beantworte, und daß man rücksichtlich ver kenningten vesahene veantworte, und daß man ructschilch der zweiten erkläre, unsere Amtsgerichte seien als ständige Gerichte erster Inkanz beizubehalten, wobei ich nur noch die Bemerkung andringen möchte, daß wenn man Geschwornengerichte einsührte, es dann leicht geschehen könnte, daß im einen Bezirke ein Bergehen bestraft, und im andern nicht bestraft würde. Wohin müßte das sühren?

Schar, Fürsprech. Dem Antrage, Tit., daß in Straffachen bas gemischte Sustem angenommen werde, was die Unnahme der ständigen Gerichte voraussetzt, muß man doch noch beifügen, daß das gemischte System, zwar fehr unvollkommen, bei und bereits seit bald 40 Sahren besteht, in der Anlage Dieses System liegt nämlich im Systeme der außerordentlichen Strafen. Wir haben in einem Gefete ber belvetischen Republik und im §. 21 der Instruktion vom 5. August 1803 bie Bestimmung, bag wenn zwar gegen einen Ungeschul= digten fein vollständiger Beweis vorhanden, hingegen solche Inticien eristiren, die ihn fortdauernd des begangenen Vers brechens höchst verdächtig machen; so solle eine außerordentliche Strafe ftattfinden, eine Strafe, welche dann aber bedeutend geringer ift, als wenn bas Berbrechen bewiefen gewesen ware. Worauf beruht nun die Ansicht des Gesetzgebers, in Folge welcher dennoch bestraft wird? Sie beruht auf der Ueberzeugung, daß sehr viele Angeschuldigte, wenn gleich keine vollsständigen Beweise vorliegen, dennoch schuldig seien; also auf der Ueberzeugung, daß die Schuld oder die Ueberzeugung des Richters von der Schuld nicht bloß durch Zeugen, Gestandniffe, Augenschein hergestellt werden könne, sondern daß dieselbe auch durch andere Umftande, Indicien, herzustellen sei. Indessen ist vorgeschrieben, daß in solchen Fällen immer eine geringere Strafe stattfinden folle. Allein diese Strafe hat gewiß der Gefelgeber nur in dem Falle verhängen laffen wollen, wo eine Schuld wirklich vorhanden ift. hierin liegt nun insofern ein Widerspruch, der aber aus der Nothwendigkeit hervorgegangen ift, weil der vollständige Beweis nicht immer geleistet werden kann. Das Suftem der außerordentlichen Strafen ift auch im altern deutschen Prozesse bekannt, und wenn die Reuern jeht das gemischte System aufstellen, so geschicht nichts Ande-res, als was gang naturgemaß ist, nämlich sie lassen die außerordentlichen Strafen verschwinden, setzen aber ein System an deren Stelle, wo der Richter nach seiner Ueberzeugung urtheis len darf, aber nur insofern er sein Urtheil durch gewisse außere Umftande motiviren fann. Es ift also bas Angetragene bereits bei uns in Kraft und Wirksamkeit, aber nur fehr unvollfommen. Wenn ich nun von der Jury reden soll, so muß ich querft eine Behauptung des herrn Regierungsraths Dr. Schneiber als unrichtig bezeichnen. Er fagt nämlich, es bedürfe bloß bes gefunden Berstandes der Geschwornen, um sich von der Schuld oder Unschuld des Angeklagten zu überzeugen. Das kann in vielen Fällen richtig fein. Wenn heute vor das Geschwornengericht der Fall gebracht wird, ob gestern auf dem Markts gestohlen worden sei oder nicht; so ist das wahrschein= lich nicht schwer zu entscheiden. Indessen muß man folchen Fällen eine Menge anderer an die Seite setzen, deren Entscheid sehr schwierig ist. Man hat z. B. vor einigen Monaten die Entdeckung gemacht, daß in einigen Amtsbezirken eine bedeutende Räuberbande eriftiere. Dun fame diefer Prozef vor bas Geschwornengericht. Da sind 20 bis 30 Angeschuldigte, 50 bis 100 Zeugen; die Verhandlungen dauern mehrere Tage, von allem Gefragten und Geantworteten wird nichts protofollirt. Wie können nun Geschworne bem Gange ber Berhandlung so folgen, daß es ihnen am Ende möglich ift, ein richtiges Urtheil zu fällen? Das geschieht zwar in England und Frankreich; aber was ist die Folge? das weder der Staat, welcher an der Bestrafung des Verbrechers ein Interesse hat, noch auch der Ungeschuldigte eine Garantie haben. Wenn Jemand z. V. beschuldigt wäre, vor 40 Sahren Staatsgelder entfremdet zu haben, und dieser Fall tame vor die Geschwornen, — wie sollten die fich da herausfinden? Alle die Urkunden, Handschriften u. f. w., welche dem ftandigen Richter zu Gebote fteben, murden hier nicht existiren, und die Mitglieder des Geschwornen-gerichts hatten die Akten nicht vorher zu hause studiren können, benn Alles geht erst in der Audienz selbst mündlich vor sich. Daraufhin macht der Unkläger feinen mundlichen Vortrag, worin er die betreffenden Gesetzesstellen anführt und auslegt; Der Bertheidiger tritt auch auf, macht einen mündlichen Gegenvortrag, befämpft den Unfläger und interpretirt die angeführten Geschesstellen im Interesse bes Angeklagten. Setzt auf zwei lange Reden hin follen sich die Geschwornen in ein Zimmer einschließen und ihr Urtheil fällen. In verwickelten Fällen ift da keinerlei Garantie vorhanden, und wenn auch das Geschwornengericht aus sauter gelehrten, theoretisch und praktisch gebilbeten Juristen zusammengesett wäre, so wäre doch noch keine Garantie da. Was denn in specie den Vorschlag betrifft, daß nur gewisse unersaubte Handlungen der Beurtheilung der Geschwornen möchten unterworsen werden; so würde das nicht nur nicht zweckmäßig, sondern höchzi unzweckmäßig sein. Hink der politischen Vergehen namentlich gilt der Saß: wenn die Mehrheit der Geschwornen einer politischen Ansicht huldigt, welcher der Angeklagte nicht huldigt, dann ist dieser verloren, selbst auch, wenn die Geschwornen ganz dona side handeln. Wenn Jemand, der mein politischer Gegner ist, in einer Zeitung wegen seines öffentlichen Lebens angegriffen und wirklich beleidigt wird, so kann ich als Geschworner, weil er mein Gegner ist, vielleicht nicht sinden, daß eine Beleidigung vorhanden sei; während wenn ein politischer Freund von mir nur wenig getadelt wird, ich den Tadler vielleicht schuldig sinde, weil ich durch den Angriff aus meinen Freund gewissermaßen selbst beleidigt worden din. Ich schwieren Gewisser Annahme der

gemischten Theorie und der ftandigen Gerichte. von Tillier, Altlandammann. Nach diefer fehr erschöpfenden und interessanten Berathung glaube ich, Ihre Zeit nicht länger in Unspruch nehmen zu sollen, als durchaus nöthig ist. Mehrere Mitglieder, vorzüglich ein Mitglied der Gesetzgebungs tommission felbst, haben durch ihre bundigen Vorträge mir den größten Theil der Arbeit abgenommen. Es hat fich in der Umfrage eine folche Stimmung in Diefer Berfammlung gezeigt, daß man sich wohl ziemlich leicht verständigen kann. Was den Vorschlag des Herrn Stettler betrifft, so ist die Kommission mehr in der Form als in der Wirklichkeit verschiedener Unsicht, denn derfelbe hat fich über den zweiten Theil des Gegenstandes bereits so ausgesprochen, daß er offenbar über den ersten Theil mit sich selbst im Reinen ist. Auch der größte Theil der übrigen Mitglieder sind gewiß über diesen Theil mit sich selber Der Herr Regierungsstatthalter von Mydau hat der Kommission vorgeworfen, sie sei im Gallopp baber gekommen, aber er felbst ist so febr im Gallopp an der Rommission vorbeigeritten, daß ich Mühe hatte, ihn nur bei irgend Etwas zu fassen. Nur was den Schluß seines Vortrages betrifft, so muß ich bemerken, daß es durchaus überflüssig ist, hier in Betress Staatsanwalds Etwas zu verfügen, denn wenn auch die Mitglieder der Kommission diesem Institute entgegen waren, so ist dasselbe durch die Verfassung bereits imperatorisch vorgeschrieben. Ebenso ware es voreilig, hinsichtlich der Kriminalgerichte einen Befchlug ju nehmen; wenn dann feiner Beit ein ausgearbeiteter Entwurf vorliegt, erft dann wird man mit Cachtenntniß darüber urtheilen fonnen. Sinsichtlich der Jury foll ich nur Weniges beifügen. herr Regierungsrath Schneider hat eine bloß theilweife Einführung der Jury gewünscht; ich gestehe aber, daß ich den Ausnahmsgeseigen außerordentlich abhold bin. Dieß wäre wider den republikanischen Geist und wider unsere Verfassung. In praxi müßte das noch seine besondere Nachtheile haben, indem es nicht immer leicht zu entscheiden sein würde, welcher Art dieses oder jenes Delikt fei. Bei der fehr intereffanten Umfrage ift mir überhaupt aufgefallen, daß sich einige Mitglieder des deutschen Kantonstheils, wo man die Jury nie gesehen hat, so halb und halb zu Gunsten der Jury geäußert haben, während kein einziges Mit-glied aus dem Sura, wo doch die Jury längere Zeit eristirte, zu Gunsten derselben das Wort ergriffen hat. Ich soll endlich noch eines haupteinwurfes gegen die Jury bedenfen, der schon im Gremium der Gesetzgebungskommission gefallen ift, und von welchem es mich wundert, daß man ihn hier nicht ebenfalls erhoben hat. Nämlich es hatte fich vielleicht gefragt, ob die Einführung der Jury nicht eine Abanderung der Berfaffung fein wurde. Die Berfaffung bezeichnet nämlich die Gerichte, welche aufgestellt werden sollen, und schreibt bann vor, daß außer den genannten Gerichten feine andere angerufen werden follen. Ich müßte in voller Ueberzeugung, Namens der Kom=

mission, folgendermaßen schließen:

1) Der Richter soll durch das Gesetz auch an äußere Merkmale in Verbindung mit seiner innersten Ueberzeugung als Kennzeichen der Wahrheit gewiesen werden.

2) Es follen ständige Gerichte beibehalten, und feine Gefchwornengerichte eingeführt werden. Abstimmung.

Für diese beiden Anträge 99 Stimmen. Dagegen 2 ,

Auf daherigen Vortrag der Polizeisektion wird dem Naturalisationsbegehren des herrn Franz Sprüngli, von Zosingen, Staatsapothekers in Vern, welchem das Bürgerrecht der Stadt Vern zugesichert ift, mit 86 gegen 4 Stimmen entsprochen.

Das mit Empfehlung der Polizeisettion und des Regierungsrathes vorgelegte Naturalisationsbegehren des Herrn von Tschann, von Solothurn, welchem ebenfalls das Bürgerrecht der Stadt Bern zugesichert ist, gibt dagegen zu folgender Diskussion Unlaß:

Schnell, Regierungsrath. Bisher waren die Katholiken, die sich bei uns einbürgern wollten, angehalten, sich in einer katholischen Gemeinde einzubürgern, es wäre denn, daß sie sich anheischig machten, ihre Kinder in der reformirten Religion erziehen zu lassen. So würden wir also in der Gemeinde Bern eine katholische Familie mehr bekommen und mittelst dessen den Einfluß des katholischen elerze daselbst in etwas vermehren. Ich gehöre nicht zu den Intoleranten, aber in Zeiten, wo wir sehen, wie der katholische Elerus sich an allen Orten ungeheure Macht zuzuschanzen sucht, dann in einer reformirten Gemeinde eine katholische Einwohnerschaft zu gründen; — ob dieß angemessen sich zu bedenken. Ich glaube es nicht. Gegen die Person des Herrn von Tschann habe ich im Geringsten nichts, und ich habe nur Gutes von ihm gehört.

von Graffenried erwiedert hierauf, daß dieses Bedenten schon im Schoose der Burgergemeinde von Bern geäusert worden sei, daß man aber dannzumal erwiedert habe, da der Regierungsrath dem Herrn von Tschann die Erlaubnis ertheilt habe, sich nach einem Bürgerrechte im Kanton Bern umzuschen, so sei es nicht an der Burgergemeinde, diese Erlaubnis gleichsam zu beschränken u. k. w.

Stettler. Warum suchte man früher das System zu begünstigen, daß Katholiken sich bloß in katholischen Gemeinden einbürgern? weil in den reformirten Gemeinden des Kantons, mit Ausnahme der Stadt Vern, kein katholischer Gottesdienst eristirt, was dann zu satalen Consequenzen und Eollissonen hätte führen können. Hier in Bern hat man aber einen katholischen Gottesdienst. Was die Forderung betrifft, die Kinder in der reformirten Kirche erziehen zu lassen, so frage ich: was war die Ursache der gegenwärtigen großen Spannung hinsichtlich der Kölner-Angelegenheiten? Eben die, daß der Visschoff keine gemischte Ebe einsegnen lassen wolke, wenn nicht die Betressenden vorher das Versprechen ablegten, ihre Kinder katholisch erziehen zu lassen. Diesen Iwang möchte ich nun wahrhaftig bei uns nicht einsühren. Uedrigens muß ich darauf ausmerksam machen, daß bereits Katholiken in der hiesigen Burgerschaft sind. Herr von Haller in Solothurn ist noch immer Vurger von Bern, und der frühere Große Rath hat sogar das hiesige Vurgerrecht einem Katholiken geschenkt, nämlich dem Freiherrn von Varicourt. Wer ist übrigens hiedei am meisten interessirt?

Offenbar die Burgerschaft von Bern selbst. Also ist da kein Grund, warum man dem Begehren nicht entsprechen sollte. Ich kenne übrigens den Herrn von Tschann nicht, ich habe ihn noch nie gesehen.

Abstimmung durch Ballotirung.

Für Willfahr 40 Stimmen. Für Abschlag 51 "

Der herr Landammann legt zum Schlusse die von dem Departement des Innern an den Großen Rath zur Einsicht mitgetheilte Rechnung über die Wasserbeschädigungssteuern auf den Kanzleitisch.

(Schluß der Sitzung um 21/4 Uhr.)

Berichtigung.

Tit.

In den Großrathsverhandlungen werden die in französischer Sprache gehaltenen Reden nicht auf eine befriedigende Weise wiedergegeben, und wenn ich ein großes Gewicht auf die meinigen legte, so wäre ich oft genöthigt gewesen, Ihnen Reklamationen einzugeben. Ich habe es indessen nicht gethan, um das Publikum nicht allzuhäusig mit Verichtigungen von Vorträgen zu langweilen, welche der Augenblick eingibt, und die nach beendigter Sikung der Vergessenheit anheimfallen; aber der Schlußbericht, den mir die gedruckten Großrathsverhandeungen in der Verathung der sellenbergischen Anträge unterlegen, enthält so viel abgerissene und unvollständige Vehauptungen, Irrthümer und sogar Widersprüche, und ist übrigens so wenig in meinem Style geschrieben, daß es mir unmöglich ist, die Leser Ihres Vlattes nicht darauf ausmerksam zu machen. In Vertressen Vortheile einer landwirthschaftlichen Schule läßt mich der Vericht sogar gerade das Gegentheil von dem sagen, was ich darüber denke.

Ich hoffe also, daß man nicht mir diesen Schlußbericht zuschweiben werde, der allerdings einige Züge von dem enthält, was ich gesagt habe, den ich aber weder im Hauptinhalte noch in der Form für meine Rede anerkennen kann.

Ich ersuche Sie, Tit., dieses Schreiben gefälligst in Ihr beutsches und Ihr französisches Blatt aufnehmen zu wollen und verharre mit Hochschäung

Bern, ben 20. Merz 1838.

(Sign.) E. Meuhaus.

Verhandlungen

Des

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Sommerstung. Erste Salfte, 1838.

(Micht offiziell.)

Bierte Situng.

Donnstag ben 10. Mai 1838. (Morgens um 9 Uhr.)

Präfident: herr Landammann 3. Schnell

Nach dem Namensaufruse und nach Genehmigung des Protofolls wird ein Anzug der Herren Weber und Tseli verlesen, dahin gehend, daß der Große Rath eine Kommission ernennen und derselben den Austrag ertheilen möchte, die geeigneten Mittel zur Hebung der Pferdezucht im Kanton zu berathen und darüber dem Großen Rath in der nächsten Sommerstzung Bericht zu erstatten.

Ferner wird verlesen eine Mahnung des herrn Man, welcher verlangt, daß zu Behandlung des am 26. Februar letihin verlesenen Anzugs des herrn Oberrichters Weber, die Abänderung einer in unserm Kriminalprozesse besindlichen Vorschrift betreffend, ein Tag zur Berathung angesetzt werde.

Herr Landammann. Während meines Präsidiums hat mir dis jeht nichts mehr Mühe gemacht, als die Bestimmung der jeweiligen Tagesordnung und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich die vorliegenden Geschäfte so geschwind und so gut als möglich zu beendigen wünsche. Diese beiden Eigenschaften aber gerathen öster in Kollisionen, indem sich gar oft die geschwinde Beendigung der Geschäfte mit der gründlichen Behandlung derselben nicht vereinigen lassen will. Auf diese Weise din ich gerade in gegenwärtigem Augenblicke in einer großen Verlegenheit. Sie erinnern sich, Tit., daß in der letzten Sizung beschlossen worden ist, den Aussall, den die Aussehung der Jölle verursachen wird, auf irgend eine Weise wichtenung einzubringen, und daß in dieser Absicht dem Finanzbepartement der Auftrag ertheilt worden ist, diesen Aussall auf zweckmäßige Weise durch einen Impot zu decken. Der Geschesentwurf darüber sollte in dieser Sizung vorgelegt werden. Nun wissen Sie, daß ein solches Geset, das tief in die Interessen unseres Volkes eingreist, eine wichtige Sache ist, und daß es mit der größen Vorsicht und Sovzsfalt geprüft und erlassen werden muß. Ein großer Theil der Mitzlieder sind mit diesem Geschesentwurf nicht hinlänglich bekannt, und wenn wir unter so bewandten Umständen eine so wichtige und folgenzeiche Sache behandeln, so könnte leicht ein schwer zu deckender Schaden daraus entstehen. Schieden wir aber die Verzähng auf, so kann über die vorzunehmende Veränderung in unserm Zollwesen der Tagsatung nichts berichtet werden, und es ist in diesem Fall zu befürchten, daß durch eine solche Verzögerung dieses Gesches sehr nachtheilige Folgen für unser Land entstehen könnten. So stehen wir da, wie Hertucks am Scheidewege. Ich hätte mich entschieden, dieses Geseh jest zu behanz

beln, aber ich möchte dazu wenigstens auch noch die übrigen Geschäfte zur Berathung bringen, damit wir keine Störung darin erleiden; sonst müßten wir noch die andere Woche bleiben. Aber es wäre höchst unangenehm, deswegen ein oder zwei Tage der andern Woche da bleiben zu müssen. Darum, Tit., sage ich, wie die Sachen stehen. Ich möchte mir in dieser hinsicht keinen Vorwurf machen lassen, denn es ist nicht im Interesse dieser hohen Versammlung, wenn Ihr Präsident nicht alles Mögeliche thut, um sowohl seiner Pflicht als dem Willen des Großen Nathes vollständig zu genügen. Ich werde also jeht den Vortrag über die Wahlverhandlungen zu Interlaken und dann über die Wahl des Herrn Morel zum Gerichtspräsidenten des Amtsbezirks Freibergen dem Großen Nath zur Verathung vorlegen.

May glaubt, daß die von ihm eingereichte Mahnung in ber heutigen Sigung behandelt werden muffe.

Herr Landammann halt diese Mahnung nicht für so wichtig, um deswegen die Tagesordnung zu verrücken. Ich will feine einzige Mahnung unterdrücken, mag sie nach meinem Sinne sein oder nicht, nur sollen sie nicht den wichtigern Geschäften und der Tagesordnung vorgehen, deswegen will ich sie am Ende der Sitzung, wenn es die Zeit erlaubt, noch in Bezrathung bringen.

Es werden dem Regierungsrath zur Begutachtung zuge= wiesen:

mehrere gleichlautende Borstellungen, worin die Revission des Sagdgesetzes anbegehrt wird.

Tagesorbnung.

Vortrag des Regierungsrathes und Sechszehner über die Gültigfeit der Verhandlungen des Wahlkollegiums von Interlaken vom 12. Jenner 1838.

Der Vortrag geht dahin, daß die Reklamanten, welche die Gültigkeit der durch das Wahlkollegium des Amtsbezirks Interlaken geschehenen Wahl des Herrn Schuhmachermeisters Michel zu einem Mitgliede des Großen Rathes angegriffen haben, in ihrem Vegehren abgewiesen, und die Wahl des Herrn Michel bestätigt werden möchte.

Tscharner, Schultheiß, entschuldigt das diplomatische Departement, daß diese Sache nicht schon in einer frühern Situng vorgekommen, indem die Konstatirung der Thatsachen erst unlängst vollständig einberichtet worden sei. Die Reklamanten stühen sich auf zwei Gründe, warum sie die Wahl des Herrn Michel sür ungültig halten; erstens auf den Umstand, daß bei Erössnung der Wahlversammlung das Urverssammlungsprotokoll von Gikeig nicht vorgelegen, und zweitens, daß in verschiedenen Gemeinden nicht auf ordentliche Weise ges boten worden sei. Der erste Umstand ist kein haltbarer Grund; die Vorlegung des Urversammlungsprotokolls ist freilich ein nothwendiges Requisit zu Konstituirung einer Wahlversammlung, ohne welches nie eine gültige Versammlung derselben vor

fich geben kann. Wenn aber die bereits konstituirte Wahlverfammlung später noch mehrere Male zusammentveten muß, so wäre die jedesmalige Vorlegung des Urversammlungsprotokolls eine Plage, die in feinem Gefete vorgeschrieben ift und hochft zweckwidrig sein würde. Was den zweiten Punkt betrifft, den Die Reflamanten zu Begründung ihrer Einrede anführen, fo bemerke ich hierauf, daß einerseits in dem Gesetz vom 28. Senner 1832 nicht bestimmt vorgeschrieben ift, in welcher Form die Ladung zu den Wahlversammlungen geschehen soll, und andererseits ergibt es sich nicht aus den Akten, daß irgend einer der Reklamanten an der Versammlung keinen Theil genommen habe, weil ihm keine Ladung zugekommen sei. Da nun keine Vorschrift der Verfassung übertreten worden ift, so bat sowohl das diplomatische Departement als der Regierungs= rath und Sechszehner einmuthig erfannt, daß die angegebenen Grunde unzureichend feien, um die Wahl des herrn Michel ju einem Mitglied des Großen Rathes zu kassiren. Ich trage daher darauf an , daß unter Abweisung der Reklamanten die Verhandlung des Wahlkollegiums von Interlaken als formgemäß anerkannt, und fomit herr Michel nach bescheinigter Wahlfähigkeit zu Beziehung seines Sites im Großen Rathe einge= laden werden möchte.

Diefer Antrag des Regierungsraths und Sechstehner wird ohne Diskuffion durch's handmehr angenommen.

Vortrag des diplomatischen Departements und des Regierungsrathes und Sechszehner über die Gültigkeit der Wahl des Herrn Morel, gewesenen Offiziers in neaposlitanischen Diensten, zu einem Gerichtspräsidenten des Amtsbezirks Freibergen.

Der Vortrag enthält im Wefentlichen Folgendes :

Am 27. November 1837 ward von Regierungsrath und Sechszehnern herr Ferd. Morel von Corgemont, Dberlieute= nant im foniglich sieilianischen Berner-Regiment, auf den Borfchlag des Obergerichts jum Gerichtspräsidenten des Bezirks Freibergen ernannt. Gegen Diefen Aft lief am 26. December eine Reflamation, von 783 Staatsbürgern unterzeichnet, ein, welche auf den Umstand, daß Herr Morel als neapolitanischer Offizier weder stimm= noch wahlfähig sein konnte, auf Kassation seiner Wahl antrug. Die Majorität des diplomatischen Departements trägt nun auf die begehrte Kassation an, weil ein in fremden Diensten befindlicher Staatsbürger feinen obli= gatorischen Wohnsit außer Landes und daher teine Unsprüche auf die aus der Unfäßigkeit im Gebiete der Republik entsprin= genden politischen Rechte Anspruch habe. Da nun herr Morel bis jur Stunde des Eintreffens feiner Demiffion, die erft den 7. Marz angekommen, in diesem Falle sich befunden, so habe ihm weder an der letzten Urversammlung von Corgemont, noch an den Wahlversammlungen von Courtelary das Stimmrecht augestanden. Alls nicht stimmberechtigt sei er aber auch nicht mahlfähig gewesen jur Gerichtspräsidentenstelle von Freibergen nach §. 82 der Verfassung. Zedoch glaubt ein Theil der Maso= vität des Departements, daß diese Kassation nicht nothwendig erfolgen misse, weil die Reklamanten die Nothfrist von vier= zehn Tagen, die vom Regierungsrath und Sechszehner für all= fällige Einwendungen gegen diese Wahl bestimmt worden war, bätten vorübergeben laffen und erst nach Verlauf derfelben ihre Beschwerden eingeschickt hätten.

Die Minorität des diplomatischen Departements sindet dagegen, es sei gegen die Rechtsgültigkeit der Wahl des Herrn Morel durchaus nichts einzuwenden, weil er nach den Artikeln 102, 103 und 106 des Code eivil, nachdem sich der Jura allein zu richten hätte, in Eorgement domiciliet gewesen sei, denn 1) konstituire der Besig des Bürgerrechts in einer Gemeinde, an welchen sich laufende Genüsse und Lasten knüpsen, das Hauptetablissement des bernischen Staatsbürgers; 2) habe Herr Morel zwar wohl außer Lands gewohnt, jedoch ohne die Abssicht, dieses Hauptetablissement, d. h. sein bernisches Bürgerzecht aufgeben zu wollen; 3) habe er in Neapel keine lebensklängliche, sondern bloß eine auf eine bestimmte Anzahl von Jahren beschränkte Militärstelle bekleidet. Aus diesen Gründen seit Herr Morel stimmberechtigt und wahlsähig gewesen, und zwar um so mehr, als auch in andern Bezirken hie und da

neapolitanische Offiziere ohne irgend eine Einsprache während ihrem Urlaube an den Ur= und Wahlbersammlungsoperationen thätigen Antheil genommen hätten.

Regierungsrath und Sechszehner stimmen nun der Minderheit des diplomatischen Departements bei und tragen darauf an, 1) die Petenten mit ihrem Gesuche um Kassation der Wahl des Herrn Morel abzuweisen, und 2) im Falle, daß dieser Untrag dem Großen Rathe nicht belieben sollte, alle von Herrn Morel seit seinem Amtsantritt in der Eigenschaft eines Gerichtspräsidenten vorgenommenen Amtshandlungen als gültig und rechtskräftig zu erklären.

Ticharner, Schultheiß. Diefer Vortrag ift bedeutend wichtiger als der frühere, indem wir hier eine Frage zu entscheiden im Begriff find, die noch mehr vorkommen und beren Beantwortung, je nachdem so oder anders entschieden werden follte, zu den wichtigsten Konsequenzen führen könnte. Der Fall ist folgender: In den letzten Wahlverhandlungen des Amtsbezirkes Freibergen wurde Herr Garnier wiederum von der Wahlversammlung zum Gerichtsprässdenten dieses Amts-bezirkes vorgeschlagen. Dieser Wahlvorschlag kam im November 1837 hierher und wurde dem Obergerichte jur Begutachtung und Vervollständigung vorgelegt. Diefes begnügte fich nicht mit dem von der Wahlversammlung gemachten Vorschlage, fondern machte einen andern Borschlag in herrn Morel, Offizier in königlich=fizilianischen Diensten. Dieser Bahlvor= schlag vereint mit dem der Wahlversammlung wurde dem Regierungsrath und Sechszehnern vorgelegt, und Diefes Kollegium, im Glauben, herr Morel sei nicht mehr Offizier in fremden Diensten, mahlte mit Mehrheit der Stimmen benfelben jum Gerichtspräsidenten bes Umtsbezirks Freibergen. Bald nachher, nachdem diese Wahl bekannt gemacht wurde, wendeten fich 780 Staatsbürger an den Regierungsrath, indem fie fich nicht vorstellen konnten, daß das Kollegium des Regierungsraths und Sechszehner eine andere Person zu dieser Stelle hatten ermählen können als die von ihnen vorgeschlagene, und begehrten die Kassation dieser Wahl. Diese Beschwerdeschrift wurde dem diplomatischen Departement zugeschickt mit dem Auftrage, sich mit den nabern Umftanden, welche den herrn Morel betreffen, bekannt zu machen. Dieg war die Urfache, warum diefe Sache in der frühern Sigung des Großen Raths nicht hatte vorgelegt werden können. Bon Ihrem heutigen Beschlusse hangt es nun ab, und Sie werden entscheiden, ob Sie die gemachte Reflamation für gegründet halten oder nicht. Das diplomatische Departement sowohl als der Regierungsrath und Sechszehner haben fich in Diefer Sache in einer Berlegenheit befunden, fie mußten einen in unserer Berfaffung aufgestellten Grundsat auf= recht halten und zum Nachtheil einer Person entscheiden, die in allen Rücksichten die Achtung ihrer Mitburger geniest. Mit der Majorität des diplomatischen Departements fragt es fich, ob wirklich die Einwendungen, die man gegen die Wahl des Herrn Movel macht, gegründet seien oder nicht, und ob im erstern Falle diese Einwendungen die Raffation der Wahl zur Folge haben muffen. Man muß sich diese Frage bejahen, weil im S. 31 unsever Verfassung geschrieben steht, man musse Staatsburger der Republit Bern und im Gebiete derfelben wohnhaft fein, um in einer Urversammlung bas Stimmrecht ausüben zu konnen. herr Morel ift nun wohl Staatsburger der Republik Bern, aber das zweite Erforderniß ist hier nicht erfüllt. Man fand, daß der Wohnsth eines Offiziers, der einem fremden Fürsten den Gid der Treue gefchworen hat, nicht im Kanton wohnen tonne, fo lange Diefes Dienftverhaltniß nicht aufgehoben fei, sondern er habe seinen Wohnsit ba, wo fein Regiment sich aufhalte. Diese Bedingung des Wohnsites ift verfassungsgemäß und darf alfo auf keinen Fall umgangen werden. Man führt Beispiele an, daß fremde Offiziere auch schon bei Ur- und Wahlversammlungen gestimmt hatten. Es fann möglich fein, aber es murde von feiner Seite reflamirt. Die Majorität des diplomatischen Departements fand nun, diefe Wahl sei ungültig, und die Wahlversammlung des Amtsbezirks Kreibergen sei anzuweisen, eine neue Wahl zu treffen und einen neuen Borschlag zu machen. Die Minderheit des diplomatischen Departements hat eine andere Unsicht und glaubt, daß nach den abgelesenen Artifeln der Wohnsitz da sich befinde, wo fein

Hauptetablissemement, d. h. sein Bürgerrecht, sei. Als der Vortrag des diplomatischen Departements vor Regierungsrath und Sechzehner kam, glaubte man, die Gründe für die Kassation seien nicht so wichtig, daß man die Wahl kassiere könne, hauptsächlich auch darum, weil der vierzehntägige Vermin zu allfälligen Eingaben von den Reklamanten versäumt worden, und sie erst nach demselben mit ihrer Veschwerde eingekommen seien, welche deswegen gar nicht zu berücksichtigen sei. Tit., die Sache ist wichtig wegen dem Interesse, mit dem die Vewohner des Amtsbezirks Freibergen dieselbe ansieht, und wegen der Wichtigkeit, welche sie ihr beilegen einerseits, und andererseits wegen dem Fundament und dem Grundsatz, den wir aussprechen werden, ob Sie glauben, daß in Zukunft solche Personen, die in kremden Diensten sich besinden, einem fremden Fürsten und um fremden Sold dienen, zu so wichtigen Stellen in unserm Kanton gewählt werden können. Dazu könnte ich niemals meine Zustimmung geben. Was den zweiten Punkt betrisst, daß man nämlich die von Herrn Morel während seiner Umtsdauer als Gerichtspräsident gemachten Verhandlungen als gültig erkläre, so kann ich mit dem diplomatischen Departement und dem Regierungsrath und Sechzehnern diesen Untrag dem Großen Nath zur Unnahme empfehlen, indem dadurch einer Menge von Streitigkeiten und Prozessen mit einem Male der Kaden abgeschnitten wrid.

von Graffenried. Bor Allem aus erkläre ich, daß die Person, von der hier die Rede, mir gang fremd ift, obschon ich in meiner Jugend den herrn Movel gekannt habe. Es kann also bei mir von keiner Partheilichkeit weder für noch gegen die Person des herrn Morel die Rede fein. Es liegt hier ein Vortrag vor, in welchem die Thatsache angeführt ift, daß im vorigen Sahre eine Person zu einem Gerichtsvrässenten von Freibergen von Regierungsrath und Sechszehnern gewählt worden sei, von welcher es sich nachher ergab, daß sie sich noch in fremden Diensten zur Zeit der Erwählung befunden habe. Es fragt sich nun: ist diese Wahl gultig ober nicht? Ich für meinen Theil bin fest überzeugt, daß ein Offizier, während er im Muß und Brod eines fremden Potentaten sich befindet, an deffen Dienste er durch einen Eid gefnüpft ift, fein anderes Umt in einem andern Lande als dem seines Fürsten bekleiden darf, weil er die Pflichten, die ihm dieses Amt auferlegt, nicht auf eine folche Weise erfüllen kann, welche zu einer getreuen Amtsführung nothwendig sind, indem er jeden Augenblick des Rufes feiner militärischen Obern gewärtig sein muß, und so mitten aus seinen angetretenen Funktionen herausgerissen werben könnte. Ein solcher Offizier hat sein Domizilium nicht im Kanton, und aus diefen Gründen konnte Herr Merel feinen Wohnsig nicht in unferm Kantone aufgeschlagen haben, weil er jeden Augenblick vom Könige nach Neapel hat berufen werden können. Herr Morel hat freilich angezeigt, daß er feine Ent= lassung aus neapolitanischen Diensten begehren wolle, oder sie bereits begehrt habe, aber man muß den wichtigen Umstand in's Auge fassen, daß er sie zur Zeit seiner Erwählung zum Gerichtspräsidenten noch nicht erhalten hatte, sondern daß sie erst später eingelangt ift. Defwegen hatte herr Morel feinen Untheil an den Wahlverhandlungen von Urversammlung nehmen follen. Wir haben organische Gesetze, die sich gegen ein folches Berfahren aussprechen, und vor den Gesetzen sind ale Staatsbürger, gehören sie diefer oder jener Meinung an, gleich. Wir durfen daher die geschehene Wahl nimmerwehr genehmigen. Wollen Sie, Tit., diese Gesetze abandern, nun gut. Aber das ist bis jetzt nicht geschehen, wir mussen uns an ihnen hale ten und erklären, daß diese Wahl als auf Irrthum beruhend kassirt, und zu einer neuen Wahl geschritten werde. Daß herr Morel seine Funktionen als Gerichtspräsident bereits angetreten hat, ift eine Fatalität, aber man muß seine handlungen in Diefer Sache fanktioniren, um den fatalen Folgen, welche die Michtsanktionirung derselben nach sich ziehen würden, zu steuern und dem aus dem geschehenen Trrthum entspringenden Prozesse den Faden abzuschneiden. Ich trage darauf an, daß man dem Regierungsrathe den Auftrag ertheile, eine neue Wahl vorzu= nehmen und die geschehene zu fassiren.

von Sinner, Major. Ich stimme zu dem Antrage des herrn von Graffenried, indem ich glaube, herr Morel fei zur

Beit seiner Erwählung noch in fremden Diensten gestanden, und die geschehene Wahl sei deswegen ungültig; aber mit der Bedingung, daß Herr Morel wieder erwählt werden könne, da er sich nicht mehr in dem gleichen Falle befindet wie dennzumal, und also wieder gewählt werden kann.

Stockmar, Regierungsrath. Ich hatte mir vorgenom= men, vor Allem aus die Borfrage naber zu erörtern, allein nach der von dem herrn Landammann geaußerten Bemerkung werde ich in die Frage felbst eintreten und meine Meinung auf die Verfassung stützen. Der Herr Berichterstatter hat die Thatfachen nicht gang vollständig auseinandergefett. herr Morel ift im Monat Oftober in feiner Beimath angekommen und bezeigte seine Absicht, den fremden Dienst zu verlassen und sich in feine heimath zuruchzubegeben. Schon im Sahre 1831, als berfelbe noch in Neapel war, wurde er von dem Wahlkollegium von Courtelary jum Prafidenten jenes Amtsgerichts vorgeschlagen; ju gleicher Zeit ward von dem Wahlfollegium von Pruntrut herr Jordan, welcher damals in Paris wohnte, für die Gerichtspräsidentenstelle von Pruntrut in Borfchlag gebracht. Der Große Rath taffirte beide Wahlen aus dem Grunde, weil weder der eine noch der andere diefer herren auf dem Gebiete der Republit wohnhaft fei. Allein jett haben wir einen gang andern Fall; jur Zeit der Wahlen im Oftober mar herr Morel in feiner Heimath. Nach feiner Erklärung, den Militärdienst verlassen zu wollen, schrieb er an den Gemeindrath von Corgemont, mit der Bitte, ihn in die Stimmregister einzutragen. Der Gemeindrath willigte in sein Begehren ein. Herr Morel stimmte in der Urversammlung von Corgemont, wurde zum Wahlmann ernannt und wohnte der Versammlung des Wahlfollegiums des Umtsbezirks Courtelary bei. Niemanden fiel es ein, über die Unwesenheit deffelben ju reklamiren, Diemand machte ihm fein Stimmrecht ftreitig, und doch wußte Sedermann, daß er noch Offizier in neapolitanischen Diensten fei. Umfonft wurde man entgegnen, daß man gewöhnlich nur ange= griffene Wahlen faffire; man hatte alle Wahlen bes Umtsbezirfs Courtelary als nichtig erklären muffen, da man es aber nicht that, fo fann nicht wieder auf dieselbe jurudgekommen werden, that, so kann nicht wieder auf dieselbe zurückgekommen werden, denn sonst sollten die Mitglieder des Großen Rathes, die im verwichenen Oktober durch das Wahlkollegium von Courtesary gewählt worden sind, nicht hier sisen dürsen. Im Leberberg hat man zu allen Zeiten die im fremden Dienste stehenden Bernerbürger zu den Wahlversammlungen gelassen. Dieses geschaht unter anderm im Jahre 1835 im Amtsbezirke Pruntrut; drei im kanden Wisiteknianst sich heskudande Oktobers simmten im im fremden Militärdienst sich befindende Offiziere stimmten in der Urversammlung von Pruntrut mahrend der Anwefenheit des jetigen herrn Regierungsraths Schnell, der damals Regierungstommiffar war. Mehrere Wahlmanner wurden nur mit einer Majorität von 1, 2 bis 3 Stimmen ernannt, ein Umftand, der allerdings feine Bedeutung gehabt hatte, wenn diefen Offizieren das Recht, an den Wahlen Theil zu nehmen, entzgen worden wäre. Die Frage wurde vor die Urversammlung gebracht, welche Letztere sich dahin aussprach, daß jene Offiziere zugelaffen werden follen. Im Oftober 1837 erneuerte fich der= felbe Fall in andern Umtsbezirken. Gin Theil des Wahlbezirks von Pruntrut wollte einen im romischen Dienste stehenden Of= fizier jum Bezirksrichter erwählt miffen, allein derfelbe blieb in der Minderheit. Was nun in einem Amtsbezirf gefchah, durfte alfo ebenfalls in einem andern gefchehen. Ginige Wochen fpater fchlug das Obergericht den herrn Morel für die Gerichtspräsidentenstelle des Amtsbezirks Freibergen vor; das Obergericht mußte wissen, daß der Vorgeschlagene wählbar war. Man hat behauptet, daß dasselbe, so wie Regierungsrath und Sechszehner, im Irrthum gewesen sein. Ich mußte diese Behaup-tung verneinen; einige Mitglieder dieser beiden Behörden konnten vielleicht ignoriven, daß Herr Morel noch in neapolitanischen Diensten sich befinde, wenigstens was mich anbetrifft, so erkläre ich hier offen, daß ich genau wußte, daß Herr Morel seine Entlassung noch nicht erhalten hatte, zugleich aber, daß ich ihn nichts desto weniger für wählbar hielt. Sollte man nun fagen, daß die von Herrn Morel in seiner Stellung als Gerichtspräsident vollzogenen Aften und Handlungen gutgeheißen zu werden bedürfen, fo mußte mich das fehr verwundern. Der Große Rath hat kein Recht, dieselben zu legitimiren, denn, ich wieder=

bole es, der Ernennung des herrn Morel lag fein Brethum jum Grund; wenn man die Ernennung taffirt, fo find alle von herrn Morel in feiner Eigenschaft als Gerichtsprafident begangenen Operationen ipso facto null und nichtig. Sowohl die Berfaffung als das Großrathsreglement haben, Sit., folche Falle vorausgefehen; in den Bestimmungen derfelben ift eine Beit zu Ginreichung von Reklamation bestimmt. Und in ber That, wenn dem nicht also ware, so könnte man die Gültigkeit einer Wahl 3, 6, 12 Monate, nachdem dieselbe stattgefunden hätte, angreisen; daher mußten Gränzen gesetzt werden. Nach Artifel 4 des Reglementes muffen alle Retlamationen gegen die Gultigfeit der Bahl eines Mitgliedes in den Großen Rath dem Regierungsrath innert der Frift von 14 Tagen, vom Tage der Ernennung an, eingeschickt werden. Freilich tann man erwiedern, es werde die Ernennung des herrn Morel jum Gerichtspräsidenten angegriffen. Die Majorität des diplomatischen De-partements hat, in Ermanglung bestimmter, auf den Fall anwendbarer, Verfügungen, nach der Analogie entschieden; nun giebt aber der §. 50 Nr. 5 der Verfassung dem Großen Rath das Recht des Entscheides einzig im Falle, wo die Wahlen der Wahlversammlungen oder des Regierungsrathes bestritten werden und Unregelmäßigfeiten barbieten, fpricht aber feineswegs von den Wahlen des Kollegiums von Regierungsrath und Sechsgehnern ; judem ift der vor Sochdiefelben von Regierungsrath und Sechszehner gebrachte Antrag nicht mit Emmuthigfeit, sondern mit einem Mehr von 12 Stimmen gegen 6 angenommen worden. Da man, aus Grunden der Analogie, die Bestimmung angerufen hat, nach welcher alle Reklamationen gegen die Wahl eines Mitgliedes des Großen Rathes innert der Frist von 14 Tagen eingereicht werden follen, so muffen die Reklamanten gegen die Wahl des Herrn Morel abgewiesen werden, denn es hat die Wahl im November stattgefunden, hingegen ift die Beschwerde erft vom 24. Dezember datirt. Indem ich dieses Uneinläflichkeitsmotiv aufwerfe, scheue ich mich nicht, in den Gegenstand selbst einzutreten. Herr Morel war am 27. November wählbar. Nach §. 82 der Verfassung muß man, um zur Stelle eines Amterichters mahlbar zu fein, Die gleichen Eigenschaften, welche jum Stimmrecht in ben Urversammlungen berechtigen, auf fich vereinigen. Welches find Diefe Eigenschaften? Der Artifel 31 der Berfassung fagt, man musse Staatsburger und in dem Gebiet der Republik wohnhaft sein. Diese lettere Eigenschaft vereinigte herr Morel auf fich, und daher ift die Retlamation nur unter diesem Gesichtspunkt aufzufassen. Wohnort und Bohnfit find zwei gang verfchiedene Begriffe; wenn die Bestimmung ber Berfaffung ben Wohnsit zur Bedingung machen würde, so wäre nichts zu sagen, allein dem ist nicht also. Da zerr Morel seine Absicht, im Lande bleiben zu wollen, ausgedrückt hat, so muß man sich an das einsache Wort Wohnort halten. Nun war, zur Zeit seiner Ernennung, zerr Morel auf dem Gebiete der Republit und in seinem Burgernete mahnhaft. so das dem Ausliste 21. Die Son Dan Son orte wohnhaft, fo daß der Artitel 31 Dir. 5 der Verfaffung, welcher von demjenigen, der in einer Urversammlung stimmen will, in der er nicht Burger ift, einen zweijährigen Wohnort erheischt, nicht anwendbar ift. Herr Morel war keineswegs verpflichtet, nach Deapel zurückzukehren, fobald er feine Entlaffung eingereicht hatte, und gesetzt auch, er würde diese Verpflichtung angenommen haben, so sind wir nicht berufen, einen Streit zwischen dem Könige beider Sizilien und einem seiner Offiziere ju beurtheilen; die Entlassung des Herrn Morel vom Militär= dienst ift 14 Tage nach feiner Ernennung eingelangt. Da man feine bestimmte Verfügung für die Unnullirung der Babl fand, fo hat man fie aus Grunden der Analogie herzustellen versucht. Der §. 35 Nr. 4 der Verfassung erklärt, daß fremder, sowohl Civil = als Militärdienst, mit der Eigenschaft eines Mitglieds Des Großen Rathes nicht vereindar fei; allein feine fonstitutionelle Bestimmung verbietet, einen Bernerbürger, der sich im fremden Dienst befindet, zu einer andern Stelle zu ermählen. Es versteht sich von felbst, das ich damit nicht behaupten will, es fonne der Prafident eines bernifchen Umtsgerichts in Reapel wohnen, allein man fann nicht behaupten, daß man im Artifel 82 dasjenige nicht wiederholen wollte, was schon in einem vorher= gehenden S. lag; flar ift, daß die Ausschließung nur den Groß= rathsstellen galt, und warum geschah dieß? weil man wußte, was unter der alten Regierung vorgieng, als viele Offiziere,

bie im fremden Militärdienste standen, im Rollegium der privilegirten Zweihundert fagen und Gefete für die Republit machen balfen; allein Berner im auswärtigen Dienfte, welche ihre Abficht, aus demfelben ju treten und ein Umt in ihrer Beimath ju befleiden, zeigten, wollte man nicht ausschließen. Ich glaube alfo, daß herr Morel mahlbar war und alle verlangten Requifite in fich fchloß. Welches ift die fompetente Behörde, um über die Gultigfeit der Bulaffigfeit eines Staatsburgers ju ben Urversammlungen zu urtheilen? Das Volk und nicht der Große Rath. Das Volk hat in der Urversammlung von Corgemont dem herrn Morel das Stimmrecht zuerkannt, wir fonnen ihm daffelbe nicht mehr rauben. Es muß zwischen den Wahloperationen der Urversammlungen, der Wahlkollegien und des Großen Raths unterschieden werden. Wenn das Volf in einer Urverfammlung fich gegen die Berfaffung verfehlen wollte, fo hatte der Große Rath das Recht, sich dagegen zu widersetzen; wenn dieß nicht der Fall ist, so besitzen die Urversammlungen allein die Eigenschaft, über die Zulassung eines Bürgers in ihren Schoof zu entscheiden, Diejenige von Corgemont hat alle Zweifel, welche die Behörden hinsichtlich des Stimmrechts des Herrn Morel hegen konnten, gehoben. Ich reassumire meine Meinung und schließe dahin: 1) daß der Große Nath sich in vorliegender Frage inkompetent erkläre; 2) im Falle der Abweisung dieses Antrags, daß die Reklamation der Bittsteller, als nicht in der gesetzlichen Zeit eingegeben, zurückgewiesen; 3) subsidiarisch, daß, wenn diese beiden Anträge verworfen werden sollten, der Vorschlag des Regierungsrathe und der Sechszehner angenommen, und 4) endlich, daß, im Falle der Kassation der Wahl, alle von Herrn Movel, in seiner Eigenschaft als Gerichtspräsident vom Bezirk Freibergen, verrichteten Afte als null und nichtig erflärt werden.

Ich muß mir auch einige Bemerkungen erlauben. Es ist ein Unterschied aufgestellt worden zwischen Wohnort und Wohnsit; man fagt, unsere Verfassung verlange, daß man, um stimmfähig zu sein, an einem Orte wohnen, nicht daß man an diesem Orte fein Domizitium habe. Diese Distinktion ist nicht haltbar, sondern das deutsche Wort "Wohnort" bedeutet, was das französische domicile. Man berief sich auf einige Artikel des code civil. Aber wenn man genau serutiren wollte, so konnte die richtige Anwendung dieser Artifel ebensogut in Betreff des Wohnortes gegen herrn Morel, als für ihn sprechen. Wenn herr Morel die Absicht hatte, feinen Wohnsit in Corgemont aufzuschlagen, und defiwegen der betreffenden Behörde feine Absicht tund gethan hat, so fragt es sich: hat er diese seine Absicht auch in Neapel der bortigen Munigipalität gemacht? Sch glaube bas nicht; er hatte nur bie Erlaubnig, von feinem Regimente auf Urlaub nach ber Schweiz fortzugehen, und follte wieder zu demfelben zurückfehren, sobald diefer Urlaub ein Ende hatte, oder er von feinen Obern wie-berum zuruckberufen worden mare. Wir muffen uns huten, Tit., bei folchen wichtigen Unlaffen durch Spikfindigfeiten und verwirren zu lassen. Man hat dem Umstande, das die Re-klamanten erst nach dem Verlaufe der Nothfrist von vierzehn Tagen ihre Beschwerdeschrift eingereicht haben, eine Wichtigfeit beigelegt, die er nie haben fann, und hat aus diefem Grunde die Beschwerde als ungültig darthun wollen. Es ift aber eine allgemeine juristische Regel, daß da, wo keine solche Termine fostgefest find, auch keine hinzugedacht werden follen. Bede Bostimmung einer Nothfrist ift eine Ausnahme von einer allgemeinen Regel und darf nirgends angenommen werden, wo fie nicht gesetlich bestimmt ift. Uebrigens frage ich: wann wurde diese Reklamation gemacht? Diese Reklamation wurde gemacht im Laufe des Monats Dezember 1837, alfo ebe und bevor Herr Morel seine Funktionen, die erst mit 1. Jenner 1838 ansiengen, angetreten hatte, so daß also auch in dieser Hinsicht der Einwurf unhaltbar ist, daß die Reklamanten ihre Einwürfe nicht in der gehörigen Zeit gemacht hatten. Allein es ift mir bei diesem Allem etwas aufgefallen, was nicht im Rapporte des Regierungsrathes stand, noch dis jetz von keinem Mitgliede dieser hohen Behörde gesagt worden ist. Es ist nicht Srrthum, daß herr Morel jum Gerichtspräsidenten gewählt worden ift. Doch will ich noch dieses zugeben. Aber, Tit., darüber konnte boch Niemand im Zerthum sein, daß Herr Morel Offizier in

neapolitanischen Diensten und zugleich Gerichtspräsident bes Amtobegirts Freibergen fein fann. Man wußte, daß herr Morel mit Urlaub aus fremden Diensten kam, und weil man bieß wußte, und hier also kein Trrthum vorwalten konnte, so hätte man jur gleichen Zeit die Berücksichtigung haben follen, daß herr Morel seine Funktionen nicht hatte antreten sollen, che er feine Entlassung vom König von Reapel erhalten hätte. Dieß ist ein Punkt, der nicht bemerkt worden ift, und welcher hier nicht angeht. Bei seiner Wahl follte vorbehalten werden, daß er seine Funktionen als Gerichtspräsident nicht antreten solle, bevor seine Entlassung aus fremden Diensten von Reapel in Bern angelangt und dem Regierungsrathe zur Kunde gebracht worden wäre. Schon an den Wahlverhandlungen hat Herr Morel nicht Theil nehmen follen, und er hätte einer Mahnung, fich aus der Wahlbersammlung zu begeben, unbedingt Folge leisten muffen. Nichts bestoweniger trat er mit dem 1. Senner 1838 fein Umt an und war also bis zum 7. Merz Gerichts= präsident in einem Amtsbezirke des Kantons Bern und zugleich Offizier in neapolitanischen Diensten, Angestellter in unserer Republik und zugleich Diener eines fremden Potentaten. Das, Tit., find Verstöße gegen alle bekannten Verfassungsvorschriften, die allerdings Rüge verdienen, und es übersteigt alle Vernunftbegriffe, wenn man zu behaupten wagt, der Große Rath habe feine Befugniß, eine folche Wahl anzugreifen, sondern er könne nur entscheiden, wenn es fich über streitige Wahlen von Mitgliedern in dem Großen Rathe handle. Diese Behauptung geht über meinen Berstand. Ich glaube, eine ber ersten Funftionen und Pflichten dieser Behörde fei, die Oberaufsicht zu halten über alle Behörden und Beamte der Nepublik, und ich zweifle nie, daß, wenn das Faktum der Ueberschreitung einer Berkassungsvorschrift und zu Ohren kame, die Behandlung desselben aller-dings in den Bereich der Berathung des Großen Nathes gehöre. Alber ob der Große Rath eine Wahl, die auf nicht konstitutio-nelle Weise getroffen worden sei, ob, sage ich, in diesem Falle derselbe nicht das nämliche thun dürfe; diesen Zweisel, Tit., höre ich seit sechs oder sieben Jahren hier zum ersten Male; dieß ist eine gewagte Behauptung in einer folchen Behörde. Ich will über Unförmlichkeiten nicht eintreten, sondern nur einige wenige Bemerkungen nachholen, um das Geschehene anzugreifen. Ich glaube für meinen Theil, nicht nur dem An= trage der Majorität des diplomatischen Departements beistimmen ju muffen, fondern ich trage noch davauf an, daß dem Regie-rungsrath und Sechszehnern eine eigentliche Rüge von diefer Behörde aus zufommen möchte, weil sie dem Herrn Morel die Funktionen eines Gerichtspräsidenten übertragen und ihn in diefer Eigenschaft beeidigt haben, ohne daß er seine Entlassung aus neapolitanischen Diensten erhalten hatte. Denn es ift etwas, was nicht nur der Verfassung widerstreitet, es wider= streitet auch den allgemeinen Begriffen, daß Jemand, während er als Offizier bei einem fremden Monarchen in Eid und Pflicht steht und deffen Befehle gewärtig sein muß, hier im Kanton Bern Gerichtspräsident sein kann. Das Dienstwerhaltniß eines Offiziers in fremden Diensten kann nicht einseitig von demfelben aufgehoben werden, dieß ware ein großer Srrthum. Es ift ein Bilateralkontrakt zwischen dem Fürsten und seinen Offigiers vorhanden, und es steht nicht in der Kompetenz des Offiziers, den Dienst zu verlassen. Wenn er dies thut, ohne die Anzeige zu machen, um seine Entlassung zu erhalten, so ist er ein Deferteur.

Schnell, Regierungsrath. Es ist zu bedauern, Tit., wenn man eine Wahl aufheben soll, die auf einen Mann gefallen ist, von dem man nichts Anderes hört, als daß er seine Funktionen getreu und in der Ordnung erfüllt. Aber, Tit., wenn es sich darum handelt, ob man die Wahl von einem geachteten Manne und politischen Glaubensgenossen bestehen lassen soll, wenn diese gegen Gesehe streitet, so muß man seinen Grundsähen nachtommen, auch wenn einem die Befolgung derselben wehe thut. Denn sobald diese in Betracht kommen, so müssen alle derselben entgegengesehen Wünsche unterdrückt werden; man bereut nachtber oft sehr, wenn man aus persönlichen Rücksichten seinen Grundsähen untreu geworden ist, und es kann eine Zeit kommen, in der uns der Vorwurf, Versassung und Gesehe außer Ucht gelassen zu haben, schwer auf dem Herzen liegen könnte,

auch wenn der Zweck, den wir erreichen wollten, gut und unferer Absicht nichts vorzuwerfen gewesen ware. Es fragt fich nun, hat das Obergericht nach den bestehenden Gesetzen den Seren Morel jum Gerichtspräsidenten vorschlagen können? Unfer Geseth schreibt vor : um zu einem öffentlichen Amte vorgeschlagen werden zu können, musse man an einer Urversamntung stimmberechtigt sein. Nun frägt es sich ferner, was fagt die Verfassung, wenn man an einer Urversammlung Theil nehmen könne? Sie fagt, man musse im Gebiete der Republik Bern wohnhaft sein? Nun was heißt dieß, "wohnen". Wir Andern im alten Canton haben unfere bestimmten Gefete, wir haben feinen Zweifel darüber. In unferm Civilprozeg, Can. 10. steht folgende Definition von Wohnsit : "Der Wohnsit einer Person ift an demjenigen Orte, wo sie sich als Bürger, Einfafe oder Beamter ordentlich niedergelaffen." Sier zeigt fich der Begriff von Wohnsitz deutlich, und ganz gewiß ist darunter nicht verstanden, daß ein neapolitanischer Offizier, der mit Bewilligung seines Fürsten hieher auf Urlaub kommt, daß ein folder, der fich nur momentan aufhalten wollte, feinen Wohnfis da habe, wo er sich während seiner Urlaubszeit aufhalter. Wenn Sie, Tit., dies bei Herrn Morel annehmen wollen, so muffen Sie es bei Allen annehmen, die in Zukunft in diesen Fall tommen, und so tonnen die fammtlichen herren Offiziere von Neapel eben so gut ju uns herkommen und in unsern Verfammlungen mitstimmen wollen, wie wir andern Staatsbürger, und Niemand dürfte es ihnen verwehren. Aber, Sit., das will ich nicht. Was Sie dem Einen nicht zu thun erlauben, das brauchen Sie dann auch nicht den Andern zu gestatten. So lange ein Mann in fremden Diensten steht und fremden Fürsten dient, ift er fein freier Beschüßer des Baterlandes; aber wenn dann diese herren des neapolitanischen Dienstes fatt sind, und sie wieder in der Absicht, dei uns zu bleiben, in ihr Land zurücksehren, dann haben sie das gleiche Recht, wie wir Andern. Sit., ich will mich nicht bloß auf den nackten Buchstaben der Berkassung berufen. Man schreibt öfters etwas Anderes, als man eigentlich ausdrücken gewollt hat. Ich berrufe mich auf den Geist, der die ganze Versassung durchweht. Viest est nur im Geiste unserer Versassung. Derziere im Vienste Liegt es nun im Geiste unserer Verfassung, Offiziere im Dienste bei fremden Monarchen zu begünstigen? Nein, Sit.! denn sonst würde dieselbe sie nicht von den wichtigsten Staatsstellen ausgeschlossen haben. Sie ist dagegen, weil dieser fremde Dienst nichts Republikanisches hat, sondern den republikanischen Geist eher unterdrücken hilft. Weil nun die Verfassung fordert, das man im Kantone einen Wohnsth haben muß, und Diejenigen so lange nicht als im Kanton angesessen angesehen werden können, als sie noch in fremden Diensten sich befinden, und weil Herr Movel seinen obligatorischen Wohnsitz aus dem angegebenen Grunde in Neapel hatte, so hatte er kein Stimmrecht, und sein Antheilnehmen an den Wahlverhandlungen ist als ungültig und nicht geschehen zu betrachten. Ich bin überzeugt, daß wenn das Obergericht die nähern Umstände gekannt hätte, es den Vorschlag nicht gemacht haben würde, so wenig als Regierungsrath und Sechözehner, wenn sie die Sache gewußt hätten. Der Irrthum entstand daher, weil die Urversammlung zugegeben hat, daß Herr Morel, obsichon Offizier in fremden Diensten, auf das Register gethan worden, weil sie zugegeben hat, daß er in ihrer Mitte mitstimmen durste. Darung alaubte man bern Morel hebe die nöchsiem Redingungen aussille glaubte man, Herr Morel habe die nöthigen Bedingungen erfüllt und sei daher wahlfähig. Man fagt zwar, dieß entscheide definitiv. Aber, Tit., wenn man dieß so nehmen wollte, zu was für Consequenzen führte dieß? Könnte nicht auf solche Weise eine Urverfammlung alle Minderjährigen als mehrjährig erklären? Solche Dinge stimmen mit unsern Gesetzen nicht überein. Eine Urversammlung kann durch ihre Beschlüsse nichts gesetzlich machen, was gegen bestehende Gesetze streitet, fonst wäre dieß der größte Unsinn der Welt. Es wird sich lediglich fragen, ob durch die Stimme des Herrn Morel ein Resultat erhalten worden ift, das sonst nicht erhalten worden wäre. Wenn nun seine Stimme eine Veränderung hervorgebracht hat, so müßte allein als ungültig wegfallen, was diese bewirft hätte. Weiter dürsen wir nicht gehen. Wir können nicht fagen, Herr Morel sei auf eine ungültige Weise gewählt worden, und daher sei Alles, was er gethan habe, auch ungültig; fo, Tit., haben wir nie entschieden. Herr Morel also, der auf Urlaub nach

Saufe gekommen ift, hat also nicht da gewohnt, sondern fein Bohnsit war noch in Meapel. Man konnte dieß aus feinem Urlaubsscheine entnehmen, wenn er hier bei ben Aften läge. Bett fragt es sich lediglich, wollen wir diejenigen Sandlungen, welche er, fraft seines Amtes, vollführt, annulliren? Dit., dieß ist eine schwierige Sache. Es ist fatal, daß herr Morel beeidigt worden ist ohne die nöthigen Requisite; aber was ge= schehen ist, ist nun einmal geschehen. Deswegen haben Regie-rungsrath und Sechszehner den Vorschlag hieher gebracht, daß alle Handlungen, welche er mahrend feiner Prafidentschaft vor= genommen, als vollgültig anerkannt werden mochten, damit dadurch feine Prozesse und andere Streitigkeiten erregt werden, welche eine nothwendige Folge der Kaffation fein würden. Ferner hat man eingewendet, die herren Petitionars seien nicht jur rechten Zeit mit ihrer Reklamation eingelangt, und man muffe die Wahl aus biefem Grunde für gultig erklaren. Darauf wurde erwidert, daß man bei fo wichtigen Angelegen= heiten keine Analogie anwenden durfe , denn die Bestimmung der Nothfrist von vierzehn Tagen sei bloß auf Analogie gegrundet. Es ist bei mir immer noch ein Zweifel, ob man hier eine Analogie anwenden darf. Diese Frage ist noch nicht genug= sam erörtert worden, wie sie sollte. Wir machen oft Analogien, und wir muffen biefe machen, weil man bei Abfaffung von Befchluffen und Gefetsen oft an einen einzelnen Kall nicht deutt, und dann, wenn er vorfommt, doch Etwas entscheiden muß; und nach was foll man dann entscheiden, wenn wir nicht die Analogie ju Gulfe nehmen durfen? hingegen wird es fich fragen, von welchem Zeitpunft an diese ihre Unwendung finden sollte. Es ift nun keinem Zweifel unterworfen, daß Regierungsrath und Sechszehner eine Wahlversammlung ist. Sie mählte eine bestimmte Person zum Gerichtsprässbenten. Diese Wahl war nun im Augenblick, als sie von dem kompetenten Kollegium geschehen, den Leuten im Amtsbezirk Freibergen nicht bekannt. Wann wurde sie nun bekannt? als sie im französischen Amts-blatt publizirt worden ist. Es frägt sich nun, an welchem Tage erschien die getroffene Wahl im französischen Amtsblatt? Von diesem Zeitpunkt an, als die Wahl des herrn Morel auf eine offizielle Weise in dem betreffenden Umtsbezirk bekannt gemacht worden war, muß die Nothfrist von vierzehn Tagen gerechnet werden. Es frägt sich nun weiter: sind innerhalb diesem gegebenen Termin die Reflamationen gemacht worden? Wurden sie nicht innert der bestimmten Zeit gemacht, so sind sie ungültig, und man braucht sie nicht zu beachten. Es ist eine alte Regel, daß, was im Anfang null und nichtig ist, nachher nimmer gut gemacht werden kann. Indeg, Tit., wenn wir erfennen, wir heißen gut, was bis dahin von Seite des herrn Movel als Gerichtspräsidenten vorgegangen ift, so thun wir nichts Anderes, als wir anerkennen die geschehenen Funktionen nichts Anderes, als wir anertennen die geschehenen Funttionen eines ungesetzlich erwählten Beamten; und dieß dürfen wir thun. Ich bleibe immer gern bei den Vorschriften unserer Versassung und unserer Gesetze. Ich möchte daher sagen: das Obergericht hat sich in seinem Wahlvorschlage geirrt, indem es nicht wußte, daß Herr Morel seinen obligatorischen Wohnsig in Neapel hatte, deßwegen wollen wir, was gesehlt worden ist und sich wieder herstellen läßt, wieder restituiren.

Neuhaus, Regierungsrath. Ich bedaure, daß die herren Oberrichter Jaggi und Weber nicht anwesend sind, um an der Berathung Theil zu nehmen. Sie, Tit., haben die Meinung sehr einsichtsvoller Rechtsgelehrten, welche sich für die Kafzirung der Ernennung des herrn Morel ausgesprochen haben, gehört. Andere, ebenfalls sehr einsichtsvolle Rechtsgelehrte, haben hingegen vor Regierungsrath und Sechszehnern die Bestätigung sener Wahl vertheidigt. Was die Art und Weise anbertrifft, wie diese Gelegenheit vor den Großen Rath gedracht worden ist, so kann ich die Ansicht eines der vorherzehenden Redner nicht theisen. Auf das Eingehen von Reklamationen gegen die Ernennung des Herrn Morel hat das dipsomatische Departement dieselben prüsen und Regierungsrath und Sechszehnern darüber Bericht erstatten müssen. Hierauf haben lehztere Behörden beschlossen, es auf Ihren Entscheid ankommen zu lassen, so daß die Frage dem Großen Rathe, als der kompetenten Behörde, ganz den Gesen Rathe, als der kompetenten Behörde, ganz den Gesen gemäß, unterlegt worden ist. So viel über die Form. Hinsichtlich des Gegenstandes

an sich, so bieten sich zwei Fragen bar: 1) War herr Morel jur Zeit der Oftobermahlen auf dem Gebiete der Republit mohn= haft? 2) War herr Movel für die Stelle eines Berichtspräsidenten vom Amtsbezirk Freibergen mählbar? Auf erste Frage antworte ich mit Sa. Die französische Gesetzgebung erkennt einen mehrsachen Unterschied hinsichtlich des Wohnsitzes und nimmt mehreve Arten besfelben an. Wenn man die Frage, welche Herr Morel betrifft, behandeln will, so muß man die Definition des französischen Gesetzbuches, das im Leberberge gilt, annehmen. herr Morel hatte in Neapel nur einen temporaren und feinen dauernden Wohnsit. Ein Bernerburger, der in fremde Staatsdienste tritt, gibt darum weder sein Staats-noch sein Ortsburgerrecht auf. Was sagt das bernerische Gesetz? Es erkennt ebenfalls verschiedene Wohnsitze an. (Der Redner liest hier die Bestimmungen des Civilprozesses, welche von dieser Materie handeln). Herr Morel, als Bürger von Corgemont, ist Bürger der Republik Bern. Da er sich im lettverstossenen Weinmonate im Orte befand, dessen Bürger er ist, erklärte er, er wolle den neapolitanischen Dienst verlassen und in seiner Gemeinde das Stimmrecht ausüben. Um in einer Urverfamm= lung stimmfähig ju fein, wird, nach §. 31 der Berfassung, erfordert, daß man Staatsburger und im Gebiete der Republik wohnhaft fei. Diefer Paragraph ift peremtorisch gestellt; Sie haben tein Recht, der Verfassung nur eine Sylbe beizufügen. Wenn es in der frangofischen Uebersetzung heißt: "feinen Wohnst inner dem Gebiete der Republit haben," fo ift dieß zu weit gegangen. Sedenfalls erfüllte herr Morel die, in dem von mir angegebenen Artifel enthaltenen Bedingungen und hatte das Recht in der Urversammlung von Corgemont zu fimmen und dem Wahlkollegium vom Amtsbezirk Courtelary beizuwohnen. Was die zweite Frage anbetrifft, so gebe ich zu, daß Herr Morel allerdings nicht zum Mitglied des Großen Rathes hätte gewählt werden können, weil der §. 35 der Verfassung den fremden Militärdienst mit jener Eigenschaft als unvereinbar ansieht; allein jum Gerichtspräsidenten konnte er ernannt werden, die Verfassung schloß ihn davon nicht aus. Der Art. 82 fagt nämlich, daß man, um wählbar für die Stelle eines Umts-richters zu fein, auf sich die nämlichen Eigenschaften, die zum Stimmrecht in den Urversammlungen erheischt werden, vereinigen und überdieß Rechtstenntniffe besitzen muffe. Run habe ich vorhin gezeigt, daß herr Morel berechtigt war, in Corgemont das Stimmrecht auszuüben; ferner hat er die Rechtsgelehrsamkeit studirt. Wenn man aus Analogie argumentiren wollte, so würde man der Verfassung eine Ausdehnung geben, welche ihr ju geben außer Ihrer Kompetenz liegt. Aus Diesen angebrachten Gründen schließe ich dahin, daß die Ernennung bes Herrn Morel jum Gerichtspräsidenten in Freibergen bestätigt werde. Was die zweite sekundare Frage anbetrifft, ob Herr Morel zur Zeit feiner Ernennung feine Entlaffung aus bem neapolitanischen Dienste erhalten hatte, und ob er in feine Funftion eingesetzt werden durfte oder nicht, so will ich nur ein paar Worte beifügen. Da er seine Entlassung eingereicht hatte, bevor er seine amtlichen Berrichtungen begann, so ist der Umftand, ob er den Aft der Annahme diefer Entlaffung am 1. Jenner beseisen oder nicht, geringfügig. Es ift darauf angetragen worden, den Regierungsrath zu tadeln, daß er den Eid des herrn Morel angenommen, bevor letterer feine Enttassung bekommen habe; jene Behörde verdient in dieser hinsicht durchaus keinen Tadel, denn die Wahlen von Regierungsrath und Sechszehnern geben fie nichts an. Uebrigens können die Offiziere in fremdem Dienste ihre Entlassung begehren, wenn es ihnen anständig ift; die gemeinen Goldaten find allein auf eine gewisse Zeit verpflichtet. Ich bestehe demnach auf der Gultigfeit der Wahl, schon wegen der Störung, die die Kassation derselben herbeiführen würde. Ich wiederhole, daß ich die Abwesenheit der Herren Oberrichter Zaggi und Weber in heutiger Sitzung sehr bedaure, sie hätten meine Ansicht besser vertheidigen können. Indem ich schließe, mache ich die Versammlung auf den Widerspruch ausmerksam, in den sie verfals len würde, wenn sie den Untrag annähme, die Handlungen und Aften des herrn Morel in der Eigenschaft eines Berner-Beamten gutzuheißen: ein ungesetzlich ernannter Gerichtsprasi= bent hätte gesetzliche handlungen verrichtet!

Stettler. Ich glaube, ber Verfassung gemäß, daß die Wahl des herrn Morel auf eine ungesetliche Weise vorgenom= men worden fei. Sein Wohnsit war in Neapel, und fein Aufenthalt im Canton Bern temporar. Der Große Rath ift in dieser Frage die einzige kompetente Behörde, er ist der Souverain des Cantons. Ich muß aufmerksam machen auf einen Punkt, auf den Herr Regierungsrath Schnell nicht die abhörige Michtische gehörige Wichtigkeit zu legen scheint. Man muß einen Termin annehmen, inner welchem Einwendungen gemacht werden muffen, um diefen nach der Analogie zu bestimmen. Wenn man dieß nicht thun würde, so könnten ja Einwendungen erst nach Jahren gemacht werden, ohne daß sie ju spät kämen. hier in diesem Falle muß nach der Analogie eine Zeitfrist von vierzehn Tagen angenommen werden, und diese fängt zu laufen an vom Augenblick, als diese durch das französische Amtsblatt publizirt wurde. In unserm Civilgesette und im Grofrathereglemente ift ein Termin von vierzehn Tagen für Reklamationen gegen Wahlen angenommen, und diese Frist muß man auch im vorliegenden Falle annehmen. hier kann sie nicht von dem Tag der Wahl durch das Kollegium des Kegierungsraths und Sechszehner zu laufen anfangen, weil diefelbe nicht im gleichen Augenblicke bekannt war. Ich habe hier bas französische Amts-blatt. Die Wahl des Herrn Morel vom 27. November ist da in dem Amtsblatte vom 8. December angezeigt, und von diesem Tage an ist die Wahl als offiziell publizirt worden. Die Reklamationen dativen sich vom 24. December und die Legalisation der Unterschriften vom 26. December. Also kamen die Reklamanten mit ihrer Beschwerdeschrift um zwei oder vier Tage zu spät ein. Ich halte es demnach für das Beste, zu erkennen, die Wahl des Herrn Morel wäre an sich ungültig, aber die Reklamationen seien nach verstossener Nothspist eingereicht worden. herr Morel, obschon er bei der Wahl feine Entlasjung aus neapolitanischen Diensten noch nicht erhalten hatte, ist jett, da sie angelangt ist, aus fremden Diensten ausgetreten, und deswegen glaube ich, die Reklamationen seien nicht zu beachten. Nimmt man dieß nicht an, so kann man späterhin erst in einem Sahre Reklamationen einschicken, ohne daß sie befürchten müßten, als zu spät unbeachtet zu bleiben. Sch trage darauf an, wegen verfloffener Rothfrift nicht einzutreten.

Tscharner, Regierungsrath. Ich habe, so viel ich mich erinnere, bei der Wahl eines Gerichtspräsidenten für den Amtsbezirk Freibergen nicht für herrn Morel gestimmt, weil ich ihn wenig kannte, und glaubte aus diesem Grunde, mein Votum auf Jemand anderes übertragen zu muffen. Da nun aber Herr Morel seine Amtspflichten gehörig erfüllt, und diefelben von feinen Mitbürgern anerkannt werden, fo glaube ich, wie ich die Verfassung kenne und die betreffenden Artikel austlege, die Wahl des Herrn Morel als gültig anerkennen zu müssen. Sit., im §. 31 der Verfassung steht. "Um in einer Urversammlung das Stimmrecht ausüben zn können, muß man Staatsbürger der Republik Bern, im Gebiete berfelben wohn-haft und ehrenfähig fein;" und weiter unten: "Wer außer feiner Burgergemeinde stimmen will, muß wenigstens zwei Sahre in der betreffenden Gemeinde wohnhaft fein." alfo, wie lange man an einem Orte fich aufhalten muffe, um in den Urversammlungen stimmen ju konnen, ift blog bestimmt, wenn man außer feiner Burgergemeinde ftimmen will, für die Ortsbürger ift feine Zeit festgefest. Daher glaube ich, foll ein Offizier, der langere Zeit auf Urlaub ift, an feinem Burgerorte fein Stimmrecht ausüben durfen, und es fann ihm diefes nicht verwehrt werden, wenn nicht noch besondere Grunde vor-handen find. Im §. 35 heißt es: "Eivil- und Militärstellen in fremden Diensten seien mit der Stelle eines Großraths nicht verträglich; " und im §. 82 heißt es dann: "Bur Wahlfähigkeit für die Stelle eines Mitgliedes des Amtsgerichts ic. ift nebft den Eigenschaften zur Stimmfähigkeit in einer Urversammlung zc. erforderlich." Die Verfassungsartifel darf man nicht deuteln, wie es einem beliebt, fie muffen aufgefaßt werden, wie fie find; fo wie sie lauten, muffen fie auch angewendet werden. Die Berfaffung macht einen Unterschied in den Erforderniffen für Die Stelle eines Mitgliedes des Großen Rathes und eines Amts. gerichts. Bei der erstern schließt sie mit ausdrücklichen Worten ausnahmsweise folche, die Civil = und Militarftellen in fremden

Ländern befleiden, aus, mahrend fie bei dem Amtsgerichte nur die Erforderniffe der Stimmfähigfeit bei einer Urversammlung vorschreibt. Der Gesetzgeber hat mit Willen diesen Unterscheid aufgestellt und hat nicht die gleiche Bestimmung auf beide Rate= gorien anwenden wollen. Wenn er dief gewollt hatte, fo murde er nicht mehrere Artifel gemacht, fondern dieß Alles in Einen zusammengefaßt haben. Uebrigens muß ich bemerken, daß die Stimmfähigkeit nicht ift angegriffen worden, und mer die Stimmfähigfeit ausüben barf, ist unter diefen Umständen auch mablfähig, und ich glaube daber, daß die Wahl auf eine rechtmäßige und gultige Beife geschehen sei. Auch ift der Umftand noch zu berücksichtigen: Herr Morel wurde durch die kompetente Behörde zu der Gerichtspräsidentenstelle vorgeschlagen und Regierungsrath und Sechszehner, vielleicht durch einen Mißgriff, ließen ihn feine Funktionen antreten; aber nicht um ibn benn nachher gleichwohl anzugreifen. herr Morel hat wegen biefer Stelle feinen guten Posten in fremden Diensten verlassen, weil er in feiner Beimath eine Anstellung vorzog. Alle diefe Grunde muffen nun in Betracht gezogen werden, und barum stimme ich ju Beibehaltung der Bahl.

Schneiber, Regierungsrath, von Langnau. 3ch habe die seite Ueberzeugung, daß wenn die Frage vorgelegt worden wäre, ob ein Offizier in fremden Diensten zu einem Regierungsstatthalter oder Gerichtsprässdenten erwählt werden könne, wir keine zehn Minuten über der Entscheidung dieser Frage zugedracht hätten. Diese Ueberzeugung habe ich. 3ch habe noch so gute Erinnerungen an die Verhandlungen des Verfasungsrathes, daß wenn diese Frage dort wäre aufgeworsen worden, die Beantwortung derselben in unsere Verfassung aufsgenommen worden wäre, und zwar in dem verneinenden Sinne. In dieser Ueberzeugung muß ich zur Mehrheit des diplomatischen Departements und zur Minderheit des Regierungsrathes stimmen. Es thut mir seid, für die Kassation der Wahl eines solchen Mannes zu stimmen, der die nöthigen Kenntnisse und Fähigsteiten für sein Umt hat, aber ich muß meiner Ueberzeugung gemäß mich aussprechen.

huggler. Im Regierungsrath und Sechszehnern hat man nicht gewußt, was man machen wolle. Es handelt fich hier nicht um Personen sondern um die Sache, nicht die Person sondern die Berfassung kam hier in Betracht. Man suchte einen Ausweg zu finden, der mit der Berfassung übereinstimmte. und der gange Regierungsrath und Sechszehner war lange in Berlegenheit, fo daß man nicht mußte, mas man thun folle. Ich glaube, man hätte bereits schon bemerken sollen, daß der Beschluß im Regierungerathe nur mit wenigen Stimmen erkannt wurde, und ich für mich habe nicht dafür gestimmt, daß diefe Bahl gultig fei, indem ein fremder Offizier gewiß feine Stelle bekleiden kann, ohne daß es ein Berstoß gegen die Berkassung wäre. Daß herr Morel in der Urversammlung mitgestimmt hat, fann und feine Regel machen, er hatte unter ben bamafigen Umständen nicht auf das Stimmregister geschrieben mer= den und eben so wenig an den Verhandlungen felbst Theil neh= men sollen. Ich stimme mit voller Ueberzeugung bazu, baß die Wahl kassirt werde. Damit foll aber seine Wiederermählung späterhin nicht ausgeschlossen fein.

(Da der herr Landammann fich als Mitglied bes Großen Rathes zu äußern wünscht, so übernimmt herr Stettler an bessen Stelle das Präsidium.)

S. Schnell, Landammann. Man spricht so viel, diese Sache sei von Rechtsgelehrten zu Gunsten des Herrn Morel und für die Gültigkeit der Wahl behandelt und entschieden worsden. Nun, Tit., bin ich der Meinung, daß die Aussage der Rechtsgelehrten nicht immer unbedingt uns zur Richtschnur dienen soll, und ich bin von denjenigen Personen Eine, die nach ihrem einfachen gesunden Menschenverstande beurtheilen, und so will ich mich hier auch aussprechen. Die Gründe von Rechtsgelehrten wirken im Ganzen genommen auf mich wenig oder gar nichts. Daß man sich auf diese beruft, begreise ich gar wohl, da der Fehler von ihnen ausgegangen ist. Aber untrügzlich ist ihre Meinung nicht, und ich wenigstens kann mich nicht überzeuzen, daß hier kein Fehler vor sich gegangen, und eine Versallungsvorschrift gewiß nicht vorsätzlich aber doch irrthüms

lich unberüchsigt geblieben ift , indem Jemand auf ein Stimmregister gefchrieben und nachher ju einer wichtigen Stelle vorgefchlagen und gewählt murde, der nicht mählbar mar. Denn Dieg wird man boch nicht behaupten wollen, daß ein Goldat in fremden Diensten ein Umt von Wichtigkeit in unserer Republik ju gleicher Zeit befleiben durfe? Es ift offenbar gefehlt worden. Wahrscheinlich hat man nicht immer so genau untersucht, wie es hätte geschehen sollen, in Folge dessen ein Auge zugedrückt und in der Wahl fortgefahren. Aber wenn hier behauptet wird, der Große Rath habe feine Kompeteng, einen begangenen Fehler wieder gut ju machen, fo ift dieß ein grober Bre-thum, indem durch ein derartiges Erkenntnig bekennt wurde, einen offenbaren Fehler nicht wieder verbeffern zu wollen. Dieß hieße, den Fehlern eine Sanktion ertheilen, und gegen ein folches Verfahren möchte ich mich mit aller Kraft erheben und meine Stellung als Mitglied des Großen Rathes bewahren. Sch möchte von hier aus erflären, daß, weil ein Fehler begangen worden, und weil dagegen Reflamationen eingelangt find, wir als oberfte Regierungsbehörde den begangenen Fehler anerkennen und ihn aufheben wollen, und dag wir hoffen, in Bufunft möchte fein folcher mehr begangen werden. Thun wir dieß nicht und erklären die geschehene Wahl für gültig, so fanktioniren wir Verftoße gegen Verfassung und Gefete. hier Geschehene ist ein Fehler des Obergerichts, wie es schon ein Paar begangen hat. Die Verhandlungen aber, die von Herrn Morel während seiner Amtsdauer ausgegangen sind, möchte ich aus den von dem Regierungsrathe und auch bier angebrachten Grunden als gultig anerkennen.

Tscharner, Schultheiß. Ich habe im Unfang der Diskuffion ben Rapport gemacht und meine Meinung dem Großen Rathe mitgetheilt; gegenwärtig bleibt mir wenig mehr ju fagen übrig. In Beziehung auf die Meinung von Rechtsgelehrten habe ich die nämliche Meinung wie Herr I. Schnell, so wie auch über die Kompetenz des Großen Rathes, in dieser Sache einen Entscheid zu fassen. Ich will mich nicht auf Alles einlassen, was bemerkt worden ist; größtentheils sind die Gründe, die für die Giltigkeit der Wahl angebracht worden sind, schon gründlich widerlegt worden. Ich will mich nur auf die zwei Hauptpunkte bei ber vorliegenden Frage beschränken, nämlich erstend: mas ift unter Wohnsth ju verstehen, und foll in Betreff bes vierzehntägigen Termins Analogie angewendet werden oder nicht? Bas die erste Frage betrifft, so ift diese schwarz auf weiß in unserer Berfassung und unsern Civilgesetzen geschrieben. Der 6. 31 fordert jur Fähigkeit einer Urversammlung als stimm= fahig beizuwohnen, daß man Staatsburger der Republik Bern und in derselben wohnhaft sein musse. Nun fragt es sich, was muß unter dem Worte "wohnhaft" verstanden werden? war Herr Morel in unserm Kanton wohnhaft oder nicht? Darüber haben wir keine andere Regel als unser Eivilgesetz. Dieses schreibt vor in der Satzung 10: "Der Wohnsitz einer Person ist an demjenigen Orte, wo sie sich als Bürger, Einfasse oder Beamter, ordentlich niedergelassen hat." Diese Vorschrift ist für und Gesetz, und diese Prozessown, Tit., ist für den ganzen Kanton, sowohl für den alten als auch das Bisthum gültig. Nun die Unwendung von diesem Gesetz auf die Frage: war herr Morel auf diese Weise zu Corgemont angeseffen? Sch als Richter könnte nicht anders sprechen, als er habe seinen Wohnsit dort nicht gehabt. Was die zweite Frage betrifft, nämlich ob die Reklamationen innert dem Termine von 14 Tagen gemacht worden feien, und ob fie von und berücksichtigt werden follen, so erwiedere ich ganz einsach das Gleiche, was von meh-rern Mitgliedern dieser hohen Behörde bereits darauf bemerkt worden ift, daß nämlich die Wahl zu der Zeit, als sie vom Regierungsrath und Sechszehnern getroffen wurde, im Bisthume nicht bekannt fein konnte, fondern erft durch das franzöniche Umteblatt die Runde bavon dorthin gelangte. Freilich hat Herr Stettler nachgerechnet, daß, wenn man auch den Termin von dieser Zeit zu zählen anfange, die Reklamationen doch noch um 2 Tage zu spät eingelangt seien. Aber, Tit., follen denn die abgelegnern Bezirfe bes Rantons, wie es bei einem Theile des Bisthums und des Oberlandes der Fall ift, wo das Amtsblatt immer später hinlangt, weil keine Haupt-ftraßen und keine regelmäßigen Posten für sie da sind, sollen

biese nach dem gleichen Makktabe behandelt werden, wie diejenigen Gegenden, die diese Vortheile haben? Das wäre gegen die Vernunft und gegen alle Gerechtigkeit, das werden Sie nicht annehmen wollen. Sch kann nicht umbin, als Sie, Tit., auf die Wichtigkeit der in Frage liegenden Sache aufmerksam zu machen, und es ist mir unmöglich, zu etwas Anderm zu stimmen, als daß die Wahl ungültig erklärt werde.

Der Herr Landammann will nun darüber abstimmen, ob man den Borfchlag des Regierungsraths annehmen oder verwerfen wolle. Dagegen ergreift das Wort:

Stockmar, Regierungsrath. Ich habe Einiges über die Stellung der Frage zu bemerken. Es möge mir erlaubt sein, zu erinnern, daß kein Schlußbericht gemacht worden ist, wie dieß sich gehört hätte, denn der Präsident einer Behörde soll immer die Meinung derselben, selbst wenn sie mit seiner persfönlichen Ansicht im Widerspruch steht, vertheidigen. Ich habe darauf angetragen, daß sich der Große Rath, aus den in meinem Vortrage entwickelten Gründen, für inkompetent erkläre, um so mehr, als sich die Vittsteller nicht an ihn, sondern an Rezgierungsrath und Sechszehner, welche dennach einen Entscheid zu fassen berechtigt waren, gewendet haben. Subsidiarisch habe ich dahin geschlossen, daß der Große Rath dieselben mit ihrem Vegehren abweise, weil sie ihre Neklamation nicht während dem Laufe der gestzlichen Frist eingegeben haben. Sollte auch diese Vorsschlag zurückgewiesen werden, so trage ich darauf an, daß die Meinung der Mehrheit von Regierungsrath und Sechszehnern, welche die Ernennung des Herrn Morel zum Präsidenten bes Umtsgerichts von Freibergen bestätigen will, angenommen werde.

Bermeille. Der Artikel 37 unsers Reglements giebt uns die Art und Weise an, wie wir uns im vorliegende Falle zu verhalten haben; dieser Artikel sagt ausdrücklich: "Bei Gegenständen von einfacher Art werden die Vorfragen zugleich mit der Sache selbst berathen und blos in der Abstimmung getrennt und zum Voraus entschieden." Der Herr Regierungsrath Stocknar hat vorgeschlagen, daß sich der Große Rath im vorliegenden Fall inkompetent erkläre, und subsidiarisch, daß die Reklamationen, als zu spät angelangt, nicht angehört werden, und wiederum subsidiarisch, daß der Antrag der Mehrheit von Regierungsrath und Sechszehnern, der auf Beibehaltung der Wahl des Herrn Morel geht, angenommen werde.

Tscharner, Schultheiß. Ich glaube nicht, daß der Rapporteur verpflichtet sein könne, die Meinung der Mehrheit zu vertheidigen, wenn er selbst diese Meinung nicht theilen kann. Ich für meine Person wenigstens fühle mich nicht fähig, eine solche Ausgabe zu lösen, und kann nur das aussprechen, was nach meiner Ueberzeugung allein wahr und recht ist.

Nach einer kurgen Diskuffion über die Weise der Abstimmung erfolgt die

Abstimmung.

Vortrag des Finanzdepartements und des Regies rungsraths über das Ansuchen der Gemeinde Frutigen um ein Darlehen aus der Staatskasse.

Der Vortrag des Finanzdepartements empfiehlt das Ansfuchen der Gemeinde Frutigen, daß ihr zu Rückzahlung der Schuld, welche ihr durch den Wiederaufbau des ihr zustehenden Wirthshauses die Summe von Fr. 20—25,000 aus der Staatsfasse angewiesen werden möchte, dahin, daß der Gemeinde Frutigen ein Darlehn von Fr. 25,000 gegen einen Iins von $3\frac{1}{2}$ % auf eine Obligation hin bewilligt werden möchte. Der Antrag des Regierung draths unterstüht im Allgemeinen den Antrag mit der Modifikation, daß der Jins zu 3 % bestimmt, und

für die Wiederbezahlung des Kapitals Termine festgesetht werden möchten, so daß von je fünf zu fünf Sahren Stöße von Fr. 5000 zurückbezahlt werden sollen.

von Jenner, Regierungkrath, ergänzt den Rapport dabin, daß die betreffende Summe nur unter der Bedingung einer zu stellenden Sicherheit bewilligt werden möchte, und wünscht, daß man sich auch über diese Sache ausspreche. Ueber ein Argument bemerke ich nur zwei Worte. In dem Antrag des Regierungsraths ist mir der niedrige Zinskuß aufgefallen. Die Regierung bewilligte sonst nur in solchen Källen einen niedrigeren Zins als den gewöhnlichen, wenn die zu gebende Summe für die Erreichung eines gemeinnützigen Iweckes bestimmt war. Meiner Meinung nach aber ist der hier aufgestellte Zweck nicht ganz gemeinnütziger Art 2c.

Nach einer kurzen Diskussion, in der sich die allgemeine Stimmung gegen die Errichtung von Wirthshäusern, namentslich durch Anleihen bei der Staatskasse, aussprach, indem man eher Geld bewilligen sollte, um solche abzutragen, wurde — auf die Bemerkungen einiger Mitglieder des Großen Rathes, daß es sich nicht um den Ausbau eines Wirthshauses, indem dieses bereits dastehe, sondern um die Deckung eines Ausfalles in der Gemeindekasse handle, welcher durch den Ausbau des niedergebrannten Wirthshauses, das zugleich auch als Gemeindehaus diene, und des Schulhauses entstanden sei, — zur Abstimmung geschritten.

Abstimmung.

Der herr Landammann bringt nun die Mahnung bes herrn Man zur Berathung.

Dieselbe verlangt, daß zu Behandlung des am 26. Februar verlesenen Anzuges des Herrn Oberrichters Weber, die Abanderung eines in unserm Kriminalprozesse befindlichen & betreffend, ein Tag möchte angesetzt werden.

May. Sie werden sich erinnern, daß in einer der letzten Situngen von Herrn Oberrichter Weber der Antrag auf Abänderung des bekannten §. 23, den man unzweckmäßig gefunden, gemacht worden ist. Ich fragte letzthin den Herrn Weber, ob er nicht wünsche, daß sein Anzug behandelt werde, welche Frage er auch bejahte. Deßwegen verlange ich, daß nicht noch eine Session vorbeigehe, ohne daß diese dringende und wichtige Sache behandelt worden wäre. Wenn meine Mahnung nicht als eine solche betrachtet werden sollte, so wünsche ich, daß man mir eine Weisung ertheile, wie ich mich zu verhalten habe. Wenn ich noch einen Wunsch beisügen darf, so ist es, daß der Anzug am Samstag diskutirt werde, weil morgen der Anzüger, wegen der Sitzung des Obergerichts, verhindert ist der Sitzung beizus wohnen.

Herr Landammann. Das ist gerade die Frage, worsauf ich im Ansang der Sitzung geantwortet habe, nämlich: soll der Präsident des Großen Rathes gezwungen werden können, eine Ordnung in der Behandlung der Geschäfte zu befolgen, welche Diesem oder Ienem einfallen möchte? Ich habe bei der Bestimmung der Tagesordnung einzig und allein die Wichtigkeit der Geschäfte und deren möglichst geschwinde Beendigung im Auge. Es kommt mir vor dei dieser Mahnung, als sürchte man, es möchte ein Geschäft, an das man eine besondere Wichtigkeit zu knüpsen scheint, unter das Eis gehen, es möchte so ein "Prässdialvörteli" gebraucht werden. Nein, Tit.! Ich gebe noch ein Mal die Versicherung, daß ich die wichtigern Geschäfte zuerst und nachher die andern weniger wichtigern vornehmen werde, wenn es die Zeit erlaubt. So kam es, daß dieser Anzug liegen blieb. Sie, Tit., werden über diese Frage entscheiden. Ich habe dieß heute nicht bloß in Vezichung auf diesen Anzug gesagt, sondern auch in Vetress des Ohmgeldsgesetz, und dieß ist ein wichtiges Geses. Namentlich davon,

ob Sie dieser Mahnung Folge geben wollen, oder ob Sie die Tagesordnung mir überlassen wollen, wird es abhangen, ob wir diese Woche unsere Sitzung beendigen können oder nicht. Aber wie Sie auch entscheiden mögen, ich bin immer Ihr geshorsamer Diener.

von Senner, Regierungsrath. Sch will nichts über diese Frage bemerken, sondern nur hier den Antrag machen, man möchte heute noch die Behandlung des Ohmgeldsgesetzes vornehmen, weil dasselbe von besonderer Wichtigkeit ist.

Koch, Regierungsrath. Ich will den Antrag bes Herrn May dahin modifiziren, daß die Motion des herrn Weber im Laufe diefer Sitzung vorgenommen werde.

v. Tillier, alt-Landammann. Es ist hier eine Mahnung gemacht worden, die der Antragssteller, Herr Staatsschreiber May, selbst nicht recht für eine Mahnung hält; aber ob wir hier entscheiden, daß sie hier erheblich sei oder nicht, damit kommen wir saktisch gleich weit. Den Anzug von Herrn Weber halte ich für wichtig und einer ernsten Betrachtung werth, und wenn es möglich ist, ihn noch in dieser Sikung zu diskutiren, so wäre es sehr wünschenswerth. Wir sind namentlich in einem Kriminalzustand, der nirgends so bedauernswerth gefunden wird. Durch diesen J. wird der Untersuchungsrichter jeder Verantwortlichkeit entzogen, die den ihm geführte Untersuchung geschlossen ist, die er in die Länge ziehen kann, wie er will, und Niemandem dassür Rechnung abzulegen schuldig ist, indem er dieselbe ganz nach seinem Belieben schließen kann. Mane er dieselbe ganz nach seinem Belieben schließen kann. Wachen seinem Verschungsrichter vorschreibt, über seine Versügungen alle Wochen Rechenschaft abzulegen. Ich wünsche, daß der Antrag des Herrn Weber bald in Diskussion gebracht werden möchte, und stimme dem Antrage des Herrn Koch bei.

Schnell, Regierungsrath. Wenn Herr Altlandammann Tillier nicht in die Materie felbst eingetreten wäre, so hätte ich fein Wort gesagt. Es fragt sich, ob man Verbrecher, die, nach der Anklage, das Juchthaus oder Schellenwerk verdienen, aus der Untersuchung herauslassen wollen? Der Code Napoléon hat ganz erakt die gleiche Bestimmung, wie wir. Die Herren vom Jura haben die Bestimmung des §. 23 provozirt und zwar ganz mit Recht, denn sie wollten die Freilassung eines Gefanzenen lieber durch ein Gesetz bestimmt haben, als sie der Willkür eines Gerichts überlassen. Denn welche läst man lausen? Gewis nicht die Rieinen. Es pressirt nicht so sehr mit der Aussehung des §. 23, denn erst letzthin hat an einem gewissen Orte nur eine Stimme gesehlt, so hätte man Leute herausgelassen, die sonst nicht herausgelassen werden sollten. Ich wollte deswegen noch ein wenig warten, und wenn wir dies thun, und wir dann mit dem wahren Sachverhalte vertraut sind, so werden Sie den §. 23 gewiß am Ende noch stehen lassen.

von Graffenried stimmt wie herr Regierungerath Roch.

Tscharner, Regierungsrath. Die Sache ist so wichtig, daß sie in ollen Fällen vorberathen werden muß, und ob dieß dann noch in dieser Sitzung geschehen könne, will ich Jedermann entscheiden lassen. Uebrigens hat Herr Man keine Mahnung gemacht, und er sollte sie zurückziehen, denn eine Mahnung kann nur auf die Handhabung einer bereits bestimmten Vorschrift gerichtet sein, was Herrn Webers Anzug nicht ist.

Kasthofer, Regierungsrath. Herr Weber wird gewiß wichtige Gründe gehabt haben, warum er seinen Antrag gemacht hat. In dieser Boraussetzung muß ich mich aussprechen, daß der Herr Landammann einen Tag zu dessen Behandlung bestimme.

Abstimmung.

Für die Bestimmung der Zeit, wann der herr Landammenn den Antrag des herrn Weber vornehmen foll 16 Stimmen. Dem herrn Landammann freie hand zu lassen Mehrheit. Der herr Landammann bemerkt nun, daß, wenn es möglich sei, er den Antrag des herrn Weber noch in dieser Sigung vornehmen lassen wolle.

Gefetesentwurf des Finangdepartements über die Berbrauchsiteuer für geistige Getrante.

von Jenner, Regierungsrath. Tit., Sie haben befohlen, daß diefes Gefet in diefer Sigung vorgelegt werden foll. Der frühere Gefetesentwurf wurde in einer der letten Situn= gen verworfen, warum? haben Sie nicht bemerkt, und deß= wegen befand fich das Finanzdepartement in einer schwierigen Lage. Die Eingaben von den Departementern mußten drei Wochen vor dem Zusammentritte des Großen Rathes eingesens det werden. Daß das nicht geschehen konnte, braucht, meiner Ansicht nach, keine Entschuldigung, weil Sie begreifen werden, baf ein folches Gefet nicht in ein paar Tagen gemacht werden kann. Darum kam es auch nicht auf das Traktandenzirkular. Db es nun jest zweckmäßig fein murde, die Behandlung diefes Entwurfes zu verschieben , davor mochte ich warnen. Wollen Sie einmal den immermahrenden Versprechen des hiefigen Standes ein Ende machen? Soll, nachdem wir jedes Mal gesagt haben, daß wir die Zölle abschaffen wollen, dieses Iahr wiederum nichts vor die Tagsatzung kommen? Tit., das wollen Sie nicht. Was muß geschehen, damit wir doch einmal auf eine ordentliche Manier den immerwährenden Fragen antworten können? Wenn wir jeht warten wurden, so ware es ein ungeheurer Nachtheil fur unfer Land. Alle Spekulanten haben im Guben von Frankreich beträchtliche Bestellungen gemacht, um den Kanton mit Bein vor Erlaffung Dieses Gesetzes anzu-füllen. Branntwein fauft man fur drei Jahre zusammen. Alle Wege bebecken sich mit Bugen von Wagen, um den Kanton vor Eintritt dieses Gefetes mit Wein und Branntwein anzufüllen, und wenn Sie dieß nicht wollen, so verschieben Sie die Behandlung nicht, im Juni ift es dann zu spät, der gegenwartige Zeitpunkt allein ift gunftig, und ich möchte bitten, benfelben ja nicht vorüber zu laffen.

Tscharner, Schultheiß. Ich theile die Besorgnis des Herrn Präsidenten des Finanzdepartements nicht, weil ieder vorsichtige Kaufmann gewiß umsichtiger handeln wird als so zc. In einer Sitzung, wo der Große Rath kaum zu einem Drittstheil da ist, wo man keine Kenntniß von einem solchen wichtigen Gesetz hat; dieses zu diskutiren, dazu kann ich nicht stimmen, und wenn wir auch ein paar tausend Franken verlieren würden, so ist doch dieses Gesetz von größerer Wichtigkeit, als einige tausend Franken. Wir haben die Zeit nicht dazu, und würde man auch die künftige Woche da zu bleiben geneigt sein, so könnte ich nicht dazu stimmen, das Gesetz morgen der übers morgen zu behandeln. Ich verdanke dem Finanzdepartement seine Bemerkungen, stimme aber zum Ausschleben.

von Graffenried stimmt wie Herr Shultheiß Tscharner, indem der Große Rath die Verantwortung nicht auf sich nehmen darf, ein so wichtiges Gesetz ohne vorherige Anzeige im Traktandenzirkular und ohne die nöthige Kenntniß desselben behandeln zu wollen.

Stauffer. Allerdings ist in der letzten Februarsthung erkennt worden, es solle ein Projekt gedracht werden; es ist aber auch erkennt oder wenigstens vielsach gewünscht worden, derselbe solle vocher dem Publikum mitgetheilt werden. Nun ist dieses nicht nur nicht geschehen, sondern der und erst gestern mitgetheilte Projekt steht nicht einmal auf dem Traktandenzirkutar. Man wird zwar einwenden, es seie dieses kein Gesethuch und daher nicht nöthig, dasselbe dem Volk mitzutheilen, alleies Geseiß geeist tief in die Finanzverhältnisse der Republik ein und darf nicht so leichthin behandelt werden. Der vortiegende Projekt ist kurz, und Vieles wird darin vermist, das in ein Geses von so großer Wichtigkeit auszunehmen nicht vergessen werden darf. Es ist gesagt worden: die kürzlich eingerretenen vermehrten Vranntweinfuhren machen die Behandlung dieses Gesess wünschenswerth. Diese Besorgnis theile ich um so weniger, da, nach den Ansähen für geistige Getränke,

die Albgabe künftig nicht höher käme als sie gegenwärtig ist, was doch ganz sicher nicht im Wünsche des Publikums, was nicht im Willen dieser hohen Versammlung liegen kann. Dagegen dann wird in dem vorliegenden Projekt der inländische Wein mit vier Rappen per Maß belegt, gegen welche neue Auslage ich um so nachdrücklicher warne, indem es doch nicht alle Mal damit richtig ist, wenn die Mehrheit Veschlüsse faßt, die auf so auffallende Weise einen Kantonstheil mehr als andere drücken, oder sogar zu Grunde richten müßten; man muß hier auch Villigkeitsgründe eintreten lassen. Die Weinbauer im Kanton Vern bezahlen erst Vodenzins und Jehnten und können damit einer außerordentlichen Abgabe zu belegen, könnte daher nicht anders als höchst undillig genannt werden, und kann daher auch unmöglich im Willen dieser hohen Versammlung liegen. Vetreffend endlich die wegen der Tagsahung angeführten Gründe, so ist es damit ohne Iweisel nicht so ernst gemeint. Ich schließe daher auf einfache Zurückweisung dieses Gesetzes.

Schöni stimmt den Ansichten des Herrn Stauffer bei. In dem Momente, wo man von Abschaffung des Zehntensspreche, wolle man eine neue Auflage machen; das finde ich nicht recht, so wenig, als daß man die inländischen Produkte mit einer Auflage belegen wolle. Darauf bemerkt der Redner, daß es drei Arten von Branntweinproben gebe, um den innern Gehalt desselben zu messen, von denen jede verschieden sei. Es könne also nicht gleich sein, welche man brauchen solle.

Langel. Der in diesem Entwurf enthaltene Gegenstand ist von solcher Wichtigkeit, daß es nach meinem Dasürhalten weder möglich noch schieklich wäre, noch in der jezigen Sizung in die Berathung desselben einzutreten. Der Entwurf ist nicht einmal allen Mitgliedern des Großen Nathes bekannt gemacht worden. Es ist nicht unwichtig, daß ein solches Projekt zur allgemeinen Kenntniß des Publikums gelange, damit auch die Meinung unserer Kommittenten darüber laut werde. Ich glaube nicht, daß die Verschiedung dem Staate einen großen Schaden verursachen wird. Wenn es aber auch wäre, so würde ich nichts desso weniger sür die Verschiedung der Berathung auf die künstige Junistung kimmen. Dann kann man sich mit Kenntniß über diese Sache aussprechen. Was das Versprechen anbetrifft, das, wie es heißt, der Tagsaung gemacht worden ist, so ist das sür mich kein hinreichender Grund, um ein so wichtiges Gesetz zu unterstüßen. Die hohe eidgenössische Behörde kann gegen den Verschub, den die Mittheilung des neuen Gesetzes über die Zölle in unserm Kanton erleidet, nichts einzuwenden haben.

Theurillat. Bevor ich irgend eine Meinung über den vorliegenden Entwurf ausdrücke, möchte ich fragen, ob derselbe gedruckt und übersetzt worden ist. (Auf die gemachte Bemerkung, daß es die Zeit nicht erlaubt hat, da der Entwurf erst gestern auf den Kanzleitisch gelegt worden, entgegnet Herr Theurillat:) Wenn es sich so verhält, so stimme ich für's Verschieben.

Roth. Ich glaube, daß dieses Gesetz feine Verschiebung nöthig habe; in einer Stunde wäre dieses Gesetz berathen. Auf alle Fälle, wenn auch dieses Gesetz berschoben würde, so könnte man doch im Laufe dieser Sitzung noch eine Auflage auf den Branntwein beschließen.

Wehren. Ich muß der Ansicht beipflichten, welche den Gesetzesentwurf dem Publikum austheilen will. Nur so wird es einen bleibenden Eindruck machen.

Henzi. Ich stimme auch nicht bazu, daß man in gegenwärtiger Sitzung in den vorliegenden Entwurf eintreten solle. Ich tann die Shrecken nicht sehen, die der Herr Präsident des Finanzdepartements bei der Berschiebung im Unzuge sieht; namentlich ist der Geund unhaltbar, daß auf der Stelle eine unzeheure Menge Weinzeist in den Kanton einzeführt werden würde, indem die Spekulanten bei dem jetzigen hohen Preise desselben im südlichen Frankreich sich wohl hüren werden, solche risquante Spekulationen zu wagen. Der Branntenwein, der in den benachbarten Kantonen aufgehäuft worden ist, ist zum Theil bereits in unferm Land eingeführt, dafür find wir zu spät, auch wenn wir den Entwurf auf der Stelle zum Gesetze erheben würden. Man muß sich nur nicht zu sehr fürchten. Ich stimme zum Aufschieben.

von Jenner, Regierungsrath. Ich muß einige Berichtigungen machen. Was Sie in den Händen haben, ist nichts anderes, als der letzte Beschluß des Regierungsrathes. Das, was das Finanzdepartement gemacht hat, haben Sie nicht. Hier in meinen Händen ist ein Projekt von dreißig Artikeln, und dann kommt noch eine zweite und dritte Meinung; Sie haben nur die Eine. Zweitens muß ich berichtigen, daß der Branntwein niedriger belegt sei, als früher. Er kömmt auf 11, 12, 13 dis 14 Rappen, und nach andern Meinungen und Vorschlägen, welche ich dier habe, kömmt er sogar auf 6 Baten.

Dieß find die Bemerkungen, die ich noch machen wollte, und trage darauf an, daß der Entwurf noch in dieser Sigung berathen werbe.

Abstimmung.

Für den Antrag des Herrn Präsidenten des Finanzdepartements, noch in gegenwärtiger Sitzung einzutreten 10 Stimmen. Dagegen gr. Mehrheit.

Schluß der Sigung um 23/4 Uhr.

Verhandlungen

Des

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Sommersigung. Erste Salfte, 1838.

(Micht offiziell.)

Fünfte Sigung.

Freitag den 9. Mai 1838. (Morgens um 9 Uhr.)

Prafibent: herr Landammann 3. Schnell.

Nach dem Namensaufrufe und nach Genehmigung des Protofolls wird zur Behandlung vorgelegt ein

Vortrag des Militärdepartements über das Begehren der Instruktoren mehrerer Militärkreise um Erhöhung ihrer Besoldungen.

Der Vortrag schließt auf Festhaltung bes am 3. Mai 1837 bei Anlaß eines ähnlichen Begehrens gefaßten Beschlusses, b. h. auf Abweisung ber Petenten.

Langel. Das Geseth über die Militärorganisation enthält keine Bestimmung, nach welcher ein Soldat gezwungen werden könnte, die Funktionen eines Instruktors anzunehmen. Es gibt Kirchspiele, wo Niemand diese Verrichtung auf sich nehmen will, so im Amtsbezirk Courtelary. Gegen diesen Uebelstand gibt es kein anderes Mittel, als den Gehalt der Instruktoren zu erhöhen, — nicht gerade um die ganze, von den Vittstellern begehrte Summe, aber z. B. auf 60 Franken. Sollte dies nicht belieben, so müßte man dem Geseth über die Militärorganisation einen Artikel beifügen, nach welchem die Soldaten gezwungen werden können, die Funktionen der Instruktoren zu versehen.

von Graffenried. Es handelt sich heute nicht über Mbänderung gesetzlicher Bestimmungen, sondern um personliche Begehren. Sollte sich an einzelnen Orten Niemand für diese Stellen mehr melden wollen, so können die Herven Regierungsstatthalter bas Militärdepartement um die nöthigen Maßnahmen ansuchen.

Jaggi, Regierungsrath. Da eine Revision der Militärverfassung bevorsteht, indem dieselbe bereits von mehreren Seiten angesochten worden ist; so wird es dann der Ort sein,
auch die Besoldungen der Instruktoren zu behandeln. Gegenwärtig sind die Instruktoren meistens ältere Leute, die bereits
der Auszügerpslicht durch das Alter enthoben sind. Diese
genießen nun allerdings diesenigen Bortheile nicht, welche bei
Bestimmung ihrer Besoldungen vorausgesest worden sind; allein
das Militärdepartement wird unter der jungen Mannschaft
immer Instruktoren genug sinden, die froh sein werden, dadurch
von der Auszügerpslicht bestreit zu sein. Es ist auch nicht mehr
so schwierig, Instruktor zu sein, wie früher. Darum sinde
ich, sei die Besoldung hinreichend u. s. w.

Rifling müßte hingegen das Ansuchen der Instruktoren unterstützen. Ihre Besoldung ist so schlecht, daß man Mühe

hat, Instruktoren zu finden. Ihre Dienstleistung ist weit umfassender als früher.

von Tillier, Alt-Landammann, unterstützt dagegen den Antrag des Militärdepartements. Wir haben gestern gehört, daß wenn wir unsere Kinanzen nicht allzusehr erschöpfen sollen, wir unnütze Ausgaben vermeiden und der Begehrlichkeit mögelichst Schranken setzen mussen. Sollte es schwierig sein, für diese Funktionen Leute zu finden; so ließen sich jene wohl z. B. mit den Unteroffiziersstellen in Berbindung setzen.

Soneli stimmt ebenfalls zum Antrage des Militärbepartements, indem, wenn diese Besoldungen der Erhöhung bedürfen, diese dann nicht bloß in einzelnen, sondern in allen Kreisen stattfinden muß.

Manuel. Wenn die Militärverfassung kostbar erscheint, so soll man sie abändern. Bis dahin aber soll man sie so viel als möglich in's Leben treten lassen; hiefür muß die erste Instruktion begünstigt werden, hiefür müssen die Instruktoren in den Fall gesetzt werden, ihre Pflichten zu erfüllen; nun sind sie im Verhältniß zu ihren Diensten allzugering besoldet. Ich trage also darauf an, daß diese Petition erheblich erklärt werde, Behufs nämlich einer allgemeinen Verfügung.

Abstimmung.

Für den Antrag des Militärdepartements . 65 Stimmen. Dagegen 57 "

Tagesorbnung.

Geselbesentwurf der Gesetzebungskommission über das gerichtliche Versahren in Eivilrechtssachen. — Zweiter besonderer Theil: von dem Versahren in Schuldsachen.

Der Gesetzesentwurf, so wie das darauf bezügliche Gutacheten der Gesetzgebungskommission sind seiner Zeit gedruckt dem Publikum mitgetheilt worden.

Roch, Regierungsrath, als Rapporteur der Gesetzgebungskommission. Es handelt sich beute lediglich darum, ob die hohe Versammlung in eine Behandlung des Entwurses überhaupt eintreten wolle oder nicht, denn schwertlich würde sich der gegenwärtige Zeitpunkt dazu eignen, das Gesetz selbst im Einzelnen durchzuberathen. Bei seder legissativen Arbeit fragt es sich vor Allem, ob der Grundgedanke, der dem Werke unterliegt, auf den Alles gebaut ist, aus welchem als aus einer Einheit sich Alles übrige entwickeln muß, gefällig sei, oder ob man eine andere Grundlage wolle. Es fragt sich also heute einzig, ob Sie, Tit., den vorliegenden Entwurf als Leitsaden einer künftigen Diskussion annehmen wollen oder nicht. Auf alles Untergeordnete und Einzelne kömmt es also heute noch gar nicht an. (Der Redner weist hier durch Beispiele nach, daß, wenn einzelne untergeordnete Bestimmungen des Entwurfes nicht gefallen

follten, diefes auf die allgemeine Frage des Eintretens oder Nichteintretens feinen Einfluß habe, indem bei der spätern Diskuffion der einzelnen Abschnitte allen daherigen Ansichten Rechnung getragen werden könne.) Nur dann muffen Sie den Projett verwerfen, wenn derfelbe diejenigen hauptpuntte, die man will, nicht enthält und von gang andern Ideen ausgeht. Bier ift nun bei der vorliegenden Materie ein einziger Puntt, der nach meinen unmaßgeblichen Unfichten das Nichteintreten begrunden fonnte und mußte. Diefer Puntt ift der. Es werden in dem Projekte zwei verschiedene Formen für die Betreibungen vorgeschlagen, nämlich: 1) für die sogenannten laufen-den, durch fein Pfand versicherten Schulden, und 2) für folche Schulden, die durch ein Pfand versichert find. (Der Redner zeigt bier die Verschiedenheit diefer beiden Arten von Schulden und die daraus möglicher Beife hervorgehende Berschiedenheit bes gerichtlichen Berfahrens in beiden Fallen.) Wenn nun Sie, Tit., Diese Trennung für die Butunft nicht wollen, fo muffen Sie den vorliegenden Entwurf verwerfen, d. h. nicht darein eintreten; wenn Sie hingegen diese Trennung gegründet finden, fo glaube ich, es fei keine andere Frage hinreichend, um jum Nichteintreten zu führen. Dehmen Gie den Grundgedanten an, fo fonnen Gie im Berfolge der Distuffion Schritt für Schritt ju jeder bentbaren Modififation einzelner Abschnitte und Satzungen gelangen. Würde aber die Grundidee einer Trennung der Betreibungsform für bloß perfönliche und für dingliche Betreibungen verworfen, fo mußte man zu einer ganz andern Bearbeitung zurückfehren. Was nun das Geschichtliche der Arbeit betrifft, fo ift dasfelbe fürzlich Folgendes: In den altesten Beiten unseres Nationalbestandes haben einzig hertomm= liche Sitten und fortgepflanzte Gebräuche die Rechtsverhaltnife reglirt; in spatern Zeiten fand man, eben wegen der junehmen-ben "Geschwindigkeit" der Leute, für nothig, etwas Schriftliches ju haben, und man fieng an, Diejenigen Materien, welche Die meisten Berwickelungen erzeigten, niederzuschreiben. Das geschah besonders im fünfzehnten und sechszehnten Sahrhundert. Der= gleichen Sammlungen von alten Gerichtsgebrauchen bieß man Statute, Land= oder Stadtrechte, Freiheiten. Diese Sammlungen haben aber durchaus einen bloß rhapfodischen Charafter, es find nur einzelne Bruchftude, ohne Busammenhang, einander febr oft widersprechend und undeutlich. Unsere ersten Gesethücher für die Republik Bern waren gang in diefer Form abgefaßt, und auch das letzte Gesethuch, die Gerichtsatzung für die Stadt und Landschaft Bern vom Jahre 1761, obschon viel vollständiger als die früheren, trägt den Charafter eines bloßen Statutarrechtes immer noch an fich. Da aber im Laufe ber letten Sahrhunderte alle Wiffenschaften, und namentlich auch die Jurisprudenz, ungeheure Fortschritte gemacht hatten, fo fühlte schon die alte Regierung vor 1798 die Nothwendig= teit und das Bedürfniß, die für die vorgerückte Bilbung bes gandes nicht mehr hinreichende Gerichtssahung durch etwas Befferes zu erfeten. Allein mehrere Versuche hiefür erschienen jeweilen ungenügend. Alehnlich war es mit den unter der Mediationsregierung wiederholten Versuchen. Rach der Vereinigung des ehmaligen Bisthumes Bafel fprach fich nun bas Bedürfnif unabweisbar aus, daß eine Revision der Civilgefetze Plat haben muffe, weil Zedermann den Wunsch fühlte, sowohl den neuen als den alten Kantonstheil unter das gleiche Gefet ju bringen. Der Grundfat einer folden Revifion mar überdieß in der Bereinigungsurfunde ausgesprochen. Die Regierung glaubte damals anfänglich, daß ein Statutarrecht für das chemalige Bisthum Bafel existire; als aber geschickte und einsichts= volle Männer dahin geschickt wurden, um diese Vorschriften zu fammeln, fo fand es fich, daß dort fein folches Statutarrecht, fondern daß bloß verschiedene Gebräuche in den einzelnen Theilen bes Bisthums vorhanden seien. Bekanntlich waren einzelne Theile bes Bisthumes schon von jeher als Bestandtheile ber Schweiz betrachtet worden, mahrend dagegen andere jum beiligen römischen Reiche gebort hatten, was natürlich in ben Rechtsverhältnissen ber einzelnen Gegenden bes Bisthums einen fehr großen Unterschied machte. Unter diesen Umftanden beschloß Die Regierung die neue Umarbeitung unferer Civilrechte. Es wurde hiefür eine eigene Kommission niedergesett, die während mehrever Sahre mit vielem Successe gearbeitet hat, und die einen Redaftor hatte, der im Stande war, die Gefammtheit

eines Rechtssystemes ju überfeben und ein folches dem gegenwärtigen Zeitalter anzupaffen, und welcher zugleich hinlängliche Bildung befaß, um feine Gedanken mit gehöriger Sprachfertig- teit und Bestimmtheit auszudrücken. Borzüglich durch feine Sulfe gelang es, ben einen Saupttheil der Civilgefengebung anzufangen und den andern zu beendigen. Sedes Civilgefenbuch zerfallt in zwei Theile; der eine enthält die Vorschriften über die eigentlichen rechtlichen Verhältnisse, der andere dagegen die Vorschriften über die Art und Weise, wie jeder Staatsbürger durch die Staatshülfe jum Genuffe und jur Ausübung feiner Rechte gelangen fann. Der erstere Theil ift alfo der Coder im engern Sinne, der andere ift die Prozefform. Der Coder nun ift unter der alten Regierung absolvirt worden, und eben fo der erfte Theil der Prozepform, bezüglich auf das Berfahren in eigentlichen Streitigkeiten. Es gibt aber auch Fälle, wo die Staatshülfe in Unfpruch genommen wird, ohne daß eine unmittelbare Streitigfeit unterläge. Wenn nämlich ein Bürger bem andern eine Summe schuldig ift, fo muß es ein Mittel geben, wodurch der Schuldige ju Erfüllung seiner Bervflichtungen angehalten werden fann. Die Borschriften hierüber nennt man nun die Betreibungsform. Nebst diesem ist in Schuldsachen noch eine zweite gerichtliche Berhandlung von größter Wefentlichkeit; das ift nämlich die Art und Weife, wie Die Bermogensmaffe eines Schuldners, der fich erflart hat, feine Glaubiger nicht bezahlen zu konnen, unter diese vertheilt werden kann, und welches die Folgen einer folchen handlung find. Das ift der Geldstagsprozeß. Es muß Jedermann auffallen, daß allerdings der Geldstagsprozes mit dem Betreibungs: prozesse in febr nahem Zusammenhange ift. Die Bearbeitung eines Geldstagsprozesses ift aber eine der schwierigsten legislativen Arbeiten; degiwegen erfordert fie Beit und große Gorgfalt. Da fich nun der Betreibungs = und der Geldstagsprozeß abge= sondert behandeln lassen, so hat die Gesetzgebungskommission vorläufig den erstern bearbeitet, der Ihnen eben heute vorliegt. Diefe Abtheilung enthält 1) den Arreftprozeß, 2) den ordentlichen Betreibungsprozeß, und 3) die Gantordnung. (Der Redner entwickelt hier das Wefen und die Bedeutung Diefer drei Ubschnitte; es kann aber hier füglich auf das gedruckte Gutachten verwiesen werden.) Es ift flar, Tit., daß bei allem diesem zwei Intereffen einander gegenüberstehen. Das Interesse des Schuldners ift, fo lange Termine als möglich zu bekommen, um feine Habschaft in Geld zu verwandeln oder um Geld aufzunehmen. Das Interesse des Gläubigers dagegen ift, so schoen der Zustand lich zu seiner Bezahlung zu gelangen. Je nachdem der Zustand eines Landes beschaffen ift, muffen diefe beidfeitigen Intereffe gegen einander abgewogen werden. Ift ein Land fehr gelbreich, find überfluffige Kapitalien da, steben Industrie, Sandel und Gewerbe in hohem Grade; fo muß die Betreibungsform durchaus ju Gunften des Gläubigers abgemeffen fein, weil hievon ein bedeutender Grad von Aredit, b. h. von den moralischen Hauptgrundlagen des öffentlichen Berkehrs abhängt. Ift ein Land nicht in diesem Falle, fteht es auf einer niedrigen Stufe von Civilifation oder Supercivilifation, in Bezug auf Gewerb. famfeit nämlich, - ift ein Land den erftern Buftanden ber menschlichen Gesellschaft naber, also hauptsächlich ein Ackerbau und Biehzucht treibendes Land, wo weniger Rapitalien jeden Augenblick disponibel find; ja dann, Tit., muß man, wenn man die armere Klaffe nicht zu Grunde richten und nicht unter den Despotismus der Reichen feben will, ebenfalls dafür forgen, daß der Schuldner nicht überstürzt werde. Diese beiden Intereffen gegen einander abzuwägen, ift eine bobe und schwierige Aufgabe des Gefetgebers. Ein Versuch zu Lösung dieser Aufgabe liegt im gegenwärtigen Projekte vor. Beide widerstreitenden Interesse waren der Gefetgebungskommission bei diefer Arbeit immer por Augen, und fie hat den gegenwärtigen Kulturstand des Landes immer berücksichtigt. Willfürlich ift aber nothwendiger Weise Manches, fo z. B. die Lange der Termine u. f. w. Das ift Sache bes Gefühls und des Urtheils über Konvenienz des allge-So wie die Rechte des Gläubigers ftrenge meinen Beften. Rechte find, fo fteht im Gefete, dag derfelbe durch Berücksichtigung der nothwendigen Schonungstermine für den Schuldner forge, daß dieser nicht unnöthiger Weise ju Grunde gerichtet werde. Bur Rechtfertigung der gangen Arbeit foll ich noch beifügen, daß der Gefetgebungskommission eine Arbeit des frubern

herrn Redaktors überwiesen worden war mit dem bestimmten Auftrage, daß ihr dieselbe als vorläufiger Leitfaden dienen folle. Die Grundideen des vorliegenden Entwurfes find nun eben diejenigen, welche jener Arbeit ebenfalls unterliegen. Dadurch wurde unfer gegenwärtiges Verfahren ungemein simplifizirt. Wir hatten gegenwärtig funf verschiedene Sauptarten von Betreibung und dann noch funf bis fechs abweichende statutarische Bestimmungen im Lande. Wenn man nun diese zehn bis zwölf verschiedenen Betreibungsarten in zwei zusammenzieht, Die einen rechtlichen und philosophischen Trennungsgrund haben, fo glaube ich, es fei für den Augenblick febr viel gewonnen. Ich für meinen Theil habe also die vollkommene Ueberzeugung, daß wenn Gie, Tit., die Sache ju befordern munichen, es zwect: mäßig fein wird, das Eintreten in den Entwurf zu erkennen. Ueber die Wünschbarkeit einer solchen Beforderung erlaube ich mir noch einige Bemerkungen. Wegen ber großen Berfchiebenbeit in der Betreibungsform entsteht ein großer Nachtheil für ben Rredit gemiffer Gegenden, indem man gar nicht gerne Geld Dahin gibt. Zweitens hat man ichon lange nach einem Sandels= gefegbuche verlangt, und es ift ju Entwerfung eines folchen bereits eine Kommiffion niedergefett worden. Diefe Rommiffion hat aber bald einmal gefunden, daß ein folches Sandels= gefet nicht wohl gemacht werden fonne, bis die allgemeine Bafis durch das allgemeine Civilgefet buth über den gewöhnlichen Gelds= tag und über die Betreibung gegeben fei. Alfo hangt auch biefer Wunfch von der Beforderung des allgemeinen Gefet-Also hängt auch buches ab. Ich schließe jum Eintreten.

Manuel. Ich fürchte, unfer Civilgesethuch werde bas Schickfal bes großen Münfters haben. Bekanntlich hat das große Münfter, als es feinen Werkmeister verloren, feinen andern mehr erhalten, indem sich keiner fand, der nach der alten Symmetrie und Anlage das Werk fortsetzen gekonnt hätte, und ba mußte man fich dann begnügen, ein rothes Dachlein darauf zu seinen, welches nun bleiben wird bis an das Ende der Tage. Der Entwurf da ist nun das rothe Dach. Der vorige Werkmeister hat zwar Plane zurückgelassen, die Steine fanden sich behauen vor u. s. w.; aber die nachherigen Werkmeister haben gefürchtet, das es ihrem Ruhme Abbruch thun könnte, wenn sie nach dem frühern Plane arbeiten würden. Allein ihr neues Gebäude gefällt mir nicht. Sch finde, daß die Fenster, durch welche der Schuldner entfliehen fann, vom Boden bis unter's Dach gehen, mahrend die Thuren, durch welche der Gläubiger hinein fann, nicht größer find, als das Loch einer Mäusefalle. Man betrachtet den Gläubiger je länger je mehr als eine Art Raubthier, das Nachts auf Beute geht und dann den Schuldner, als einen friedlichen Staatsburger, in der Nacht aufschreckt durch das Geschrei: der Wolf ift da, der Wolf ift da! Man betrachtet jeden Schuldner als un= glücklichen Marinrer und den Gläubiger als einen Barbaren, vor welchem man jenen nicht genug beschüßen könne. Sch glaube, daß im vorliegenden Entwurfe dieser humanen Ansicht zu sehr Rechnung getragen worden sei, und ich möchte daher das Gebäude nicht aufrichten helfen, bis die Thuren größer und die Fenster kleiner sind. Ich stimme gegen das Eintreten.

Romang, Regierungsstatthalter. Ich fonnte die Beforgnig nicht gang theilen, daß das Alles nur Fenster feien, damit ber Schuldner herausspringen tonne. Man wird bei genauer Prüfung finden, daß auf die Rechte fowohl der Gläubiger, als der Schuldner Bedacht genommen worden ift. Der Ent= wurf wird in mehrern Theilen einer bedeutenden Bereinfachung fähig fein, ohne daß man beghalb die Grundfate andern muß. (Der Redner weist diefes nach.) Ob man mit gang andern Formen viel gewinnen wurde, bas muß ich bezweifeln. Die Sauptsache für den Gläubiger ift, daß nicht der Schuldner von Anhebung der Betreibung hinmeg die in feinen handen befindlichen Bezahlungsmittel bei Seite schaffen könne. In der Regel ift der Schuldner der bedrängte Theil, und die Bahl derjenigen, welche sich im Schuldverhaltniffe befinden, ift weit größer, als die Bahl ber Gläubiger. Es ware alfo unflug, dem Schuldner Diejenigen Erleichterungen, welche ihm ohne Benachtheiligung des Gläubigers gewährt werden können, ju verweigern, weil sonst der Widerstand, die Schuld zu bezahlen, zunehmen würde u. f. w. Ich halte daher den Entwurf des Eintretens werth. Ein solches Gesetz greift ungemein in das Leben des Volkes ein und interciffert Jedermann mehr, als die meisten andern Gesetze, indem dasselbe fast alle Leute in eint oder anderer Stellung berührt. Was nun namentlich für das Eintreten spricht, ist, daß gar wenige Einwendungen über den Entwurf eingekommen sind, und daß auch die Bemerkungen des Advokatenvereines mit keiner Sylbe andeuten, daß man den Entwurf verwerfen solle. Da ich nun keine kompetente Stimme auf Verwerfung habe antragen hören, so stimme ich zum Eintreten.

Taggi, Regierungsrath. Es ist gut, daß einmal etwas vorgelegt wird, damit der Große Rath sich aussprechen kann. Dieses Gesetz soll einer allgemeinen Rlage abhelfen, daß einerfeits die Gläubiger nie zu ihrem Rechte kommen können, und daß andererseits tie Schuldner ungeheure Rosten bezahlen muffen. Allso soll es den Zweck haben, den Gläubigern zu ihrem Rechte ju verhelfen und den Schuldnern unnöthige Roften zu ersparen. Die Grundlage der Arbeit hat sich bereits in einem ältern Projefte vorgefunden; allein dieser altere Projekt ift unter gang andern politischen Umständen gemacht worden, weswegen er nach meinem Dafürhalten nicht gang in die heutigen Berhältniffe past. Damals hatte man noch bas Sportelnsuftem, und bei allen Bewegungen des Gläubigers gegen den Schuldner mußten Sporteln bezahlt werden. Setzt, wo das Sportelnsystem abgeschafft ist, soll auch Alles, was damit zusammenhängt, versschwinden, also ist es nicht mehr nöthig, daß der Gläubiger bei jeder Bewegung gegen den Schuldner zum Richter gehe u. f. w. Noch eine andere Consideration ist damals nach mei= ner Ueberzeugung vorhanden gewesen. Die abgetretene Regierung hat gar gerne den Geschäftsteuten ein gewisses Feld ein= geräumt, auf welchem sich dieselben bei den vielen Formen verfäumen und bei den vielfachen Gebühren ihr Interesse befriedigen konnten, damit fie sich dann um so weniger in höhere Regionen versteigen. Auch diese Rücksicht ist jetzt weggefallen, und also braucht man den Geschäftsleuten nicht mehr so viele Formen vorzuschreiben. Ueberhaupt foll man gegenwärtig fo fehr als möglich auf Einfachheit hinwirken. In dem Projekte find eigentlich die alten Betreibungsformen fast alle beibehalten worden. Run haben alle Betreibungen einen gemeinschaftlichen Punkt, das ist der Punkt der Auspfändung. Bon da an find alle Betreibungen gleich, hingegen die Ginleitungsformen find verschieden, weil die Rechtstitel verschieden sind. (Der Redner tritt näher in diese Materie ein.) Seder Hauptabtheilung von Forderungen würde ich eine befondere Form anweisen, aber von der Auspfändung hinweg Alles gleich machen. Termin will ich geben, so viel man will, es ist aber gegenwärtig nicht mehr so schwierig, Geld aufzunehmen, wie früher, so daß alfo auch die Termine weniger lang zu sein brauchen. Hier ist z. B. noch die Schatzungswarnung beibehalten. Ich febe deren Nugen nicht ein. Bas hat überhaupt die Schatzung im Betreibungs-verfahren für einen Rugen? Ich behaupte, fie demovalisiet die Schäfter und hat unnühe Roften zur Folge. Es ist ja bekannt genug, daß bei der Steigerung die Pfänder auch unter der Schaftung verkauft werden können. Ich mußte wünschen, daß man den Projekt zurückschicke und die Kommission ersuche, einen vereinfachten Entwurf zu bringen.

Schnell, Regierungsrath. Ich will nichts von diesem Projekte, er sieht mir für ein Betreibungsversahren viel zu gesund, dickleibig und frisch aus, ich möchte einen mit weniger rothen Backen. Wenn man unser Betreibungsversahren ändern will, so muß es Rummer eins viel einfacher sein, und Rummer zwei viel weniger kosten. Wenn man das nicht erzwecken kann, so will ich lieber das bisherige beibehalten; den großen Kosten kann man dann durch einen Tarif abhelsen. Als der erste Projekt des frühern Herrn Redaktors erschienen war, sagte ich bereits zu ihm: das sei ordentlich dick. Er sagte: ia, was wollt ihr? man hat mir limites gesetzt, die ich nicht überschreiten durste; wenn ich srei gewesen wäre, so würde ich es anders gemacht haben. Später sagte er mir, wenn er es setzt zu machen hätte, so würde er es noch ganz anders machen. Der gegenwärtige Entwurf ist nicht nur nicht kurz, sondern der Albschnitt vom Gantversahren hat allein 27 Paragraphen mehr als im erstern Projekte waren. Der Grundsat, den ich

möchte, ist ungefähr der im Kanton Nargau angenommene, wo man die Betreibungen durch die Weibel machen läßt und dann die geschickten und rechtschaffenen Rechtsagenten zu Betreibungs- weibeln macht. Dieß gibt einen sehr einsachen und wenig kostbaren Prozeß. Das ist, was uns noth thut, wenn wir etwas Neues wollen. Sch will also auf den gegenwärtigen Projekt nicht eintreten. Entweder einen ganz andern Grundsatz, sonst aber würde mich die Zeit reuen, die man auf fernere Diskussionen rückschlich dieses Gegenstandes verwenden wollte.

Taggi, Oberrichter. Mir ist es auch so gegangen, daß ich den Projekt zu dick gefunden habe. Sch habe mir vorge= stellt, eine Revision geschehe für den Fortschritt. Ich bezweifle nun die guten Absichten der Kommission nicht, ich möchte auch nicht in Abrede stellen, daß nicht manche Berbesserung in ihrer Arbeit enthalten fei; aber fie ift von einem unrichtigen Gesichtspunkte ausgegangen und will dem Schuldner allzusehr Rechnung tragen. Wenn mir Jemand bis über's Sahr eine Summe Geld leiht, so soll er dann, wenn das Jahr verstoffen ist, das Recht haben, sein Geld zurückzuerhalten. Im gemeinen Leben verspricht gar Mancher, der Geld schuldig ist, in acht Tagen zu bezahlen, und hat nie daran gedacht, es zu thun. Mancher verpflichtet sich sogar schriftlich, und thut es doch nicht. Diese Sorglosigfeit der Schuldner macht dann, daß sie am Ende in große Kosten gerathen. Man liedt ja Gantsteigerungen im Amtsblatte für fünf Baken, wo die bloße Publikation 15 Baken koftet. Die Nothwendigkeit der Revision ift nun aus der Unzweckmäßigkeit der alten Bestimmungen hervorgegangen; daher ist es auffallend, daß der Entwurf nicht etwas ganz Anderes bringt. Wenn das Gesetz so ist, daß der Schuldner weiß, daß der Gläubiger prompte Bezahlung von ihm fordern kann, so wird er es nicht zur Betreibung kommen lassen, sondern seine Vorkehren vorher treffen, wenn anders er ein rechtlicher Mann ift. Gar viele Gläubiger betreiben ihre Schuldner aus Noth, weil sie ihr Geld durchaus haben muffen; Sedermann aber foll halten, was er verspricht. Es fann freilich Falle geben, wo einer bei'm besten Willen nicht bezahlen fann; aber in diesem Falle wird er wohl etwa Nachsicht finden bei'm Gläusbiger oder bei guten Freunden Hülfe. Nur soll doch der Gläus biger nicht verpflichtet fein, fo lange zu warten, als es bem Schuldner belieben mag. Ohne nun weitläufiger einzutreten, will ich bloß bemerken, daß nach meiner Ansicht dieser Entwurf zwar einige Vorzüge vor den alten Bestimmungen hat, aber doch nicht diesenigen, welche man erwartete. Ich bin völlig der Ansicht des Herrn Regierungsraths Schnell, die Betreibung den Weibeln zu übergeben; auch foll nächstens ein Anzug um Aufhebung der Algenten fommen, was dann sicher eine interessante Diskussion geben wird. Ich trage darauf an, daß in den Entwurf nicht eingetreten werde, sondern daß man die Kommission ersuche, später einen andern und einfachern vorzulegen.

Stettler. Juft, damit es nicht gehe, wie mit dem großen Münster, möchte ich in den Entwurf eintreten. Warum ift das Münfter nicht ausgebaut worden? Weil der Baumeifter beim Baue heruntergefallen war, und Niemand feinen Plan wußte. Wir bauen nun bereits zwanzig Sabre lang an unferer Gefetgebung, find aber fo glücklich, die frühere Grundlage bes erften Baumeisters noch ju besitzen. Damit nun die gegenwärtigen Baumeister, welche jum Theil fchon früher an dem Werke mitgewirft haben, ihre Rrafte noch benuten fonnen, um den Bau in Uebereinstimmung mit feinen frühern Unfängen auszubauen, möchte ich die Sache nicht herausschieben. Man hat gesagt, der jekige Prozes sei sehre kostbar, und auch der vorliegende Entwurf leide an diesem Fehler. Das gehört aber nicht hieher, fondern in den Emolumententarif, welcher der Revision unstreitig bedarf. Man hat gesagt, es sei früher System gewesen, den Algenten u. s. w. viele Gebühren zuzuschanzen, damit sie sich nicht in höhere Regionen versteigen, fondern sich mit dem Betreibungsfache begnügen. Das glaube ich nicht. Der jetige Prozes gründet sich auf die Gerichtssatzung, und damals war die Regierung die reichste im Lande und hatte gewiß so gern als irgend ein Private einen möglichst wohlfeilen Projeg, um ihre Schulden einzutreiben. Man hat daber diefen Prozef fo gut gemacht, als man es verftanden hat. Ein Beweis bievon ift die Sypothekarordnung. Die Regierung hatte Diefe

auch absichtlich schlecht machen können, wenn es ihr darum ju thun gewesen wäre, den Agenten Bortheile zuzuschanzen. Wenn man glaubt, unser Betreibungsprozeß lasse sich vereinfachen, so wird das Sedermann wünschen. Ganz gewiß muß man fur den Schuldner auch forgen und nicht blog für den Gläubiger, und in unserm Lande ift das namentlich wichtig. Auf das Ungefähre hin, ob man denn wirklich etwas Befferes bringen werde, diefes da zu verwerfen, schiene mir etwas bedenklich. Es ware auch fehr gewagt, wenn man von vorne herein fagen würde: wir wollen ein durchaus neues Verfahren, das von den jetzigen Prinzipien, an die das Volk gewöhnt ift, gänzlich abweicht. Michts greift so in das burgerliche Leben ein, als das Betreibungsverfahren. Bevor man also erklärt, das bisherige Berfahren gänzlich aufzugeben, sollte man und zeigen können, was man Befferes an deffen Stelle zu feken habe. Daher wäre es vielleicht sicherer gewesen, wenn man und gleich jeht zwei Pro-jefte vorgelegt haben wurde. Wir haben aber bas Glück, sowohl den Herrn Redaktor des erstern Entwurfes, als auch denjenigen des vorliegenden zu befigen. Darum ftelle ich den Antrag, zwar heute bas Eintreten im Allgemeinen zu erkennen, damit der Entwurf nicht von vorne herein verworfen werde, aber dann die Gesetzebungskommission zu beauftragen, sie solle den frühern herrn Redaftor, welcher feinem Werke gewiß gerne Die Krone auffeten wird, ersuchen, einen zweiten Entwurf nach einfachern Pringipien und mit einem fchnellern Gange zu bringen, wobei man ihm gang freie Sand laffen wurde. Alsdann fann man feben, was und beffer gefallen wird, der vorliegende oder aber der zweite Entwurf.

von Graffenried. Bon verschiedenen Seiten find bereits gegen den Entwurf Bedenken erhoben und Mängel demfelben vorgehalten worden. Allein Niemand hat den Grundfat angefochten, von welchem der Herr Rapporteur gefagt hat, daß einzig, wenn diefer Grundfat nicht gefalle, das Nichteintreten gerechtfertigt ware. Wenn nun diefer Grundfat nicht angefochten wird, und man die einzelnen Spezialitäten nachher bei ber eigentlichen Berathung berücksichtigen fann, fo scheint es mir gewagt, bloß dieser Einzelnheiten wegen nicht einzutreten. Der Antrag des Herrn Stettler, zwar das Eintreten zu beschließen, aber zugleich einen zweiten Entwurf zu fordern, scheint mir etwas sonderbar. Man mußte doch wissen, auf welche Basis dieser zweite Entwurf gegründet werden soll. Es ift der allgemeine Wunsch, daß bas Betreibungsverfahren einfacher und wohlfeiler ware. Einige herren Praopinanten finden nun, daß diesem Bunfche in dem Entwurfe nicht gehörig Rechnung getragen fei. Dieß kann dann bei den einzelnen SS. zur Sprache fommen. Ich will mich daber ebenfalls nicht mit nabern Betrachtungen über Spezialitäten aufhalten und stimme daher ein= fach jum Gintreten.

Ich weiß nicht, ob der jetige Augenblick der rechte Sela. um die Frage zu erheben, ob der Theil des bernerifchen Civilprozesses, über deffen Eintreten wir berathen, im Falle feiner Annahme auch auf den Leberberg angewendet werden foll. Sch will mich dießmal vorsehen, fonst könnte man mir erwiedern, wie dieß vor drei Jahren, bei Anlag eines andern Gefetzes, gefchah, als ich nach deffen Annahme diefelbe Frage stellte : "meine Bemerfung fomme ju fpat." Ich verlange da= her, daß, im Falle der Annahme dieses Entwurfs, derselbe nicht auf den Leberberg angewendet werde. Wir befolgen in diesem Kantonstheil das französische Civilgesetzbuch und den französischen Civilprozeß. Ich bezweifle nicht, daß Mehrere meiner herren Kollegen mit mir die Beibehaltung Diefer beiden Gefetbucher verlangen werden, aus dem Grunde, weil sie für uns besser passen, als die bernerische Gesetzgebung. Der S. 84 des bernerischen Civilprozesses ift gang zu Gunften bes betrügerischen Schuldners, der von einem rechtlichen Gläubiger betrieben wird. Sch mache biefe Bemerkung keineswegs aus Vorliebe für das, was aus Frankreich, und aus Antipathie für das, was aus der Schweiz fommt. Gewiß nicht, allein wir haben des Gemisches der beiden Gefehgebungen schon genug. Diefes Gemifch verursacht uns viele Schwierigkeiten, theils ber Widersprüche, theils ber Berwicklung der gesetzlichen Bestimmungen wegen, — Schwiezrigkeiten, die dann in unser öffentliches und in unser Privatleben eingreifen.

Vermeille. Ich unterstütze den Antrag des herrn Präsopinanten und bringe der Bersammlung die im Uebergangsgessetze enthaltenen Versprechungen in Erinnerung. Dieselben lauten: "auf die besondern, auf Dertlichkeiten und eigene Verhältnisse sich beziehenden Wünsche, wie diesenigen, welche die Stadt Biel in ihrem zu Protofoll gegebenen Antrage, so wie die Behörden von Neuenstadt, das Laufenthal, die Landschaft Saanen und andere geäußert haben, die Wünsche des neuen Theils des Kantons, betreffend die Hersellung der frühern Livilgesetze und der Eivilprozessom, Revision der Administrativprozessom, des Gesetze über den Ackerbau u. s. w., vor Allem dann die in dem Amte Pruntrut und dem französischen Kriminalgesetze — sollwen vingend verlangte Ausschaug der Verordnung vom 19. Februar 1823, und die Einführung der frühern Kriminalgesetze — sollen vom Großen Rathe gehörig gewürdigt und so weit möglich bezrücksichtigt werden. Sie können sich, Tit., nicht weigern, diese Vorschriften zu berücksichtigen. Der vorige Redner hat Ihnen die Nothwendigkeit der Beibehaltung der französischen Gesetzgebung im Leberberg auf eine hinreichende Weise angesdeutet; ich brauche nichts weiter beizufügen.

Blumenftein. Der hauptzweck der Betreibung fann fein anderer fein, als zu machen, daß der Gläubiger zur Bezahlung gelange. Als untergeordneter Zwed fann hier aber noch mancherlei in Betracht tommen, fo z. B., daß es weniger kofte, und daß der Schuldner nicht überstürzt werde. Dieses Lettere muß im Interesse des Gläubigers felbst verhütet werden, obgleich dieser es manchmal nicht einsieht. Db nun dieser Entwurf dem entspreche, mochte ich bezweifeln. Will man, daß das Betreibungsverfahren weniger koste, so mussen die Schritte in der Betreibung vermindert werden. Glaube man ja nicht, daß nach dem gegenwärtigen Tarife die Geschäftsmänner, welche sich mit der Betreibung abgeben, etwa zu gunftig bedacht feien. Sch habe Gelegenbeit gehabt, mich zu überzeugen, daß bei vielen Betreibungstosten wenigstens zwei Drittel baare Auslagen von Seite der Geschäftsmänner sind, und daß dieselben faum einen Drittel für ihre Bemühungen haben, von welchem Drittel mancher Geschäftsmann erft noch vielleicht die Salfte verlieren muß u. f. w., fo daß alfo diesenigen herren im Brrthum find, welche glauben, daß die Gefchäftsmanner gegenwärtig gar viel verdienen. Allein der Schuldner fann durch Abfürzung der Schritte und durch hinlängliche Termine erleichtert werden, und ich glaube, daß es möglich fei, eine folche Betreibungsform zu finden, wo diese Erleichterungen gewährt werden können, ohne doch dadurch das Interesse des Gläubigers zu beeinträchtigen. Ich trage also darauf an, in den Entwurf nicht einzutreten, sondern der Rom-mission aufzutragen, daß sie einen neuen, im abfürzenden Sinne bearbeiteten Projekt bringe. Im Allgemeinen verdient die Kommission gewiß Lob für die gehabte Mühe, und ihre Arbeit ist nicht ohne Berdienst, benn der Entwurf ist besser, als der bisherige Prozeß, und bestimmter.

von Tillier, Alt = Landammann. Ich will mit dem gleichen Bilde anfangen, mit welchem die heutige Diskuffion angefangen hat. Warum konnte der hiefige Thurmbau feine Beendigung nicht finden? Weil man nach einer forgfältigen Untersuchung sah, daß die Fundamente nicht hinlänglich waren. Das ift nun auf den heutigen Tag nicht der Fall, sondern die Grundlage unferer gegenwärtigen Civilgesetzgebung bat fich bereits mahrend eines großen Zeitraumes ziemlich bewährt, und es bat fich gezeigt, daß ein großer Theil der anfangs gehegten Beforgniffe ungegrundet mar. Allfo fteben wir jett auf einer foliden Grundlage, und es wird also möglich sein, auf dieser Grundslage das Werk zu vollenden. Ich habe einen einzigen Einwurf gegen den Projekt gehört, der ein zerstörliches Hinderniß auf feine Behandlung werfen fonnte, nämlich berjenige bes herrn Regierungsraths Schnell. Alle übrigen Ginwürfe find bereits im gremium der Kommiffion felbst vorgekommen, denn naturlich waren auch da verschiedene Ansichten, und namentlich sind vom Präfidium die von den herren Regierungsrath Jaggi, Oberrichter Jaggi, Regierungsrath Schnell u. f. w. ausgesprochenen Ansichten ebenfalls geäußert worden. Hier und da war ich in der Minderheit, und wenn es mir also um Rechthaberei zu thun wäre, so würde ich auch jest mit diesen Herren zum Nichteintreten stimmen. Aber eben, um den Inkondenienzen

abzuhelfen, gibt es kein einfacheres Mittel, als diesen Entwurf zu behandeln. Man muß sich hiebei in Acht nehmen gegen eine Art von Versuchung, der man sehr leicht ausgesetzt ist, wenn größere Gefete behandelt werden follen. Wenn man da irgend etwas an einem folchen Entwurfe auszuseten findet, fo fühlt man sich eben versucht, lieber gar nicht einzutreten. Gegen diese Bersuchung muß sich mabrhaftig Jeder mehr oder weniger maffnen, benn mit dem beständigen Aufschieben gerade der wichtigsten gesetgeberischen Arbeiten ware dem Lande nicht geholfen. Ueberall wünscht man eine Berbesserung des gegen-wärtigen Berfahrens und zwar eine baldige. Bereits der herr Rapporteur hat gezeigt, daß namentlich auch ein handelsgeset= buch erst dann bearbeitet werden könne, wenn das allgemeine Eivilgesetzbuch vollendet sei. In diesem Handelsgesetzbuche wird dann hauptsächlich auf die Gläubiger Rücksicht genommen werben muffen, indem Gläubiger, welche in industriellen Geschäften sind, darauf muffen zählen können, ihr Geld zur bestimmten Zeit zu erhalten. Die Bedurfnisse des industriellen Theiles unseres Bolkes find in dieser Beziehung ganz verschieden von den Bedürfniffen des andern Theiles, und wenn man die Bedürfnisse des erftern in einem Gesethuche für das ganze Land ganglich befriedigen wollte, fo muffte ein folches Gesethuch für ben nichtinduftriellen Theil bes Landes außerft brudent werben. Wenn Sie nun alfo bedenken, Tit., daß ein besonderes Sandels-gesethuch für die Bedurfnisse des industriellen Theiles sorgen foll; so wird wohl ein großer Theil der gegen diesen Projett erhobenen Einwürfe dahinfallen. Ich halte dafür, daß wir allseitig weit eher zum Zwecke kommen werden, wenn wir den Entwurf umftändlich berathen, als wenn wir ihn wegschicken, indem alsdann allen Wünschen um so eher Rechnung getragen werden fann, als diefer Theil der Gefetgebung nur ein Mgavegat praftischer Erfahrungen ift. Der Entwurf mar dem Publifum mitgetheilt; bennoch find nur fehr wenige Bemerkungen, jum Theil von einzelnen Rechtsgelehrten, jum Theil vom Advokatenverein gemacht worden, aber nur gegen einzelne Cakungen, nicht aber gegen bas Bange. Alfo fann die Gefetgebungstommission fagen, daß die öffentliche Meinung den Entwurf im Allgemeinen tacite gebilligt habe. 3ch giebe baber ben Schluß, daß der Große Rath das Eintreten erfenne, die Behandlung felbst aber auf eine geeignete Wintersitzung verschieben möge. Was die lette Bemerkung einiger Mitglieder aus dem Leberberge betrifft, so ist es nicht der Fall, diese bei der Eintretensstrage zu behandeln, sondern das wird dann zweckmäßiger bei Berathung des Promulgationsdekretes geschehen.

Wehren. Es liegt ganz gewiß im allgemeinen Interesse, daß einmal dieser Theil der Eivilgesetzgebung verbessert werde. Darum möchte ich den Entwurf nicht geradezu von der Hand weisen, denn sonst werden wir noch lange nicht zum Zwecke gelangen. Es ist hinlänglich dargethan worden, daß man eint und andern Punkt abändern könne, um das Verfahren wesentlich zu verkürzen. Ganz sicher muß man einen Unterscheid machen im Verfahren sullgemeinen. In letzerer Hinlicht ist den gewöhnlichen Verkehr im Allgemeinen. In letzerer Hinsicht ist hauptsächlich der Mittelstand zu berücksichtzen, daß er nicht werdestürzt werde; denn wenn ein harter Gläubiger zu viel Spielraum hat und dann einen Schuldner auf die Gasse dringt, so muß die Gemeinde diesen erhalten. Ich trage also dahin an, im Allgemeinen in den Entwurf einzutreten, aber in dem Sinne, daß nach den gefallenen Ansichten das Versahren wenizger kostspielig und einfacher werde, ohne jedoch dem Zwecke der Betreibung zu nahe zu treten.

Koch, Regierungsrath. Als ich die gegenwärtige Distuffion mit einem Thurm anfangen hörte, glaubte ich, man wolle warnen vor dem Thurm zu Babel. Die Vergleichung mit dem Baumeister des hiesigen Thurmes ist aber nicht ganz passend, Derfelbe ist zu Tode gefallen, hingegen der Baumeister unserer gegenwärtigen Arbeit ist Gottlob gesund und wohl. Er hat sich der Fortsetzung der Arbeit entschlagen, was ich sehr des dauere. Indessen hat Dersenige, welcher setzt die Ehre dat, zu rapportiren, von Ansang an die Ehre gehabt, Handlanger jenes Baumeisters zu sein, so daß also der frühere Plan bekannt genug ist. Das Alles zusemmen sind insoserne teine

Gründe und Niemand mehr als ich hatte gewunscht, bag ber erfte herr Redaktor sein Werk vollendet haben möchte; da er aber dieß aus mir unbekannten Gründen nicht gewollt hat, so muffen wir jett fonft seben, daß wir zu Etwas gelangen. Aus der Diskuffion hat es mir nicht geschienen, daß triftige und radikale Einwürfe gegen den Projekt vorhanden feien. Es find zwar heute verschiedene abweichende Antrage gemacht worden, denen ich perfonlich beistimme, indem die angefochtenen Punkte jum Theil meiner Ansicht zuwider in den Projekt gekommen Wenn ich dann einst als Mitglied dieser Versammlung zu stimmen habe, so werde ich zu manchen Beränderungen selbst stimmen, allein heute soll ich als Rapporteur der Gesetzgebungskommission die Ansicht der Mehrheit entwickeln. Ich muß vorerst bitten, zu bedenken, daß mit einem bloß allgemeis nen Tadel: "es gefällt mir nicht", nichts gemacht ift; man muß fagen, welche Gliederungen und warum dieselben einem nicht gefallen. Es ist ausgesprochen worden, man wünsche eine einfachere Betreibungssorm u. f. w. Ich theile nun die Meinung vollkommen, daß die Perfonen, welche die Betreisbungen führen, davob nicht reich werden; wenn also eine Betreibungsform weniger kostspielig fein foll, so muffen die Schritte vermindert werden; je mehr man aber diese vermindert und die Formen verfürzt; desto nachtheiliger ist das für den Schuld= ner. Ich habe aber bereits in meinem Eingangsrapporte ge= zeigt, daß es eine der wichtigsten Sachen sei, die Interessen des Gläubigers und des Schuldners wohl gegen einander abzuwagen. Damit nun aber die Rommiffion wiffe, welche Schritte aus dem Entwurfe gestrichen werden follen, muffen Sie, Tit., in den Entwurf eintreten, wo Sie dann bei der artifelweisen Berathung Ihren Willen aussprechen können. Ebenso verhält es sich mit andern in der Diskussion laut gewordenen Wünschen. Ueber diese kann sich die Versammlung erst bei der artikelweifen Diskuffion mit Bestimmtheit aussprechen; wenn Sie aber nicht eintreten, so kann die Kommission nicht wissen, welche Unsichten die Mehrheit darüber hat. (Der Redner weist dieß an einzelnen Beispielen nach.) Was denn hinsichtlich des frühern Sportelnsuftems gefagt worden ift, so konnte ich dem betreffenden herrn Praopinanten unmöglich beistimmen. Sie muffen bedenken, Tit,, daß die Aenderungen in der Denkungsart der Bölker successiv sind. Nun ist es eine Eigenheit aller Völker auf der untersten Kulturstuse, daß sie ein großes Gewicht auf eine Menge Förmlichkeiten legen, so bei'm Gerichtswesen, bei'm Kultus, bei Verträgen u. s. un diese Formen knüpfen sie Gültigkeit der Sachen. Das hat einen moralischen Grund, indem man mit mehr Ueberlegung und Ernft eine handlung verrichtet, wenn sie mit großen Förmlichkeiten verknüpft ist. Auf einer höhern Rulturstufe fallen diefe Formen allmälig weg. Go waren bei und eine Menge Formlichkeiten vorgeschrieben, die durchaus nothwendig waren zur Gültigkeit einer gerichtlichen Verhandlung. Man mußte zuerst das Gericht ausrufen, Wind und Wetter theilen, das Gericht bannen u. f. w. u. f. w. -Unfere Vorfahren haben hieran gehangen; ich hänge nicht baran. Aber daß unsere Vorfahren nicht auf der gleichen Stufe gestan= den, wie wir jetzt, das foll ihnen Niemand zum Vorwurfe machen. Die alte Regierung hatte gewiß viel reichhaltigere Einkunftsquellen als die Sporteln, so daß also gewiß die Ansicht des erwähnten herrn Praopinanten nicht zuläßig erscheint. Das Sportelnfustem liegt ficher nicht in der Abficht Diefes Gefetes; aber gesetzt auch, wollt Ihr dann wegen eint oder andern über= fluffigen Aftes ben gangen Baum umhauen? Schneidet in der artikelweisen Diskussion das Ueberflüssige weg, aber verwerfet nicht von vorne herein das Gange. Man hat gefagt, es feien da 27 Satzungen mehr als im ursprünglichen Projekte des frühern herrn Redaktors. Wenn diefe 27 Sabungen überflüffig find, fo ichneidet dann wiederum das Ueberfluffige weg, find fie aber nicht überflüssig, so ist diese Vermehrung wohl auch kein Rachtheil. Um aber dieses zu beurtheilen, mussen wir in die Behandlung eintreten. Der Vorwurf der allzugroßen Weit= täungkeit übrigens ift und bei folden Arbeiten jederzeit gemacht worden. Wir pflegten dann ju antworten : fo fchneidet das Ueberflüssige weg. Allein bei der wirklichen Berathung geschah vieses in der Regel nicht nur nicht, fondern wir erhielten meiftens den Auftrag, noch mehr hinzugufügen. Es ift alfo in jeber Rudficht zwedmäßiger, in Die Behandlung einzutreten,

als nicht einzutreten. Ich wiederhole hierbei, daß ich mahr= scheinlich selbst zu einigen Abanderungen stimmen werde, aber hierfür muffen wir eben eintreten. Soviel über die in's Einjelne gehenden Einwürfe. Bon den gefallenen allgemeinen Unsichten ist die hauptsächlichste die, das dieser Projekt zu vor-theilhaft für den Schuldner sei. Man hat dabei freisich gesagt, es sei ja ohnehin nicht das Interesse des Gläubigers, den Schuldner unnöthiger Beife zu überfturgen, und diefer Lettere sei doch überdies verpfichtet, zu bezahlen. Allein wer sieht, wie es in der Welt zugeht, weiß, daß zum Theil Leidenschaften, zum Theil das Privatinteresse die Menschen in ihren Sandlungen leiten. Wenn nun ein Schuldner das Unglud hat, feinem Gläubiger in einem gegebenen Momente zu mißfallen, fo fann vielleicht der Gläubiger "es ihm eintreiben" wollen und den Mann, der vielleicht nicht arm ist, aber nur im gegebenen Momente nicht baares Geld hat, von Haus und Hof bringen. Ich habe bereits gezeigt, daß man in einem Lande, wo viele disponible Kapitalien sind, die Vortheile für den Gläubiger viel weiter treiben kann; aber wo Ackerbau und Viehzucht die vors herrschende Beschäftigung ist, und wo der Landmann seine Losung nur in einer Zeit des Jahres erhält, — in einem solchen Lande muß man nicht der Chikane Thür und Thor aufthun, sondern mit einiger Mäßigung zu Werke gehen, damit der Schuldner sich doch kehren könne. Ich habe mir häusig sagen laffen, daß in unfern Berglandern mancher reiche Mann fei, der außer im Herbste vielleicht nur wenige Duplonen baares Geld im Troge habe. Dieses ist so richtig, daß man selbst in der Staatsadministration hierauf außerordentlich Rücksicht nimmt. Frage man bei der Salzhandlung, wie erstaunliche Rücksicht man für die Bergländer haben muß, weil die Leute daselbst während der größten Zeit des Jahres fein baares Geld haben. Wenn alfo der Gläubiger gegen feinen Schuldner rücksichtslos zufahren wollte und könnte, so würde dort keine große Zufrie-denheit daraus entstehen. Zweitens gibt es eine Klasse von Menschen, die man Wacherer nennt. Wenn diese wissen, daß ein Mann auf der Neige oder in der Bedrängnif ift, so suchen sie ihn zu verleiten, daß er bei ihnen zu ungeheuern Zinsen Geld entlehne, und wenn er dann nicht punktlich bezahlen kann, fo betreiben fie ihn und reifen fein Eigenthum um ein Spott-geld an fich. Alfo foll fich der Gefetgeber wohl huten, daß er nicht fein Volk folchen Gefahren aussetze. Die Geschichte lehrt, daß, wenn in einem Lande die Betreibungsgefete ju ftreng waren, und die reichen Klassen gegen die Armen ein hartes Berfahren ausüben konnten, es jedes Mal mit einer Revolution geendet hat. Denn wo es nur zwei Klassen gibt, ganz Reiche und gang Arme, und wo dann diese von jenen gedrückt werden, so gerathen sie natürlich in Verzweiflung und machen eine Umwälzung, wobei der Reiche herunterkömmt, und der Arme nicht hinauf. Dieß muß namentlich in einer Republik ebenfalls beachtet werden. Das Vorhandensein einer großen Maffe armer Leute gegenüber wenigen Reichen macht fein Land glücklich; wohl aber ist es ein zahlreicher Mittelstand, was man in jedem, namentlich republikanischen, Staate zu Erhaltung des Gleichzewichtes wünschen muß. Ganz Arme haben selten ein wahres Gefühl von Freiheit, weil fie fich in allzugedrückten Berhältniffen befinden; gang Reiche aber haben die Tendenz zur Uebermacht; darum liegt nur in einem wohlhabenden Mittel= stande die Rraft der Republik. Wenn man nun aber in den Entwurf nicht eintreten will, weil er zu fehr den Schuldner begünstige; so zeige man zuerst — wie so. Hierfür aber muß man eintreten, denn dieses ist der einzige Schlüssel und Weg, um alle ausgesprochenen Wünsche zu erfüllen. Gine einzige Bemerkung scheint das Eintreten unmöglich zu machen, nämlich diejenige des Herrn Regierungsraths Schnell; denn wenn man fagt, man wolle die Betreibungen lediglich durch die Weibel machen lassen, so hat das anfänglich den Anschein, daß dann allerdings alle diese Formen da nicht passen. Wenn Sie aber auch die Betreibung durch die Weibel machen lassen, so frage ich: follen diese hierbei verfahren können, wie sie wollen? Goll ber Weibel ben Schuldner auspfänden, austreiben können ohne alle Formen? Das, Sit., werden Sie nicht wollen, sondern der Weibel ist dann nichts Anderes, als was jetzt der betreisbende Rechtsagent ist; also müssen immer Formen da sein. Somit hängt die Frage des Eintretens oder Nichteintvetens

einzig davon ab, ob Gie für alle Arten von Schulden die namliche Betreibungsart wollen. Da nun diese Unsicht von Diemandem ausgesprochen worden ist, so wird gewiß durch das Nichteintreten gar nichts gewonnen. Die Ansicht des Herrn Regierungsraths Schnell ist in unserm Lande schon vor Zeiten in praxi gewefen ; denn in den Landgerichten haben die Standesweibel von Bern früher das Recht der Betreibung gehabt, aber sie waren bezüglich auf die Form den gleichen Vorschriften unterworfen, wie jeder Andere, der Betreibungen führte. Schon während der Mediation hat man diese Sdee realistren wollen, indem für jedes Umt ein Umtsschuldenbot und für den gangen Kanton ein Zentralschuldenprofurator aufgestellt war. Bleibt man bei den Rechtsagenten, so kann dann jeder Gläubiger benjenigen Mann unter ihnen wählen, zu welchem er Zutrauen hat; hingegen nach dem Systeme des Herrn Regiegierungsraths Schnell würde dann irgend eine Behörde dem Publikum vorschreiben, ju wem es Butrauen haben muffe. Und wenn dann diefer Beibel unfähig u. f. w. ift und auf diese Weise einen Staatsbürger in Schaden bringt, wer wird dann diesen Schaden tragen? Wir haben diese Sache schon unter der frühern Gesetzgebungskommission des Langen und Breiten diskutirt und namentlich auch aus folgendem Grunde das Institut der Rechtsagenten vorgezogen. Nämlich: der Beibel ift eine Gerichtsperson; er soll also nicht die Interessen der einen Partei gegenüber der andern beforgen, fondern als unparteiische Person dastehen. Diese Stellung würde nun ganz verrückt, wenn man den Weibeln die Betreibungen übergäbe. In Zürich hat man einen Zentralschuldenbetreiber, der dann aber mit Geschäften ungeheuer überladen ift, und wo es den entfernter Wohnenden gewiß sehr unbequem sein muß, für iedes Geschäft nach Zürich zu gehen. So etwas wäre für uns gang unpassend. Diefe Sachen find gewiß schon früher mannig= fach beherzigt worden, und am Ende muß man fich überzeugen, daß immer wieder ein-Betreibungsverfahren aufgestellt werden müßte, so daß also selbst die Ansicht des Herrn Regierungsraths Schnell das Eintreten in den Entwurf nicht absolut hindert. Es ist in der Umfrage serner eine Meinung dahin gefallen, daß man den ehemaligen Herrn Redaktor ersuche, zu diesem Entwurfe noch einen zweiten zu machen. Ich vermuthe, und zwar aus Gründen, Herr Professor Schnell werde sich damit nicht befassen wollen, denn er hat schon früher wohl gewußt, daß er dem gangen Lande einen großen Dienst leisten konnte, wenn er fich mit dieser Arbeit ferner befast hatte. Es wird indessen von Ihnen, Tit., abhangen, ob sie der Gesetzgebungskommission einen solchen Auftrag geben wollen. Es handelt sich heute bloß darum: will man eintreten oder nicht? Treten Sie nicht ein, so ist dieß eine Zurückweisung der Sache an die Gesetzgebungskommiffion; ich bin aber überzeugt, daß es besser ist, einzutreten. Zwar hatte ich ein Intereffe, gegen bas Eintreten ju stimmen. Ich halte mich nämlich darum für verpflichtet, in dieser Angelegenheit zu rapportiven, weil ich die Arbeit redigirt habe. Nun rechne ich es mir zwar zur Ehre an, hier ju rapportiren, aber nicht jum Spaß; fomit mare mir eine große Last abgenommen, wenn man nicht eintreten wollte, indem sich dann jemand Anderes sowohl mit der neuen Redaktion als mit bem Rapporte befassen mußte, weil ich bekanntlich ieht gang andere Arbeiten bekommen habe, neben welchen es mir unmöglich wäre, eine so wichtige Gesetzedaktion zu machen. Ich schließe indessen aus angebrachten Gründen und mit voller Ueberzeugung zum Eintreten. Bezüglich auf das von Herrn Selg gestellte Begehren ist bereits geantwortet wor-den, daß erst bei Berathung des Promulgationsdefretes dabon die Rede fein fonnte.

Herr Landammann, um seine Meinung gefragt. Ja, Sit., da haben Sie mich überfragt; ich bin nicht von den glücklichen Leuten, welche Alles wissen, ohne es gelernt zu haben. Das ist eine schwierige Materie, wo wirkliche positive Kenntnisse dazu ersordert werden. Ich muß es also machen, wie wahrscheinlich Viele von Ihnen, Sit., d. h. ich muß mich an die Meinung anschließen, welche mir als die wahrste und beste erschienen ist. Ich habe mit dem frühern Redaktor viel darüber geredet, und zu seiner Entschuldigung kann ich sagen, daß er sich dieser Arbeit entschlagen hat, weil er überhaupt das Ganze anders gemacht haben würde, wenn er von Ansang freie Hand gehabt hätte. Ob nun die Arbeit, welche derselbe im Sinne hatte, in Verzleichung mit der vorliegenden Vortheile hat oder nicht, das kann ich nur vermöge meines Jutrauens zu der betressenden Person beurtheilen, und so möchte ich also Ihrem Entschlusse vorgreisen. Auf seden Fall wäre es nicht am Plaze, der Gesetzebungskommission gleichsam Misstrauen zu zeigen, indem man ihr auftrüge, noch Zemanden zu einer weitern Arbeit beizuziehen.

Abstimmung.

Ueberhaupt	(einzutre	ten	•		•	38	Stimmen.
Dagegen			•			•	77	23

Ein Vortrag des Finanzdepartements über einen Waldtheilungsvertrag mit der Gemeinde Grandval, Amtsbezirks Münster, wird ohne Diskussion durch's Handmehr genehmigt.

Auf daherige Borträge der Polizeisektion wird folgenden Naturalisationsbegehren entsprochen:

- 1) Des herrn von Blonan, von Bivis, welchem bas Bitrgerrecht der Stadt Biel zugesichert ist, mit 102 gegen 5 Stimmen.
- 2) Des herrn Vallet, aus Frankreich, mit der Bürgerrechtszusicherung der Gemeinde Courchavon, Amtsbezirks Pruntrut, mit 82 gegen 14 Stimmen.
- 3) Des herrn Alex. Striensky, aus Polen, mit ber Burgervechtszusicherung ber Gemeinde Pleujoufe, mit 80 gegen 17 Stimmen.

Bahl eines Mitgliedes in's Baudepartement an die Stelle des in periodischen Austritt fallenden herrn Werkmeisters Ofterrieth.

Vorgeschlagen sind: die Herren Werkmeister Ofterrieth und Professor Isenschmid. Von 116 Stimmen erhalten im ersten Skrutinium:

Herr	Werkmeist								90
75	alt=Regiert	ıngsst	atth	alter	Geiler	,		,	12
20	Major St	bold							9
"	Frottet								4
77	Isenschmid				•				3
	u. f. n	v.							

Erwählt ift somit herr Werfmeifter Ofterrieth.

(Schluß der Sitzung nach 2 Uhr.)

Verhandlungen

Großen Rathes der Republik Bern.

Ordentliche Sommerstung. Erste Halfte, 1838.

(Micht offiziell.)

Sechste Situng.

Samftag ben 12. Mai 1838. (Morgens um 9 Uhr.)

Prafident: herr Landammann 3. Schnell.

Nach dem Namensaufrufe und nach Genehmigung bes Protofolls macht der Herr Landammann, als Präsident mehrerer Großrathskommissionen, der Versammlung folgende Unzeigen:

Sie werden sich erinnern, Tit., daß Sie in der vorigen Seffion in Betreff der Rafernenbau-Angelegenheit eine Rommiffion niedergefett haben. Diefelbe hat dem erhaltenen Auf trage gemäß die Sache berathen und fo viel an ihr erledigt, und ihre darauf bezügliche Arbeit, namentlich Pläne, Devise und Berichte u. s. w. werden nun hier zur Einsicht auf den Kanzleitisch gelegt. Die Mehrheit hat gefunden, daß man auf der dem Großen Rathe vorgelegenen Basis nicht progrediren könne, indem der Auswand mit dem dadurch zu erzielenden Iwecke in keinem Verhältnisse skände. Diese Meinung hat jugleich gefunden, daß die alten Kafernegebaude gar wohl für das Bedürfniß eingerichtet werden konnten, und die Kommission hat daher eine Untersuchung durch Sachverständige darüber an-stellen laffen. Der Devis über die daherigen Kosten, fo wie ein Situationsplan fämmtlicher Kafernegebäude liegen bei ben Akten. Die Minderheit, welche nicht bloß zur Reparatur der alten Gebäude stimmen konnte, hat auf den Fall hin, daß der frühere Plan nicht belieben sollte, einen neuen über einen weniger kostspieligen Neubau entworfen, und auch dieser liegt in der Kanzlei zur Einsicht. Es wird sich also in der nächsten Sitzung fragen: will man von dem früher angetragenen Neu-bau abgehen? Will man einen andern, weniger kostspieligen Neubau, oder will man lediglich die alten Kasernegebäude herstellen laffen?

Eine andere Angelegenheit betrifft die Paffation der Staats= rechnung von 1835. Dieselbe hat nun bei fast allen Mitgliedern der Staatswirthschaftskommission zirkulirt, und es wird in der nächsten Sitzung Bericht darüber abgestattet werden.

Was endlich die Bittschriftenkommission betrifft, fo find zwar im Verlaufe diefer Sitzung noch mehrere Bitt= schriften und Borstellungen eingelangt; ich hatte es aber nicht am Gewissen, für jede einzelne Bittschrift die Kommission zu versammeln, und daher habe ich diese Bittschriften auf meine Gefahr hin jeweisen dahin gewiesen, wohin sie gehören. Schon oft hat man gefunden, daß der Gang, welchen die Vittschriften nehmen, ein langsamer und schleppender sei, und dieß hat von Seiten der Bittschriftenkommission zu einem Rapporte Anlaß gegeben, der Ihnen, Sit., seiner Zeit vorgelegt werden wird.

Es wird eine Mahnung des herrn Willi verlefen, in Betreff feines frühern, die Fahrbarmachung der Brienzerfeestrafe verlangenden Unjuges.

Tagesordnung.

Vortrag der Polizeisektion und des Regierungs= rathes über Umwandlung der vom Oberkriegsgerichte über die Soldaten Rohrer und Heggi ausgesprochenen Strafen.

Auf das Begehren des herrn Regierungsraths Jaggi, als Rapporteurs, werden folgende hierauf bezügliche Aften verlesen:

1) Das Urtheil bes Oberkriegsgerichts;

2) der Antrag ebendesfelben an das Militärdepartement;

3) der Antrag des Militärdepartements an den Regierungs=

4) der Vortrag der Polizeisektion und des Regierungsrathes an den Großen Rath;

eine Vittschrift des Lohnkutschers Lenz, Vaters.

6) eine Bittschrift der Wittme Beggi.

Das Urtheil des Oberkriegsgerichtes enthält im Wesentlichen Folgendes:

Freitags den 20. April 1838, Vormittags um 8 Uhr, war das Oberkriegsgericht vollständig auf dem Rathhause versammelt ju Beurtheilung

1) des Niklaus Rohrer von Großhöchstetten, 21 Jahre alt, ledigen Standes, Hafnergesell, Soldat in der vierten Füstlierkompagnie des dritten Bataillons, verhaftet sein 22. Herbstmonat 1837;

2) des Sakob Heggei von Burgdorf, 33 Jahre alt, ledigen Standes, Metger, Wachtmeister der zweiten Sägerstompagnie des zweiten Bataillons, verhaftet feit dem 5. Herbstmonat 1837; und

3) des Niklaus Niklaus von Segenstorf, 27 Jahre alt, ledigen Standes, Hafner, Wachtmeister der zweiten ledigen Standes, Hafner, Wachtmeister der zweiten Zägerkompagnie des zweiten Bataillons, verhaftet gewesen vom 5. Herbstmonat bis den 3. Weinmonat 1837; wegen Södtung des Lohnkutschers Emanuel Lenz, Sohn, von Biglen, wohnhaft ju Bern.

Der Thatbestand ist folgender: Samstags den 2. Septem= ber 1837, Morgens, nurde das Refrutendetaschement, zu welchem auch die obigen drei Beklagten gehörten, aus der Instruktion entlassen. Den Tag vorher, bei der Abschiedsinspektion (welcher aber Rohrer wegen anderweitiger Geschäfte nicht beiwohnte) wurde die Mannschaft von dem Herrn Oberstmilizinspettor ermahnt, alles Schießen auf dem heimwege zu unterlaffen, fo wie auch noch den folgenden Tag von dem Detaschementschef bei der Entlassung, welcher aber die beiden Wachtmeister, Heggi und Niklaus, wegen Geschäften nicht beiwohnen konnten.

Bor der Abreise wurden noch in der untern Cantine der

Caferne bei 35 Flaschen Wein getrunken, der von den Offi=

dieren bezahlt worden sei. Gegen Mittag verließen endlich die beiden Wachtmeister, Seggi und Niklaus, nebst einigen andern Refruten, worunter sich namentlich Rohrer befand, die Stadt, nachdem sie zuvor noch bei'm Schlüssel, wo sie eine Maß Wein tranken, in einem Reller, wo sie wieder zu sechsen eine Maß Wein tranken, und juleht am Stalden in einem Stüblein eingekehrt waren. Sie hatten also ziemlich viel getrunken, und Rohrer selbst bekennt, den Wein etwas gespurt zu haben; eigentlich betrunken war jedoch keiner. Ehe sie fortgiengen, hatte Rohrer in einem Eisenladen drei Bierling Pulver gekauft für fich und seine zwei Kameraden; das Geld dazu wurde ihm vom Wachtmeister Niflaus geliehen. Vor dem untern Thore trennten sich die Goldaten von einander. Die Wachtmeister Heggi und Niklaus, und der Goldat Rohrer nebst zwei Andern schlugen den Weg gegen die Papiermühle ein. Dben auf dem Breitfelde angekommen, fragten die Soldaten, ob man wohl schießen dürfe, worauf Seggi antwortete: "umme g'schossen jett", und als die ersten Schüsse fielen, lachte er die Soldaten aus und fagte: "da haben wir früher anders geschoffen. Einmal, als Alle mit einander anschlugen, kommandirte er: "Tann und Feuer." Wachtmeister Riklaus behauptet zwar, einige Male vom Schießen abgemahnt, scheint aber dennoch seine Pflichten als Unteroffizier nicht vollständig erfüllt zu haben. Dben an der Papiermuble, bei einer Ruhebant, bemerkten sie eine Wildtaube auf einem Baum. heggi forderte die Soldaten auf, es folle Giner einen Stein laden und auf diefelbe ichiefen, worauf Rohrer wirklich einen Stein lud. Da aber mittlerweilen vorauf Kohrer wittig einen Stein ind. Da doet intittetweiten die Taube weggestogen war, unterblied der Schuß. Von da hinweg blied Rohrer einige Schritte hinter seinen Kameraben zurück und begegnete oben am Papiermühlestutz einer Weibsperson, Katharina Spahr, welche zugleich mit Fuhrsteuten den Stutz hinauf gieng. Ohne alle Veranlassung schlug Rohrer etwa auf zwei Schritte Offanz gegen die Spahr an drückte aber auf die Abmahnung eines der Fuhrleute nicht los. Bald darauf begegnete Rohrer drei kleinen Madchen, die Mift auflasen. Derfelbe schlug, um sie zu erschrecken, auf sie an und drückte ab, allein der Schuß gieng nicht los, worauf eines der Mädchen lachend sagte: "gället, es ist Euch nicht losgegan-gen." Rohrer sluchte hierauf und sagte: er wolle jetzt schon machen, daß es losgehe. Zugleich that er noch mehr Papier in den Lauf, stieß dasselbe start hinunter und schüttete frisches Pulver auf die Pfanne. Unmittelbar hierauf kam ein einspän-niges Fuhrwerk den Stutz herauf, worin sich eine Baronesse de la Live mit ihrer Dienerschaft befand. Der Autscher Emanuel Lenz folgte hinter dem Fuhrwerk nach und machte sich etwas mit seiner Geisel zu schaffen. Wie sich aus den Akten ergibt, hatte schon der Wachtmeister Heggi, der ungefähr zehn Schritte vorausgieng, einen Wortwechsel mit dem Lenz, indem er ihn fragte, "was er da für zwei Schöne habe"? worauf Lenz erwiederte: "sie sind noch leicht so schön als du. Worduf Lenz erwiederre: "sie sind soch letcht so scholl die du. Bei dem Fuhrwerk angekommen, wurde Rohrer von dem Lenz gefragt, ob er noch Pulver habe? Der Letztere erhielt die Untwort: "Für Dich wenigstens noch genug, Du Dusigs Donner." Heggi, welcher erwa zehn Schritte vor dem Rohrer voraus hatte, drehte sich um und rief dem Rohrer zu: "Houe ihm eins", und machte zugleich eine Bewegung mit der Sand. Rohrer will diese Worte nicht gehört haben, allein er sah die Bewegung mit der hand und drückte sein Gewehr gegen das Gesicht des Lenz ab, welcher sogleich zu Boden fiel und nach einigen Augenblicken todt war. Was die Entfernung anbetrifft, in welcher Rohrer sein Gewehr gegen den Lenz abfeuerte, sind die Aussagen verschieden. Zwei Zeugen geben sie auf fünf bis fechs Schritte, während hingegen der Diener der Baronin de la Live nur die Länge des Gewehres als Diftanz angibt; Rohrer felbst gab sie vierzehn Schuh an. Rach diesem Schusse gieng Rohrer gang gelaffen feines Weges fort und holte den heggi ein, der bemerkte: "komm Du nur, er treibt nur Phantast, wir wol-len eine Halbe trinken." Als darauf mehrere Personen dem Rohrer, der mit Heggi schon bis zu der Brücke nahe bei'm Wirthshause gekommen war, sagten, der Lenz sei todt, ant= wortete dieser: "es sei nicht möglich, er habe ja nur blind geladen." Er gieng aber doch auf den Platz, wo sich das Un= gluck zugetragen, zuruck, wo unterdeffen mit der Poft Gerr Licutenant Guri angelangt war, der dem Rohrer rieth, felbst

nach Bern zu gehen und fich als Thäter zu stellen, welches Rohrer dann auch freiwillig that. Seggi hingegen, den Rohrer auf der oben benennten Brücke um feine Begleitung angesprochen hatte, und dem herr Suri nachher bei'm Wirthshause bemerkte, er follte mit dem Rohrer nach Bern geben , machte Einwendungen und fuhr, so wie auch Herr Lieutenant Suri, nach-her mit der Post fort. Rohrer, der sich nun allein auf den Weg nach Bern begab, überlieferte sich dort freiwillig dem Regierungsstatthalteramte, das ihn dann auf die Requisition des Herrn Oberstmilizinspektors hin, nach §. 136 der Militär-versassung, zu weiterer Verfügung ablieferte. Bei der Sek-tion des Leichnams des getödteten Lenz, der in die Insel gebracht worden war, ergab es sich, daß durch den Schuß des Rohrer an der rechten Schläse des Lenz eine zwei Zoss lange und einen Boll breite Wunde entstanden war. Die Nathjacken des Schädels waren eine halbe Linie auseinandergetrieben, und der Schädel felbst war an mehrern Orten und in mehrern Richtungen gespalten. In dem Gehirn, das auf eine schreckliche Weise zerstört war, fand sich ein Papierklum-pen von der Größe einer Baumnuß. Bon einer Flintenklugel oder einem Steine war nichts zu finden. Das Schlufgutachten der Herren Obducenten gieng dahin: der Lenz sei an obiger Berletzung, welche den Tod nothwendig herbeiführen muffen, ohne alle Zwischenursache gestorben.

Die Voruntersuchung hatte aus verschiedenen Gründen nicht den gewünschten Erfolg, und die Aufstellung des That-bestandes, wie er oben erzählt worden ift, gelang erst in der Hauptuntersuchung nach vielem vorhergegangenem Läugnen und Erreführen der Inquisiten. Gerade im Anfange der Borunters suchung wurde von dem Wachtmeister heggi von Burgdorf aus ein Rapport über das unglückliche Ereigniß eingeschickt, der zum größten Theil eine unwahre und lügenhafte Darstellung des ganzen herganges enthält, womit sich heggi aus der ganzen Sache herausziehen wollte; und als späterhin heggi, Niklaus, Moser und Wildi nach Bern zum Berhör geladen wurden, überredete der Erstere die Andern, verschiedene michtige Punkte gar nicht einzugestehen, sondern davon zu schweigen. Go wurde auch von heggi und Rohrer lange nichts von dem Stein gefagt, den der Letztere auf Antrieb des Erstern bei dem Anlaß, welchen die Wildtaube dazu gab, geladen hatte. Ebenso wurde zuerst von Rohrer geläugnet, auf die Katharina Spahr und auf die drei Mädchen angeschlagen zu haben, wie auch, daß er den oben erwähnten Wortwechsel mit dem Lenz gehabt. In der Konfrontation mit dem Pulvermacher Bendicht Rohrer bei der Papiermühle, der den Vorfall zum Theil mit angesehen hatte, bekannte Niklaus Rohrer, "daß er, während dem Anschlagen des Gewehrs, davan gedacht habe, daß der Stein sich noch im Gewehre befinde; allein er habe geglaubt, es könne den Lenz höchstens so weit verletzen, daß er blute, aber keineswegs ihn tödten." In einem andern Verhöre fagte Rohrer ferner aus: "er habe die Worte, welche Heggi ihm zugerufen (hau ihm eins), nicht verstanden, allein der Letztere habe dabei eine Bewegung mit der Haud gemacht, aus der er geschlossen habe. Heggi wolle damit ausdrücken, er folle dem Rutscher eins hauen." Auf die ernstliche Aufforderung bin, zu bekennen, was er in jenem Augenblicke gedacht habe, machte Rohrer (nach langem Nachdenken) folgendes Geständniß: "Da heggi die Bewegung mit der Hand machte, und da ich schloß, er wolle sagen, ich solle dem Lenz eines hauen oder etwas Leides zufügen, so dachte ich, der Stein werde ihn etwa schwiesen, daß es blute, aber es werde ihm nicht am Leben schaden." Und auf die Frage: ob es wirklich in seiner Absicht gelegen habe, den Lenz am Körper zu verletzen, antwortete er mit "ja". Auf die Frage: ob er geglaubt habe, dem Winke seines Wacht-meisters folgen zu müssen, bemerkte er: diesen Wink habe er freilich als eine Aufmunterung jum Schießen genommen, aber daß er Gehorsam schuldig gewesen sei, daran habe er nicht ge-dacht. Heggi sagte auß: er habe dem Rohrer, als er ihn in einem Wortwechsel mit dem Kutscher hörte, die Worte "hau ihm eins" zugerusen, in der Albsicht, daß der Rohrer dem Lenz with dem Sant dem Schulder seine Schuld der Schulder seine mit der hand oder dem Gewehrkolben Eins haue, nicht daß er auf ihn schieße; gab jedoch zu, daß seine Aufmunterung viel zu dem geschehenen Unglück beigetragen habe. In den Schlußverhören bestätigten Rohrer und Heggi ihre frühern Ausfagen

und Geständnisse, welche übrigens auch mit den Depositionen der abgehörten Zeugen in allen wesentlichen Punkten übereinstimmten. Von den beiden Herren Obducenten wurden auf die Anfragen des Herrn Stadsauditors hin, noch folgende Erklärungen in einem ausführlichen, schriftlichen, von dem Sanitätstollegium bestätigten, Gutachten gegeben: nämlich daß, da man keinen harten, fremden Körper, mit Ausnahme des Papierssumpens, in der Verletzung gefunden habe, diese bedeutende Zerkörung dem ungewöhnlich stark mit Pulver und Papier gesladenen Gewehre, der Nähe, in welcher der Schuß gegen den Kopf des Lenz abgeseuert worden, und der durch die heftige Erplosion der Entzündung des Pulvers entstandenen Ausdehnung der Lust zuzuschreiben sei, wobei der sestgekaute Papierklumpen das Seinige zu der Wunde beigetragen habe. Ter Stein, den der Rohrer geladen habe, müsse schon vorher herausgesallen sein; überdieß hätten die fraglichen Verletzungen auch ohne Ladung eines Steines einen nothwendigen und schnellen Tod zur Folge haben müssen.

Die über den Rohrer eingezogenen Leumundserkundigungen lauten nicht ganz zu seinen Gunsten, indem er einigen Hang zum Leichtsinne habe. Doch giebt ihm sein Seelsorger das Zeugniß eines weichen, empfänglichen Gemüthes. Es scheint daher auch jene unglückliche Handlung mehr die Folge eines leichtsinnigen als bösartigen Charakters zu sein, und sein gutes Betragen während der Befangenschaft und die ausrichtige Reue, welche er gerade nach der That durch seine freiwillige Selbstanklage und seither immer gezeigt, scheinen dieses um so mehr zu verästigen. Dem Heggi wird zwar von dem Gemeinderath in Burgdorf ein günstiges Zeugniß ertheilt. Allein sein sweiches, oft troßiges Benehmen während der Untersuchung, so wie auch sein anfängliches Läugnen sprechen nicht sehr zu seinen Gunsten. Der Wachtmeister Nifslaus scheint nach den bei den Alten liegenden Zeugnissen ein braver und eingezogener Mann zu sein, der sich aber bei dieser Gelegenheit große Schwäche zu Schulden kommen ließ.

Das Gericht erkennt nun:

- 1) gegen den Niklaus Rohrer, weil dieser die Absächt gehabt, den Kutscher Lenz körperlich zu beschädigen und auch wirklich durch den von ihm selbst abgeseuerten Schuß denselben auf eine solche Weise getrossen habe, daß der Lenz einzig und allein in Folge dessen gestorben sei; ferner: weil-aus dem Gutachten der Herren Obduccenten hervorgehe, daß die Handlung des Rohrer nach dem ordentlichen Laufe der Dinge lebensgesährliche Folgen haben konnte, und übrigens der Rohrer nicht gewußt habe, daß der Stein beim Abdrücken des Gewehrs sich nicht mehr darin besinde, sondern gerade das Gegentheil glaubte; und in Folge dessen die §§. 76 und 77 des Militärstrafgesetzbuches auf die That des Rohrer anwendbar seien, welche also lauten:
 - §. 76. Wer ohne Necht, aber auch ohne die Absicht, zu tödten, einen Menschen des Lebens beraubt, der ist des Sodtschlags schuldig.
 - §. 77. Der Todtschlag durch eine That, bei welcher der Thäter die Absicht hatte, den Getödteten körperlich zu beschädigen, und die nach dem ordentlichen Laufe der Dinge lebensgefährliche Folgen haben könnte, soll mit dem Tode bestraft werden, wenn diese That die einzige Ursache des Todes gewesen ist, und der Getödtete nicht dazu eingewilligt hat,

die Todesstrafe des Erschießens.

2) gegen Wachtmeister Heggi von Burgdorf, weil er seine Untergebenen nicht vom Schießen abgemahnt, sondern sie im Gegentheil dazu ausgemuntert, ja sogar kommandirt habe: "Tann! Feuer;" weil er den Rohrer zu einer Gewalthandlung gegen Lenz mit Worten und Geberden veranlaßt, und sich so zum Mitschuldigen gemacht; weil er nach geschehener That, ungeachtet er von einem Offizier dazu aufgesordert worden, und wie es ohnedieß seine Pflicht gewesen wäre, den Rohrer nicht verhaftet; weil er einen falschen und lügenhaften Rapport an seine Obern gemacht, um sich aus der Sache

zu ziehen, und alle Schuld auf seinen Mitschuldigen zu wersen, und endlich, weil er seine Kameraden zu falsschen Aussagen vor dem Richter verleitet habe,

eine Liährige Zuchthausstrafe und Degradation ohne Infamie.

3) Gegen Wachtmeister Niflaus Niflaus, weil er seine Dienstpflichten durch Unterlassung der Verhaftung des Rohrer, und der Anzeige, so wie auch dadurch, daß er nicht fräftig genug vom Schießen abgemahnt, gröblich verletzt habe,

die Unsichtragung der ausgestandenen Gefangenschaft.

Was die Untersuchungskosten anbetrifft, so legt das Gericht dem Rohrer zwei Drittheile und dem Wachtmeister Heggi ein Drittheil, so wie dem Wachtmeister Niklaus die ihn betreffenden Kosten auf.

4) Findet sich das Gericht nicht kompetent, über die von Herrn Trainlieutenant Suri begangenen Dienstverletzungen ein Urtheil zu fällen, da keine Prozedur über ihn geführt worden sei, beschließt aber, das Militärdepartement auf dieselben ausmerksam zu machen, und zugleich zu bemerken, das die Strasbestimmung in der Kompetenz des Herrn Oberstmilizinspektors liege.

Der Antrag des Oberkriegsgerichtes an das Militärdepartement geht dahin, daß Rohrer, — in Betracht seiner thatsächlich bewiesenen Reue, — des Umstandes, daß er sich selbst der Gerechtigkeit überlieserte, — seiner guten Betragens während des Untersuchungsverhaftes, — seiner Jugend und Unersahrenheit, — hauptsächlich aber des bösen Beispiels, welches eine schon allzulange mit Nachsicht behandelte verderbliche Sitte ihm darbot, — und endlich der unverhältnismäßigen Härte der Bestimmungen des Militärstrafgeses, — der Gnade der obersten Landesbehörde empsohlen werden möchte, und zwar nach der einen Meinung zu Umwandlung der Sodesstrafe in Kettensftrafe, nach einer andern Meinung aber in Landesverweisung; eine dritte Meinung will die Bestimmung der Strafe sediglich dem Großen Rathe anheimstellen.

Der Antrag des Militärdepartements an den Regierungsrath empfiehlt den Antrag des Oberkriegsgerichtes.

Der Antrag der Polizeisektion und des Regierungsrathes schließt, in Erwägung der erwähnten Umstände, für den Rohrer auf eine Umwandlung in zwölfjährige, und für den Heggi auf eine Umwandlung in sechsjährige Landesverweisung aus dem Gebiete der Eidgenossenschaft.

Die Bittschrift des Lohnkutschers Leng, Baters des Erschoffenen, geht dahin, daß Robrer, dessen Shat nicht als Mord, sondern als ein durch strasbaren Leichtsfinn herbeigesführtes Unglück zu betrachten sei, mit der Sodesstrafe nach dem Antrage des Regierungsrathes verschont werden möchte.

Die Bittschrift der Wittme Seggi, Mutter des Wacht= meisters Heggi, von Letterem ebenfalls unterzeichnet, sucht um Verwandlung der über ihn verhängten Zuchthausstrafe in Lanzbesverweisung nach, indem die Zuchthausstrafe, obgleich nach dem Gesche nicht infamirend, doch von der öffentlichen Mei= nung immerhin als solche angesehen werde.

Saggi, Regierungsrath, berührt ganz kurz den wefentlichen Inhalt der abgelesenen Aktenstücke, mit dem Beissügen, daß man es zwar auffallend sinden möchte, daß die beiden Berurtheilten nicht selbst mit dem Begehren um Begnadigung eingekommen seien; dieß habe aber seinen Grund darin, weil denselben das Urtheil noch nicht eröffnet worden sei, indem namentlich die Eröffnung eines Todesurtheils über Militärs mit solchen Förmlichkeiten verbunden sei, daß man das daherige große Aufsehen, die Begnadigung voraussetzend, gerne habe vermeiden wollen. Die Behörden wollen den Rohrer weder unschuldig darstellen noch vertheidigen; allein nach ihrer Ueberzeugung würde, wenn die Todesstrasse saltein nach ihrer Ueberzeugung würde, wenn die Todesstrasse fattstände, eine wirkliche Ungerechtigseit begangen. In der Prozedur hat Rohrer eingestanden, daß er im Augenblicke des Schusses daran gedacht habe, es könnte den Lenz schüssen, daß es blute. Darauf fragte man ihn, ob er also die Absücht gehabt habe, den Lenz zu verletzen. Er antwortete einsach — ja. Dieses Geständniß hat ihm nun das Todesurtheil zugezogen. Ich, Tit., glaube,

baß bas nicht eine Absicht gewesen sei, wie bas Befet sie voraussett. Rohrer hatte schon vorher auf eine Beibsperson und auf Kinder angeschlagen, ohne daß man an die Absicht, diefelben zu verlegen, denken könnte, also war diese Absicht auch gegen Lenz schwerlich vorhanden. Da der herr Vertheidiger des Rohrer vor Oberkriegsgericht zufällig in unserer Mitte fitt, fo will ich über diesen Punkt nicht weitläufiger sein, sondern es ihm überlassen, nachzuweisen, inwiesern da wirklich der Vorsat des Verletens vorhanden gewesen. Nach meiner innigen Ueberzeugung liegt es flar am Tage, daß eigentlich weit mehr Leichtsinn als Bosheit an dem ganzen Unglücke Schuld mar. Um diefen Leichtsinn zu beweisen, muß ich etwas näher in die Berhältniffe des Rohrer eintreten. Er hatte ziemlich dürftige Eltern, war zuerst Knecht bei Meistern, die zwar rechtschaffene Männer find, denen ich jedoch meine Buben nicht vorzugsweise anvertrauen mochte. Davauf fam er in die Lehre bei einem Hafner, ber ihn aber viel zu Landarbeiten brauchte, weswegen Rohrer ihn bann verlassen hat. Von da kam er zu einem andern Meister, und dann nach Segenstorf, wo er wiederum Knecht war. Von da kam er hieher in die Garnison, und da er die hoffnung hatte, daß der Wachtmeister Niklaus ihm bei deffen Bater, einem Safner, ju einem guten Plage verhelfen könne, fo fuchte er sich durch luftiges Wefen beim Niklaus beliebt zu machen. Alls nun die Garnison zu Ende war, hatte Rohrer die Chre, Gaft zu fein in der Cantine bei den Offiziers und Unteroffiziers, mas ihm vielleicht noch nie zu Theil geworden war. Dort haben diese 35 Flaschen getrunken, und Rohrer trank nachher noch mit andern einige Maß an verschiedenen Orten in der Stadt. Dieß alles gereicht nun dem Rohrer insofern zur Ent= schuldigung, als er schwerlich aus feinem eigenen Gelde fo viel Wein getrunken haben würde, wenn nicht die Offiziers und Unteroffiziers das Saufgelage in der Cantine veranstattet hätten, ju welchem er, wie gefagt, als Gast beigezogen worden war. Ueberdick ift seine That die Folge eines Migbrauches, der stattgefunden hat, feit unfere Goldaten Gewehre nach haufe tragen, eines Migbrauchs, welchen die Behörden zu verantworten haben. Es wird nun hoffentlich einmal gelingen, diesem Unfuge des Schießens auf der Straße von Seite der Soldaten ein Ziel zu seben, denn unterm 2. September hat der Regierungsrath einen strengen Tagesbefehl hierüber erlassen, infolge dessen mehrere Soldaten feither ftrenge bestraft worden find. Satten aber Die Behörden schon früher hiefür mit Ernst gesorgt, so würde das Unglück nicht begegnet sein. Ein anderer Umstand, welcher dem Rohrer gewiß gunftig ift, ift das Gefelz felbst. Das ist ein drakonifches, mit Blut gefchriebenes Gefet, und eigentlich nur auf den Kriegszustand berechnet. Es ift ein großer Unterschied, wenn in Kriegszeiten eine Schildwache vom Posten läuft, oder aber wenn ein Refrut in der Garnison es thut. Ebenfo ift ein Goldat, der in Kriegszeiten Jemanden aus Leichtsinn oder aus Muthwillen verleht hat, um fo strenger zu bestrafen, als daraus möglicherweise fehr fatale Folgen für das gange Land entstehen fonnen. Aus allen diefen Grunden hat man schon längst gefunden, daß eine Revision des Militärstrafs gesethuches höchst nothwendig sei, und seither ist auch wirklich ein neues eidgenöffisches Militärstrafgesetzbuch in Rraft getreten. Wenn nun diefes jur Beit jenes unglücklichen Ereigniffes bereits eingeführt gemesen ware, so murde Robrer nach §. 97 höchstens mit einigen Sahren Buchthausstrafe bestraft worden fein. Gomit, Tit., besinden wir uns in einer Uebergangsperiode. Als das neue Diebstahlsgesetz erlassen wurde, traf der Große Rath augleich die Uebergangsbestimmung, daß auf alle unter dem frühern Gesetze begangenen, aber bei Erlassung des neuen noch nicht beurtheilten, Vergehen das neue Gesetz angewendet werden solle, sosen die darin aufgestellten Strasbestimmungen mister feien, als diejenigen des alten Gefetes. Es ift nun ein blofer Bufall, daß ber Große Rath nicht auch bei dem Uebergange sufau, eas der Serge Raty must auch ver dem tiedergange vom alten Militärstrafgesetzbuche zum neuen eine solche Bestimmung aufgestellt hat, und dieses ist wohl nur darum unterlassen worden, weil der Große Rath nicht im Falle war, das neue Militärstrafgesetz zu diskutiren, indem dasselbe von der Tagsfatzung aufgestellt worden ist. Wäre aber eine solche Ueberschaftlichen gangsbestimmung, wie sie nach der Analogie des Diebstahlges sewiß in den Gesinnungen des Großen Rathes liegen mußte, erlassen worden, so würde Rohrer nach dem Wortlaute

des Gefetes zu mehr nicht haben verurtheilt werden konnen, als zu einigen Jahren Buchthausstrafe. Das, Tit., sind die Hauptgrunde, welche nach der Ueberzeugung des Regierungs-raths und der Polizeisektion zu Gunsten der Strafumwandlung sprechen. Ich gehe nun über zu der Strafe, welche vom Resgierungsrath proponirt wird. Diese Strafe ift die Landesverweifung, welche fowohl vom alten als vom neuen Gefete adoptivt ift, und auf den vorliegenden Fall befondere zu paffen scheint. Zwar ist vor Regierungsrath gesagt worden, daß Landesverweisung keine Strafe sei, und die Minderheit hat daher Zuchthausstrafe proponirt. Ich bin nun so frei, hier die Anssicht der Mehrheit sowohl des Regierungsraths als der Polizeis fektion zu berühren. Man hat nämlich geglaubt, weder Rohrer noch Seggi feien eigentlich fo verdorbene Leute, daß fie nicht der menschlichen Gefellschaft noch sollten nützlich sein konnen, und daß nicht von ihnen zu hoffen ware, sie werden sich ferner-hin gut aufführen. Besonders Rohrer hat sich sehr reuig bezeigt. Auch in Bezug auf heggi fei es mir erlaubt, Einiges beizufügen. Er war bei der Entlassung der Truppen, megen anderweitigen Amtsverrichtungen, nicht zugegen, und alfo auch nicht bei ber an fie gerichteten Warnung, hinfichtlich bes Schiefens. Zweitens ift auch er von ben Offizieren zum Trinfen verleitet worden, fonst würde er schwerlich 35 Flaschen in der Cantine haben leeren helfen. Wenn drittens der Sauptthäter, wie ich es hoffe, blog des Landes verwiesen wird, so wäre es wirklich auffallend, wenn dann Heggi, der nicht der Thäter ist, in's Zuchthaus käme. Ich hege die Uederzeugung, daß die Appellation von Seite der Behörden, so wie diesenige des Vaters Lenz, an Ihre Humanität ihren Iweck nicht verfehlen, und daß auch das Begehren der Wittme Seggi berückfichtigt werden wird. Endlich foll ich bemerken, daß das Militarbepartement auch Die Offigiere, welche dem Trinkgelage in ber Cantine beigewohnt hatten, nicht leer ausgehen laffen wird.

Manuel. Wenn bas schöne Recht der Begnadigung von Seite des Großen Rathes je eintreten foll, fo ist dieß wohl da der Fall, wo die nach dem Gefetze ausgesprochene Strafe zwar der äußern, aber nicht der innern Gerechtigkeit und dem allgemeinen Rechtsgefühle entspricht. Dieser Fall ist hier vorhanden. Ich war Mitglied des Kriegsgerichtes, und die Alften find mir genau bekannt. Als Richter mußte ich nach dem Gefette, und nicht über demfelben an den Schlüffen des Kriegs-gerichts Theil nehmen, allein mit voller Ueberzeugung habe ich jugleich auf Begnadigung angetragen. Bei ber gangen Sache muß man von der Grundansicht ausgehen, daß die ganze Gestahichte mehr als ein unglückliches Ereigniß, als als Berbrechen anzusehen ift. Die Geschichte ift jum Theil entfernte Folge der feit einigen Sahren aus übelverstandenen Freiheitsbegriffen allzusehr gefunkenen Militärdisziplin und der allzulange gedulbeten Unsitte des Schießens, so wie Folge des unordentlichen Benehmens des Wachtmeisters Heggi. Zugleich verdient der Umstand große Berücksichtigung, daß Rohrer, wenn das Unglück nur wenige Tage nachher geschehen wäre, unter das neue Militärstrafgesethuch fiel, welches weit weniger strenge ist, als das alte. Daß das bisherige Strafgesetz allzustrenge sei, hat man längst allgemein gefunden. Ich kann ein Beispiel hievon anführen. Bor drei Sahren hatte ein junger Schaffhauserfoldat im Lager ju Thun feinem Beltfamaraden 10 Bh. gestohlen. Er wurde vor Kriegsgericht gestellt, und ich mußte ihn vertheidigen. Das Kriegsgericht verurtheilte ihn nach dem Gefete zu zwei Sahren Zuchthausstrafe, er wurde aber darauf von der Tagsakung begnadigt. Nohrer ist weder Mörder noch Todtschläger. Er hat die That bereut und sich sogleich selbst gestellt. Ueberdieß war das Strafgesetz auf im Felde stehende Truppen berechnet. Allein alle diese Rücksichten konnten bei'm Gerichte nicht wirken, denn wir waren gebunden durch den Buchstaben. Diese Bersammlung aber, welche nicht als Gericht da sitt, und welcher das Recht der Begnadigung zusieht, kann und wird diese Rücksichten in Erwägung ziehen. Sch glaube also, der Fall der Begnadigung sei vorhanden; aber jeht fragt es sich: auf was für eine Art soll begnadigt werden? Das Kriegsgericht war nicht darüber einig; die Einen schlugen Landesver= weisung, die Andern Kettenstrafe vor; die Mehrheit des Regierungsraths schließt auf Landesverweisung. hier bore ich nun

fragen, und zwar nicht ungegründet: Was, — von der Todes= strafe springt man auf einmal auf die bloke Landesverweisung, ist das nicht ein allzugroßer Sprung, und soll nicht wenigstens Kettenstrafe eintreten? Hat der Große Rath das Recht, durch die Begnadigung etwas anderes auszusprechen als diejenige Strafe, welche die höchste nach der Todesstrafe ist, nämlich Rettenstrafe? Ich glaube, daß die Verfassung dem Großen Nathe das Necht hiezu gibt. Ferner halte ich den Antrag auf Landesverweisung für angemessen. Ich will für den Augenblick vorausseigen, Rohrer marschiere in's Schellenwerk ab. Alsdann aber ergibt sich eine Verlegenheit. Neben wen soll er dort kommen? soll er eingesperrt werden neben einem eingewurzelten Dieben, der Tag und Nacht auf das Eigenthum Anderer Sagd machte, dessen ganzes Leben eine Niederträchtigkeit war? oder neben einem Brandstifter, der mit boshaftem Sinne das Leben ganzer Familien auf's Spiel setzte und mit Gleichgültigkeit wohlhabende Bürger an den Bettelstab brachte? oder neben einen wüthenden Todtschläger, der feine Gegner im Streite mit dem Messer niederstach? oder neben die Magdalena Zaugg, welche ihre eigene Leibesfrucht mit lange gehegtem Vorbedachte abgewürgt hat? oder foll er eingesperrt werden neben Hirter? foll er Bekanntschaft machen mit diesem verschmitten, schlauen Gattenmörder, der seinen Mordgedanken mit teuflischer Schlauheit ausgeführt und den Mord wiederum mit teuflischer Schlauheit zu verbergen gesucht hat, und der eben so gleichgültig von seinem Opfer weggegangen ist, als wenn er einen Stein in's Wasser geworfen hätte? Nein, Tit., in einer Zeit, wo ruchlose Gattenmörder nur mit Rettenstrafe bestraft werden, verwahre ich mich feierlich dagegen, daß man einen Soldaten ebenfalls zu Kettenstrafe verurtheile, der, so wie er zur Besinnung zurückgekehrt war, sich freiwillig dem Richter übergeben und mit den bittersten Thränen seine That bereut hat. Man tan mit den dittersten Lyranen seine Lhat bereut hat. Man kann freilich sagen, daß Rettenstrafe auf jeden Fall milder sei als Todedstrafe. Sie ist milder, Tit., in Vergleichung mit dem Tode durch Henkerdhand, aber allzustrenge in Vergleichung mit der miltärischen Strafe des Erschießens. Infamie ist mit der Rettenstrafe verknüpft, mit der Strafe des Erschießens nie. Der Soldat im Felde wird erschossen, der Spion gehangen. Die Strafe des Erschießens ift eben so wenig infamierend, als Robrers That eine infamierende war. Ich wollte also lieber dem unglücklichen Rohrer das Leben in der Ehrlosigkeit erspa-ren und für ihn denjenigen Tod in Anspruch nehmen, welcher dem Marschall Nen und Mürat zu Theil geworden ist. waren Soldaten, er auch. Kein Mensch wird im Ernste behaup-ten, daß Nohrer ein fur die Gesellschaft gefährlicher Mensch sei. Vor dem moralischen Richter hat er feine Schuld schon lange abgebüßt, und wenn er aus feinem achtmonatlichen Gefängniffe wiederum in die Gesellschaft zurückfehrt, so wird er seine That so viel möglich zu verwischen trachten. Er ist jeht durch eine strenge Schule gegangen, und das Bewußtsein der innern Schuld ist wohl für ihn eine strengere Strafe, als jede äußerliche es sein würde. Rohrer hat keine verdorbene Seele, er ist nicht wie andere Verbrecher, welche auch nach vollendeter Strafzeit immer als eine unheimliche Erscheinung angesehen werden müssen. Wenn Rohrer nur darum, weil er im Dienste war, unter ein strenges Geseh verfallen ist, — wenn man nicht alle Vegriffe so sehr verwechseln will, daß man sindet, er sei neben Mörder und Brandftifter einzusperven, - wenn die gange Perfönlichkeit desselben Bürge ist für eine besseve Zukunft, — und wenn die Besserung als ein hauptzweck der Strafe angesehen werden muß; so hoffe ich, der Große Rath werde die Verweifung des Rohver erkennen. Laffen Sie den zweiundzwanzig= jährigen Rohrer den Wanderstab ergreifen, gebt ihn der Welt und seinen Eltern wieder! Er wird der Welt nicht erhalten, wenn er in's Schellenwerf gehen muß, denn hiedurch würde er bürgerlich todt, seine Ehre würde gemordet. Sie haben die rührende Bitte des Baters Lenz gehört, welcher durch Rohrers That fein ganges Lebensglück untergeben fab. Der gemordete Sohn, wenn er aus dem Grabe aufstehen konnte, murde feine Bitte mit derjenigen feines Vaters vereinigen. Der Ueber= muth, womit Rohrer den jungen Lenz niederschoß, ist höchst strafbar, und der Thäter verdient, daß er den Boden des Baterlandes verlasse. Hinsichtlich der Zahl der Jahre sinde ich zwar den Antrag des Regierungsrathes sehr milde, aber ich will keinen andern Antrag stellen. — Bei Hoggi ist der Standpunkt etwas anders. In moralischer Beziehung hat er große Schuld, aber in juristischer Beziehung konnten wir im Kriegsgerichte nicht sinden, daß eine größere Strafe könne angewendet werden, wiewohl der Stadsauditor auf weit strengere Bestrafung angetragen hatte. Ich glaube, daß auch in Bezug auf Hoggi die Anträge des Regierungsrathes sehr milb seien; allein davon ausgehend, daß auch Hoggi durch unglückliche Verhälknisse in diese Sachen verwickelt worden, glaube ich, auch er könne berücksichtigt werden. Wenn das traurige Ereignis uns dazu führt, einzusehen, daß auch in demokratischen Staaten militärische Zucht sein muß, und wenn namentlich die Untersossische einsehen, wohin es führt, wenn sie keinen Wesehlen gehorchen, und wenn man von Oben einsieht, daß man krästig darauf wirken müsse, im Militärstande, welcher ein Diener des Gesehes ist wie andere, Ordnung und Gehorsam herzustellen; so haben wir einen wichtigen Nuhen daraus gezogen, denn kein Ereignis ist so traurig, daß es nicht zum Nachdenken bewegen sollte, wie die demselben zu Grunde liegenden Uebel gehoben werden können. Ich stimme zu den Anträgen des Regierungsrathes.

Man. Ich kann mich nicht enthalten, das Wort zu nehmen, besonders nach allem dem, was zu Gunften des Rohrer angebracht worden. Fast man dasselbe etwas näher in's Auge, so bezieht es sich auf die Individualität Rohrers und auf die Wahrscheinlichkeit seiner künftigen Besserung. Ich muß die Sache von einer andern Seite ansehen. Eine Regierung ift vor allem aus da, um die Sicherheit der Personen zu hand-haben. Wollen Sie gemüthlich sein, so mögen Sie individuell gemüthlich sein, aber nicht in der Stellung von Mitgliedern der oberften Behörde. Wenn man gnädig fein will, fo kann man die Gnade alsdann beweisen, wenn ein Verbrechen gefchehen ift gegen die öffentliche Sicherheit oder die Regierung felbft; aber wenn es fich handelt um die Sicherheit der Individuen, bann foll die oberfte Behorde mit mehr Bedacht zu Werfe gehen. Wen sehen wir da vor und? Ich sehe vor mir einen Mann, der Soldat war, der wissen mußte, was der Soldat der öffent-lichen Sicherheit schuldig ist, der wissen mußte, was es heißt, eine Wasse zu tragen, die er zum Schuße des Staates und der Individuen erhalten hatte. Was that nun dieser Mann? Nicht etwa im Jorne ergreift er seine Flinte, sondern wir sehen ihn zu drei Masen bereit, möglicher Weise einen Mord zu begehen. Und als ihm das erste Mal der Schuß nicht losgegangen war, schüttete er frisches Pulver auf die Pfanne und schoß nun nicht erwa in die Luft, sondern wartete, dis ein friedsertiaer Mann des Weges kam, und diesen schoß er ein friedfertiger Mann des Weges kam, und diesen schoß er nieder. Kann nun ein solcher Mann bloß als leichtsinnig angesehen werden, kann er Ansprüche machen, daß man ihn unter dem Gesichtspunkte der Ehre beurtheile? Ich glaube nicht. ein Militär, der sich so weit vergist, gerade das Gegentheil von dem zu machen, was ein Militär machen soll, verdient nicht mehr, aus dem Gesichtspunkte der Ehre angesehen zu werden. Möge er gleich Marschall Nen erschossen werden, sagt man, so sei doch die Ehre gerettet! Dem könnte ich nicht beistimmen; Rohrer hat alle Ansprüche auf Ehre verwirkt. Und was ist es denn? der Anschrer hat nach aller Strenge des Gesetzes die Todesstrase verhängt. Setzt sind wir angesprochen für eine Umwandlung dieser Strase. Da spreche ich mich nun ganz frei aus, daß nach meiner Ansicht der Fall nicht vorhanden ist, die Todesstrase eintreten zu lassen. Aber wenn ich nun frage: was für ein Verhältnis da ist zwischen 12 Jahren Verbannung einerseits, und dem stattgehabten Vergehen und der Todesstrafe anderseits; so muß ich glauben, die Sicherheit sei gefähret, wenn man den angetragenen Pfad einschlägt. Daß der Vater Lenz ebenfalls um bloße Landesverweisung für den Mörder seines Sohnes nachsucht, ist ein denselben ehrendes Benehmen, allein es kann denn doch nicht zur Richtschnur dienen für das Benehmen der obersten Landesbehörde. Ob dann der Umstand, daß Rohver vorher an vielen Orten getrun= ken hatte, in dem gegenwärtigen Augenblicke, wo man so viel gegen Völlerei u. s. w. redet, ein gar großer Milderungsgrund sei, — das will ich Ihrem Gefühle anheimgestellt sein lassen. So viel ist richtig, daß die Trunkenheit bei Rohrer nicht so

weit gegangen ift, daß er nicht gewußt hat, was er that. Wenn nun das ift, und ein Mann fich drei Mal der Gefahr aussett, Jemanden niederzuschießen, so finde ich, es fei der Sicherheit der Personen und den Gesetzen Sohn gesprochen, eine folche That nur mit zwölfjähriger Verbannung zu bestrafen. Bill man Gnade für Recht widerfahren laffen, fo muß die Gnade in folchen Grenzen ausgeübt werden, daß man der ober= sten Behörde nicht vorwerfen kann, sie handhabe nicht genug die Sicherheit der Personen auf offener Straße. Also soll nicht bloße Landesverweisung, sondern Kettenstraße, und zwar für mehrere Jahre, eintreten, weil wir vor allem aus da find, um für die Sicherheit der Personen ju forgen. Es thate mir fehr leid, wenn man in der humanität so weit gehen wollte, die ersten Grundsatze der Gerechtigkeit in Absicht auf die perfönliche Sicherheit zu mißkennen. Deswegen trage ich darauf an, daß die gegen Rohrer ausgesprochene Strafe zwar umge= wandelt, daß aber das Vergehen von ihm wenigstens mit sechs Jahren Kettenstrafe abgebüßt werde. Daß in diesem Falle Rohrer in schlechte Gesellschaft komme, mag wahr sein; aber man hat doch die allerschlechtesten Verbrecher davon abgefondert. Nach den in unsern Strafanstalten herrschenden Grundfäten will man nicht bloß die Bestrafung, sondern auch die Besserung des Berbrechers; also soll ich glauben, daß auch die größten Berbrecher dort Fortschritte in der Besserung machen werden. Eine ganze Menge Sträflinge find zur Rettenstrafe verurtheilt worden, die doch nur Berbrechen gegen das Eigenthum began= gen hatten. Wie steht dann gegen solche derjenige, der einen friedfertigen Mann ohne Veranlassung und Allem, was er im Misstärdienste thun sollte, zuwider durch seinen Leichtstinn und Uebermuth um's Leben gebracht hat? Im Interesse also der persönlichen Sicherheit, welche die Grundlage jedes Staates, und deren handhabung die erste Pflicht der Regierung ift, schließe ich hinsichtlich Rohrers zu einer fechsjährigen Ketten= strafe. In Betreff der übrigen Mitschuldigen will ich nicht eintreten.

Roch, Regierungsrath. Es ist Pflicht des Regierungs= rathes, für die öffentliche Sicherheit zu forgen. Er soll sich garbes, sur vie offentliche Sicherheit zu jorgen. Et soll sich also rechtfertigen können, wenn er folche Anträge stellt. Der Herr Präopinant scheint freilich zu glauben, der Regierungstrath sei seiner Pflicht gegen die öffentliche Sicherheit zu nahe getreten. Ich will die Motive des Regierungsrathes hier auseinandersehen, und ich glaube dabei keineswegs, auf Ihr Gefühl wirken zu müssen; aber selbst bei einer juvistischen Rerechnung mirk sich der Auftrag wachtkartigen. schen Berechnung wird sich der Antrag rechtfertigen. Es hatte bei Rohrers That eine ganz kurze Zeit gesehlt, so wäre derselbe unter das neue eidgenössische Militärstrafgeset gefallen. Nun hatten Sie, Tit., bei Anlag des Diebstahlsgesetzes Ihre Gesinnung dahin ausgesprochen, daß, wenn bei'm Uebergange von einem frühern Gesetze zu einem neuen eine unter jenem ftattgehabte Uebertretung noch nicht beurtheilt fei, dann das neue Gefet darauf angewendet werden folle, fofern basfelbe mildere Strafbestimmungen enthalte. Der Regierungs= rath mußte nun annehmen, daß diese nämliche Uebergangsbe-ftimmung vom Großen Rathe bei Annahme des neuen Militärstrafgesethuches lediglich vergessen worden, indem jene Vorschrift zu Gunften einer Klaffe von Verbrechern gegeben worden war, bei welchen mehr Berdorbenheit vorauszusehen ift, als bei den meisten Militarvergehen. Von dieser Idee ausgehend, hat der Regierungsrath feinen Vorschlag gemacht. Das neue hat der Regierungsrath seinen Vorschlag gemacht. Das neue Geseth fagt also im §. 97: "Wenn bei einer Tödtung sich ergibt, daß der Thäter nur eine geringfügige Mißhandlung verüben wollte, und daraus wider seinen Willen der Tod erfolgte, so wird er mit Zuchthausstrasse, und in besonders gelinden Fällen mit zweijährigem Gefängnis belegt. " Zugleich stellt das Geseth hinsichtlich der Zuchthausstrasse als Grundsah auf, daß dieselbe hinsichtlich der Zuchthausstrasse als Grundsah auf, daß dieselbe nicht unter einem Sahre und nicht über feche Sahre zuerkannt werden darf (§. 10). Der Regierungsrath hat nun gefunden, daß der angeführte §. 97 den vorliegenden Fall ipsissime betreffe. Was hat Rohrer eingestanden? Er habe bei'm Schuße gedacht, es könne den Lenz schürfen und zu bluten machen. Er hatte also nicht einmal den Borsatz, ihn zu mißhandeln, sondern nur den Gedanken an die möglichen Folgen. Also nicht der Vorfat, sondern nur diese Ueberlegung ergibt fich

aus den Aften. Ich will aber für jest die schwerere Unficht annebmen, fo wollte er doch nur eine geringfügige Mißhandlung ausüben. Wenn nun morgen oder übermorgen fich wiederum ein gang ähnlicher Fall ereignen follte, so ift jest das neue Gesethuch in Kraft, und also würde ein folcher Kall auf's allerhöchste mit feche Sahren Buchthaus bestraft, mahrend der §. 77 des frühern Gefehes ihn mit Todesstrafe belegt. Damit nun im Strafmaße gegen Rohrer unter diesen Umständen nicht eine so ungeheure Differenz eintrete gegen jeden ähnlichen zukunftigen Fall, fo fragte fich der Regierungsrath: welche Strafe ift nun an den Plat ju feten? Offenbar diejenige, welche die Gefete felbft an die Sand gaben. Da nun das neue Befet für diefen Fall von fechsiähriger Zuchthausstrafe als Maximum redet, so ging ber Regierungsrath bavon aus, daß die That auf jeden Fall mit so vielen erschwerenden Umständen verbunden sei, daß allers bings dieses Maximum angewendet werden solle. Dun fragt es sich: warum schlägt man denn anstatt der feche Jahre Buchthausstrafe zwölf Jahre Verbannung vor? Darum, weil das helvetische Militärstrafgeset dergleichen Strafumwandlungen erlaubt und zugleich den Makstab aufstellt, daß ein Sahr Buchthaus gleich sein solle zwei Jahren Berbannung. Diese Befugnik hatte man im Gefetze gestatten muffen, weil mehrere Kantone feine Strafanstalten haben. Unter biefen Umftanden ift alfo gegen das Recht der vorliegenden Strafumwandlungen gar nichts einzuwenden, indem dasfelbe durch Gefete begründet ift. Nun fragte sich der Regierungsrath weiter: wenn man einerfeits Gnade eintreten laffen, andererfeits hingegen den höchsten Grad ber Strafe nach dem neuern Gesetze anwenden will, jest nicht zwedmäßig, benjenigen Punkt bes alten Gesetes, der die Strasumwandlung gestattet, in Unwendung zu bringen? Ich appellire nun an Ihr Gefühl, Tit.; ist ein zwar übermüthiger und nicht zu entschuldigender Soldat, der aber einem guten Leumund hat und in einem Augenblicke von Taumel, ber doch wenigstens nicht auf moralische Verdorbenheit schließen läßt, ein solches Unglück herbeiführt, zu vergleichen mit einem Dieben, Vetrüger, Mordbrenner? Verbrechen, die aus innerer moralischer Verderbniß herrühren, fönnen allerdings mit Juchthausstrafen belegt werden; aber Verbrechen, die bloß aus Uebermuth und Leichtsein begangen werden, soll zwar eine weise Regierung strenge, aber doch so bestrafen, das nicht der Thäter allzutief herabgewürdigt werde u. s. w. Für einen Schweizer ist die Strafe der Verbannung, wo so leicht ein tödtliches Heintreten kann, keine Kleinigkeit, und gerade für dersteichen Parsehan ist die Arnhammungskrafe die meckmäsische gleichen Vergeben ift die Verbannungsstrafe die zweckmäßigste. Wenn also der Regierungsrath die höchste Strafe vorschlägt, die nach dem neuen Gefete julaffig ift, dann aber Diejenige Strafumwandlung benuten will, die das alte Geset noch zuläßt, so glaube ich, der Antrag des Regierungsrathes sei durchaus gerechtfertigt. Im Regierungsrath hatte ich in Bezug auf Heggi auf acht Jahre Verbannung angetragen, weil ein Jahr Zucht-haus gleich zwei Jahren Verbannung fein foll; ich schließe mich aber jett auch in dieser Beziehung an den Antrag des Regierungsrathes an.

von Graffenried. Es fragt sich: wollen Sie begnabigen oder nicht? ich stimme dazu, denn die Todesstrase wäre den Umständen, obgleich dem Geseiße wohl, nicht angemessen. Wenn indessen nur auf Verbannung angetragen wird, so scheint mir das doch im Verhältniß zum Vergehen und zu seinen Folgen allzugering. Also will ich keine andere Richtschnur als das neue Geset über die Strasrechtspslege der eidgenössischen Truppen, welches zwar allerdings vom Oberkriegsgerichte damals noch nicht angewendet werden konnte, jetzt aber von uns berücksichtigt werden kann. Wenn nun der §. 97 den vorliegenden Fall mit Zuchthausstrase belegt, so möchte ich in Bezug auf Rohrer hiebei stehen bleiben. Man ist doch der öffentlichen Meinung und Sicherheit eine Garantie schuldig, daß diese Verbrechen sich nicht allzuhäusig wiederholen. In Bezug auf Heggi könnte ich nach einiger Einsicht der Akten u. s. w. nicht sinden, daß er im nämlichen Grade wie Rohrer auf Milberung Anspruch habe. Denn in moralischer Beziehung hat Heggi einen größern Fehler begangen, weil er eine direkte Psticht hatte, vom Schießen abzuwehren. Man sagt freilich, er habe die den Soldaten vor ihrer Entlassung ertheilte Mahnung wegen des Schießens nicht

angehört. Wohl freilich, Sit., Heggi war zugegen, als am Abend vor der Entlassung der Herr Oberstmilizinspektor den Soldaten vorhielt, wie nachtheilige Folgen diefes Schießen auf den Strafen haben könne. Erst der zweiten Mahnung am folgenden Tage hat heggi nicht beigewohnt. Er hat nun auf bem heimwege nicht nur nicht abgemahnt, fondern jum Schießen aufgemuntert; er hat fogar aufgefordert, mit Steinen ju laden. Noch nach der That sette Beggi seiner Pflichtvergessenheit noch dadurch die Krone auf, daß er die übrigen Soldaten ermahnte, die Wahrheit nicht zu fagen, und daß er dem hern Dberst= milizinspettor von Burgdorf aus einen unwahren Bericht geschwieben hat, um die Sache von sich ab und auf den unglücklichen Rohrer zu wälzen. Das, Tit., war nicht sehr ehrenhaft. So leid es mir daher thut, so könnte ich zu einer Mutation der Strafe des Heggi nicht stimmen. Bezüglich auf den Kostenspunkt möchte ich, da ich den Heggi in moralischer Hinsicht für strafbarer halte als den Rohrer, die Kosten unter beide gleich= mäßig theilen. Endlich ift es notorisch und aktenmäßig, daß am Morgen der Entlassung ein Gelage in der Cantine der Raferne ftattgehabt hat, ju welchem die herren Offiziers die Baarschaft geliefert haben sollen. Darüber ist meines Wissens weder Ruge noch Tadel eingetreten, und daher ware es nicht unzweckmäßig, das Militärdepartement einzuladen, die nöthige Rüge darüber an die Betreffenden ergehen zu lassen, damit in Butunft nicht durch unanständiges Benehmen der Offiziere fernere üble Folgen herbeigeführt werden. Ich schließe also, daß man sich hinsichtlich Rohrers an den §. 97 des neuen Militärstrafgesetzbuches halte, daß man es gegen Seggi bei der über ihn gefällten Strafe bewenden laffe, daß man die Rosten zwischen beiden theile und das Militärdepartement einlade, die betreffenden herven Offiziers und Unteroffiziers, welche jenes Gelage ver= anstaltet haben, jur Berantwortung ju gieben.

Wehren. Wie seiner Zeit das Obergericht sich verpflichtet glaubte, die Kindsmörderin Zaugg jum Tode ju ber-urtheilen, weil der Eid der Behörde jur Pflicht macht, nach dem Gefetze und nicht nach perfonlichen Gefühlen oder Grundfaten zu urtheilen, eben fo fühlte fich bas Dberkriegsgericht verpflichtet, dem unmittelbar nach feiner Konstituirung geschwor= nen Gibe getreu, nach der Strenge des Gefetes ju urtheilen, aber wie damals das Obergericht die Zaugg, fo empfiehlt jent bas Oberkriegsgericht den Rohrer biefer höchsten Landesbehörde jur Begnadigung dahin: daß ihm die Todesstrafe in eine andere umgewandelt werden mochte. Wenn es je der Kall fein fann, von dem schönen verfassungsmäßigen Rechte der Begnadigung durch Strafumwandlung Gebrauch zu machen, so ist es dieß ganz gewiß im vorliegenden, wo einer unserer vaterländischen Wehrmanner, ein Jüngling von 21 Jahren, der früher nie wegen Bergehen bestraft worden, das Unglück hatte, aus Unbefonnenheit einem Mann durch einen Flintenschuß das Leben zu nehmen. Diefes gefchah, als er noch das Militärkleid trug und im Solde stund, ein Umstand, der machte, daß er unter den eidgenössischen Militärstrascoder siel, dessen Strenge bekanntlich mit den heutigen Begriffen über Strafrechtspflege sich kaum mehr verträgt, allein noch ist es Geseh und dieses darf andern Rücksichten nicht untergeordnet werden, aber auf dem Wege der Begnadigung darf und soll im vorliegenden Falle geholfen werden. hier wo man weder an den eidgenössischen noch an einen andern Strafcoder gebunden ift, spricht Vieles zu Gunsten des Rohrer. Derfelbe begieng die Tödtung ohne Vorbedacht und ohne Absicht, er schoff unbedachtsam, im Glauben, der Lenz könne höchstens geschürft werden. Tief über das Geschehene betrübt, überlieferte er sich selbst und freiwillig der Gerechtigkeit, gestand die That reumüthig und so ein, wie es nur ein Inquisit thut, der kein Bösewicht ist und die verschärfenden Berumständungen nicht zu unterscheiden weis. Daß eine Strasumwandlung von diefer hohen Behörde ausgesprochen werden wird, darüber bin ich durchaus nicht im Zweifel, sondern beruhigt, daher ich auch feine weiteren Grunde hiefur auseinanderfeten will; hingegen ist man getheilter Unsicht, welches Uebel dem Rohrer an Plat der Todesstrafe auferlegt werden solle? Ich bekenne mich zu der Meinung, welche in Landesverweifung umwandeln will, und hiefür glaube ich meine Gründe noch aussprechen zu follen. Bürde die Todesstrafe in Rettenstrafe umgewandelt, so wäre

dem unglücklichen Jüngling das Leben wahrlich kaum halb geschenkt, er würde dadurch bürgerlich todt, in seinem Vaterland könnte er nie wieder zur Ehrenfähigkeit gelangen und nicht nur das, seine Verwandten müßten noch entgelten, was sie nicht verschuldet. Ersolgt hingegen die Umwandlung in Landesverweisung — wozu selbst der Vater des erschossenen Lenz den Rohrer dringend empsiehlt — so kann dieser im Auslande sein Glück machen, kann später als ein Ehrenmann wieder zurückkehren und in seiner Heimath ein nügliches Glied der menschlichen sels wie gesagt, demselben im übrigen nichts zur Lask fällt, sein Leumund ist gut. Mit innigster Ueberzeugung schließe ich mich an den Antrag des Regierungsrathes und wünsche zum liebenden Vater der Menschen, daß diese hohe Versammlung ebenfalls beipflichten möge.

von Morlot. Wenn der Antrag des Regierungsrathes belieben sollte, so würde er ganz der Würde des Großen Rathes angemessen sein. Es ist mir ein Antecedent bekannt, der mich dazu bestimmt. Vor 16 oder 18 Jahren hatte sich ein ähnslicher Fall ereignet, wo nämlich durch die außerordentliche Unvorsichtigkeit eines gebildeten Mannes ein Polizeidiener durch einen Schuß um's Leben gebracht worden ist. Dieser Mann wurde, wenn ich nicht irre, ebenfalls auf dem Wege der Strafumwandlung zu fünfzehnjähriger Verbannung verurtheilt, welch's letztere dann nachher noch bedeutend abgekürzt worden ist. Auf diesen Antecedent gegründet kann man nun wohl auch hier Verbannung aussprechen.

Stettler. Ich will durchaus nicht an Ihr Gefühl sprechen, Sit., sondern ich möchte bloß einen Alft der Gerechtigkeit von unserer heutigen Berathung ausgehen sehen. In welchem Falle fann das Begnadigungsrecht eintreten? Alsdann vorzüglich, wenn der Buchstabe des Gesches nicht gang auf die Umstände pagt, fo dag dann ein höherer Richter als der gewöhnliche da sein muß, um den Fall mehr nach dem Geiste als nach dem Buchstaben des Gesetzes zu beurtheilen. Dieses ist nun hier der Fall. Es gibt zwei Kriterien für ein Strasurtheil, erstens das Vorhandensein des Thatbestandes; zweitens die verbreches rische Absicht. Der Thatbestand ist da, ein Menschenleben ist getödtet worden. Aber ist auch die Absicht vorhanden? Im vorliegenden Falle ift die Absicht des unglücklichen Rohrer, Uebels zu thun, im allergeringsten Maaße vorhanden. Man fann sich aus den Uften überzeugen, daß sich die Soldaten vorher sein kark berauscht hatten, so daß der Grad der Zurech-nungsfähigkeit bei ihnen geschwächt worden war. Freilich hatte Rohrer auf Anrathen des Heggi einen Stein geladen, um gegen eine Wildtaube zu schießen, aber erst im Augenblick des Los-schießens gegen Lenz dachte er daran, es könnte diesen bluten machen. Er hat also nicht gesagt, daß er die bestimmte Absicht gehabt habe, den Lenz zu beschädigen. Aus den Aften ergibt sich nur das: auf die Ermahnung des Richters anzugeben, was er im Augenblicke des Schusses gedacht habe, antwortete Rohrer: ich habe gedacht, ber Stein werde den geng etwa schürfen. daß es blute. Allso erst in diesem Augenblicke hat er daran gedacht, und es ist somit ein großer Unterschied zwischen diesem Umstande und der eigentlichen Absicht. Die oberkriegsgericht= liche Sentenz konnte nicht strenger sein, wenn Rohrer im wirklichen Dienste mit dem Säbel auf Zemanden losgehauen und ihn getödtet hätte. Robrer hat nun aber nicht mit Borbedacht getödtet, und ift alfo nicht Mörder. Er ift aber auch nicht Todtschläger, denn er hatte im Augenblick des Schusses feine Absicht, den Lenz zu beschädigen. Was wollen Sie nun mit ihm machen? Wollen Sie diesen zweiundzwanzigjährigen Mann zur Kettenstrafe verurtheilen und mit den größten Berbrechern zusammenthun? Oder wollen Gie ihn in's Buchthaus schicken, wo er jedenfalls nur folche Leute antrifft, welche bei ihren Vergeben wirklich verbrecherische Absichten gehabt haben? Rohrer hatte noch vor keinem Richter gestanden; fein Religions= Ichrer gibt ihm das Zeugniß, daß er ihm einer der liebsten Schüler gewesen sei wegen seines weichen Gemüthes. Lege nun Jedermann die hand auf's herz, — wie Mancher ift, der nicht in diesem Alter etwa leichtsinnig war? Ift es also nicht dem Gerechtigkeitssinne angemessener, daß Rohrer für eine Reihe von Jahren den Boden des Vaterlandes meide, als daß er in

die Reihe wirklicher Verbrecher gestellt werde? Für einen Schweizer wahrlich ist eine solche Verbannung keine geringe Strafe. Mon hat der Polizeisektion vorgeworfen, daß sie durch ihren Antrag nicht genug auf die öffentliche Sicherheit Bedacht genommen. Dieser Vorwurf war wohl nicht ernst gemeint. Wenn man mit Anträgen vor die oberste Vehörde kömmt, um einen Akt der Gerechtigkeit zu provoziren, so ist man wohl hinlänglich gerechtsertigt. Mit voller Ueberzeugung stimme ich also in Vetracht Rohrers zu einer zwölfzährigen Landesverweisung. Heggi ist eigentlich der weit strafbarere, denn er hat die Soldaten zum Schießen und zum Laden eines Verleitet, er hat dem Rohrer das Zeichen gegeben, auf den Lenz zu hauen, aber nicht er hat auf diesen geschoffen. Wenn man daher den Rohrer als den eigentlichen Thäter bloß mit Landesverweisung bestraft, so kann man nicht wohl den Heggi zum Zuchthause verurtheilen. Darum hat man geglaubt, es sei das richtigere Strafmaß, den Heggi chenfalls, aber nur für die Häste der Zeit, d. h. für sechs Jahre zu verbannen.

Schar, Fürsprech. Als gewesener Bertheidiger Rohrers vor Kriegsgericht fühle ich mich ebenfalls verpflichtet, das Wort zu ergreifen, um den Antrag des Regierungsrathes zu unterstützen. Sben so wenig als einige Herren Präopinanten will ich appelliren an die Gnade des Großen Rathes. Ich will bloß appelliren an sein Rechtsgefühl, ausmerksam also machen darauf, daß nach dem Rechte, und selbst nach dem Buchstaben des strengen Gesetzes nicht die Todesstrafe, und auch nicht mehr als eine blose Verweisungsstrafe gegen Rohrer verhängt werden soll. Bevor ich indessen diese Gründe aufstelle, soll ich aufmerksam machen auf die Folgen, welche eintreten muffen, wenn Kettenstrafe oder auch nur Zuchthausstrafe über ihn verhängt würden. Wenn die eine oder andere Diefer Strafen für langere oder fürzere Zeit von Rohrer erduldet werden muß, so wird seine ganze Zufunft dadurch zertrümmert. Man wird zwar den Rohrer nicht in Gesellschaft treten lassen von Hirter, nicht in Gesellschaft der Zaugg, man wird ihn auch nicht stellen neben die schwersten Verbrecher; allein immerhin wird ein Umgebungen kommen, die höchst nachtheilig auf ihn einwirken müßten. Und wer ist im Zuchthause? Die verschmitztesten Vetrüger, Leute also, die sich wohl zu hüten wußten, ihre Verdrechen und Vergehen unter so erschwerenden äußern Umserbrechen und Vergehen unter so erschwerenden äußern Umserbrechen und ständen zu verüben, daß Kettenstrafe darauf angewendet werden fonnte, aber Leute, welche in hoher moralischer Verdorbenheit sind. Rohrer, in Umgebung dieser Leute, müßte selbst mehr oder weniger moralisch verdorben werden. Sie haben aus den Akten gesehen, Tit., daß Rohrer ein leichtssinniger junger Wensch ist, wie deren noch viele sind, daß er aber weder verdorben noch boshaft ist. Sein Religionssehrer giebt ihm daß Zeugniß eines weichen Gemüthes. Wer ein weiches Gemüthat, ist empfänglich sier die Religionssehrer giebt ihm daß den ist empfänglich sier die Religionssehrer giebt ihm daß den ist empfänglich sier die Religionssehrer giebt ihm daß den ist empfänglich sier die Religionssehrer giebt ihm daß den ist empfänglich sier die Keinisse des Guten und Rösen hat, ist empfänglich für die Beispiele des Guten und Bösen, mehr noch für die letztern. Mit dieser großen Empfänglichkeit nun würde Rohrer in das Juchthaus eintreten, er würde also dort durch das böse Beispiel verdorben, also würde er nach vollendeter Strafzeit die Anstalt mit der Disposition zum Vösen verlassen, während, wenn er verbannt wird, dieser bedeutende moralische Nachtheil nicht eintreten wird. Wie wäre nun sein späteres Fortkommen in der Welt? Er hat den Hafnerberuf erlernt, aber noch nicht so, wie derselbe erlernt werden soll. Wenn dieser 22jahrige Mensch jeht sechs Sahre im Juchthause zubringt, was foll er dann nachher machen? Den Beruf auslernen wird er dann schwerlich, denn im vorgerücktern Alter erlernt man schwer, was man früher nicht erlernt hatte. Also befände er sich dann in der Unmöglichkeit, sich durch einen Beruf durch die Welt zu bringen. Ein dritter unvermeidlicher Nachtheil ist die Infamie. Freilich ift nach dem Gesetze nur die Kettenstrafe infamirend, d. h. bewirkt, daß der damit belegt Gewesene mahrend seines gangen Lebens ehrlos ift. Allein auch die Buchthausstrafe hat im öffentlichen Leben dieselbe Wirkung, und die öffentliche Meinung der Chrlosigkeit bleibt immer auf einem folchen haften. Also wäre Rohrer gebrandmarkt für fein ganzes Leben, ausgestoßen gleichfam aus der bürgerlichen Gefellschaft, in welche er nach ausgehaltener Strafe wiederum eintritt. Dieses die Folgen, wenn Rohrer für längere oder kürzere Zeit zur Ketten= oder Zuchthausstrafe verfällt würde.

Es fei mir nun vergönnt, ju zeigen, daß nach bem Gefete, welches gegen Rohrer angewendet worden, nicht die Todesstrafe, fondern bloß diejenige Strafe hatte verhängt werden follen, worauf der Regierungsrath heute anträgt. Der §. 77 des bis= herigen Militärstrafgesetzbuches, welches ein mit Blut geschriebenes Geset ift, lautet so: "Der Todtschlag durch eine That, bei welcher der Thater die Absicht hatte, den Getödteten korperlich zu beschädigen, und die nach dem ordentlichen Laufe der Dinge lebensgefährliche Folgen haben konnte, soll mit dem Tode bestraft werden, wenn diese That die einzige Ursache des Todes gewesen ift u. f. w. " Im Allgemeinen herrscht nun der Grundfat, daß Gefete buchftablich angewendet werden follen, und besonders follen Strafgefetze, wenn der Buchstabe irgendwie ju Gunften des Angeschuldigten lautet, buchstäblich angewendet werden, und diese buchstäbliche Unwendung eines Strafgesetzes zu Gunften des Angeschuldigten soll um fo mehr Strafgeleßes zu Gunsten des Angeschuldigten soll um so mehr statkinden, wenn das Strafgeset anerkanntermaßen allzu hart ist. Es ist bereits von Seite der Polizeisektion, worin sehr tüchtige Zuristen sitzen, aufmerksam gemacht worden auf den Unterschied zwischen dem Falle, wo Zemand daran denkt, daß eine gewisse Folge aus seiner Handlung entstehen könnte, und dem Falle, wo Zemand die Absicht hat, diese Folge zu bewirken. Hier im §. 77 wird verlangt, daß der Thäter die Absicht hate, durch seine That den Getödteten körperlich zu beschädigen. Es burch seine Mitalieder des Kriegsgerichtes diese Absich scheinen nun einige Mitglieder des Kriegsgerichtes diese Absicht bei Rohrer nicht gefunden zu haben, indem nicht alle zum Tode stimmten, und auch die Polizeisektion konnte nicht an das Vorhandensein dieser Absicht glauben. Rohrer, aufgefordert vom Untersuchungsrichter, nachzudenken und anzugeben, was er im Augenblicke des Schusses gedacht, fagte: er habe im Augen-blicke des Losdvückens gedacht, es könne den Lenz schürken. Schon die Polizeisektion hat darauf ausmerksam gemacht, daß unter dem Schurfen unmöglich diejenige forperliche Beschädigung zu verstehen sei, beren ber §. 77 erwähnt, und zwar mit Recht. Eine kleine Berletzung bes Körpers burch eine Ohrfeige, durch Aufrikung der Haut u. f. w. ist feineswegs eine Beschädigung im Sinne des Gesetzes. Rohrer hat also nicht daran gedacht, eine körperliche Beschädigung hervorzubringen, sondern bloß, er könne den Lenz vielleicht schürfen. Hiermit hat aber Rohrer noch keineswegs die Absicht des Verletzens eingestanden. Zwar scheint ein solches Eingeständniß in den Alten zu liegen; allein dasselbe ist, wie bereits die Polizeisettion bemerkt hat, durch eine im Kriminalprozesversahren verdammte Frage des Inquirenten bewirkt worden, nämlich durch eine sogenannte verfängliche Frage, d. h. eine Frage, wo der Inquirent ein Eingeständniß abzulocken such durch Fragen, deren Sinn und Bedeutung der Inquisit nicht verstehen kann. Solche Fragen konnen und follen nach dem Gefete von feiner rechtlichen Wirfung fein. Go eine Frage, Tit., ift nun hier gestellt worden. Ich will deshalb dem herrn Inquirenten teinen Borwurf machen; ein Inquirent, der eine langwierige Sache zu führen hat, wird oft, ohne es zu wollen, verleitet, zu einem Mittel zu greifen, das nicht ergriffen werden foll. Nachdem nämlich Rohrer auf die eindringliche Frage des Innathen, an was er im Augenblicke des Losdrückens (wo es also nicht mehr in seiner Gewalt war, von der Handlung zurückzutreten) gedacht habe, die oben erwähnte Antwort gegeben hatte, daß er nämlich daran gedacht habe, es könnte den Lenz schürfen; so legte ihm der Inquirent die verfängliche Frage vor: "Also hast du ihn beschädigen wollen?" Der Inquirent solgerte somit bereits aus jener Antwort die Abssicht, und eseen der in dem Mörtsken. und eben darin, in dem Wörtchen "also" liegt die Verfäng-lichkeit. Rohrer antwortete ganz offenherzig — ja, denn er ver-stand den eigentlichen Sinn der Frage nicht, die übrigens niemals hätte gestellt werden sollen. Das unter diesen Umständen ausgesprochene unglückliche Wörtchen Ja hat dem Rohrer das Todesurtheil zugezogen. Das Oberkriegsgericht nämlich fah diese Frage nicht als eine verfängliche an, mohl aber die Poli= zeisektion, an deren Spike, wie ich schon gesagt habe, sehr tüchtige Zuristen sind. Also die Absicht, den Getödteten körperlich zu beschädigen, hatte Rohrer nicht, und das Gericht hätte nie Todesstrafe über ihn aussprechen sollen. Sie aber, Tit., können und follen, kraft des Ihnen zustehenden Begnadigungsrechtes, den Irrthum des Gerichtes jest gut

Wenn nun gewiß ift, daß das Oberkriegsgericht den §. 77 niemals auf diesen Fall hatte anwenden sollen, so konnte es keinen andern Paragraph anwenden, als den §. 78, welcher entweder eine Kettenstrafe von 2 bis 15 Jahren, oder aber eine Landesverweisung von 4 bis 30 Jahren, immer noch hart genug, aufstellt. Aber muß denn dieses Geset hier wirklich angewendet werden? Man hat bereits ausgesprochen, daß dasfelbe übermäßig hart, mit Blut geschrieben und auf den Kriegs= zustand berechnet sei, und hat bewiesen, daß diese beispiellose Harte des Gesetzes die Ursache der Einführung eines neuen gewesen ist. Ueberdieß hatte sich Rohrer damals nicht mehr im Militärdienste befunden, dieweil er abgedankt war, so daß also gar nicht das Militärstrafgesetzbuch auf ihn anzuwenden war. Nur in Folge eines speziellen Paragraphen der Militär= verfassung ist der abgedankte Militär noch bis am Abend als im Dienste stehend anzusehen; allein diese Bestimmung ist der Natur der Sache nicht gemäß, denn sobald die Abdankung erfolgt ist, muß dieß bei jedem Einzelnen die Meinung begrünsen: Zetzt bist du nicht mehr Militär. Alle Gründe sprechen also dafür, daß man sich nicht ein Gewissen machen soll, von der Ketten = oder Zuchthausstrafe abzuweichen und die mildere Strafe der Landesverweisung auszusprechen, welche selbst das barbarische bisherige Militärstrafgesethuch gestattet. Wäre Rohrer nach dem allgemeinen burgerlichen Strafgefetbuche beurtheilt worden, so hätte ihn bloß Polizeistrafe, und zwar nach §. 127 des helvetischen Strafgesetzbuches die Verweisungsstrafe getrofsen u. s. w. Zudem muß ich ausmerksam machen auf den Zustand von halber Trunkenheit, worin er sich damals befunden. Man weiß, daß man in solchem Zustande nicht ist, wie im Normalzustande; der Verstand verrichtet seine Funktionen nicht, wie sonst; die Ueberlegungskraft ist nicht da, und der Mensch fieht die Folgen feiner Handlungen nicht; ihm ift alles gleich, er handelt und ift um die Folgen unbekümmert. Daher sehen wir die Erscheinung, daß vor einer Schlacht die Soldaten febr bäufig ein gewisses Quantum geistigen Getrantes ju sich nehmen. Napoleon selbst pflegte seinen Goldaten vor der Schlacht eine gewisse Quantität davon zukommen zu lassen; sie sollten dadurch bewogen werden, keine Gefahr vor sich zu sehen. So ist es dem Rohrer gegangen; er ist den Eingebungen seines Muthwillens gefolgt, ohne an die möglichen Folgen zu denken. Der Zustand der Trunkenheit soll eigentlich nach der Meinung Bieler tein Milberungegrund sein. Dafür ist viel zu sagen, noch mehr aber ist dafür zu sagen, daß überhaupt auf die Trunkenheit eine Polizeistrafe gesetzt werde. Wenn jedoch eine eigent= lich strafbare Handlung begangen wird im Zustande der Trun-kenheit, so ist der Satz richtig, daß der Betreffende weniger strafbar ist, als wenn er die nämliche That im nüchternen Zustande begangen haben würde. Zum Schlusse muß ich noch darauf aufmerksam machen, daß unsere Behörden und Militärbeamten wesentlich Schuld sind an dem unglücklichen Ereignisse. Während langer Jahre hat man immer geeisert gegen das Schießen der Solbaten auf dem heimwege. Nicht nur war es im Allgemeinen verboten, fondern das Berbot wurde den Soldaten vor ihrer Entlaffung jeweilen neuerdings eingeschärft, und dennoch ist immersort geschossen worden. Haben sich da etwa die Militärbeamten Achtung und Gehorsam verschafft? Mein Gott nein! Mehr als 200 Male ist das Verbot des Schießens speziell erlassen, übertreten und niemals geahndet worden. Weil nun die Militärbeamten so offenbar ihre Pflicht während langer Sahre nachläßig erfüllt haben, foll jest Rohrer, der bereits seit bald neun Monaten im Gefängnisse sist, durch Ketten- oder Zuchthausstrase dem vösen Beispiele dahingegeben werden für Zeit und Ewigkeit? Soll ihm dadurch jede Ausssicht auf serneres Fortsommen benommen, soll er mit Insamie gebrandmarkt, soll seine ganze bürgerliche Existenz zertrümmert werden? Gewiß nicht, Sit.! Sie werden also keine andere Strase eintreten lassen, als Verweisungsstrase, und in diesem Falle thun Sie nur, was nach Geseh und Recht geschehen soll. 3d ftimme jum Untrage des Regierungsrathes.

Tscharner, Schultheiß. Ich ergreife in dieser Sache sehr ungerne das Wort. Als im Regierungsrathe eine bedeutende Minderheit dahin stimmte, daß Rohrer mit der Todestrafe verschont aber in's Zuchthaus eingeschlossen werde, mußte

ich mich dieser Meinung anschließen. Es ift fein Zweifel, daß der Todtschlag überhaupt im Gegensatze des Mordes schon seit langem nie mehr mit dem Tode, fondern theils mit Schellen-werk, theils mit Zuchthaus oder Landesverweisung bestraft worden ift. Wenn daher heutzutage Jemand durch unvorfetlichen Todtschlag, wie z. B. bei'm Kiltgange oder Schlägereien geschehen kann, infolge eines unglücklichen Schlages um's Leben tömmt, so sindet man zwar, daß solches nicht zu entschuldigen sei, aber man nimmt doch auf die Umstände Rücksicht, und die meisten solchen Fälle werden mit Landesverweisung bestraft. Hier bei Rohrer ist der Fall ganz verschieden. Freilich hatte da Trunkenheit Platz gefunden, aber er war Soldat und sollte wissen was er zu thun hatte. So wie sich alles zugetragen hat, ist dieser Fall mit den vorhin bezeichneten Arten von Todtschlag nicht zu vergleichen. Wenn man daher diesen Mann mit der Todesstrafe verschont, so kann er Gott und seiner Obrig-keit dafür danken. Man fagt freilich, daß die Gründe zu sei= nen Gunsten gar sehr mildernd seien, daß er im Zuchthause verdorben würde und dergleichen. Sa, Tit., wenn diese Gründe so erheblich wären, so dürfte man Niemanden mehr in's Zucht= haus thun. Ferner muß man bedenken, daß die Buchthausstrafe denn doch nicht infamierend ist, und sobald sich also Rohrer nachber gut aufführt, so wird er sich auch in der öffentlichen Meinung bald rehabilitirt haben. Die Minderheit des Regie= rungsrathes wollte eben zeigen, daß man ein folches Vergeben ernst bestrafe. Hätte sich Rohrer einige Sahre im Zuchthäuse gut aufgeführt, so murde ihn dann der Regierungsrath vielleicht von der übrigen Strafzeit befreit haben u. s. w. Man hat ferner gesagt, Rohrer habe die Absicht des Beschädigens nicht eingestanden, denn dieß sei jedenfalls eine Suggestivfrage gewesen, welche Art von Fragen verboten sei. Ich gebe zu, daß das im Kriminalrechte so angenommen ist; aber ich frage: wonn ein Soldat auf Jemanden in einer Distanz von sechs Schritten anschlägt, während er glaubt, daß ein Stein im Gewehre sei, und lossschießt, — braucht man da noch zu fragen, ob er habe beschädigen wollen? In einem solchen Falle spricht die That felbst. Dag die Trunkenheit nicht als Milderungs= grund gelten konne, ift bereits gefagt worden, und es ware ju wünschen, daß das in der öffentlichen Meinung je länger je weniger als Entschuldigungegrund begangener Vergehen angesehen würde. Auch der Umstand ist kein Milderungsgrund, daß bis jeht auf die Unsitte des Schießens zu wenig geachtet worden, weil die Soldaten vor ihrer Entlassung zu zweien Malen auf's nach-brücklichste vor dem Schießen auf der Straße gewarnt worden sind. So fehr ich also die Gefühle der Humanität, welche sich heute ausgesprochen, ehre, so sehr ich den Rohrer bedaure, und so sehr es zu erwarten war, daß sein Herr Vertheidiger das Mögliche thun werde, um ihm ein milderes Schicksal zu bereiten, so glaube ich doch, daß der Große Rath sich durch alle diese Borstellungen und Gefühle nicht bewegen laffen durfe, im Strasmase allzutief herabzugehen, und zwar zu einer Strase, die für den Verurtheilten keine Strase, und für das Publikum keine Abschreckung wäre, wo das Publikum vielmehr glauben könnte, der Große Rath nehme mehr Rücksicht auf Individualitäten als auf Handhabung der öffentlichen Sicher= heit und der militärischen Disziplin. Ich müßte also im In= teresse der Regierung und des ganzen Landes, welches erwartet, daß folche Handlungen zwar nicht allzustrenge, aber auch nicht allzumilde geahndet werden, darauf antragen, daß der Große Rath den Rohrer zwar mit der Todesstrafe verschone, gber ihn für zwölf Sahre in's Zuchthaus einschließe, und daß er es in Absicht auf Heggi bei vier Sahren Zuchthausstrafe bewenden laffe.

Schnell, Regierungsrath. Ich möchte lediglich die vom Regierungsrath ausgesprochene Meinung vertheidigen. Es ift mir gewiß auch um Sicherheit zu thun und daran gelegen, daß auf offener Straße verübter Muthwille streng bestraft werde. Ich kann aber die letztgefallene Meinung durchaus nicht theilen, daß nämlich die Handlung Nohrers straßbarer sei, als die sogenannten Nachtmuthwillen bei Kiltgeschichten; sondern ich sinde vielmehr das Gegentheil. Das sogenannte Nachtlaufen ist schon an sich verboten und eine straßbare Handlung. Fällt dabei weiter nichts vor, so kann man allenfalls dazu schweigen; aber

bäufig geschehen dabei allerhand sehr üble Sachen. So hat erft letthin im Umte Aarwangen ein Kiltbube den Sausmeister, der sein Hausrecht vertheidigen wollte, von der Laube herunter= gestürzt, daß er starb. Was hat man mit dem Thater gemacht? Das Obergericht hat ihn zu eilf Sahren Kettenstrafe verurtheilt. Ich für mich kann nun nicht glauben, daß Rohrer, der auf offener Straße auf Jemanden angeschlagen hatte, um ihn zu erschrecken, oder im Wein und Muthwillen vergaß, daß er früher einer Wildtaube wegen einen Stein geladen hatte, und dann schoß, unwissend, daß es möglich sein werde, dadurch Jemanden zu Voden zu strecken, unter diesen Umständen straf-barer sei als Einer, der expres nächtlicher Weile in ein Haus cindringt, um die Leute zu necken, und dann bei diesem Anslasse den Hausherrn, der sein Recht vertheidigen will, um's Leben bringt. Das Schießen ist, wie man wohl weiß, von den rückkehrenden Soldaten fort und fort getrieben worden. Ich habe es zu keinen Zeiten begreifen können, daß auf der einen Seite die Regierung und auf der andern Seite die Militärbeamten das so geschehen ließen. Allein es ist geschehen, und es ist bereits zu einer Art Landessitte geworden. Sobald man die Rekruten aus der Garnison entlätt, machen dieselben, was sie wollen. Einmal ist durch solches Schießen ein Haus in Brand gerathen, und ich glaube nicht, daß der Betreffende dafür gestraft worden ist. Kein Mensch war wohl so übernom-men von dem Effekte seines Schusses als Rohrer. Sein ganzes Benehmen zeigt, daß nur grenzenloser und strafbarer Leichtsinn seiner That zu Grunde lag. Er wußte nicht, daß ein bloßer Pulverschuß diese Wirkung haben könne, denn die Rekruten werden nicht über die Kraft des Pulvers u. f. w. unterrichtet. Die Wirfung dieser That ist aber so traurig, das der Thäter eine bedeutende Strase verdient. Wem geht das Unglück aber am nächsten? Dem Vater, der seine Sohn verloren hat, und dieser nämliche Vater kömmt jetzt hieher und sagt, man solle um Gotteswillen den Mörder seines Sohnes nicht mit einer schwerern Strafe belegen als mit der Landesverweifung. Wenn nun Dersenige, welcher am meisten darunter gelitten, sich also bittend hieher wendet, so ist die Regierung wohl nicht zu gelinde, wenn sie den Bitten des am meisten Betheiligten Rechnung trägt. Wenn wir eine Anstalt hätten, die weder Schellenwerk noch Zuchthaus und in den Augen des Publikums Schellenwerk noch Zuchthaus und in den Augen des Publikums nicht entehrend wäre, so könnte ich zu einer Einschließung Rohrers stimmen. Wir haben aber keine solche Anstalt, und man mag hier lange sagen, daß das Zuchthaus nach dem Geseize nicht entehrend sei, so ist doch in den Augen des Publikums Derjenige, welcher zur Zuchthausstrafe verurtheilt worden, sür immer sterrirt. Auch könnte ich zur Zuchthausstrafe stimmen, wenn ich überzeugt wäre, daß Rohrer die Albsicht gehabt habe, den Lenz zu verletzen. Diese Ueberzeugung habe zeh aber nicht und megen einer hlassen Unverschtische währte ich aber nicht, und wegen einer bloßen Unvorsichtigkeit möchte ich Niemanden zu einer entehrenden Strafe verurtheilen. — Soggi fodann ift per se fehr ftrafbar, und er hat fich bei biefer ganzen Sache als Unteroffizier ungemein tadelhaft benommen. Mur verhänge man hier feine entehrende Srafe. Wenn übrigens hier, wo durch eine bloße Unvorsichtigkeit ein einzelnes Menschenleben ju Grunde gegangen ift, fo streng gestraft werden follte, so nimmt es mich wunder, wie dann das Ober= gericht feiner Zeit Diejenigen bestrafen wird, welche mehrere taufend scharfe Patronen aufgehäuft hatten, und zwar gewiß nicht zum Spasse. Was für Folgen würden diese gehabt haben, wenn sie losgefeuert worden waren? Wenn übrigens Seggi jum Rohrer gefagt hatte : fpringe in's Waffer, fo wurde Rohver schwerlich gehorcht haben. Aliso entschuldigt das Benehmen Heggi's den Rohrer nicht, es macht aber auch dem Seggi feine Ehre. Ich stimme mit voller Ueberzeugung jum Antrage bes Regierungsrathes.

Saggi, Regierungsrath, bemerkt als Rapporteur gang kurg, daß dem Heggi aus Gründen nicht wohl mehr Rosten aufgeladen werden können, und macht aufmerksam, daß das Buchthaus und das Schellenwerk unter dem gleichen Dache fich befinden, und daß man durch die gleiche Thüre in beide hin= eingehe.

Abstimmung.

1)	Fur Begnaoigung	g des Ron	rers (or	ira) Ba	uotivung	117	Ot.
	Dagegen .				•	3	=
2)	Für 12 Jahre V	erbannung	desfelb	en aus	der Eid:	:	
	genossenschaft		•			93	*
	Für etwas Ander		•			22	2
3)	Für sechsjährige		ng des	Heggi	aus der		
	Eidgenoffenschaf	t .			große	Mehr	heit.

7 Stimmen.

Kür 4 Jahre Zuchthaus

herr Landammann. Somit, Tit., wären wir mit unsern Traktanden fertig, und es sind in dieser Woche fehr viele Geschäfte beseitigt worden. Ich will Ihnen noch kürzlich anzeigen, was für anderweitige, seither eingelangte, Geschäfte noch da wären, wenn die Zeit es erlaubte, damit Sie daraus abnehmen können, was in der nächsten Sitzung zur Sprache fommen wird. Ein ziemlich dringliches Geschäft ware nament= lich der zu bewilligende Kredit zum Aufbau jener Brücken, welche bei der letzten Emmengröße weggerissen worden. Da der verlangte Kredit sehr bedeutend ist, so hätte man, wenn ich diese Sache noch in der gegenwärtigen Sitzung hätte zur Beshandlung bringen wollen, sagen können, man sollte doch zuvor Zeit haben, fich mit einem folchen Gegenstande genauer bekannt zu machen. Der herr Präsident des Baudepartements hat mich übrigens beruhigt und erklärt, daß diese Sache nicht am wachsenden Schaden sei. — Ein anderer, ebenfalls dringlicher,

Gegenstand ist das Entlassungsgesuch des Herrn Oberrichters Darelhofer und dessen allfällige Ersetzung. Ich habe mir

aber Bedenken gemacht, eine so wichtige Sache vorzunehmen, ohne daß sie auf den Traktanden gewesen. Dergleichen wich= tige Wahlen sollten nie vorgenommen werden, es sei denn vorher der Große Rath in corpore davon in Kenntniß gesetzt

gewesen. — Ferner die Anzüge in Vetreff der S. 23 der Instruktion für die Gerichte und in Vetreff der Pferdezucht. Veide sind wichtig, aber doch nicht so, daß man deswegen die Sitzung in die andere Woche hinüber ausdehne. — Ferner die Sachen, deren ich im Anfange der heutigen Sitzung bereits erwähnt habe. — Außerdem liegt noch ein Vortrag des Regierungerathes über einstweilige Nichtwiederbefetung der Soch= bauinspektorstelle u. A. m. vor. Hoffentlich werden wir alle diese Sachen im Juni gemüthlich erledigen können. Die Junisitzung ist nöthig hauptfächlich zu Behandlung der Tagsahungsangelegenheiten. Darum muß die Konvokation des Großen Rathes alsdann auf einen Termin fallen, der noch

erlaubt, bis zum Zusammentritte der Tagsatzung den Herren Gefandten die Instruktion, gehörig ausgefertigt, in die Tasche zu geben; so das wir vielleicht schon am 18. uns wieder ver-

sammeln müssen. Indessen werde ich mich noch genau erkundi=

gen, ob es vielleicht möglich sein wird, den Zusammentritt des Großen Rathes auf den 25. Zuni zu verschieden.
Mir bleibt nun Nichts übrig, als Ihnen, Tit., zu danken für die Ausdauer und Ausmerksamkeit, welche Sie im Laufe dieser Woche den öffentlichen Geschäften gewidmet haben, und zu wünschen, daß Sie bei Hause Alles wohl antreffen, und daß Sie in fünf Wochen gesund wiederum hier erscheinen mögen.

(Schluß der Sitzung nach 2 Uhr.)